Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament

Dokumentationsdienst
3003 Bern
Tel. 031 322 97 44
Fax 031 322 82 97
doc@parl.admin.ch

94.063 Ziviler Einsatzdienst. Bundesgesetz

Die Bundesversammlung - Das Schweizer Parlament

Curia Vista - Geschäftsdatenbank

94.063 – Geschäft des Bundesrates
Ziviler Ersatzdienst. Bundesgesetz

Einreichungsdatum	22.06.1994
Stand der Beratung	Erledigt

Botschaft und Gesetzesentwurf vom 22. Juni 1994 zum Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG) (BBl III, 1609))

Dokumente

Dossier

Chronologie / Wortprotokolle

Entwurf 1
Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG)

Datum	Rat	
20.03.1995	NR	Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.
21.06.1995	SR	Abweichend.
27.09.1995	NR	Abweichend.
28.09.1995	SR	Abweichend.
03.10.1995	NR	Zustimmung.
06.10.1995	NR	Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.
06.10.1995	SR	Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.
		Bundesblatt 1995 IV, 485; Ablauf der Referendumsfrist: 15. Januar 1996

Behandelnde Kommissionen

Sicherheitspolitische Kommission SR (SiK-SR)
Sicherheitspolitische Kommission NR (SiK-NR)

Bürgi, Camponovo, Carobbio, Chevallaz, Cincera, Cornaz, Couchepin, Danuser, Darbellay, Deiss, Dettling, Dreher, Ducret, Eggenberger, Engler, Epiney, Fankhauser, Fasel, Fehr, Frey Walter, Gadient, Giezendanner, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Hess Otto, Hollenstein, Hubacher, Jaeger, Jöri, Keller Anton, Kern, Kühne, Ledergerber, Leu Josef, Leuba, Leuenberger Ernst, Loeb François, Maeder, Maurer, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Moser, Mühlemann, Müller, Neuenschwander, Oehler, Philipona, Pidoux, Pini, Raggenbass, Ruckstuhl, Rutishauser, Rychen, Sandoz, Savary, Schenk, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmied Walter, Schnider, Seiler Rolf, Singeisen, Spoerry, Stalder, Stamm Luzi, Steffen, Steinemann, Strahm Rudolf, Stucky, Theubet, Tschäppät Alexander, Tschopp, Vetterli, Vollmer, Wick, Zbinden, Ziegler Jean, Züger (100)

Stimmen nicht – Ne votent pas:
Aregger, Aubry, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Béguelin, Bezzola, Bircher Peter, Blatter, Blocher, Bodenmann, Bonny, Borradori, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühlmann, Bührer Gerold, Caccia, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Columberg, Comby, de Dardel, David, Diener, Dormann, Dünki, Duvoisin, Eggly, Eymann Christoph, von Felten, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Früh, Giger, Gobet, Goll, Gonseth, Graber, Grossenbacher, Gysin, Hess Peter, Hildbrand, Iten Joseph, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jenni Peter, Keller Rudolf, Leemann, Lepori Bonetti, Leuenberger Moritz, Maitre, Mamie, Marti Werner, Maspoli, Matthey, Mauch Rolf, Mauch Ursula, Miesch, Nabholz, Narbel, Nebiker, Ostermann, Perey, Poncet, Rechsteiner, Reimann Maximilian, Robert, Rohrbasser, Ruf, Ruffy, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Schmid Samuel, Schmidhalter, Schweingruber, Segmüller, Seiler Hanspeter, Sieber, Spielmann, Stamm Judith, Steiger Hans, Steinegger, Steiner Rudolf, Suter, Thür, Tschuppert Karl, Wanner, Weder Hansjürg, Weyeneth, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss William, Zisyadis, Zwahlen, Zwygart (99)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:
Frey Claude (1)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

94.063

Ziviler Ersatzdienst. Bundesgesetz
Service civil. Loi fédérale

Botschaft und Gesetzentwurf vom 22. Juni 1994 (BBl III 1609)
Message et projet de loi du 22 juin 1994 (FF III 1597)
Kategorie II/III, Art. 68 GRN – Catégorie II/III, art. 68 RCN

Antrag der Kommission
Eintreten
Proposition de la commission
Entrer en matière

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Das Zivildienstgesetz, das wir heute diskutieren, hat eine lange Vorgeschichte. Ich möchte nur die wichtigsten Etappen festhalten:
Bereits im Jahre 1917 wurde eine erste Motion eingereicht. Wir hatten später in diesem Zusammenhang vier Volksabstimmungen:
1977 wurde über die sogenannte Münchensteiner Initiative abgestimmt. Sieben Jahre später, 1984, kam die sogenannte Tatbeweis-Initiative, die Volksinitiative «für einen echten Zivildienst auf der Grundlage des Tatbeweises», zur Abstimmung. 1991 wurde in einer Referendumsabstimmung eine Revision des Militärstrafgesetzes knapp angenommen, die nach dem damaligen Oberauditor als Barras-Reform bezeichnet wurde. Diese Barras-Reform ist noch in Kraft. Sie sieht eine Entkriminalisierung der Dienstverweigerung vor. Dienstverweigerer können zu Arbeitsleistungen im öffentlichen Interesse verpflichtet werden. Der Vollzug liegt seit Mitte 1992 beim Biga (EVD).
Dann die wichtigste Etappe: Im Jahre 1992 hat das Schweizervolk mit einem beeindruckenden Mehr, mit 82 Prozent Jastimmen, in Artikel 18 Absatz 1 eine neue Verfassungsgrundlage geschaffen. Diese Bestimmung lautet sehr bündig: «Jeder Schweizer ist wehrpflichtig. Das Gesetz sieht einen zivilen Ersatzdienst vor.» Wir haben hier also einen vom Souverän erteilten Verfassungsauftrag, den wir nun mit dem Erlass dieses Zivildienstgesetzes erfüllen.
Die Beratungen im Rahmen der Sicherheitspolitischen Kommission verliefen recht gut. Es gab engagierte Debatten. Die Vorlage, die uns der Bundesrat unterbreitet hatte, war eine brauchbare Arbeitsgrundlage. Es fanden Anhörungen statt. Bei den Beratungen war neben dem Chef des EVD teilweise auch der Chef des EMD dabei.
Eintreten wurde einstimmig beschlossen; in der Gesamtabstimmung hat die Kommission – ein erfreuliches Ergebnis – das Gesetz mit 23 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen verabschiedet, obschon nicht alle Begehren, die von verschiedener Seite gestellt wurden, erfüllt werden konnten.
Der Verfassungsartikel ist kurz und bündig und bedarf einer gewissen Interpretation. Diesen Interpretationsspielraum hat die Kommission ausgenützt. Das Gesetz – so würde ich in einer Gesamtwertung sagen – stellt heute einen tragfähigen Kompromiss dar. Man muss sich bewusst sein, dass es eine Gratwanderung auf einem sehr schmalen Pfad ist.
Es geht eigentlich um eine Interessenabwägung zwischen zwei Grundkriterien:
1. Das eine Kriterium ist – das ist auch die Neuerung und der Sinn des Verfassungsartikels –, dass wir auf Gewissensprobleme, die der Militärdienst und besonders der Waffendienst bei einzelnen Militärdienstpflichtigen hervorrufen können, Rücksicht nehmen wollen. Es handelt sich dabei zwar um eine kleine Minderheit. Ich finde aber, dass wir in einem liberalen Staat das Prinzip des Minderheitenschutzes hochhalten sollten. Man kann die Sache nicht einfach abtun, indem man sagt, es gehe ja höchstens um einige hundert Menschen in diesem Staat.
2. Auf der anderen Seite ist das Prinzip der Wehrgerechtigkeit aufrechtzuerhalten. Wir wollen keine Aushöhlung der allgemeinen Wehrpflicht. Um es etwas banal auszudrücken: Die Wehrmänner, welche normal Militärdienst leisten, sollen nicht die Dummen sein.
Ein Problem, das in der Kommission durch Anhörung des Oberfeldarztes und von Vertretern der Generalstabsabteilung mit einbezogen wurde, war die Frage der Armeebestände. Wir sind zum Schluss gekommen, dass die Vorlage, so wie sie Ihnen jetzt vorgelegt wurde, kein Problem für die Armeebestände mit sich bringt. Wenn es ein Problem bei den Armeebeständen gibt, dann liegt es viel eher darin, dass heute bei der Ausmusterung auf dem «blauen Weg», das heisst durch medizinische Ausmusterung, viele Gefälligkeitszeugnisse ausgestellt werden. Das ist ein echtes Problem, aber ein Problem für sich. Wir sollten diese Frage nicht mit der Zivildienstvorlage vermischen.
Ich habe bereits erwähnt, dass sich das Gesetz im Rahmen der Verfassungsbestimmungen zu bewegen hat. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Aber wir müssen sehr konsequent sein.
Ein erstes Prinzip, das aus dem Verfassungsartikel hervorgeht, ist die Tatsache, dass dieser Artikel weder die freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst noch ein reines Tatbeweismodell zulässt. Im Verhältnis zum Militärdienst ist der Zivildienst ein Ersatzdienst. Wer den Zivildienst und damit eine Ausnah-

mebehandlung für sich beanspruchen will, muss dies auch rechtfertigen. Dadurch wird ein reines Tatbeweismodell, das nicht nach den Gründen für die Verweigerung fragt, durch die Verfassung ausgeschlossen. Die Mehrheit der Kommission hat sich dieser Auslegung angeschlossen.
Ein zweiter Punkt, der sich aus der Verfassung ergibt: Der Zivildienst muss dem Militärdienst gleichwertig sein. Ich sage nicht «gleich», sondern «gleichwertig». Es geht hier um ein Gleichgewicht zwischen den beiden Belastungen, der Belastung durch den Militärdienst, durch die Ausübung der allgemeinen Wehrpflicht, sowie der Belastung durch den Zivildienst. Hier gibt es verschiedene Interpretationsmöglichkeiten, hier gingen die Meinungen in der Kommission auseinander. Der Weg, den die Kommission nun beschritten hat, ist meiner Meinung nach ein vernünftiger Mittelweg. Das kommt darin zum Ausdruck, dass die Kommission diese Vorlage ohne Gegenstimmen verabschieden konnte.
Ein dritter Punkt – es wird vielfach missverstanden – ist der, dass zum Zivildienst nur zugelassen werden kann, wer militärdienstpflichtig ist. Ersatzdienst kann also nur leisten, wer auch in der Hauptsache pflichtig ist.
Das sind die wichtigsten Überlegungen und Konklusionen, die sich aus der Verfassungsvorlage ergeben.
Noch ein Wort zum Sinn und Geist dieser Vorlage, gleichsam zur Ratio legis: Einmal ist der Gesetzgeber frei, zu bestimmen, welche Arbeit in diesem Zivildienst geleistet werden soll. Der Weg, den wir beschreiten, ist klar. Es sollen primär Arbeiten im öffentlichen Interesse sein, welche das Gemeinwohl fördern helfen.
Der Zivildienst ist Ausfluss der Wehrpflicht. Er ist eigentlich eine Ergänzung. Deshalb soll auch der Zivildienst von strengen Anforderungen geprägt sein, einer seriösen Organisation und einer laufenden Kontrolle. Das schliesst nicht aus – wie man das auch in der allgemeinen Wehrpflicht, vor allem bei der Aushebung, tut –, dass man auf die Neigungen und Eignungen der zivildienstpflichtigen Personen Rücksicht nimmt. Es hat ja keinen Sinn, jemanden, der überhaupt keinen Bezug zum Gesundheitswesen oder zum Sanitätsdienst hat, in ein Spital oder in ein Altersheim zu schicken.
Hier wird das Spannungsfeld offenbar: Auf der einen Seite wollen wir einen möglichst sinnvollen, motivierenden Zivildienst organisieren – übrigens eine sehr schwierige Aufgabe, die da auf die Vollzugsbehörden wartet – auf der anderen Seite wollen wir den Zivildienst, wie gesagt ein Ersatz für die Wehrpflicht, nicht so ausgestalten, dass er zu attraktiv wird, so dass man fast einen Fehler begeht, wenn man die allgemeine Wehrpflicht ausübt.
Einige Grundzüge des Gesetzes seien kurz aufgezeigt: An sich finde ich es bedauerlich, dass der Bund allein den Zivildienst vollzieht. Die Kantone wollten sich dieser Aufgabe nicht unterziehen. Das hat zur Folge, dass dann vom Bund aus regionale Vollzugsstellen eingerichtet werden müssen. Wie gesagt: Die Vollzugsaufgabe liegt vorläufig beim Biga. Es wird Aufgabe des Bundesrates sein, eine definitive Lösung zu finden.
Wer Zivildienst leistet, hat beim Biga ein begründetes Zulassungsgesuch zu stellen. Dieses Zulassungsgesuch wird dann geprüft und durch eine zivile Kommission entschieden, wobei die Mehrheit der Kommission der Meinung war, dass dies ein nicht allzu grosses Gremium sein sollte. Es besteht die Möglichkeit einer Beschwerde an die departementale Rekurskommission, vorläufig des EVD. Diese Instanz soll nach dem Willen der Mehrheit der Kommission endgültig entscheiden.
Die Zulassung zum Zivildienst bedeutet den Beginn der Zivildienstpflicht. Sie endet mit dem 42. Altersjahr. Die Meinung ist, dass in Notlagen zusätzliche, ausserordentliche Zivildienstleistungen verlangt werden können.
Der Zivildienst hat eine Arbeit zu umfassen, die im öffentlichen Interesse liegt. Es muss sich um eine zivile, also nichtmilitärische Tätigkeit handeln. Eine Unterstellung beispielsweise unter ein militärisches Kommando ist ausgeschlossen. Die Tätigkeitsbereiche sind insbesondere Gesundheits- und Sozialwesen, Umwelt- und Naturschutz sowie die Landschaftspflege, Kulturgütererhaltung, Forschung, Forstwesen, Landwirtschaft sowie die Katastrophenhilfe.
Als Einsatzbetriebe kommen sowohl öffentliche wie auch private Institutionen in Frage. Dabei werden diese Institutionen aufgrund eines entsprechenden Gesuches bezeichnet, das durch das Biga zu behandeln ist. Das Biga ist natürlich dann auch in der Lage, diese Konzession wieder zurückzuziehen, wenn die Bedingungen nicht mehr erfüllt sind.
Umstritten ist die Frage, wieweit Zivildiensteinsätze auch im Ausland erfolgen sollen – wir werden uns noch eingehend darüber unterhalten. Die Kommissionsmehrheit hat sich gegenüber dem Entwurf des Bundesrates zu einer leicht engeren Fassung durchgerungen, indem sie das Wort «ausnahmsweise» beifügte. Es gibt aber auch zwei starke Minderheiten in der Kommission, welche der Auffassung sind, dass dieser Einsatz zu streichen oder zumindest stärker zu reduzieren sei.
Klar ist auch, dass der Zivildienst arbeitsmarkt- und wettbewerbsneutral sein soll. Wir wollen insbesondere nicht, dass die Zivildienstleistenden gleichsam billige Arbeitskräfte sind und damit unter Umständen sogar Arbeitsplätze gefährden.
Der Rechtsstatus der zivildienstleistenden Personen ist in vielen Punkten demjenigen der militärdienstleistenden angeglichen. Das betrifft die anrechenbaren Diensttage, Sold, Verpflegung, Unterkunft, Arbeitskleider usw. Die Zivildienstleistenden sind ebenfalls der Militärversicherung angeschlossen. Sie unterstehen auch einer Disziplinarordnung, und es gibt Straftatbestände, die denjenigen des Militärstrafrechts entsprechen. Nur erfolgt ihre Beurteilung konsequenterweise durch den zivilen Strafrichter. In Anlehnung an den Wehrpflichtersatz gibt es ebenfalls Pflichtersatz für den Zivildienst. Im übrigen gelten in einzelnen Punkten – das ist durchaus konsequent – zivile Regeln, z. B. was die Arbeits- und Ruhezeiten des Einsatzbetriebes betrifft.
In einer abschliessenden Wertung möchte ich noch auf drei Kernprobleme, die diese Vorlage prägen, zu sprechen kommen:
Der eigentliche Schlüsselartikel – das ist nicht nur meine persönliche Auffassung, sondern auch diejenige der grossen Mehrheit der Kommission – beinhaltet die Dauer des Zivildienstes. Bekanntlich hat sich die Mehrheit der Kommission, dem Bundesrat folgend, für den Faktor 1,5, also für die anderthalbfache Dauer des Militärdienstes, ausgesprochen; dies in der Meinung, dass sich so erweisen wird, ob jemand wirklich das Bedürfnis empfindet, diesen Zivildienst aus Gewissensgründen zu leisten. Es gibt aber auch Minderheitsanträge, über die wir beim betreffenden Artikel 8 zu befinden haben werden.
Eine zweite Kernproblematik besteht bezüglich der Form des Zulassungsverfahrens. Hier ist die Mehrheit der Kommission klar der Meinung, dass ein solches Verfahren in mündlicher Verhandlung und nicht auf schriftlichem Weg zu erfolgen hat. Wer Zivildienst zu leisten wünscht, hat sich einem Gremium, einer Kommission zu präsentieren, um seine Gründe glaubhaft darzustellen. Ich bin überzeugt, dass gerade ein Gespräch mit diesen Kommissionen – von denen wir nicht eine inquisitorische Gewissensprüfung, sondern eine faire Aussprache erwarten – wird aufzeigen können, ob es tatsächlich um tiefere Gründe, um ein echtes Bedürfnis des Betreffenden geht oder eben nicht.
Der dritte Kernpunkt – dort wird es eine ausgedehnte Debatte geben – ist das Zulassungsmotiv. Hier war die Meinung in der Kommission schwankend. In einer ersten Runde bestand eine Mehrheit auf den ethischen Grundwerten als Entscheidungs- und Zulassungskriterium. In der zweiten Runde kam es dann dazu, dass – in Anlehnung an den Entwurf des Bundesrates – die Gewissensgründe obsiegten. Es geht hier zwar um eine wichtige Frage, wir sollten sie aber nicht allzusehr hochstilisieren. Die Minderheit, die für die ethischen Grundwerte einsteht, ist der Meinung, dass damit eine gewisse Objektivierung der Zulassungskriterien besser zu erreichen sei; vielleicht hat man auch das Gefühl, den Kreis so etwas enger fassen zu können. Auf der anderen Seite ist aber nicht zu übersehen, dass eben auch ethische Grundwerte interpretationsbedürftig sind, dass sie am Schluss ebenfalls subjektive Aspekte aufweisen, jedenfalls bei der Anwendung im Einzelfall. Deshalb hat dann schliesslich die etwas offenere Variante mit dem Kriterium der Gewissensgründe obsiegt.
Das waren in Kürze einige Hinweise zu den drei Kernfragen.

Ich möchte noch auf etwas Grundsätzliches hinweisen: Ich habe bereits gesagt, dass wir die Vorlage als einen gangbaren Weg interpretieren. Es gilt nicht primär ein sicherheitspolitisches, gleichsam paramilitärisches Problem zu lösen, sondern es geht um eine gesellschaftspolitische Frage, die wir nun endlich, nach Jahrzehnten, einer Lösung entgegenführen wollen.
Hier ist vielleicht eine staatspolitische Bemerkung angebracht. Man wirft uns, dem Parlament und dem Bundesrat, immer wieder vor, wir seien nicht mehr konsensfähig, wir könnten keine grossen Problemlösungen mehr erarbeiten. Es bestehen gute Chancen, dass wir hier einmal zeigen können, dass dieser Ruf nicht richtig ist, dass wir in der Lage sind, hier im Parlament, zusammen mit dem Bundesrat, auch konkrete Lösungen aufzuzeigen, die Bestand haben und unserem liberalen Rechtsstaat gut anstehen.

Carobbio Werner (S, TI), rapporteur: Le projet de loi en discussion représente une étape importante et, je l'espère du moins, décisive de la longue histoire de l'objection de conscience en Suisse.
Comme l'a rappelé le rapporteur de langue allemande, les événements principaux qui ont caractérisé la discussion sur la création d'un service civil en Suisse sont marqués par les dates suivantes. En 1977, la première tentative de mettre fin à une situation qui permettait de condamner des Suisses pour délit d'opinion échoue: l'initiative populaire dite de «Münchenstein» est refusée. En 1984, nouveau refus de l'initiative populaire «Pour un véritable service civil fondé sur la preuve par l'acte». Les temps n'étaient pas encore mûrs pour l'institution d'un service civil, mais les choses commençaient tout de même à bouger.
C'est ainsi qu'en 1984/1985 la commission Barras a été mandatée pour étudier une décriminalisation des objecteurs de conscience et en 1987 le message concernant précisément la réforme Barras est présenté. Le Parlement l'approuve en octobre 1990 et le peuple le 2 juin 1991. Le 15 juillet 1991 entre en vigueur la réforme et, une année plus tard, l'ordonnance sur l'astreinte au travail pour les objecteurs de conscience qui sert à l'exécution de la réforme.
Une brèche dans le mur de l'opposition de ceux qui continuaient à considérer l'objection comme un délit à punir d'emprisonnement était ainsi ouverte, au moins pour une petite partie des objecteurs. Certes, la mesure était encore prudente, mais néanmoins elle témoigne que les positions et les mentalités évoluent. Le traitement réservé en Suisse aux objecteurs de conscience est ressenti de plus en plus comme une situation injuste qui doit être modifiée. Il y a longtemps que les pays qui nous entourent ont institué un service civil.
C'est ainsi qu'en 1989, M. Hubacher présente une initiative parlementaire visant à réviser l'article 18 alinéa 1er de la Constitution fédérale afin de permettre l'institution d'un service civil. Les deux Conseils approuvent l'initiative entre 1990 et 1991 et peuple et cantons suivent le 17 mai 1992. Il existe, finalement, la base légale pour l'adoption d'une loi sur le service civil: c'est le projet de loi que nous sommes appelés à discuter aujourd'hui, comme nous le propose le Conseil fédéral avec son message du 22 juin 1994.
L'adoption de la loi devrait, à mon avis, mettre fin à des années d'oppositions et de controverses politiques à propos du statut des objecteurs de conscience, en permettant à ceux qui rendent crédible leur refus de servir dans l'armée de s'engager dans un service civil. Afin que cela soit le cas, il importe à mon avis que le projet de loi, dans les limites de l'article constitutionnel, offre finalement une solution valable répondant aux attentes de tous et en particulier des objecteurs de conscience. Nous sommes tenus de le faire, en exécution du mandat constitutionnel, évidemment, et du vote clair et net du peuple et des cantons qui, approuvant massivement la nouvelle version de l'article constitutionnel, ont clairement signifié leur volonté de résoudre le problème.
Certes, ces derniers temps, les cas de refus de servir ont fortement diminué. En 1994, on a enregistré 239 cas, contre 686 en 1985 et 409 en 1993. De ce total, 153, après jugement, ont été astreints à un travail d'intérêt général. Mais le nombre limité de cas ne change pas le fond du problème, car il est l'heure d'instituer aussi en Suisse un service civil. Le projet du Conseil fédéral en discussion constitue une bonne base pour le faire.
C'est ce qu'a fait votre commission, qui a examiné le projet en quatre séances et deux lectures du texte. Après avoir entendu les deux conseillers fédéraux concernés, MM. Villiger et Delamuraz, elle a écouté les représentants des milieux intéressés. L'entrée en matière n'a pas été combattue. Par contre, la discussion de détail a été nourrie, en particulier autour des trois articles pivots du projet de loi: l'article 1er, qui fixe le principe, l'article 8, sur la durée du service civil ordinaire, et l'article 18, sur la procédure d'admission. Mais aussi d'autres articles ont également fait l'objet de discussion, et cela s'est traduit, comme il ressort du dépliant, par diverses propositions de minorité que nous aurons l'occasion d'examiner dans la discussion de détail.
Pour le moment, je me limiterai à souligner qu'en votation finale, la commission a approuvé le projet de loi, avec quelques corrections, par 23 voix favorables et avec 2 abstentions. Ce vote très favorable trouve son explication dans le contenu d'un projet qui, si le projet du Conseil fédéral, à l'article 1er en particulier – approuvé en deuxième lecture par la commission –, est aussi accepté par le plénum, semble constituer une base pour un large consensus.
Certes, c'est un projet qui, pour les uns, va trop loin, et, pour les autres, ne va pas assez loin, mais qui, pour finir, semble constituer un compromis acceptable, même par les milieux des objecteurs. Ce compromis permettra de faire un pas en avant dans la solution du vieux problème de l'objection de conscience, de dépasser les oppositions idéologiques, et d'aligner finalement la Suisse sur la pratique des pays qui nous entourent.
Le projet de loi en discussion doit être jugé dans le cadre constitutionnel qui constitue sa base légale. L'article 18 alinéa 1er fixe un principe auquel le texte de loi doit se tenir. Je le rappelle expressément, parce que c'est le point de départ de toute discussion. La constitution n'institue pas un droit fondamental à l'objection de conscience et, par conséquent, le service civil ne représente pas une alternative au service militaire, mais un service substitutif de ce dernier. La conséquence logique, peut-être discutable pour quelques-uns, est que le service militaire reste l'obligation principale pour tout Suisse, et seulement à des conditions déterminées l'obligation de servir peut être accomplie dans un service civil.
Dans ce cadre constitutionnel, quels sont les points principaux du projet de loi présenté par le Conseil fédéral et fondamentalement adopté par la commission? Les personnes qui veulent faire du service civil doivent remplir les conditions suivantes: être astreintes au service militaire, démontrer de manière crédible qu'elles ne peuvent pas concilier le service militaire avec leur conscience, déposer une demande auprès de l'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail (Ofiamt). Les demandes d'admission seront examinées par une commission civile qui fera une proposition. La décision sera prise par l'organe d'exécution, justement l'Ofiamt. La durée du service équivaut, pour les refus normaux, à 1,5 fois la durée du service militaire non accompli.
En situation de crise, des prestations de service extraordinaires peuvent être ordonnées. Le service civil se déroule hors du cadre institutionnel de l'armée. Le statut juridique de la personne astreinte au service civil correspond autant que possible à celui du service militaire, ce qui signifie égalité de traitement concernant les allocations pour perte de gain, la poursuite du versement du salaire, la protection contre les sanctions et les poursuites, la protection de l'assurance militaire, la taxe d'exemption du service militaire. Le service civil est exécuté par la Confédération, sans la collaboration des cantons – c'est ainsi que l'ont voulu les cantons eux-mêmes.
Un recours peut être demandé auprès d'une commission de recours de l'administration, du département, contre toute décision concernant l'exécution. Le recours au Tribunal fédéral, dans le projet du Conseil fédéral, est exclu.
Selon les calculs de l'administration, on estime que 1000 personnes par année déposeront leur demande d'admission au service civil. L'exécution nécessitera 29 postes

nouveaux et coûtera environ 10 millions de francs par année. A ce propos, la commission présente un postulat qui autorise le Conseil fédéral à augmenter l'effectif du personnel nécessaire à 29 postes au maximum.
Si la structure générale du projet de loi, ainsi que toute une série de dispositions concrètes ont trouvé en commission un accord assez large, une série de points ont donné néanmoins matière à discussion, créant des divergences qui sont restées sous forme de propositions de minorité. Les points de divergence en question, en me réservant la possibilité de les traiter plus spécifiquement lors de la discussion de détail, ont trait, tout d'abord, aux éléments fondamentaux de la loi et, plus spécifiquement, aux dispositions des articles 1er, 8 et 18.
En ce qui concerne l'article 1er, pour être admis au service civil – c'est la question que s'est posée la commission – suffit-il, comme le propose le Conseil fédéral et la majorité de la commission, de démontrer de manière crédible l'inconciliabilité du service militaire avec la conscience, ou, comme le demande la minorité I (Fehr), doit-il y avoir référence à des valeurs éthiques fondamentales? La discussion et la décision sur l'article 1er constituent en quelque sorte la pièce de résistance de la loi. De la solution qu'on choisira dépendra le sort du projet de loi. La solution du Conseil fédéral et de la majorité de la commission représente à mon avis une solution équitable, qui mérite d'être soutenue.
A l'article 8, «Durée du service civil ordinaire», la discussion se tient autour du facteur appliqué à cette durée: la majorité de la commission, avec le Conseil fédéral, propose un facteur de 1,5, tandis que les minorités II (Tschäppät Alexander) et III (Hollenstein) proposent des facteurs réduits de 1,3 et 1,2.
A l'article 18, «Procédure d'admission», la discussion a tourné autour de la question de savoir si le fait que la demande doit être examinée par une commission, avec audition obligatoire de l'objecteur de conscience, revenait, dans une certaine mesure, à instituer une espèce de tribunal militaire. La majorité de la commission n'est pas de cet avis: elle estime que l'audition de l'objecteur de conscience est nécessaire pour comprendre si ses motivations sont vraiment crédibles. Les minorités I (Gross Andreas) et II (Hollenstein) vont dans le sens de ne pas rendre cette audition obligatoire.
Une autre question qui a été discutée – ce ne sont pas des éléments fondamentaux, mais aussi importants –, concerne l'attrait du service civil. La question était de savoir si le service civil doit être effectivement mis sur un pied d'égalité avec le service militaire, et s'il n'y a pas le risque, dans ce cas, que le service civil, sous la forme proposée, ait encore un caractère de sanction vis-à-vis des objecteurs de conscience. La réponse de la majorité de la commission est négative. Elle trouve la solution proposée par le Conseil fédéral équilibrée.
D'autres questions particulières ont fait l'objet de discussions et de propositions de minorité. Je rappelle la question concernant le fait que le service civil ne doit pas contrevenir à la loi fédérale contre la concurrence déloyale, une position acceptée à l'unanimité. Quant à la question de l'affectation à l'étranger, la majorité de la commission veut clairement fixer qu'elle est autorisée exceptionnellement, ce qui était aussi l'avis du Conseil fédéral dans son message, mais la commission est allée un peu plus loin en le précisant dans la loi.
Autre question soulevée, la possibilité d'exécuter le service civil en une seule période ou en plusieurs. La majorité de la commission et le Conseil fédéral soutiennent la solution de plusieurs périodes, en règle générale, et, exceptionnellement, d'une seule. La minorité de la commission veut mettre les deux variantes sur le même pied.
Autre question encore examinée par la commission, la suppression de l'obligation pour les établissements d'affectation de verser des contributions (art. 47), et le financement par la Confédération de projets de service civil qui oeuvrent dans le domaine de la protection de l'environnement (art. 48).
Enfin, dernière question discutée, les possibilités de recours. Comme je l'ai déjà dit, dans le message et le projet du Conseil fédéral – et la majorité de la commission est d'accord – l'autorité de recours se limite à un organe administratif du département. La minorité de la commission veut étendre cette possibilité de recours jusqu'au Tribunal fédéral.

Voilà, en bref, les éléments principaux du projet tel qu'il est sorti des travaux de votre commission.
In conclusione, l'unanimità della vostra commissione raccomanda l'entrata in materia, e una grande maggioranza della stessa l'approvazione del progetto di legge, in particolare per quanto concerne le disposizioni fondamentali, articoli 1, 8 e 18, nella versione del Consiglio federale. L'occasione ci è offerta, finalmente, di mettere in piedi un servizio civile tanto richiesto e tanto atteso dagli ambienti interessati e di voltare finalmente pagina nella pratica di condannare degli Svizzeri semplicemente perchè non potevano o non possono conciliare la loro coscienza con il servizio militare.
A nome della commissione vi invito quindi a entrare in materia.

Hubacher Helmut (S, BS): Kommissionsberichterstatter Bonny hat aufgezählt, wie lange wir mit diesem Geschäft zu tun gehabt haben. Er hat den Start auf das Jahr 1917 gelegt. Die erste Petition wurde schon 1903 eingereicht, und jetzt haben wir das Jahr 1995. 1992 ist die Volksabstimmung über den Verfassungsartikel über die Bühne gegangen, die ein sehr gutes Ergebnis, nämlich über 80 Prozent Zustimmung, ergeben hat. Die Frage ist jetzt: Sind wir am Ziel?
Diese Leidensgeschichte sagt ja auch etwas über die schweizerische Politik aus – über eine Politik, die Mühe hat, etwas ungewohnte, ungeliebte Probleme anzugehen und dafür Lösungen zu suchen. Dieser lange Marathonlauf durch die Jahrzehnte hatte damit zu tun, dass immer die Angst im Raume stand, der Zivildienst würde die Armee irgendwie ausdünnen oder gar aushungern. Es war eine übersteigerte Einschätzung der Armee und eine doch etwas saloppe Geringschätzung der Leute, die diese Auffassung nicht geteilt haben.
Heute stehen wir an einer Wegmarke. Die politische Linke hat – zusammen mit anderen – seit Jahrzehnten für eine Lösung in diesem Zusammenhang gekämpft. Sie hat viele – jetzt im nachhinein vielleicht siegreiche – Niederlagen eingesteckt. Die politische Rechte ist daran, einen erfolgreichen Rückzug anzutreten.
Das Resultat dieser Vorlage: Für die Mehrheit in unserem Rat ist das ja kein Wunschkind, kein Lieblingsthema. Die Freude an diesem Spätling hält sich in Grenzen. Der frühere liberale Nationalrat Peter Dürrenmatt aus Basel hat einmal gesagt: Wenn wir einmal diesen Zivildienst einführen sollten, wird er uns keine Freude mehr bereiten, weil es zu lange ging. Das dürfte vielleicht jetzt wirklich so sein. Es ist immerhin ein Lichtblick – das geben wir zu –, dass wir jetzt eine konkrete Vorlage diskutieren dürfen, aber – unser «aber» muss auch formuliert werden – die Vorlage des Bundesrates und der Kommission, die erst in der zweiten Lesung zu einer einigermassen akzeptablen Lösung geworden ist, ist nichts Kühnes. Sie ist kein grosser Wurf. Sie hat alle Merkmale einer Zangengeburt, denn sie ist eher etwas schwächlich.
Wir lesen gerade heute in der «Berner Zeitung» – das könnte ja auch die Wirkung sein –, dass Gymnasiasten, die überhaupt nicht ideologisch antworten, im Durchschnitt erklären, es sei unattraktiv, das Anderthalbfache an Zivildienst leisten zu müssen, dann leiste man lieber Militärdienst. Das liegt in der Absicht der politischen Rechten. Andere sagen: Dann gehen wir weiterhin den Weg über den «blauen Brief». Das muss man sich überlegen. Von daher ist die Vorlage des Bundesrates und der Kommission sicher nicht attraktiv. Aber sie ist diese Angstlösung, weil der Zivildienst offenbar für einige zu attraktiv werden könnte.
Wir hörten in der Kommission auch von gewisser Seite, dass die Auslandeinsätze schlicht und einfach mit Ferien verglichen werden, mit Ferienlagern. Entwicklungshilfemitarbeit oder die Arbeit in Flüchtlingslagern wird als Ferienbetrieb angesehen.
Die Vorlage ist gemessen an dieser Leidensgeschichte über neun Jahrzehnte ein Fortschritt: ein typisch schweizerischer Fortschritt, ein kleiner Schritt, ein kleiner Fortschritt. Wir haben uns nicht zu einer grossen Lösung durchringen können; dennoch stimmt die SP-Fraktion dieser Vorlage zu, weil sie besser ist als nichts.

Grossenbacher Ruth (C, SO): Was bringt uns das vorliegende Zivildienstgesetz? Das Gesetz ist eine brauchbare

Grundlage, um den Zivildienst auch in unserem Land einführen und ausüben zu können. Wir sind ja europäisch gesehen das einzige Land, dass diesen Dienst noch nicht hat.
Der lange Weg, das lange Warten hat sich aber meiner Meinung nach gelohnt, denn der Zivildienst gibt jungen Menschen die Möglichkeit, einen Dienst an der Gemeinschaft zu leisten, für Kranke, für Alte, für Behinderte, im Spitex-Bereich, in Umwelteinsätzen, in der Katastrophenhilfe. Dieser Einsatz, dieser Dienst am Mitmenschen oder für die Umwelt, bringt aber nicht nur jenen etwas, die betreut werden, z. B. in Spitälern oder im Spitex-Dienst. Ich bin fest davon überzeugt, dass dieser Einsatz den Zivildienstleistenden ebensoviel bringen wird. Durch diese Kontakte zu alten Menschen, zu Kranken, zu Behinderten lernen sie einen Teil der Gesellschaft kennen, dem sie sonst nie begegnet wären. Ich wage zu behaupten, dass sich diese Sozialeinsätze prägend und bereichernd auf ihr Leben auswirken werden, und sie junge Menschen für die gesellschaftliche Realität sensibilisieren. Auch in den Umwelteinsätzen oder in der Katastrophenhilfe, wo intensive Zusammenarbeit gefragt ist und Einzelinteressen keinen Platz haben, werden wertvolle Erfahrungen gesammelt, die einen Menschen zeitlebens bereichern können. Es werden auch Bezüge zur Natur und zur Umwelt geschaffen, und die jungen Leute werden auch für diese Bereiche sensibilisiert.
Militärdienst auf der einen, Zivildienst auf der anderen Seite? Der vorliegende Gesetzentwurf gibt zwar die Möglichkeit, einen Dienst an der Gemeinschaft zu leisten, ist aber kein Freibrief, entweder Militärdienst oder Zivildienst zu leisten. Die CVP-Fraktion ist immer davon ausgegangen, dass die Militärdienstpflicht laut unserer Verfassung Vorrang hat. Deshalb muss der Zivildienstwillige unter anderem folgende Bedingungen erfüllen: Er muss bereit sein, im Vergleich zur Militärdienstdauer das 1,5fache zu leisten, er muss auch glaubhaft darlegen können, dass er den Militärdienst mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, wie es auch im Entwurf des Bundesrates vorgesehen ist. Beide Dienste müssen nebeneinander bestehen können, sind eine Verpflichtung unserem Land gegenüber. Vergleiche zwischen diesen beiden Diensten sind wichtig und notwendig; wir haben ja erst kürzlich das Militärgesetz verabschiedet, jetzt beraten wir das Zivildienstgesetz. Schon aus diesem zeitlichen Nebeneinander drängen sich Vergleiche geradezu auf.
Als wir das Militärgesetz annahmen, wussten wir, dass das Zivildienstgesetz vor der Türe wartet. So wird der Zivildienst ja auch im Militärgesetz erwähnt. In Artikel 26 Absatz 1 des Militärgesetzes heisst es: «Wer die Wehrpflicht nicht durch Militär- oder Zivildienst erfüllt, untersteht der Ersatzpflicht.» Und in Absatz 2 steht: «Der Zivildienst und die Ersatzpflicht werden in besonderen Bundesgesetzen geregelt.»
Dieser Artikel 26 des Militärgesetzes hat zwei Botschaften:
1. Er sagt ganz klar aus, dass die Wehrpflicht auch durch einen Zivildiensteinsatz geleistet werden kann. Wir haben hier also Gleichwertigkeit von Wehrpflicht und Zivildienst.
2. Er sagt aber auch aus, dass der Zivildienst in einem besonderen Gesetz geregelt werden muss. Hier zeigt sich die Verschiedenartigkeit der beiden Dienste. Dies äussert sich auch in der Tatsache, dass beim Zivildienstgesetz nicht das EMD, sondern das EVD federführend ist.
Wenn wir an die Beratung des Zivildienstgesetzes gehen, dürfen wir also sehr wohl Vergleiche zwischen diesen beiden Diensten anstellen. Ich meine aber, dass es nicht an uns liegt, Wertungen vorzunehmen. Vergleiche ja, aber keine Wertungen zwischen diesen beiden Diensten.
Es hilft uns kaum weiter, wenn die einen den Zivildienstleistenden Steine in den Weg legen wollen, zum Beispiel mit der Forderung nach den ethischen Grundwerten in Artikel 1. Zum einen kompliziert dieser Zusatz die Anhörungen; zum anderen wird negiert, dass das Gewissen unteilbar ist. Es hilft uns aber auch nicht weiter, wenn die anderen nicht anerkennen, dass Militärdienstleistende auch einen Dienst an der Gemeinschaft leisten, auch einen Beitrag zum Frieden leisten. Durch ihren Dienst in einer Verteidigungsarmee gehen sie im Ernstfall eine höhere Verpflichtung ein.
Aus diesem Grund ist die CVP-Fraktion dagegen, dass der Zivildienst nur gleich lang sein sollte wie der Militärdienst oder dass man sich ohne Anhörung, sozusagen per Postkarte, vom Militärdienst befreien könnte. Die Philosophie, die ich hinter diesem Gesetz sehe, lautet: Es soll keine Drückeberger geben, die sich aus Bequemlichkeit aus der Militärdienstpflicht oder aus der Zivildienstpflicht davonschleichen. Wir dürfen deshalb nicht den einen Dienst gegen den anderen ausspielen.
Leider war es aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich, im Gesetz zu verankern, dass Militärdienstuntaugliche einen Zivildienst leisten dürfen oder müssen. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass es viele junge Menschen gibt, die gerne einen dieser Dienste leisten würden, aber als untauglich erklärt werden, und das trifft sie zum Teil schwer.
Es beschäftigt mich aber, dass jährlich 13 000 junge Menschen auf dem sogenannten «blauen Weg», aus psychischem Unvermögen oder auch aus orthopädischen Gründen, vom Militärdienst befreit werden. Zwei Drittel dieser Menschen, die auf dem «blauen Weg» befreit werden, haben bereits die Rekrutenschule hinter sich, und der Staat hat viel in ihre Ausbildung gesteckt. Diese Zahlen geben mir zu denken. Ich meine, dass hier der Hebel stärker angesetzt werden müsste. Natürlich können wir diese Zahl nicht eliminieren. Ich bezweifle auch nicht, dass es junge Menschen gibt, die aus bestimmten Gründen nicht fähig sind, Militärdienst zu leisten. Aber ich bezweifle, dass diese Zahl in unserem Land so hoch sein soll – 13 000! Deshalb verlange ich, dass die Missbräuche angegangen werden und zum Beispiel Arztzeugnisse strenger überprüft werden dürfen. Es müssen zudem Vergleiche angestellt werden zwischen der beruflichen Verantwortung, den Aufgaben im Privatleben und den Anforderungen, die der Militärdienst stellt. Es darf nicht sein, dass Männer, die im beruflichen Leben eine Führungsrolle haben, aus psychischen Gründen nicht Militärdienst leisten können. Es darf nicht sein, dass im Privatleben Extremsporttreibende aus orthopädischen Gründen vom Militärdienst befreit werden. Hier erwarte ich klare Antworten aus dem EMD. Denn es geht um Gerechtigkeit. Gerechtigkeit jenen Männern gegenüber, die bereit sind, für unser Land Einsätze im Militärdienst oder im Zivildienst zu leisten.
Aus diesen Gründen stimmen wir von der CVP-Fraktion geschlossen mit der Mehrheit der Kommission.

Cincera Ernst (R, ZH): Ich greife nicht weit in die Geschichte zurück. Die FDP-Fraktion und die Freisinnige Partei stimmten 1992 dem Verfassungsartikel zu. Folgerichtig sagen wir heute auch ja zum vorliegenden Gesetz. Schon damals legten wir Wert darauf, dass die Priorität dem Verfassungsgrundsatz «Jeder Schweizer ist wehrpflichtig» zukommt. Weil die Militärdienstpflicht gemäss Verfassungstext dem Zivildienst vorangeht, dürfen wehrpflichtige Personen nicht ohne weiteres und leichtfertig von ihr entbunden werden. Wir wollen keine dänischen Postkartenlösungen. Der Zivildienst hat sich an entsprechenden Rahmenbedingungen zu orientieren.
Wir haben das vorliegende Gesetz mit zwei Vorgaben verglichen: erstens mit unseren Anträgen bei der Vernehmlassung, und zweitens mit den Erfahrungen mit der Gesetzesvorlage über die Entkriminalisierung des Strafvollzugs von Militärdienstverweigerern (Erfahrungen der Militärjustiz, Erfahrungen im Vollzug der Arbeitsleistung).
Dieser Vergleich zeigt eine klare Tendenz. Sie kommt in den Minderheitsanträgen und in den Einzelanträgen, die wir heute zu beraten haben, klar zum Ausdruck. Hüben und drüben hält man an den eingereichten Stellungnahmen des Vernehmlassungsverfahrens fest.
Die wichtigsten Meinungsunterschiede bestehen:
1. bei der Gewissensfrage, die wir noch zu diskutieren haben werden;
2. bei der Dauer des zivilen Ersatzdienstes;
3. bei den arbeitsrechtlichen Bestimmungen.
Bei der Gewissensfrage wird sich die FDP-Fraktion der Fassung der Minderheit I anschliessen und die Forderung unterstützen, dass ethische Grundwerte glaubhaft darzulegen seien. Dem stimmten in der Vernehmlassung die Mehrheit der Kantone, die bürgerlichen Parteien und ihre Interessenorganisationen zu. Hochgerechnet ist das eine deutliche Mehrheit

des Volkes. Mit dem Erfordernis der glaubhaften Berufung auf ethische Grundwerte konnten im laufenden Versuchsbetrieb Erfahrungen gesammelt werden. Sie werden als positiv gewertet.
Bei der Dauer des zivilen Ersatzdienstes wird die FDP-Fraktion der bundesrätlichen Version – Faktor 1,5 – zustimmen. Wir werden darin vor allem auch durch die in Österreich gemachten Erfahrungen bestärkt. Es gibt viele objektive und sachliche Gründe für diesen Faktor 1,5. Die wesentlichsten sind nach unserer Ansicht, dass damit die Attraktivität des Zivildienstes relativiert werden kann und nicht wegzudiskutierende Unterschiede physischer, aber auch psychischer Belastungen der beiden Dienstarten ausgeglichen werden können.
Im arbeitsrechtlichen Bereich geht es vor allem darum, wettbewerbsneutrale Bedingungen zu schaffen – arbeitsrechtliche Bedingungen bezogen auf die Arbeitszeit und die finanzielle Entschädigung – und diese auch den Militärdienstleistenden anzugleichen.
Die bundesrätliche Vorlage fand in der FDP-Fraktion im Prinzip Zustimmung. Wo unserer Meinung nach von den grundsätzlichen Zielen abgewichen wird, unterstützen wir die entsprechenden Minderheitsanträge.
Man hört oft, dass in Zukunft die Fürsorgeprobleme einer zunehmend überalternden Bevölkerung nur durch eine immer grösser werdende Zahl von Zivildienstpflichtigen gelöst werden könnten. Damit würde das Primat der Militärdienstpflicht aus sozialpolitischen Gründen in den Hintergrund gedrängt. Die FDP-Fraktion lehnt eine Aufweichung der Vorlage mit dieser Stossrichtung und dieser Tendenz aber deutlich ab.

Hari Fritz (V, BE): Am 17. Mai 1992 hat das Schweizervolk der Einführung eines Zivildienstes zugestimmt. Artikel 18 Absatz 1 der Bundesverfassung lautet seither: «Jeder Schweizer ist wehrpflichtig. Das Gesetz sieht einen zivilen Ersatzdienst vor.» Dieser Artikel 18 Absatz 1 ist an Klarheit und Kürze kaum zu übertreffen.
Das Wesentliche dieses Bundesgesetzes ist: Die allgemeine Wehrpflicht wird beibehalten. Es gibt keine Wahlfreiheit zwischen Militärdienst und zivilem Ersatzdienst. Für den zivilen Ersatzdienst wird eine Verfassungsgrundlage geschaffen. Damit wurde dem leidigen Hin und Her seit Beginn dieses Jahrhunderts ein Ende bereitet, und es wurde eine verantwortbare Lösung des Dienstverweigererproblems in der Bundesverfassung verankert.
Nun sind wir hier an der Erarbeitung dieses Bundesgesetzes, das zu einer wesentlichen Entkrampfung der derzeitigen Situation beitragen wird. Sicher profitiert nicht nur derjenige, welcher aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten kann, sondern auch die dienstleistende Truppe, weil dann keine Militärdienstgegner mehr als Hemmschuhe dabeisein müssen. Es ist nicht sinnvoll, junge Menschen ins Gefängnis zu stecken, die wohl keinen Militärdienst leisten wollen, anderseits aber bereit sind, einen gleichwertigen, sogar länger dauernden Ersatzdienst zu leisten. Nur wer seine Arbeit mit Freude verrichtet, hat Aussicht auf Erfolg.
Die Fraktion der Schweizerischen Volkspartei steht dem vorliegenden Gesetzentwurf im grossen und ganzen positiv gegenüber. Das heisst jedoch nicht, dass wir vorbehaltlos allen Artikeln zustimmen werden. Zu den einzelnen Artikeln, die uns nicht ganz genehm scheinen, wird sich Kollege Hess Otto – hier zu meiner Rechten – noch äussern. Besonders wichtig scheint uns, dass wir bei der gesamten Beratung immer wieder den Grundsatzartikel, den Artikel 1, im Auge behalten. Es geht darum, einen Ersatzdienst zu schaffen für Menschen, die glaubhaft darlegen, dass der Militärdienst nicht mit ihrem Gewissen vereinbar ist. Wir wollen hier kein Gesetz für faule Drückeberger machen.
Das vorliegende Bundesgesetz kann als politisch ausgewogen bezeichnet werden. Unsere Fraktion ist für Eintreten.

Hollenstein Pia (G, SG): Mit einem Jastimmenanteil von 82 Prozent bei der Abstimmung im Jahre 1992 über den Verfassungsartikel für den Zivildienst konnte sich die Schweiz auf dem internationalen Parkett endlich wieder sehen lassen. Doch mit dem bundesrätlichen Entwurf vom letzten Sommer löste sich die Hoffnung auf eine liberale Lösung für Militärdienstverweigerer in Luft auf. Die Botschaft des Bundesrates ist stark vom EMD geprägt, das sich um den Soldatenbestand sorgt und glaubt, mit einem Gesetz zu einem Zivildienst, der Strafcharakter hat, liesse sich die Zahl der Militärdienstverweigerer reduzieren. So wurde unsere Kommissionsarbeit von einem Kommissionsmitglied denn auch als notwendige Pflichtübung abgetan, oder es wurde vor einem Gesetz für dienstfaule Drückeberger gewarnt. Militärdienstverweigerer sollen gleich mehrfach bestraft werden:
1. Sie müssen sich einer Gewissensprüfung unterziehen, als ob das Gewissen durch Fremdpersonen beurteilt werden könnte.
2. Sie sollen einen 1,5fach längeren Dienst leisten als Militärdienstleistende.
3. Sie sollen ihren Einsatz nur in Teileinsätzen leisten können und nicht an einem Stück, auch wenn dies von der Art des Einsatzes her absolut sinnvoll wäre.
Die Zulassungsbestimmungen in Artikel 18 der Bundesratsvariante führen zusammen mit einer massiv längeren Zivildienstdauer zu einem deutlichen Strafcharakter des Zivildienstes. Noch weiter verschärft wurde das Gesetz von der Kommission. Auslandeinsätze sollen nur ganz ausnahmsweise möglich sein. Der zivildienstleistenden Person soll das Recht abgesprochen werden zu verlangen, dass sich das Arbeitszeugnis nur auf die Art und Dauer des Einsatzes beschränkt. Wenn dem Zivildienstpflichtigen kein Einsatzbetrieb offeriert werden kann, soll er ersatzpflichtig werden. Zusätzlich liegen Anträge der Minderheiten Fehr, Friderici Charles und Sandoz vor, die das ohnehin schon sehr restriktive Gesetz noch verschärfen wollen.
Es stellt sich die Frage, ob sich mit einem so restriktiven Gesetz überhaupt Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber finden lassen, die Zivildienstleistende aufnehmen. Die durch das Kiga vermittelten Arbeitslosen werden jedenfalls einem Betrieb viel günstiger zu stehen kommen als Zivildienstleistende.
Die Kommission hat das Gesetz in fünf Tagen durchberaten. Vielen Kommissionsmitgliedern war dabei wichtig, das Gesetz zu verschärfen, um den Zivildienstleistenden möglichst viele Hindernisse zu errichten und Erschwernisse aufzubürden. Wehrgerechtigkeit, Dienstgerechtigkeit, Sicherung der Armeebestände, Gefahr der Überbetreuung der Zivildienstleistenden – das waren Schlagworte, welche die Debatte stark prägten.
Ich hatte in der Kommission zeitweise den Eindruck, dass vielen Kommissionsmitgliedern bis zum Schluss nicht klar war, dass es beim Zivildienstgesetz primär um eine praktische Ausgestaltung eines zivilen Ersatzdienstes geht und nicht um ein Ja oder Nein zum Schweizer Militär.
Mir jedenfalls hatte das Referat des Oberauditors von Österreich richtig gut getan. Er hatte in bezug auf die Zivildienstleistenden wohlwollend und akzeptierend von Menschen gesprochen; von Landesverrätern war auch im Unterton nicht die Rede. Solchen Respekt vor Militärdienstverweigerern hätte ich mir in der ganzen Kommissionsdebatte gewünscht. Das Referat des Oberauditors aus Österreich vermochte leider auf die Atmosphäre in der Kommission nur wenig abzufärben.
Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zum Sprachgebrauch rund um dieses Gesetz: Es geht in diesem Gesetz nicht einfach um Dienstverweigerer, sondern ganz klar und nur um Militärdienstverweigerer. Die Zivildienstleistenden sind bereit, einen Dienst zu leisten, aber mit der konsequenten Forderung eines Dienstes, der in keiner Weise zu Gewalt verpflichtet. Deshalb ist es falsch, einfach von Dienstverweigerern zu sprechen; es geht um Militärdienstverweigerer. Es geht heute darum, eine Lösung zu finden für jene Dienstpflichtigen, die den Militärdienst grundsätzlich ablehnen.
Die Hauptkritik von uns Grünen betrifft Artikel 1 und Artikel 8. Artikel 1 will im Grundsatz an einer Gewissensprüfung festhalten. Artikel 8 bestimmt die Dauer des zu leistenden Zivildienstes. Es ist grundsätzlich sehr schwierig, wenn nicht unmöglich, ein Gewissen zu prüfen. Somit besteht permanent die Gefahr, den Betroffenen nicht gerecht zu werden. Wenn die Mehrheit des Rates an der Gewissensprüfung festhält, verlangen wir Grünen wenigstens eine Zivildienstdauer von gleicher

Länge wie der Militärdienst. Ein entsprechender Antrag ist von Herrn Schmid Peter eingereicht worden. Wenn die Ratsmehrheit in Artikel 1 auf die Gewissensprüfung verzichtet, wird Herr Schmid Peter den «1 zu 1»-Antrag zurückziehen. Für den Fall, dass man am Tatbeweis mit der 1,5fachen Dauer festhalten will, fordern wir in Artikel 1 eine Lockerung. Die 1,5fache Dauer des Zivildienstes stand weder im Text der parlamentarischen Initiative aus dem Jahre 1987 noch im Abstimmungsbüchlein aus dem Jahre 1992. Die Stimmenden haben dazu also nicht ja gesagt.
Es muss heute darum gehen, sich für einen sinnvollen Kompromiss zu entscheiden. Dieser sollte möglichst so herauskommen, dass wir der Realität der Militärdienstverweigerer gerecht werden und uns neben den anderen europäischen Ländern sehen lassen können. So, wie das Gesetz nach den Kommissionsberatungen heute vorliegt, gehört es zu den restriktivsten Zivildienstgesetzen Mitteleuropas. Einem Land, das sich zu Recht der Hochhaltung der Menschenrechte rühmt, würde ein liberaleres Zivildienstgesetz gut anstehen.
Wir von der grünen Fraktion sind für Eintreten und werden bei den einzelnen Artikeln jeweils der liberalsten Variante zustimmen.

Sandoz Suzette (L, VD): Lorsque ce plénum a débattu de l'article 18 de la constitution introduisant le service civil, le président de notre groupe, M. François Jeanneret, a annoncé la totale fermeté du groupe libéral lorsqu'il s'agirait de discuter de la loi. Ce moment est venu.
Pour le groupe libéral, une loi sur le service civil doit impérativement obéir à deux principes: d'une part, l'exclusion du libre choix; d'autre part, l'égalité devant la loi entre ceux qui accomplissent un service militaire et ceux qui accomplissent un service civil.
L'exclusion du libre choix est imposée, entre autres, par l'article 18 alinéa 1er lui-même de la constitution, qui montre bien qu'il y a un principe d'obligation de service militaire, et que seule la loi peut y apporter une exception. Cette exclusion résulte aussi de la question qui a été posée aux électeurs lors du vote sur l'article constitutionnel. Le bulletin de vote disait: «Acceptez-vous l'arrêté introduisant un service civil pour les objecteurs de conscience?» Il s'agissait donc de déterminer précisément une catégorie de personnes qui pouvaient obtenir l'autorisation d'accomplir un service civil, et non un service militaire.
L'exclusion du libre choix résulte enfin de la différence fondamentale entre les deux services. Le service militaire nous est indirectement imposé par nos obligations internationales, puisque nous sommes un pays neutre armé, devant défendre son territoire. Le service civil ne nous est imposé par aucune obligation internationale. Ces deux services se distinguent encore l'un de l'autre par le fait que le service militaire constitue une activité tout à fait particulière, non concurrentielle d'activités professionnelles lucratives civiles, alors que le service civil, par les activités qu'il exige, peut entrer en concurrence avec des activités professionnelles lucratives. C'est un élément préoccupant.
Pour assurer le respect de cette exclusion du double choix, il convient, et c'est très important, de déterminer exactement qui peut se prévaloir du droit d'accomplir un service civil au lieu du service militaire. Et c'est dans ce sens que l'article 1er de cette loi sera déterminant. Celui qui peut se prévaloir de valeurs éthiques fondamentales se réfère à une norme transcendante supérieure aux normes juridiques habituelles de nature horizontale. De ce fait, il a droit à un traitement particulier. Celui qui ne se prévaut que de sa conscience fait état – vous le savez comme moi parce que nous sommes tous réduits à la même enseigne – d'une notion quelquefois un peu élastique. Je dis tout de suite que le groupe libéral soutiendra donc la proposition de la minorité I (Fehr) et que c'est un élément important dans le respect de l'article 18 alinéa 1er de la constitution.
Il va de soi que, lorsque l'on doit apprécier des valeurs éthiques fondamentales en relation avec un conflit de conscience, il faut une commission. On doit réunir la sensibilité de plusieurs personnes, et il faut que cette commission puisse entendre l'intéressé. Le groupe libéral soutient donc la proposition de la majorité à l'article 18 du projet de loi.
Et l'égalité devant la loi, deuxième principe important, comment l'assurer? Cette égalité devant la loi doit tenir compte des différences profondes entre les deux services, et c'est dans cet état d'esprit que le groupe libéral veillera que le service civil ne soit pas plus avantageux que le service militaire, et soutiendra, par exemple, la proposition de la majorité pour la durée du service. Mais l'égalité devant la loi implique aussi, et c'est important, que l'un des services ne soit pas supérieur à l'autre dans la hiérarchie des appréciations. C'est évidemment là que nous trouvons le problème de l'article 2; nous y reviendrons dans la discussion de détail, mais c'est l'idée du respect de l'égalité devant la loi qui amène le groupe libéral à soutenir, à l'article 2, la proposition de minorité contre la majorité de la commission.
Enfin, il est un point qui préoccupe le groupe libéral et qui est extrêmement politique, c'est celui de savoir de quel département dépendra l'exécution du service civil. Vous constaterez qu'au stade actuel, la loi n'en dit rien. A l'article 64, elle indique que les recours devront être adressés à la commission de recours du département, mais personne ne sait de quel département il s'agit. Il est très important que cette question, profondément politique, soit réglée par le Parlement, d'où la proposition du groupe libéral, à l'article 80 alinéa 1bis (nouveau).
Ces remarques étant faites, il va de soi que le groupe libéral entre en matière à l'unanimité. Il réserve naturellement sa position au moment du vote sur l'ensemble, compte tenu des modifications qui auraient pu être apportées pendant la discussion de détail.

Dünki Max (U, ZH): Die LdU/EVP-Fraktion tritt aus Überzeugung für dieses neue Bundesgesetz ein. Es ist wirklich an der Zeit, dass auf diesem Gebiet eine Lösung gefunden wird, welche die Frage der Militärdienstverweigerung anständig und angemessen regelt. Der jetzige Zustand ist unhaltbar und einer Demokratie geradezu unwürdig.
Sie haben es gehört, die Frage der Militärdienstverweigerung beschäftigt unser Land seit vielen Jahrzehnten. Schon mein Vorvorgänger in diesem Rat, Willy Sauser, hat sich nämlich mehrmals vergeblich bemüht, eine Besserstellung der echten Dienstverweigerer zu erwirken. Es ist ihm nicht besser ergangen als vielen anderen: seine guten Anträge wurden abgeschmettert. Nachdem nun das Schweizervolk 1992 mit überwältigendem Mehr einem Verfassungsartikel zugestimmt hat, ist es nunmehr Aufgabe dieses Parlamentes, dem Volkswillen Rechnung zu tragen.
Es gibt hier kein Wenn und Aber, auch wenn dieses Bundesgesetz einzelnen Gruppierungen gar nicht passt. Das Missbehagen bestimmter Kreise war bei den Kommissionsberatungen deutlich zu spüren. Sie haben sich bemüht, die Vorlage so zu gestalten, dass sie nicht mehr den Anforderungen und Erwartungen entspricht. Ich hatte sogar den Eindruck, dass das Ziel dieser Anstrengungen darin bestand, ein völlig ungenügendes Gesetz zu schaffen, um die Gegenseite zum Ergreifen des Referendums zu provozieren. Damit hätte erreicht werden können, dass wiederum viele Jahre lang nichts Entscheidendes passiert wäre. Am liebsten hätten sie diesem Gesetz das gleiche Schicksal wie der Mutterschaftsversicherung gewünscht.
Zum Glück kam dann in der zweiten Lesung doch noch die Wende zum Guten. Ich danke an dieser Stelle den CVP-Vertretern, die sich noch vom Saulus zum Paulus bekehren liessen; das war eine echt christliche Tat. Jetzt haben wir eine brauchbare Diskussionsgrundlage, zu der unsere Fraktion im Grossen und Ganzen stehen kann. In einigen wenigen Punkten sähen wir gerne noch weitere Verbesserungen, aber bei einem Kompromiss lässt sich nicht alles verwirklichen. Wir werden vor allem bei Artikel 28 den Antrag der Minderheit Tschäppät Alexander unterstützen. Dazu werde ich separat Stellung nehmen.
Unsere Fraktion folgt der ausgewogenen bundesrätlichen Linie. Wir nehmen also eine Mittelposition ein. Wir lehnen die weiter gehenden und die einengenden Anträge ab. Unsere Fraktion steht bei diesem Sachgeschäft voll und ganz zu den folgenden Grundsätzen: Das Primat der allgemeinen Wehrpflicht darf nicht abgeschafft werden; eine freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst kommt für uns nicht in Frage; Militär-

dienstpflichtige müssen glaubhaft darlegen, dass sie den Militärdienst mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können; die Formulierung der Minderheit, die die Berufung auf ethische Grundwerte fordert, lehnen wir ab. Der Zivildienst muss 1,5mal so lange sein wie die Gesamtdauer der noch nicht geleisteten Ausbildungsdienste nach der Militärgesetzgebung. Der Zivildienst muss ausschliesslich zivilen Zwecken dienen und soll ausschliesslich ausserhalb der Armee absolviert werden.
Wir möchten bereits beim Eintreten bekanntgeben, dass wir beim Tatbeweis dem schwächeren Faktor 1,3 zustimmen müssten, wenn beim Grundsatzartikel der Antrag der Minderheit I (Fehr) siegen würde, d. h., wenn sich Militärdienstpflichtige auf ethische Grundwerte berufen müssten. Der strengere Tatbeweis mit Faktor 1,5 ist für uns die Garantie, dass sich die Spreu vom Weizen trennt. Zivildienst darf nicht zu etwas Minderwertigem abgestempelt werden. Solche ernst gemeinten Leistungen zählen so viel wie der geleistete Militärdienst. Ich bin sogar überzeugt davon, dass zum Beispiel Einsätze im Gesundheitswesen härter sein werden als die Militärdienstzeit. Ich habe auf jeden Fall den Militärdienst nie als eine Strapaze empfunden. Im Gegenteil, ich habe mich während diesen 30 Jahren im Militärdienst jedes Mal gut erholt. Nachträglich beurteilt, möchte ich die «Bundesferien» nicht missen. Beruflich wurde von mir in diesen 30 Jahren weit mehr gefordert als während der Militärdienstzeit.
Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen werden für unser Land nie zu einem Problem werden, wenn wir jetzt ein gerechtes Gesetz schaffen. Im anderen Fall sehe ich schwarz. Es ist ja so leicht, sich auf dem «blauen Weg» ausmustern zu lassen. Hier sind die Hürden zu niedrig. Man muss nur über starke Rückenschmerzen klagen, und schon ist man weg. Die bekannte Zahl bringt hiefür den Beweis: Über 20 000 Wehrpflichtige verliert unsere Armee jährlich auf diesem Weg.
Der bekennende Dienstverweigerer aus Gewissensgründen, welcher sogar eine Mehrleistung auf sich nimmt, ist wenigstens ehrlich. Er wird den Ersatzdienst motiviert leisten. Es werden in der Regel keine Drückeberger sein, sondern Leute, die bereit sind, für unser Land und unser Volk auch eine sinnvolle Leistung zu erbringen. Behandeln wir sie heute als ebenbürtige Menschen. Man kann dem Land auf verschiedene Weise dienen. Hauptsache ist, man dient ihm!
Wer bereit ist, mit einer Arbeitsleistung im öffentlichen Interesse sein Bestes zu geben, verdient Achtung und nicht Diskriminierung.
Wir empfehlen Ihnen, dem Gesetz zum Durchbruch zu verhelfen.

Borer Roland (A, SO): Ich frage mich manchmal, wo gewisse Leute ihren Militärdienst geleistet haben. Ich auf jeden Fall erlebte mehrmals, Herr Kollege Dünki, dass ich am Schluss eines Diensttages müde war und dass mein Rücken schmerzte. Vielleicht können Sie mir einen Tip geben, Herr Dünki, ob ich meinen Dienst an einem falschen Ort geleistet habe.
Bevor ich über den Zivildienst und diesen Gesetzentwurf spreche, erlauben Sie mir, doch einmal einen Dank auszusprechen – einen Dank an alle jene Menschen in unserem Land, die bis heute ohne Wenn und Aber Militärdienst geleistet haben und in naher Zukunft Militärdienst leisten werden. Diesen Personen gilt meines Erachtens unser Dank. Sie leisten etwas in einer Organisation und nehmen manchmal bewusst in Kauf, dass sie von gewissen politischen Kreisen und Organisationen diskriminiert werden – weil sie eben Dienst leisten.
Unsere Partei und damit auch unsere Fraktion respektieren den Volksentscheid vom 17. Mai 1992. Wir werden demzufolge für Eintreten auf diesen Entwurf für ein Zivildienstgesetz stimmen. Ob wir aber in der Schlussabstimmung dem Gesetzentwurf zustimmen werden, kommt darauf an, wie die einzelnen Anträge, die Minderheitsanträge und auch die Anträge unserer Fraktion, behandelt werden.
Was darf das Zivildienstgesetz nicht tun? Das Gesetz darf keine eigentliche freie Wahlmöglichkeit zwischen Zivildienst und Militärdienst schaffen. Wir sind der Meinung, dass der Zivildienst vor allem in den Bereichen geleistet werden sollte, die man auch vor der Volksabstimmung 1992 erwähnt hat. Damals hat man vor allem von Einsätzen im Bereich des Sozial- und des Gesundheitswesens gesprochen, und dort sollten unseres Erachtens auch die Schwerpunkte liegen.
Wir haben es schon von einigen Vorrednern gehört: Ein Diskussionspunkt wird die Definition des Begriffs «Gewissen» sein. Wir werden eine möglichst enge Fassung des Begriffs «Gewissen» unterstützen. Wir werden auf keinen Fall akzeptieren, dass man den Begriff auch auf eine Formulierung im Sinne von «politisches Gewissen» ausdehnt, das heisst, dass man die Dienstleistung aufgrund einer politischen Einstellung ablehnen könnte.
Unseres Erachtens geht der vorliegende Gesetzentwurf in gewissen Teilen zu weit. Er taugt somit nicht dazu, ausschliesslich als subsidiäre Alternative zum Militärdienst gesehen zu werden. Wir werden diesbezüglich in der nachfolgenden Detailberatung denn auch einige Korrekturen verlangen. Überraschend ist für uns, dass vor allem die Kreise, die sich in der Vergangenheit vehement für den Zivildienst eingesetzt haben, jetzt dafür sorgen wollen, dass der Zivildienst überall geleistet werden kann. Wir haben Kommissionsmitglieder, die im Gesundheitswesen tätig sind, und vor allem solche Kommissionsmitglieder reden heute einer Ausdehnung der Dienstmöglichkeiten im Zivildienst das Wort. Ich frage mich, wo der Grund dafür liegt. Gerade diese Leute sollten doch froh sein, dass sie von den gutmotivierten Zivildienstleistenden Unterstützung in ihrer schweren Aufgabe bekommen. Oder zweifelt man vielleicht an gewissen Stellen doch am Leistungswillen gewisser Zivildienstleistenden? Ich möchte das einfach einmal als Frage im Raum stehenlassen.
Ohne jede Kompromissbereitschaft, ohne jedes geringste Entgegenkommen werden wir Zivildienstleistungen im Ausland ablehnen. Unserer Meinung nach muss der Zivildienst analog dem Militärdienst kontrollier- und überwachbar sein. Ohne riesigen Aufwand ist dies im Ausland sicher nicht möglich. Wir haben anlässlich der Fragestunde vom Montag von Herrn Bundesrat Cotti gehört, dass wir heute in der Schweiz schon einen Kulturtourismus ins Ausland haben. Denken Sie an seine Angaben bezüglich der Erhaltung der Altstadt von Sanaa, wo Millionenbeträge für irgendwelche Reislein und Expertisen ins Ausland «verbraten» werden. Ich möchte es dem Herrn Finanzminister und vor allem auch der Bundeskasse ersparen, dass in Zukunft auch ein Zivildiensttourismus ins Ausland stattfindet. Lehnen Sie einen Auslandeinsatz im Zivildienst ab. Der Kulturtourismus auf Kosten der Steuerzahler ist bereits Realität. Bitte sorgen Sie dafür, dass der Zivildiensttourismus nicht auch noch zu einer Realität wird.
Bezüglich der Dauer des Zivildienstes unterstützen wir den Antrag auf 1,5fache Dauer des Zivildienstes. Der zeitliche Unterschied ist unseres Erachtens absolut gerechtfertigt, haben doch die Zivildienstleistenden gegenüber den Militärdienstleistenden nicht wegzudiskutierende Vorteile, und wir erachten demzufolge eine Kompensation als richtig.
Auch bezüglich der Rechte und Pflichten der Zivildienstleistenden werden wir einen Änderungsantrag stellen, einen Änderungsantrag, der eine Kongruenz bezüglich Militär- und Zivildienst bringen soll. Unseres Erachtens ist es falsch, wenn politische und religiöse Tätigkeiten im Zivildienst akzeptiert werden. Auch bezüglich der Organisationen und Einsatzbetriebe stellen wir gewisse Anforderungen. Diese Anforderungen sind in den Anträgen unserer Fraktion zu Artikel 29 formuliert.
Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass der Zivildienst nicht einfach eine billige, eine einfache Variante und damit Alternative zum Militärdienst werden darf. Der Zivildienst soll eine echte Alternative sein für Menschen in unserm Land, die in Gewissensnot sind und aus diesem Grund keinen bewaffneten Militärdienst leisten können. Das hat man im Vorfeld der Abstimmung von 1992 klar so erklärt. Wir sind der Meinung, diese Forderung müsse unterstützt werden.
Zum Administrativen: Die Fraktion der Freiheits-Partei wird in Zukunft alle Stellenbegehren für die Realisierung des Zivildienstes ablehnen. Unserer Meinung nach ist es Sache der Verwaltung und vor allem des Bundesrates, die notwendigen Stellen andernorts zu suchen. Diese neue Dienstleistung muss unserer Ansicht nach kosten- und aufwandneutral gestaltet werden.

Die Fraktion der Freiheits-Partei ist für Eintreten auf das Geschäft.

De Dardel Jean-Nils (S, GE): Le projet de loi, tel qu'il a été élaboré par le Conseil fédéral et tel qu'il ressort des travaux de la commission, ne répond malheureusement que partiellement, et même souvent très partiellement, aux attentes de ceux qui, depuis des décennies, luttent pour un véritable service civil, utile à la collectivité et qui contribue à la promotion de la paix.
Il y a dans ce projet de loi, tel qu'il nous est soumis, un certain manque de générosité, un manque d'ouverture, un manque de volonté de contribuer concrètement et efficacement à la paix dans le monde. La durée du service civil prévue dans le projet est trop longue, elle a un caractère punitif, la procédure d'accès au service civil est excessivement bureaucratique, fastidieuse et, en définitive, mesquine. Malheureusement, la majorité de la commission n'a pas voulu retenir, en ce qui concerne la procédure d'accès au service civil, les exemples allemand ou autrichien qui prévoient des procédures beaucoup plus souples et beaucoup plus acceptables.
Ceci dit et ces critiques étant faites, il faut, pour se déterminer sur l'acceptation globale ou le refus de ce projet, faire une appréciation surtout en fonction de la situation actuelle, c'est-à-dire de l'application de la loi Barras, et déterminer si, par rapport à la situation actuelle, le projet qui nous est soumis et que nous devons discuter représente un progrès ou un recul, ou s'il équivaut simplement à la situation actuelle.
Le premier progrès que je constate est qu'on supprime les tribunaux militaires. Certes, ce progrès doit être tempéré par la remarque que j'ai faite précédemment sur la procédure d'accès, car, en définitive, les commissions qui vont accepter ou refuser les candidats ressemblent terriblement aux tribunaux militaires tels que nous les connaissons actuellement.
Deuxième élément, très important et dont on parle trop peu, c'est le problème de la taxe militaire. Actuellement, les objecteurs de conscience qui sont astreints au travail doivent payer une taxe militaire même s'ils ont fait leur période d'astreinte au travail. Cela va être supprimé par le projet de loi dont nous discutons, et c'est un progrès considérable qu'il faut relever.
Il y a enfin le problème de la division du service civil en tranches. Le projet de loi prévoit comme principe fondamental que le service civil sera accompli de manière fractionnée, ce qui est un recul par rapport à la situation actuelle de l'application de la loi Barras, où la plupart des objecteurs peuvent effectuer une astreinte au travail d'un seul tenant, avantage que l'on veut supprimer dans le projet de loi.
Toutefois, à ce stade-là de la discussion, il faut reconnaître que les avantages l'emportent un peu sur les inconvénients, surtout au travers de ce qui apporté sur l'exemption de la taxe militaire.
En définitive, dans notre appréciation, ce qui sera décisif, c'est le problème de l'article 1er. D'autres l'ont d'ailleurs dit, avec une opinion inverse de la nôtre sur l'article 1er. Cet article est décisif, car, si l'on accepte la proposition de la minorité I (Fehr), qui veut limiter l'accès à ceux qui peuvent se réclamer de prétendues «valeurs éthiques fondamentales», alors nous allons continuer d'envoyer en prison toute une catégorie d'objecteurs de conscience auxquels on reprochera des motivations par trop politiques. C'est une situation que nous ne pouvons pas admettre. Nous ne pouvons pas accepter que l'on en reste, sur cette question fondamentale, à l'application actuelle de la loi Barras. Il faut faire un progrès par rapport à cette question fondamentale, c'est très important, sinon nous ne remplissons pas notre mandat constitutionnel.
En définitive, nous accepterons cette loi si, pour l'article 1er, la solution de la majorité de la commission est entérinée par le Parlement, autrement dit si l'on en reste à la solution d'ouverture qui est préconisée par le projet du Conseil fédéral.

Bischof Hardi (D, ZH): Seit dem Anfang dieses Jahrhunderts beschäftigt sich unser Land mit der Frage der Militärdienstverweigerung. Innerhalb der letzten zwanzig Jahre wurden dreimal Lösungen auf Verfassungsebene vorgeschlagen:
Am 4. Dezember 1977 wurde über die sogenannte Münchensteiner Initiative abgestimmt. 885 868 Stimmberechtigte lehnten diese Initiative dazumal ab; 533 733 Stimmberechtigte stimmten ihr zu. Zugleich wurde sie von sämtlichen Ständen abgelehnt. 1984 wurde die Volksinitiative «für einen echten Zivildienst auf der Grundlage des Tatbeweises» wiederum deutlich abgelehnt. Am 17. Mai 1992 war es dann endlich soweit, dass das Schweizer Stimmvolk – diesmal mit überwältigender Mehrheit – der Einführung eines Zivildienstes zustimmte.
Mit Beschluss vom 30. Juni 1993 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zum Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst mit Frist bis zum 15. Oktober 1993 eröffnet. Es gingen 124 Stellungnahmen von Kantonen, Parteien, Verbänden usw. ein. Die grosse Mehrheit der Vernehmlasser stimmte dem Gesetzentwurf in seinen Grundzügen zu. Leider gingen dazumal die Stellungnahme unserer Partei, der Schweizer Demokraten, und auch diejenige der Lega dei Ticinesi nicht ein. Ich danke übrigens dem Kommissionssekratariat, dass es mich nochmals darauf aufmerksam machte, indem es dies in meinen persönlichen Unterlagen mit dem Leuchtstift ankreuzte.
Nun, ich kann Sie beruhigen. Grundsätzlich stimmt auch die SD/Lega-Fraktion dem Gesetzentwurf zu. Folgende Punkte müssen aber festgehalten werden: Der Zivildienst muss auf der Linie der Barras-Reform bleiben. Das heisst nichts anderes, als dass die Zivildienstleistenden gegenüber den Militärdienstpflichtigen nicht bevorteilt werden dürfen. Unsere Fraktion ist auch der Meinung, dass der Zivildienst als Ersatzdienst den gleichen Anforderungen wie der Militärdienst gerecht werden muss. Wir sind ausserdem der Auffassung, dass nur die in einem echten Gewissenskonflikt stehenden Militärdienstpflichtigen zum Zivildienst zugelassen werden dürfen. Damit werden keine besonderen Anreize für Verweigerer aus Bequemlichkeitsgründen usw. geschaffen.
Was die Dauer des Zivildienstes anbelangt, so ist unsere Fraktion ganz klar der Meinung, wie übrigens auch die FDP- und die SVP-Fraktion, dass diese mindestens beim Faktor 1,5 liegen muss. Der Faktor 1,5 entspricht somit der Meinung von etwa 43 Vernehmlasserinnen und Vernehmlassern, die sich ebenfalls für diesen Faktor entschieden haben. Ausserdem dauert er damit gleich lange wie die heutige Arbeitsleistung infolge Militärdienstverweigerung. Die längere Dauer ist auch vertretbar in dem Sinne, dass der Zivildienstleistende eine geringere physische und psychische Belastung gegenüber dem Soldaten zu tragen hat.
Grundsätzlich stimmt die SD/Lega-Fraktion dem Entwurf zum Bundesgesetz zu.

Darbellay Vital (C, VS): Il est temps que nous ayons enfin en Suisse un statut pour les objecteurs de conscience, comme dans les pays qui nous entourent.
On peut dire qu'aujourd'hui, nous avons un projet du Conseil fédéral, puis des propositions la commission ou de sa majorité, qui me paraissent équilibrés dans leur ensemble. La meilleure preuve, c'est qu'un certain nombre de personnes, à cette tribune, ont dit que ce projet était nettement trop généreux, alors que d'autres ont prétendu qu'il était trop restrictif. Cela voudrait dire qu'on est bien resté dans le juste milieu. Il faut préciser que le Conseil fédéral a bien su tenir compte des expériences qui avaient été faites jusqu'à maintenant par l'astreinte au travail en vertu de la lex Barras.
Je me prononcerai, personnellement, seulement sur deux points:
1. Le problème de l'article 1er qui traite de la motivation. Je pense que le Conseil fédéral, comme la majorité, voit juste en se contentant de demander à l'objecteur de conscience de démontrer «de manière crédible» que le service militaire n'est pas compatible avec ses problèmes de conscience. On renonce de cette manière à un examen de conscience approfondi, que voudrait la minorité I. Ceci me paraît judicieux, d'autant plus qu'on l'a bien vu jusqu'à maintenant: lorsqu'il s'agit de faire des démonstrations en ce domaine, ceux qui réussissent la démonstration, ce sont ceux qui ont un bon avocat qui leur recommande de faire attention de ne pas parler d'autre chose que de ces motifs de conscience.
Mais ceci implique qu'il faut comme corollaire une certaine preuve par l'acte, et c'est l'article 8 qui en dispose. Il y a là trois

propositions de minorité. La majorité de la commission nous propose un coefficient de 1,5 par rapport à la durée du service militaire. Ceci me paraît très lourd: si on parle de quelque 200 jours de service, ça fait tout de même 100 jours supplémentaires; c'est important. Il me semble que la composante de preuve par l'acte serait suffisante avec un coefficient de 1,3, ce qui ferait pour un objecteur de conscience entre deux et trois mois en plus du service qu'accomplit le soldat du même âge.
Dans le même ordre d'idées, d'ailleurs, la proposition de la majorité de la commission et du Conseil fédéral, en ce qui concerne l'examen d'admission, prévoit une procédure simple, avec normalement audition devant la commission, et sans audition obligatoire lorsque le cas semble clair. Ceci me paraît très utile aussi en fonction des autres dispositions.
2. Le deuxième point sur lequel j'aimerais m'attarder quelques instants, c'est la question des affectations à l'étranger: j'aurais préféré, personnellement, la disposition de l'article 7 prévue par le Conseil fédéral: «Pour autant qu'elles y consentent, les personnes astreintes peuvent être affectées à l'étranger.» La commission a ajouté «exceptionnellement». Je pense que cet «exceptionnellement» peut être accepté à condition que cette exception laisse un certain nombre de possibilités ouvertes. Et là, j'aimerais poser la question au Conseil fédéral: comment entend-il utiliser l'adverbe «exceptionnellement»? Je pense, par exemple, que lorsqu'il s'agit d'un engagement en faveur du Corps suisse d'aide en cas de catastrophe, le Conseil fédéral peut avoir toute confiance et être un peu plus large que lorsqu'il s'agirait, par exemple, d'institutions peu connues du Conseil fédéral. Il me semble qu'il devrait y avoir une pesée de la sécurité de l'engagement, et je serais heureux d'entendre M. le conseiller fédéral à ce sujet.
Pour l'ensemble, je dirai que ce projet de loi mérite d'être approuvé et je vous engage également à voter l'entrée en matière.

Hafner Ursula (S, SH): Im Jubiläumsjahr 1991 haben wir die Jungen mit grosser Inbrunst zur Mitarbeit an unserem Staatswesen aufgefordert. Wir haben das Stimmrechtsalter herabgesetzt. Wir haben beschlossen, es solle zur Feier des Jahres eine eidgenössische Jugendsession stattfinden. An dieser Jugendsession setzten die Jungen aus begreiflichen Gründen den Zivildienst auf die Traktandenliste. Der Zivildienst ist ein Thema, das sie in besonderem Masse interessiert und betrifft.
An dieser ersten Jugendsession wurde eine Petition verabschiedet, welche mit Bezug auf die Expertenkommission, die das Gesetz über den zivilen Ersatzdienst ausarbeitete, unter anderem die folgende Forderung enthielt: «In der Expertenkommission müssen mindestens 25 Prozent der Mitglieder Jugendliche unter 25 Jahren sein.» Ich bedauere es sehr, dass diese Forderung nicht erfüllt wurde. Die Jungen sind, wie gesagt, von diesem Gesetz in ganz besonderem Masse betroffen. Sie hätten hier ganz besonders mitarbeiten und mitreden sollen.
An der Jugendsession wurde eine grosse Bereitschaft zu einem Dienst für die Gemeinschaft deutlich, den die Jungen als sinnvoll erachten. Sie hätten bei der Ausarbeitung der Vorlage eben aktiv mitarbeiten sollen. Das wäre fruchtbar gewesen. Sie hätten ihre Ideen und Anregungen zur Gestaltung des Zivildienstes einfliessen lassen können. Die kühnste Idee, die an der Jugendsession diskutiert wurde, war die folgende Forderung: «Das EMD .... wird zum EDG (Eidgenössisches Departement für den Gemeinschaftsdienst).» Diese Forderung widerspiegelt das Hauptanliegen der Jungen: Der Zivildienst soll eine echte, gleichwertige Alternative zum Militärdienst werden. Er soll nicht als Strafe dafür betrachtet werden, dass die einen den Militärdienst nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können, sondern eben als sinnvoller Gemeinschaftsdienst.
Ich habe absolut kein Verständnis für den Minderheitsantrag I (Fehr) zum Zweckartikel und für den Minderheitsantrag zu Artikel 3. Diese Minderheitsanträge sprechen dem Zivildienst einen positiven eigenen Wert ab.
Ich werde den Anträgen zustimmen, welche die freie Wahl zwischen Militär- und Gemeinschaftsdienst postulieren und die gleiche Dauer verlangen. Auch das sind zwei Punkte, welche in den Petitionen der Jungen zum Ausdruck kommen, zwei Punkte, die sie einstimmig verabschiedet haben.

Keller Anton (C, AG): Der mit überwältigendem Mehr angenommene Verfassungsartikel hat jene Bewegung ausgelöst, die nun zur Lösung der lange Jahre verklemmten Dienstverweigererfrage führt. Der Bundesrat hat uns rasch einen Entwurf unterbreitet, dessen hervorstechendes Merkmal die Ausgewogenheit ist; diese muss im Auge behalten werden. Es ist die Ausgewogenheit, die dieses Projekt prägt und ihm auch zur Annahme verhelfen kann – Ausgewogenheit in dem Sinne, dass eine Lösung gefunden wird, die den Verweigerern des Militärdienstes gerecht wird, die aber auf der anderen Seite – das ist ebenso nötig – für die Wehrmänner überzeugend erscheint.
Wer den Militärdienst mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, erhält eine faire, eine würdige Lösung; aber – und das ist ebenso berechtigt – es ist keine attraktive Lösung.
Ausgewogenheit besteht vor allem auch im Spannungsfeld der Artikel 1, 8 und 18, die gewissermassen das strategische Dreieck dieser Vorlage darstellen.
Artikel 18 regelt das Zulassungsverfahren. Ich bitte Sie, bei dieser heiklen Frage alle Aufweichungen, die beantragt werden, abzulehnen. Folgen Sie hier dem Weg, den der Bundesrat aufzeichnet. Alles andere wäre eine Gefährdung in diesem delikaten Bereich der Zulassung.
Bei Artikel 1 trete ich klar für den ungeteilten Gewissensbegriff ein, der Anerkennung finden sollte. In der Praxis ergeben sich keine wesentlichen Unterschiede, ob wir nun die Formulierung «Berufung auf ethische Grundwerte» oder die Berufung auf den umfassenden Gewissensbegriff wählen. In der Praxis werden die Unterschiede sehr klein sein. Aber die Einschränkung des Gewissensbegriffs wird allenfalls zu einem Prinzipienstreit führen, der heillose Konsequenzen haben könnte.
Eine weitere Ausgewogenheit: Das Tatbeweiselement muss eine klare Profilierung erfahren. Die Lösung mit dem Faktor 1,5 ist richtig und muss im Gesamtzusammenhang als entscheidend gewertet werden.
Diese Ausgewogenheit der Vorlage wird verhindern, dass ein übermässiger Zulauf zum zivilen Ersatzdienst erfolgen wird. Wir alle wissen seit einiger Zeit, dass der grosse Aderlass in der Armee nicht wegen diesen Dienstverweigerern erfolgt, sondern es sind jene Leute, die sich in zu grossem Ausmass auf dem «blauen Weg» aus der Armee hinausschleichen, die das grosse Problem des Aderlasses schaffen. Hier ist zu hoffen, dass «Armee 95» jene neue Motivation auslöst, die diese medizinisch begründeten Abgänge auf ein erträgliches Mass reduziert.

Savary Pierre (R, VD): Si l'on veut que la loi sur le service civil trouve une majorité devant notre Conseil et, le cas échéant, devant le peuple, elle doit forcément tenir compte des exigences découlant de l'article constitutionnel et éviter les positions extrêmes. Le Conseil fédéral l'a très bien compris et il nous propose une loi qui tient la route et qui est gage de succès. On a largement tenu compte des expériences déjà faites et des conditions minimales à respecter.
Deux articles sont au centre de nos préoccupations:
1. L'article 8, le plus important, traite de la durée du service civil. Il est évident que plus le service civil est long, plus on se rapproche de la preuve par l'acte et plus on peut être permissif, si vous me passez l'expression, sur les conditions d'admission à ce service civil. Avec une durée du service civil de 1,5 fois le service militaire refusé, tel que le propose le Conseil fédéral et la majorité de la commission, on a la bonne mesure, une sorte de noyau dur à partir duquel on peut articuler la loi.
2. L'autre point important et extrêmement délicat réside dans les conditions d'admission à ce service civil. Il ne saurait y avoir de libre choix. La volonté politique est claire sur ce point. Mais la question qui se pose est de savoir si la version du Conseil fédéral n'est pas trop permissive. Le texte (art. 1er) dit en substance que le demandeur devra montrer ou déclarer qu'il ne peut concilier le service militaire avec sa conscience. Cette exigence paraît bien mince, et je crains qu'il ne soit un peu trop facile, pour ceux qui rédigent bien ou qui sont bien conseillés, de satisfaire rapidement à cette demande.

C'est pourquoi je suis de ceux qui pensent que nous devons continuer d'exiger non seulement le conflit de conscience, mais aussi prendre en compte les «valeurs éthiques fondamentales». Je sais que l'appréciation de ces valeurs éthiques s'avère souvent difficile dans la pratique, mais ce n'est pas une raison suffisante pour renoncer à cette exigence, et ce, d'autant plus que ces valeurs éthiques ont été prises en considération sans trop de problèmes jusqu'à ce jour, en particulier lors des demandes d'affectation dans un service non armé. Les commissions auront vite acquis de l'expérience et devraient pouvoir décider sans trop de problèmes.
Certains parlementaires et certaines organisations pensent que le service civil a pour but de contribuer au bien-être de la communauté ainsi qu'à la construction de la paix. C'est donner au service civil une valeur morale bien plus élevée qu'au service militaire. En allant dans ce sens et en permettant également de financer des projets en faveur de la protection de l'environnement et de la nature, comme c'est prévu à l'article 48, on désigne le bon qui oeuvre pour la paix et pour la protection de la nature, et on accuse le mauvais qui accepte de faire son service militaire. Une telle vision des choses n'est pas soutenable. Le service civil sert peut-être l'intérêt public, mais il reste une alternative au service militaire, et rien d'autre.
Je soutiendrai donc ce projet, mais je combattrai toutes les propositions qui visent à faire de ce service civil un service idéal, attractif, qui divisera la jeunesse et qui mettrait en danger les effectifs nécessaires à notre défense nationale.

Meier Hans (G, ZH): Ich war sechs Jahre Kommandant einer Gebirgsschützenkompanie, der Stabskompanie des Gebirgsarmeekorps 3. Als Präsident der Grünen Partei des Kantons Zürich und als Mitglied der grünen Fraktion habe ich all die Diskussionen um die Sicherheitspolitik mitgemacht. Das war bei meiner armeefreundlichen Haltung nicht immer leicht. Wie Herr Bundespräsident Villiger stehe ich ein für eine Schweizer Armee, die schützt, rettet und helfen will. Das gibt Motivation für die jungen Menschen, und da machen sie mit.
Übrigens, in meiner zwölfjährigen Tätigkeit als Kommandant hatte ich nie einen Dienstverweigerungsfall. Das war nicht deshalb, Herr Dünki, weil wir im Gebirge Erholungslager durchführten; wir richteten aber auch keine Konzentrationslager ein.
Der Idealzustand für mich wäre eine allgemeine Dienstpflicht, die von Frauen und Männern gleistet wird, eine Dienstpflicht an der Gemeinschaft, sei es im Wehrbereich, in der Sozialarbeit, im Umweltbereich oder in einem Friedensdienst, mit freier Wahl und gleicher Zeitdauer. Das wäre das Ideale.
Das Schweizervolk hat mit überwältigender Mehrheit, mit über 80 Prozent Jastimmen, Artikel 18 Absatz 1 der Verfassung zugestimmt: «Jeder Schweizer ist wehrpflichtig. Das Gesetz sieht einen zivilen Ersatzdienst vor.» Die grüne Fraktion akzeptiert das in der Verfassung postulierte Primat der Wehrpflicht. Wir Grünen akzeptieren aber nicht, dass aus Angst, die Armee könnte durch attraktiven Zivildienst ausgehöhlt werden, das ganze Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst mit Barrieren und Hürden gespickt wird. All das beruht auf Abschreckung. Das akzeptieren wir nicht.
Für uns Grünen ist die Minderheit I (Fehr) in Artikel 1 mit ihrer Berufung auf ethische Grundwerte nicht akzeptierbar. Wir wollen keine Gesinnungsschnüffelei. Bei freier Wahl hingegen akzeptieren wir auch eine längere Zeitdauer des Zivildienstes als Tatbeweis. Eine gleichzeitige Überprüfung des Gewissens und die viel längere Zeitdauer aber haben Strafcharakter, wollen abschrecken, und das akzeptieren wir nicht.
Ich halte fest: Der Zivildiensteinsatz ist eine ebenso harte und wichtige Leistung an der Gesellschaft wie der Militärdienst. Nicht in Ordnung ist, dass auf dem «blauen Weg» das Wegkommen von jeglicher Dienstleistung an der Gemeinschaft so leicht ist: 15 000 werden jährlich dienstuntauglich geschrieben, gegen 5 000 davon schon bei der Aushebung. Armee und Zivildienst verlieren so wertvolle junge Menschen. Die Barrieren sind nicht beim Zivildienst, sondern bei der Untauglichkeitserklärung zu errichten.
Als ehemaliger langjähriger Kompaniekommandant stehe ich nach wie vor für unsere Schweizer Armee ein. Gleichzeitig aber will ich einen echten Zivildienst, der jungen Menschen, die den Wehrdienst ablehnen, ohne entwürdigende Gewissensüberprüfung die Gelegenheit gibt, wertvollen Dienst an der Gemeinschaft zu leisten. Ich will nicht, dass weiterhin auf dem «blauen Weg» Drückebergergutachten erschlichen oder erkauft werden können, währenddem viele, die Manns genug sind, zu ihrer Verweigerung zu stehen, eingesperrt werden.

Gross Andreas (S, ZH): Auch wenn ich, Herr Bonny, nur Soldat und nicht Kompaniekommandant gewesen bin, glaube ich schon, dass wir auf die Vorgeschichte, die Sie ein bisschen beschönigt haben, zurückkommen sollten. Es ist ja wirklich kein Ruhmesblatt, dass es in einem Land, das sich als eine der ältesten Demokratien versteht, 92 Jahre dauern musste, bis wir ein solches Gesetz überhaupt ernsthaft verhandeln dürfen. Dieses Jahrhundert – das kann man bei dieser Sache schön zeigen – war für die Schweiz ein Jahrhundert der Angst, und diese Angst hat sie im Zusammenhang mit dem Zivildienst blind gemacht, und zwar blind, ein Missverständnis zu bemerken: Diese Vorgeschichte ist geprägt vom Missverständnis, dass der Zivildienst die Alternative zum Militärdienst sei. Dabei ist er menschenrechtlich, vom Gewissen her einfach die Ergänzung zum Militärdienst. Der Zivildienst ist keine Bedrohung für den Militärdienst, sondern er ist so etwas wie sein Zwillingsbruder oder seine Zwillingsschwester.
Für eine Gesellschaft, die die Freiheit respektiert, die Freiheit, anders zu denken, ist es selbstverständlich, dass man eine Alternative zum Zwang zum Militärdienst auf der Basis der Wehrpflicht für jene zur Verfügung stellt, die den Militärdienst mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können. Interessant ist jetzt folgendes: Die Schweiz hat dieses Missverständnis erst bemerkt, als durch die Grundsatzdiskussion über die Armee und das Abstimmungsergebnis von 1989 über die Volksinitiative «für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» der GSoA deutlich wurde, dass die Nichtexistenz des Zivildienstes für die Armee zur Bedrohung werden könnte. Es ist zuzugeben, dass ein wesentlicher Teil jener 36 Prozent, die dieser Volksinitiative zugestimmt haben, ihr auch deshalb zugestimmt haben, weil sie gegen die Nichtexistenz des Zivildienstes protestieren wollten.
Dass es nach drei gescheiterten Volksabstimmungen diese Grundsatzdiskussion über die Armee brauchte, bis man merkte, dass der Zivildienst die notwendige Ergänzung ist und dass die Nichtexistenz des Zivildienstes für die Armee zur Bedrohung werden könnte – das ist am Montag nach dieser Abstimmung, also am 27. November 1989, faktisch genau so passiert –, hat Helmut Hubacher dazu veranlasst, die parlamentarische Initiative einzureichen, die zum heute vorliegenden Gesetzentwurf geführt hat. Das sollte man selbstkritisch gerade nach einer so langen Geschichte nicht verkennen.
Diese Angst, diese Blindheit prägen allerdings heute noch diese Diskussion. Herr Hari ist jetzt leider nicht hier, aber wenn man von den Menschen so schlecht denkt, für die man ein Gesetz macht, dann spricht leider viel dafür, dass das Gesetz auch schlecht herauskommt. Sie haben Angst vor den Jugendlichen, und diese Angst lässt Sie im Zweifel in der Detailberatung immer zur restriktiveren Lösung greifen. Ich möchte Sie bitten, das nicht zu tun.
Diese jungen Leute, für die Sie dieses Gesetz machen, verdienen mehr Achtung, und sie verdienen Ihre Angst nicht, weil sie keine Bedrohung für unser Land sind, sondern eine Bereicherung, und sie möchten diesem Land mindestens so viel zuliebe tun, wie jene, die zwangsweise und vielleicht ohne viel zu denken – weil es schon immer so war, weil man das muss – Militärdienst leisten.
Ich bitte Sie also: Wenn Sie zur Detailberatung kommen, denken Sie nicht an Drückeberger, wenn Sie an jene denken, die die Möglichkeiten dieses Gesetzes für sich ausnutzen und Zivildienst leisten, sondern denken Sie daran, dass es sensible junge Leute sind, die auch etwas tun möchten, die aber etwas tun möchten, das mit ihrem Gewissen in Einklang steht. Wie das passieren kann, und was das heisst, das werden wir in der Detailberatung bei Artikel 1 noch genau diskutieren. Aber lassen Sie sich nicht mehr von dieser Angst leiten, die diese ganze Vorgeschichte geprägt hat, und überwinden Sie die Blindheit, die im 20. Jahrhundert die Schweizer seit 95 Jahren

kollektiv dazu verleitete, zu glauben, man müsse keinen Zivildienst einrichten. Zeigen Sie in der Detailberatung, dass wir das aus dieser Geschichte immerhin gelernt haben. Lassen wir uns in der Detailberatung von dieser Geschichte, von dieser Angst, von dieser Blindheit, von dieser Geringschätzung diesen jungen Leuten gegenüber nicht mehr leiten!

Hess Otto (V, TG): Die Frage des Zivildienstes hat eine schon bald neunzigjährige Geschichte, und es ist sicher an der Zeit, dass diese Angelegenheit einer endgültigen Lösung zugeführt werden kann. Es geht jetzt darum, den Auftrag, den das Schweizervolk dem Gesetzgeber mit seiner Zustimmung zum Verfassungsartikel erteilt hat, in die Tat umzusetzen. Allerdings müssen die gesetzten Leitplanken, die 1992 für die grosse Zustimmung zum Verfassungsartikel massgebend waren, in diesem Gesetz zwingend berücksichtigt werden. Es geht nicht an, dass die Versprechungen, die vor drei Jahren hier bei den Parlamentsberatungen und im Abstimmungskampf gemacht wurden, nicht eingehalten werden, indem man eine Aufweichung der Gesetzesvorlage vornimmt.
Die SVP-Fraktion stimmt in verschiedenen Artikeln Minderheitsanträgen zu, nicht einfach, um eine harte Linie zu verfolgen, sondern um das Versprechen einzulösen, das wir den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern seinerzeit bei der Behandlung der Verfassungsvorlage abgegeben haben. Unsere Fraktion macht die Zustimmung zur Vorlage vom Ausgang der Abstimmung bei jenen Artikeln abhängig, wo die grundsätzlichen Entscheidungen gefällt werden.
An oberster Stelle steht für die SVP-Fraktion die Wehrgerechtigkeit. Wollen wir diese weiterhin hochhalten, so liegt das Primat eindeutig und schwergewichtig bei der allgemeinen Wehrpflicht und bei der sich daraus ergebenden Pflicht zum Militärdienst. Die Zulassung zum Zivildienst muss von der Erfüllung ganz bestimmter Bedingungen abhängig gemacht werden. Eine freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst kann unter keinen Umständen in Frage kommen. Die SVP-Fraktion lehnt deshalb den Antrag Baumann Ruedi zu Artikel 1, der die Wahlfreiheit ins Gesetz aufnehmen will, ganz entschieden ab. Unsere Armee darf nicht zum «Selbstbedienungsladen» abgleiten. Zivildienst ist Ersatzdienst und nicht Alternativdienst. Er ist damit die Ausnahme von der Regel der Militärdienstpflicht.
Es ist deshalb notwendig, dass der Zivildienst möglichst den gleichen Anforderungen gerecht wird wie der Militärdienst. Der Zivildienst darf nicht dazu verleiten, dass der Wehrpflichtige einfach den angenehmeren, leichteren Weg sucht, um seine Pflicht dem Staat gegenüber zu erfüllen. Es liegt in der Natur der Sache, dass gewisse nicht wegzubringende Besonderheiten des Zivildienstes dazu führen werden, dass dieser in zahlreichen Fällen als angenehmer empfunden werden wird als der Militärdienst. Ich denke da etwa an den Einsatzort oder an die Unterkunft. Bei der Gewährung aller Besonderheiten ist deshalb ein strenger Massstab anzuwenden. Unter dem Titel «Wehrgerechtigkeit» dürfen darum in diesem Gesetz keine nicht zwingenden Erleichterungen festgeschrieben werden.
Von zentraler Bedeutung ist für unsere Fraktion Artikel 1, wo der Grundsatz festgeschrieben wird. Wir stimmen grossmehrheitlich der Minderheit I (Fehr) zu. Wir wollen bei den Zulassungsgründen zum Zivildienst einen strengen Massstab anwenden, und da kann nicht die Gewissensprüfung allein entscheiden, sondern eben auch die Berufung auf ethische Grundwerte. Wir meinen, dass die Latte bei der Zulassung hoch angesetzt werden muss, um Missbräuche zu verhindern. Das hat nichts damit zu tun, dass man den Betroffenen Steine in den Weg legen will.
Eine besondere Bedeutung kommt der Dauer der ordentlichen Zivildienstleistung zu. Unsere Fraktion spricht sich einstimmig für den Faktor 1,5 aus. Wir meinen, dass die Dauer des zivilen Ersatzdienstes mindestens das Anderthalbfache der noch nicht geleisteten Ausbildungsdienste betragen müsse. Die Anträge, die weniger weit gehen, lehnen wir ab, weil sie zur Attraktivität des Ersatzdienstes beitragen. Wir sind in unserer Meinung bestärkt, da sich eine grosse Zahl der Befragten und die Mehrheit der Kantone im Rahmen der Vernehmlassung für den Faktor 1,5 ausgesprochen haben. Ich erinnere an frühere Diskussionen zu dieser Frage, wo sogar vom Faktor 1,8 und 2,0 die Rede war. Echte Militärdienstverweigerer sträuben sich übrigens nicht gegen einen Zivildienst, der die 1,5fache Dauer des verweigerten Dienstes verlangt.
Als letztes äussere ich mich zur Frage der Auslandeinsätze: Ich bin grundsätzlich der Meinung, dass der Zivildienst im Inland zu leisten sei, und glaube auch, dass sich in unserem Land genügend Einsatzplätze und Einsatzbetriebe finden lassen. Ich verweise auf Artikel 4, wo die breite Palette der vorgesehenen Tätigkeitsbereiche aufgelistet ist: Gesundheitswesen; Sozialwesen; Kulturgütererhaltung, Forschung; Umwelt- und Naturschutz, Landschaftspflege; Forstwesen; Landwirtschaft; Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe; Katastrophenhilfe. Auslandeinsätze sind kostspielig und schwer überwachbar. Soll das Prinzip der Gleichwertigkeit zwischen Militärdienst und Zivildienst hochgehalten werden, was eine unserer zentralen Forderungen ist, so kommen Auslandeinsätze nicht in Frage, weil damit dieser Anspruch der Gleichwertigkeit nicht oder kaum erfüllt werden kann. Zudem kämen solche Einsätze unverhältnismässig teuer zu stehen. Das passt nicht in die heutige Landschaft, wo überall nach Einsparungen gesucht werden muss.
Werden unsere erwähnten Forderungen in bezug auf Grundsatz, Dauer und Auslandeinsätze in diesem Gesetz für den zivilen Ersatzdienst erfüllt, so steht die SVP-Fraktion für diese Vorlage ein.

Segmüller Eva (C, SG): Ich bin froh, dass die neunziger Jahre bezüglich der Einführung eines Zivildienstes unter einem glücklicheren Stern stehen, als das in den siebziger und achtziger Jahren der Fall war.
1991, mit der Einführung des Arbeitsdienstes gemäss der Barras-Reform, ist ein eigentlicher Durchbruch gelungen, ein Aufbruch der verhärteten Fronten, unter dem Motto: «Raus mit den jungen Leuten aus dem Gefängnis, hin zu einem vernünftigen Arbeitseinsatz.» Das hat den Weg für die Akzeptanz einer Verfassungsgrundlage für einen Zivildienst bereitet, und die praktischen Erfahrungen mit dem Arbeitsdienst sind jetzt auch die Grundlage für das Zivildienstgesetz. Diese Erfahrungen sind gut, und wir können darauf wirklich aufbauen.
Aber wir dürfen nicht einfach nur den Hut wechseln, also vorher Arbeitsdienst als Sanktion, und jetzt neuer Hut, nämlich Zivildienst. Der Bundesrat trägt dem in Artikel 1, dem Grundsatzartikel, Rechnung, indem dort die Glaubhaftmachung eines Gewissenskonfliktes verlangt und auf die Berufung auf ethische Grundwerte verzichtet wird. Das trägt der Tatsache Rechnung, dass das Gewissen unteilbar ist. Es besteht auch ein Zusammenhang mit der Dauer, denn die 1,5fache Dauer enthält ein starkes Element des Tatbeweises, das lediglich im Zusammenhang mit der Ausformulierung von Artikel 1 gemäss Mehrheit und Bundesrat gerechtfertigt ist.
Ich erinnere daran, dass die 1,5fache Dauer des Arbeitsdienstes bei der Barras-Reform hier in diesem Saal nur mit knapper Mehrheit über die 1,3fache Dauer obsiegt hatte. Wenn aber jetzt beim Grundsatzartikel 1 die Minderheit I obsiegen sollte, dann gilt es wirklich, die Dauer auf das 1,3fache zu reduzieren, denn die Einschränkung durch die ethischen Grundwerte, zusammen mit der Anhörung, wären zu hohe Hürden für einen Ersatzdienst.
Der Entwurf des Bundesrates bzw. der Antrag der Mehrheit, also der Verzicht auf die Nennung der ethischen Grundwerte, stellt keine Aufweichung der Vorlage dar, wie befürchtet wird. Man trägt damit lediglich dem Unterschied zwischen dem Sanktionscharakter des Arbeitsdienstes und dem echten Zivildienst Rechnung. Es gilt dann in der Detailberatung auch der Möglichkeit Rechnung zu tragen, dass dieser Dienst an einem Stück geleistet werden können soll, wie dies in der Praxis in verschiedensten Fällen durchaus sinnvoll ist.
Ich bitte Sie also, für die Detailberatung im Auge zu behalten, dass es nicht darum geht, einfach den Hut zu wechseln. Ich kann hier den Bundesrat zitieren, der in seiner Botschaft vor einer zu engen Anlehnung an die Ausgestaltung des Arbeitsdienstes warnt. Das gelte es zu vermeiden, denn der Zivildienst müsse sich vom Sanktionscharakter der Arbeitslei-

stung abheben. Er ist keine Sanktion, sondern eine andere Art der Erfüllung der persönlichen Wehrpflicht.
Ich bitte Sie, dem in der Detailberatung Rechnung zu tragen, insbesondere durch die Zustimmung zu Artikel 1 gemäss Bundesrat und Mehrheit der Kommission.

Pini Massimo (R, TI): Il s'agit bien du service civil, pas de la protection civile.
Hier, je me suis battu inutilement pour finir par croire que le parti dont je suis issu n'est pas sorti de la cuisse de Jupiter, et devrait penser un peu au but fédéraliste, être un peu fédéral. Moi, je suis un fédéraliste convaincu, c'est pour ça que j'accepte cette loi.
J'ai tenté d'obtenir, Monsieur le Conseiller fédéral – M. Carobbio, qui est de langue italienne, cette langue qui n'existe plus, est témoin –, selon l'article 82 (section 2: Dispositions transitoires), qu'une personne condamnée à une peine de prison parce qu'elle a refusé de servir puisse demander, une fois sa peine infligée et si elle est a encore cette conviction, à être exemptée de la peine, si elle l'accomplit, soit la possibilité d'entrer dans le service civil. Cela n'a pas été le cas, je le regrette formellement et fondamentalement. Je ne présente pas une proposition de minorité, comme j'aurais dû le faire. Je me suis battu en commission pendant et après les auditions. Je n'ai pas eu de grande réponse, mais je me dis que cet article 82 ne me satisfait pas. Si quelqu'un accomplit et purge une peine, il a le droit, selon moi, de demander d'entrer dans le service civil.
Ainsi, je me permets de rappeler que – toujours dans l'article 82 –, «si, en plus du refus de servir, la personne admise avait été reconnue coupable d'autres délits», à mon avis, ce n'est pas le tribunal de division qui doit la juger, mais le tribunal civil, selon les dispositions institutionnelles et constitutionnelles.
Sono molto grato perchè mi avete dato il tempo di potermi esprimere, lo faccio, ora, nella mia lingua materna, dicendo quanto segue: la legge non piace a coloro che stanno purgando delle pene, coloro che stanno per uscire di prigione o hanno già compiuto questo loro «dovere» di essere imprigionati. Dobbiamo depenalizzare l'obiezione di coscienza. Facciamolo con ragione e non solo con emozione politica!
Monsieur le Conseiller fédéral, cette espèce d'astreinte au service militaire fait que nous avons trop de prisonniers encore, et une petite partie de notre Confédération – c'est-à-dire le canton du Tessin – n'est pas contente du tout. Il faut dépénaliser une fois pour toutes toute cette histoire et donner la possibilité à celles et ceux qui ne se sentent pas, pour des raisons de conscience, en état de faire du service armé, de servir le pays selon le devoir constitutionnel. A mon avis, on a fait un pas en avant. Je me bats pour faire que la nouvelle loi soit finalement compatible avec les lois européennes. Je ne suis pas satisfait de l'article 82, je l'ai dit, M. Carobbio le sait, mon groupe le sait.
Je le répète: quelqu'un qui a purgé sa peine a le droit, pas seulement le devoir, de demander d'être incorporé dans le service civil.
Je rends hommage à l'Ofiamt et à M. Nordmann en particulier qui ont fait, selon moi, un travail très sérieux en étudiant toutes les retombées économiques qu'on peut prévoir. Mais il est de mon devoir de stigmatiser la conclusion de cette loi, dont je ne m'oppose pas à l'entrée en matière.
Monsieur le Conseiller fédéral, vous pourrez exprimer votre avis, je vous écouterai toujours et je vous écoute depuis longtemps parce que je vous crois. Nous devons dépénaliser toute ce «marchingegno» qui ne marche absolument pas. Il y a une partie du pays, il y a une partie des objecteurs de conscience qui ne sont pas d'accord, ils croient que les dispositions légales que nous sommes en train d'examiner sont beaucoup plus dures que celles de la loi Barras.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Wir hatten eine relativ kurze Debatte, aber sie hat das ganze Spektrum der Meinungen im Zusammenhang mit der Problematik des Zivildienstes doch sehr gut aufgezeigt.
Einer der glänzendsten Bundesräte der Nachkriegszeit, Herr Bundesrat Dr. Hans Schaffner, hat einmal gesagt – nicht auf dieser Tribüne, denn er gehörte dem Parlament nie an –, dass in einer parlamentarischen Demokratie wie der Schweiz das höchste der Gefühle bei einer Gesetzesberatung eigentlich nur jenes sein könne, dass man in guten Treuen eine mittlere Unzufriedenheit feststellen könne. Wenn Bundesrat Schaffner mit dieser Feststellung recht hatte, dann meine ich, nach all den gehörten Voten – auf Seiten der Linken und Grünen tönte es skeptisch, weil das Gesetz ihnen zu wenig weit geht, und von der rechten und bürgerlichen Seite kamen deutliche Warnsignale, man gehe zu weit –, dass wir mit dem Entwurf doch auf gutem Wege sind. Ich habe nicht im Sinn, lang auf alle Einzelfragen einzutreten. Wir werden genügend Gelegenheit haben, das bei der Detailberatung zu machen.
Verschiedene Redner haben zum Teil sehr eindrücklich gesagt – ich denke an die Voten von Herrn Hubacher und anderen –, dass dies so etwas wie ein «Angstgesetz» sei. Herr Meier Hans sagte, dass man Barrieren und Hürden aufstelle, um den Zivildienst ja zu verhindern. Diese Auffassung kann ich im Namen der Mehrheit nicht teilen. Was uns bewegt hat – das ist absolut auf der Linie des Verfassungsartikels, der mit überwältigendem Mehr angenommen wurde und der für mich ein Auftrag ist –, war die Frage der Gleichwertigkeit. Ich betone: nicht absolute Gleichbehandlung, die kann man nämlich nicht erreichen, sondern Gleichwertigkeit mit dem Militärdienst. An dieser Forderung und auch am Primat des Militärdienstes, das im Verfassungsartikel zum Ausdruck kommt, können wir meinetwegen Kritik üben, weil es uns nicht passt, aber das ist ein klarer Auftrag, an den wir uns als Gesetzgeber zu halten haben.
Herr Hubacher hat ein Beispiel von Gymnasiasten angeführt, die sagen, wenn der Faktor 1,5 sei, interessiere sie ein Zivildienst nicht, da wählten sie lieber den «blauen Weg». Das ist der klassische Fall, wo keine Gewissensgründe oder – um mit der Minderheit I (Fehr) bei Artikel 1 zu sprechen – keine ethischen Grundwerte angesprochen sind. Dieses Gesetz ist nicht ein Freipass zum Zivildienst, sondern es müssen gewisse Voraussetzungen erfüllt sein.
Herr Gross Andreas hat es mit seiner üblichen intellektuellen Eleganz zustande gebracht, dass er gleichsam nachträglich noch mit dem Zivildienst die Armeeabschaffungs-Initiative rechtfertigen will. Es ist wirklich eine intellektuelle Leistung, einen solchen Gedankengang zu vollziehen. Ich habe jedenfalls nie bemerkt – ich habe mich auf der anderen Seite von Herrn Gross aktiv gegen diese Armeeabschaffungs-Initiative eingesetzt –, dass man einen Zivildienst aufbauen wollte. Herr Gross, Sie widersprechen sich auch. Sie haben aus Ihrer Sicht sehr schön ausgeführt, der Zivildienst sei eine Ergänzung des Militärdienstes, gleichsam sein Zwilling. Sie setzen also als früherer Armeeabschaffer-Initiant wieder den Militärdienst voraus. Da stimmt in Ihrer Logik etwas nicht ganz! Sie sagten, ich hätte die Vorgeschichte beschönigend dargestellt. Es steht Ihnen absolut frei, das so zu werten, aber es gab Volksentscheide, im Jahre 1977 zur Münchensteiner Initiative und 1984 zur Tatbeweis-Initiative, die negativ lauteten. Das waren aus Ihrer Sicht vielleicht keine schönen Volksentscheide, aber es waren Volksentscheide. Es waren Verdikte, an die sich der Souverän hielt, und daran hatten auch wir uns zu halten. Jetzt ist die Zeit weiter fortgeschritten und reif geworden, um eine solche Lösung zu finden.
Ein Punkt wurde immer wieder erwähnt, und für diesen habe ich viel Verständnis. Frau Grossenbacher und Herr Meier Hans haben diesen sehr eindrücklich erwähnt. Es ist die Frage des «blauen Wegs», also der Missbräuche, die heute im Zusammenhang mit ärztlichen Ausmusterungen stattfinden. Dieses Problem ist vorhanden, es ist ganz klar, es ist nicht zu bestreiten. Ich bin auch bereit, persönlich mitzuhelfen, dass man diese Problematik vertieft und diese Missbräuche abstellt, die für jeden, der Militärdienst leistet, und auch für jeden, der künftig Zivildienst leisten wird, eine «Ohrfeige» sind. Aber diese Problematik ist nicht in diesem Gesetz zu regeln. Das ist eine andere Sache, da gehört dann auch ein anderer Vertreter des Bundesrates hin, nämlich der Vertreter des Eidgenössischen Militärdepartements.
Zu Frau Hollenstein und Herrn Dünki möchte ich folgendes sagen: Natürlich haben wir in der Kommission gestritten – das ist

schön, ich finde das gut –, aber ich möchte meinen, auch dank der guten Leitung durch unseren Kommissionspräsidenten haben diese Verhandlungen in einem Rahmen des gegenseitigen Respekts stattgefunden. Es war nicht ein schlechtes Klima, wie es Frau Hollenstein projiziert hat. Dass Sie, Frau Hollenstein, mit dem einen oder anderen Antrag nicht einverstanden sind, ist Ihr gutes Recht. Aber dem wird durch die Tatsache widersprochen, dass diese Vorlage am Schluss mit 23 zu 0 Stimmen verabschiedet worden ist.
Herr Dünki ging ja noch weiter. Er hat sogar herausgefunden, dass gewisse Leute in der Kommission gleichsam durch übertriebene Forderungen von der rechten Seite her ein Referendum von der linken Seite provozieren wollten. Ich glaube, wir haben die gleiche Konfession, wir sollten doch immer an das Gute im Menschen glauben. Sie sind sonst wirklich nicht einer – ich kenne Sie schon seit langem –, der hinter jedem einen grossen Bösewicht sieht. Ich glaube, auf diese Karikierung – übrigens auch bezüglich Ihrer Militärdiensttätigkeit – sollten wir verzichten. Ich habe auch viel Militärdienst geleistet und möchte mich gelegentlich erkundigen, wo Sie Ihren Dienst gemacht haben. Jedenfalls war ich nach Manövern und anderen Dienstleistungen ab und zu rechtschaffen müde!
Herrn de Dardel möchte ich sagen: Als Berufskollege von Ihnen war ich etwas erstaunt, als Sie sagten: «Cette commission ressemble terriblement aux tribunaux militaires.» Das ist doch eine Erfindung! Es ist überhaupt noch nichts geregelt. Diese Kommissionen werden in einer Verordnung gestaltet; aus Artikel 18 herauszulesen, dass es dasselbe sei wie die «tribunaux militaires», ist eine Feststellung, die fern der Realität ist.
Frau Hafner Ursula hat die Überlegungen reflektiert, die sie anlässlich der letzten Session des Jugendparlaments gemacht hat, das hier zusammengetreten ist. Sie ist ja Präsidentin der Eidgenössischen Jugendkommission. Ich gebe ihr insofern recht: Es wäre vielleicht gut gewesen, wenn wir auch noch Junge angehört hätten. Diese Kritik akzeptiere ich. Aber dann muss ich sagen: Frau Hafner Ursula ist nicht nur Präsidentin der Jugendkommission, sie ist auch noch Nationalrätin und hat sicher einmal ein Gelübde auf unsere Bundesverfassung abgelegt. Die Forderungen, die sie vorgebracht hat, haben mit dem Verfassungstext überhaupt nichts mehr zu tun.
Das sind die Bemerkungen, die ich zur Eintretensdebatte machen wollte. Ich danke Ihnen – auch jenen, die hüben und drüben sehr kritisch waren – für Ihren Einsatz.

Carobbio Werner (S, TI), rapporteur: Permettez-moi, à la fin de ce débat, d'ajouter, aux considérations faites par le rapporteur de langue allemande, quelques autres considérations de caractère général.
D'abord, en suivant les diverses interventions, surtout de ceux qui ont fait un certain nombre de critiques vis-à-vis du projet qui, selon eux, irait trop loin, j'ai ressenti qu'il règne une espèce de peur qu'on mette sur pied une loi en faveur d'une minorité qui ne défendrait pas nécessairement les intérêts du pays. Je ne pense pas que le problème se pose comme cela.
Un article constitutionnel nous donne le mandat de créer un service civil. La loi doit tenir compte des principes de cet article constitutionnel, mais, en même temps, doit prévoir des dispositions permettant à ceux qui, pour des raisons de conscience, choisissent de ne pas servir le pays dans l'armée, mais dans le service civil, de le faire sans se sentir punis par la loi.
Je pense que les préoccupations exprimées ici, par exemple par M^me^ Sandoz, dans le sens que la loi doit exclure le libre choix, et qu'elle doit établir le principe de l'équité entre ceux qui font le service militaire et ceux qui accomplissent le service civil, sont hors de discussion. Le projet du Conseil fédéral et les propositions de la commission ou de sa majorité retiennent ces principes-là. Tout au plus, je dirai que, dans toute une série de dispositions, on est encore trop prudent, dans le sens qu'on introduit des conditions qui rendent difficile et pas toujours attractif l'accès au service civil. Je pense en particulier à la question de la durée. La personne qui accepte de choisir le service civil accepte aussi un service civil d'une durée de 1,5 fois – projet du Conseil fédéral et proposition de la majorité – celle du service militaire. C'est un choix précis qui abolit toute idée que le service civil va devenir une sinécure.
Par conséquent, notre tâche, aujourd'hui, c'est vraiment de se rendre compte que le moment est venu d'adopter une loi qui permette vraiment, d'un côté, de tenir compte des dispositions constitutionnelles – c'est obligatoire –, et qui, d'un autre côté, vise à en finir avec cette idée fausse selon laquelle ceux qui font leur service militaire sont les bons Suisses, et ceux qui ne le font pas, mais qui le refusent pour des raisons de conscience, ne seraient pas des bons Suisses. C'est la thèse soutenue en particulier par M. Borer Roland.
Pour le reste, il y a toute une série de questions particulières dont on peut discuter. On y viendra lors de la discussion de détail. A mon avis, le sort de la loi dépend vraiment du fait que ce Parlement, aujourd'hui, suive, notamment en ce qui concerne l'article 1er, la proposition de la majorité de la commission et le projet du Conseil fédéral, ce qui représente un pas en avant par rapport à la pratique actuelle selon la loi Barras. Le fait d'accepter la proposition de la minorité I (Fehr), comme quelqu'un l'a soutenu ici, risque vraiment d'ouvrir encore des discussions et de provoquer un référendum, ce qui ferait qu'un débat toujours moins justifiable se prolongerait dans le pays. Je pense que tant ceux qui sont en faveur du service militaire que les objecteurs veulent, aujourd'hui, mettre un terme à ce débat, résoudre le problème en permettant à ceux qui veulent servir le pays en dehors de l'armée de le faire sans être punis par la loi.
Je vous invite donc à entrer en matière et à suivre, dans ses lignes générales, le projet du Conseil fédéral.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Le nouveau mandat constitutionnel confirme le service militaire obligatoire en Suisse, et il ouvre la voie à un service civil de substitution.
Le Conseil fédéral a travaillé à la préparation, à l'élaboration de cette législation d'application du nouveau mandat constitutionnel, cette législation que nous vous présentons et que la commission et la quasi-totalité des intervenants dans ce débat d'entrée en matière acceptent dans son principe. Je crois qu'elle respecte les principes qui inspirent la formule nouvelle du service civil, qu'elle est proportionnée et en harmonie avec l'organisation militaire, qu'elle équilibre les charges du service civil et celles du service militaire, qu'elle est conforme à l'esprit de milice qui nous imprègne très profondément dans ce pays.
Cela signifie, en clair, que le Conseil fédéral, dans sa préparation, a repris quelques-unes des dispositions du régime actuel et transitoire né de la réforme Barras, mais le Conseil fédéral a pris grand soin à éviter le caractère de sanction qui est lié à la réforme Barras et qui n'a évidemment plus sa place dans le système que nous instituons pour l'avenir. La décriminalisation, Monsieur Pini, s'accomplit et lorsque cette loi sera entrée en vigueur, elle s'appliquera non seulement aux nouvelles requêtes, mais aussi aux objecteurs qui n'ont pas fini de «purger leur peine» pour reprendre la terminologie en usage jusqu'ici.
Substitution au service militaire, le service civil doit être autre chose aussi. Il doit être utile à la collectivité, il doit avoir un sens pour la personne qui l'accomplit. Ce service contribue en effet à accroître la prospérité commune et la personne qui y est doit effectuer des travaux d'intérêt public, dans le domaine de la santé ou du service social, dans le domaine de la protection et de la sauvegarde de la nature et de l'environnement, par exemple, toutes formes de travaux qui doivent être motivants pour ceux qui les accomplissent.
Permettez-moi d'insister sur les trois piliers du régime que nous vous proposons.
1. Le premier pilier est tout d'abord celui des motifs qui permettent l'aiguillage vers le service civil pour tel ou tel requérant. Ce sont des motifs de conscience, qui sont déterminants pour décréter que tel ou tel requérant peut être admis au service civil ou non. Ces motifs de conscience doivent être rendus crédibles par l'intéressé et le système d'appréciation doit être un système suffisamment fort, suffisamment rigoureux, suffisamment clair aussi de manière à éviter le libre choix que le peuple n'a pas voulu.
Le régime actuel ne prend en compte que les valeurs éthiques fondamentales et écarte les objecteurs de conscience qui se réfèrent à des arguments d'ordre politique des possibilité d'un service de remplacement. Or, il s'est révélé problématique de

distinguer avec clarté les motifs d'ordre éthique des motifs d'ordre politique. La pratique des tribunaux militaires, puisque ce sont eux qui en avaient la charge, montre que l'application de la notion de valeurs éthiques pose un certain nombre de problèmes. Cette notion avait été introduite dans la loi pénale militaire pour remplacer celle du grave conflit de conscience, mais nous constatons qu'à l'exercice, mais surtout dans le nouvel esprit de la législation qui vous est proposée ici, ce distinguo n'est pas satisfaisant. C'est dans cet esprit que le Conseil fédéral a proposé l'énumération des motifs de conscience, d'une conscience qui est à son sens indivisible, et que la majorité de la commission vous propose de reprendre à son tour.

Mais j'aimerais bien que nous n'imaginions pas que cette indivisibilité de la conscience introduise un risque d'élargissement absolument incontrôlé du côté de l'admission au service civil. La barre sera placée haut, assez haut pour que la rigueur de la sélection soit notamment présente dans l'examen de chacune des requêtes qui seront présentées. Les pseudo-raisons de refuser le service militaire seront démasquées par l'autorité de décision et cette décision ne pourra pas être positive si le requérant est incapable de faire état d'un impératif intérieur contre lequel il ne pourrait pas aller sans trahison de ses valeurs morales fondamentales, ni mise en péril de sa propre identité.

Que cela soit dit en toute clarté, pour bien montrer que la nouvelle acception des motifs d'objection de conscience, telle que la comprend le Conseil fédéral et la majorité de la commission, ne crée pas – permettez-moi l'expression – un système «passoire» qui serait à peu près à l'antichambre du libre choix. Ce n'est pas du tout de cela qu'il s'agit.

Voilà pour le premier pilier, celui de la raison de conscience et de la définition de la raison de conscience que comprend cette loi.

2. Le deuxième pilier est celui de la procédure d'admission au service civil, qui doit être engagée lorsqu'un requérant en fait la demande. Je voudrais insister sur le fait, comme les rapporteurs de la commission l'ont fait, qu'en première instance ce sont des commissions civiles qui procèdent à l'audition des requérants. Cette audition consistera à examiner, par la commission, le sérieux, l'intensité, le caractère inéluctable et le contenu éthique de la raison de conscience. Ce système de sélection et d'appréciation est un système qui donne, par la manière dont il sera engagé, toutes les garanties aux requérants d'être entendus, d'être entendus dans les conditions les plus correctes et les plus ouvertes qui soient, mais toutes garanties aussi pour que le système du non libre choix soient respectées et que nous n'intervenions pas ainsi en trahison de la décision populaire clairement prise.

3. Le troisième pilier de la loi que nous vous présentons, c'est bien sûr le facteur de la durée. Le Conseil fédéral propose le facteur de 1,5 pour les soldats et de 1,1 pour les cadres, par rapport au service militaire. Cela va dans la ligne de la réforme Barras de l'époque. Le Conseil fédéral est persuadé que seul le facteur de 1,5 peut compenser les quelques «agréments» qu'offre le service civil par rapport au service militaire, même si je constate qu'il y a des carrières militaires particulièrement heureuses et confortables, dont nous avons eu la description émouvante tout à l'heure par M. Dünki.

La durée plus longue du service civil par rapport à celle du service militaire ne contient pas un élément de la preuve par l'acte, mais elle est vraiment fondée sur le principe fondamental de l'équivalence entre ces deux formes de service. J'aimerais que toutes choses soient dites et que l'on considère que le service civil, tel qu'il sera mis sur pied si cette loi voit le jour, que le service civil ne sera ni le bagne ni le Club Méditerranée. Les rapporteurs ont à leur tour insisté, tout à l'heure, sur le fait que ces trois piliers essentiels du projet avaient une liaison logique et cohérente entre eux et que, par conséquent, si l'on en venait à diminuer la valeur d'un des piliers, c'est en réalité la cohérence, l'harmonie de l'ensemble de la loi qui s'en trouveraient atteints. C'est la raison pour laquelle je souhaiterais que vous puissiez suivre la majorité de la commission sur ces trois points essentiels et que l'on puisse garder ainsi, à l'ensemble, la cohérence que nous avons voulu lui donner.

Quelques mots sur l'exécution et sur les moyens qui seront engagés pour que ce service civil devienne réalité. L'exécution du service civil incombe à la Confédération, sans la participation des cantons. Au vrai, il faut dire que les cantons étaient prêts à participer à l'exécution, à la condition toutefois que la Confédération leur rembourse entièrement les frais d'exécution. Dans la situation de précarité des finances publiques, nous n'avions dès lors pas le choix et c'était l'exécution par la Confédération exclusivement qui devait être retenue: cette formule étant manifestement moins coûteuse et aussi, probablement, un peu plus efficace.

Mais pour plus de proximité avec les personnes qui sont astreintes au service civil, les établissements d'affectation et les marchés du travail locaux, l'organe d'exécution de la Confédération créera un certain nombre d'organes régionaux décentralisés. Il serait absurde et inacceptable que tout ce service fût en quelque sorte téléguidé des bureaux anonymes de la Berne fédérale. Il doit avoir, pour sa vraisemblance et son ancrage humain, une proximité des lieux et des gens, et c'est bien ce que nous voulons lui donner par l'organisation décentralisée des contacts qu'il aura à établir.

En admettant que 1000 demandes soient déposées par année, non pas 2500, comme le dit le message, car entre temps nous avons dû constater un recul important du nombre des cas d'objection et du nombre des jugements pour refus de servir, l'organe d'exécution aurait besoin de quelque 40 postes, dont 29 emplois nouveaux. Ces besoins sont modestes. Ils doivent être mis en relation avec les quelque 200 000 jours de service civil qui seront affectés annuellement, s'il y a un millier de demandes.

Le Conseil fédéral juge que l'attribution des capacités en personnel est l'affaire du Parlement, car il ne dispose plus d'aucune réserve. Nous aurons l'occasion d'en parler dans la discussion du postulat que votre commission vous suggère, mais je veux insister sur le fait qu'il faut éviter, bien sûr, un appareil administratif surcompliqué et excessif en nombre, mais il faut éviter aussi une espèce de pantalonnade que ne manquerait pas de déclencher un service absolument sous-doté, qui créerait ainsi les conditions d'un service civil fantaisiste, d'exercices alibis qui ne feraient l'objet d'aucune espèce de contrôle. Nous tâchons de mettre sur pied un service sérieux qui réponde dignement, correctement à une attente qui s'est manifestée par le vote sur l'article constitutionnel.

Tâchons d'avoir cette rigueur et d'avoir cette sensibilité pendant toute la démarche que nous avons à conduire, non seulement dans l'élaboration de la loi, mais ensuite dans l'application ultérieure de celle-ci.

Je vous remercie d'entrer en matière. Je reviendrai dans la discussion de détail sur quelques questions qui ont été posées durant ce débat d'entrée en matière quant aux conditions du service à l'étranger, par exemple, quant au département fédéral compétent, autre exemple. Je vous réserve quelques révélations pour la discussion de détail, Madame Sandoz.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1
Antrag der Kommission
Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit I
(Fehr, Borer Roland, Cincera, Fischer-Seengen, Hari, Hess Otto, Savary, Tschuppert Karl)
Militärdienstpflichtige, die unter Berufung auf ethische Grundwerte glaubhaft darlegen, dass ....
Minderheit II
(Gross Andreas, de Dardel, Hollenstein, Meier Hans, Tschäppät Alexander)
Militärdienstpflichtige, welche den Militärdienst ....

Antrag Aguet
.... nach diesem Gesetz. Daneben kann jede weitere in der Schweiz wohnhafte Person um einen Freiwilligeneinsatz beim Zivildienst ersuchen.

Antrag Baumann Ruedi
Dienstpflichtige können zwischen Militärdienst und einem zivilen Ersatzdienst (Zivildienst) wählen.

Art. 1
Proposition de la commission
Majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Minorité I
(Fehr, Borer Roland, Cincera, Fischer-Seengen, Hari, Hess Otto, Savary, Tschuppert Karl)
.... crédible, en se fondant sur des valeurs éthiques fondamentales, qu'elles ne peuvent ....
Minorité II
(Gross Andreas, de Dardel, Hollenstein, Meier Hans, Tschäppät Alexander)
.... militaire qui ne peuvent concilier le service militaire avec leur ....

Proposition Aguet
.... présente loi. Toute autre personne, résidant sur le territoire suisse, peut également demander son engagement comme volontaire dans le service civil.

Proposition Baumann Ruedi
Les personnes astreintes au service peuvent choisir entre le service militaire et le service civil.

Fehr Lisbeth (V, ZH), Sprecherin der Minderheit I: Ich möchte Ihnen beantragen, auf die ursprüngliche Fassung des Grundsatzes zurückzukommen, welche die ethischen Grundwerte zusätzlich mit einschliesst. Diese Fassung wird bekanntlich heute in der Barras-Reform angewendet. Wie uns Praktiker melden, die damit arbeiten, geschieht dies ohne irgendwelche Probleme. Ich bin der Ansicht, dass diese Formulierung am ehesten dem Verfassungsauftrag entspricht. Warum? In diesem Verfassungsartikel gilt klar der Grundsatz vom Primat des Wehrdienstes: «Jeder Schweizer ist wehrpflichtig»; das ist der Grundsatz. «Das Gesetz sieht einen zivilen Ersatzdienst vor»; das ist die Ausnahme. Wir verstehen darunter, dass der Ersatzdienst nur ausnahmsweise gestattet werden soll. Logischerweise muss deshalb die Zulassung mit Auflagen verbunden werden.
Nun stellt sich uns die Frage, wie hoch wir diese Schranken setzen sollen. Wie Sie sehen, bieten sich hier verschiedene Möglichkeiten an: Wir haben die Minderheit II (Gross Andreas), zusätzlich die Anträge Baumann und Aguet, wir haben die Mehrheit der Kommission, und wir haben unsere Minderheit I.
Zur Minderheit II: Das ist jene Variante, die bereits in der Bereitschaft des Kandidaten, überhaupt einen Zivildienst absolvieren zu wollen, einen ausreichenden Tatbeweis erkennt. Darüber hinaus wird an anderer Stelle noch eine grösstmögliche Verkürzung der Einsatzdauer gewünscht und daran eine Steigerung der Attraktivität gekoppelt, indem ein buntes Angebot von verschiedenen Einsatzmöglichkeiten bis hin zum Auslandaufenthalt zur Wahl offensteht. Damit werden die Schranken minimiert, abgebaut, ja schlimmer noch, erheblich zugunsten des Ersatzdienstes verschoben. Das Gleichgewicht der Waage, das sich aus dem Verfassungsartikel ableiten lässt, stimmt damit klar nicht mehr. Diese Variante hat keine Legitimation und muss abgelehnt werden.
Zum Entwurf des Bundesrates bzw. zum Antrag der Mehrheit der Kommission: Die Mehrheit der Kommission ist – wie Sie sehen – allerdings nur eine knappe Mehrheit, und sie ist erst im zweiten Anlauf zustande gekommen. Sie verlangt einerseits den Tatbeweis und andererseits die Gewissensgründe, die glaubhaft gemacht werden müssen. Problematisch ist hier vor allem der unbestimmte Rechtsbegriff «Gewissen». Was ist das Gewissen? Schon in der Botschaft, Seite 28, steht: «Eine allgemeingültige inhaltliche Umschreibung dessen, was Gewissen sei, ist nicht möglich.» Auch in der Kommission wurde in diesem Zusammenhang vermerkt, dass jeder Mensch sein eigenes Gewissen habe und dass sich dieses nicht nur durch gemeinsame Werte, sondern durch seine Individualität auszeichne.
Und da liegt eben die Crux – in dieser Individualität, in dieser Unbestimmtheit. Ein unbestimmter Rechtsbegriff birgt die Gefahr von Missbrauch in sich. Ein Willkürpotential ist damit nicht auszuschliessen. Dies kann nicht im Sinne einer korrekten Rechtsordnung sein. Es muss ein einheitlicher Massstab gefunden werden, um eine einigermassen gerechte Gleichbehandlung der Kandidaten gewährleisten zu können. Das ist nur möglich, wenn man sich darüber hinaus auch an etwas Gemeinsamen orientiert. Dieses Gemeinsame sind die ethischen Grundwerte. Deshalb genügt der Antrag der Mehrheit der Kommission nicht. Er ist ebenfalls abzulehnen.
Hier setzt nun unsere Minderheit ein. Diese Formulierung bietet eine optimale Gleichbehandlung der Zivildienstkandidaten. Mit unseren Überlegungen sind wir übrigens in bester Gesellschaft, haben doch die Mehrheit der beteiligten Kantone und alle bürgerlichen Parteien, auch die CVP, die Einfügung der ethischen Grundwerte gefordert. Das Gewissen allein ist ein dehnbarer Begriff. Er wird je nach Erziehung, Umgebung, Umwelt und Zeitströmung anders ausgelegt. Nicht jede persönliche Philosophie kann zu den ethischen Grundwerten unserer Gesellschaft und Zivilisation gezählt werden. Natürlich gibt es immer noch Fälle, wo man sich in guten Treuen streiten kann, ob das nun allgemeingültige ethische Grundwerte seien oder nicht.
Grundsätzlich verstehe ich unter den ethischen Grundwerten ein gemeinsames Gedankengut, das unserem Handeln zugrunde liegt. Es ist geprägt durch unsere geschichtliche Vergangenheit, die in der christlich-abendländischen Kultur begründet ist. Damit wird der dehnbare und zu Missbrauch verleitende Begriff des Gewissens eingegrenzt. Das hat nichts mit Gesinnungsschnüffelei zu tun, Herr Meier Hans. Die zum Entscheid berufenen Instanzen bekommen damit eine Richtlinie in die Hand, nach welchen Kriterien sie eine Aufnahme zum Zivildienst beschliessen sollen. Man versteht das gleiche und redet vom gleichen. Eine ungerechte Ungleichbehandlung unter den Zivildienstkandidaten kann viel eher ausgeschlossen werden. Das, meine ich, würde doch im Sinne von Herrn Gross Andreas liegen müssen. Schon allein im Interesse dieser Leute müssen doch die ethischen Grundwerte wiederaufgenommen werden. Auch das Argument, dass man dann nicht mehr zwischen religiösen und politischen Gründen unterscheiden könne, verfängt nicht. Meines Erachtens schliesst eine vernünftige Interpretation des Begriffes «ethische Grundwerte» ohne weiteres auch die sogenannten politischen Gründe mit ein, denn sie stützen sich ja auch auf ein ethisches Fundament.
Fazit: Die Anerkennung aller Gewissensgründe würde zu einer mehr oder weniger schrankenlosen Individualisierung der Entscheidung führen. Das wiederum würde praktisch eine freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst bedeuten, was allein schon der Verfassung widerspricht. Mit einer gemeinsamen Richtlinie gemäss den ethischen Grundwerten ist hingegen eine Gleichbehandlung der Zivildienstkandidaten gewährleistet und ein möglicher Missbrauch weitgehend ausgeschaltet, und – was vor allem bedeutungsvoll ist – sie entspricht am ehesten dem Verfassungsartikel, der klar das Primat des Wehrdienstes fordert.
Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der Minderheit I zuzustimmen.

Gross Andreas (S, ZH), Sprecher der Minderheit II: Es gibt bei diesem Minderheitsantrag II zwei Punkte zu klären: einerseits die Form des Tatbeweises, die wir einführen, und andererseits, ob wir den Tatbeweis als ausreichenden Ausdruck für die Gewissensentscheidung ansehen.
Zum ersten Punkt, und da wende ich mich in erster Linie an die Mehrheit der Kommission und an den Bundesrat – denn es ist sein Entwurf, der zur Diskussion steht; die Mehrheit hat ihm zugestimmt –: Der Bundesrat und die Mehrheit trauen dem Tatbeweis nicht ganz. Deshalb sind sie der Meinung, dass man auch noch glaubhaft darstellen müsse, dass der Militärdienst nicht mit dem eigenen Gewissen zu vereinbaren sei. Es reicht also nicht, 1,3- oder 1,5mal mehr Lebenszeit hinzugeben, sondern man muss die Gewissensgründe auch noch glaubhaft darstellen, zusätzlich zum Tatbeweis.
Das ist meiner Meinung nach ein Konstruktionsfehler: Wenn man sich eingesteht, dass man das Gewissen nicht prüfen kann – ich komme darauf zurück –, weil sich die Haltung, die Gewissensüberzeugung, einer rationalen Überprüfung entzieht, dann akzeptiert man den Tatbeweis. Man muss dann aber nicht auf solche Hilfskonstruktionen zurückgreifen.
Ein zusätzliches wichtiges Argument ist, dass dieses Glaubhaftmachen eindeutig jene privilegiert, die einen guten Schulsack haben, die das Privileg hatten, lange zur Schule zu gehen, die zu Hause oder in der Schule das Privileg hatten, sich schriftlich oder mündlich ausdrücken zu lernen, die ihrer Überzeugung schön Ausdruck geben können. Diese werden immer überzeugen, auch wenn ihre Gewissenseinstellung nicht glaubhafter, ehrlicher oder überzeugender ist als die Einstellung anderer, die verstockter sind, die weniger verbalisieren, weniger umsetzen können, was sie denken.
Ich bitte Sie, darauf zu verzichten, weil es einerseits ein Konstruktionswiderspruch ist – die Lösung wäre: entweder Tatbeweis oder Glaubhaftmachung – und weil es anderseits eindeutig jene privilegiert, die eine gute Ausbildung haben und ihre Überzeugungen, ihre Gefühle, ihre Ansichten dieser Kommission schriftlich oder mündlich darlegen könnten. Da gibt es eine Ungerechtigkeit, und es würden jene bestraft, die sozial benachteiligt sind. Dieses Problem gibt es grundsätzlich: Man muss nämlich auch merken, wann man sich rechtzeitig für den Zivildienst anmelden kann. Darauf komme ich noch zurück. Diese Ebene ist aus sozialen Überlegungen also schief. Wenn man schon mit dem Tatbeweis argumentiert, sollte es ausreichen, und man sollte auf solche Hilfsaspekte verzichten.
Zum zweiten Punkt, und da wende ich mich an die Minderheit I: Hier, Frau Fehr, ist eindeutig ein Durcheinander entstanden. Was Sie beantragen, ist letztlich ein weisser Schimmel. Sie verlangen auf zwei verschiedene Arten das gleiche. Sie überschätzen auch diesen Antrag der Minderheit I, wenn Sie die ethischen Grundwerte als zusätzliche Hürde verkaufen. Das Gewissen ist nicht einfach ein Begriff, das Gewissen ist schon gar kein unklarer Rechtsbegriff. Wenn Sie in einem Lexikon nachlesen, was «Gewissen» heisst, so versteht man darunter die Fähigkeit des menschlichen Geistes, die ethischen Werte in ihrer Realität und mit den von ihnen erhobenen Ansprüchen zu erkennen. Das Gewissen ist also sozusagen das Medium, die Instanz, in der die Realität mit der eigenen ethischen Überzeugung in Einklang gebracht wird. Ihnen geht es darum, dass die Überzeugungen nicht einfach dahergeplaudert sind, und das passiert im Gewissen. Wenn Sie also Gewissen und Ethik verlangen, dann vermischen Sie Weg und Ziel.
Mein Freund Hans Zbinden hat in der ZS eine militärische Ausbildung genossen. Er hat mir als philosophisch Interessierter diese philosophische Definition des Gewissens in eine Sprache übersetzt, welche Sie, Herr Hari z. B., vielleicht besser verstehen, weil Sie ja auch die ZS genossen haben. So, wie hier das Gewissen definiert ist, bedeutet es militärisch nichts anderes als folgendes: Es ist das operative Umsetzungsinstrument der strategischen Ziele. Die Strategie ist die Ethik, und das Gewissen ist der operative Ort der Umsetzung dieser Ethik. Es reicht, wenn Sie die Strategie hier verankern, weil es Ihnen auf die Strategie, auf die Ethik ankommt. Zusätzlich noch das Operationsfeld, die operative Instanz, zu verankern ist völlig überflüssig. Sie machen einen inhaltlichen Fehler, weil Sie zwischen Ethik und Gewissen einen Unterschied machen. Sie machen einen sachlichen Fehler, weil Sie diesem Fehler eine politische Bedeutung als zusätzliche Prüfungsinstanz zumessen, die sie gar nicht hat. Sie müssen meiner Meinung nach zur Kenntnis nehmen, dass das Gewissen ohne Ethik gar nicht funktionieren kann, weil das Gewissen jene Instanz ist, mit der wir unsere Überzeugung mit der Realität messen und die Realität mit unserer Überzeugung in Einklang bringen.
Von daher bitte ich Sie, sich nochmals zu fragen, ob der Antrag der Minderheit I wirklich nötig ist, ob Sie die Sache nicht erleichtern, indem Sie darauf verzichten.
Ich bitte Sie, auf diese Fehlkonstruktion, dieses Element der Prüfung des Gewissens, zu verzichten. Wir sind doch zusammen zur Überzeugung gekommen, dass der Verfassungsauftrag ein Primat der Wehrpflicht verlangt. Die Erfüllung dieses Primats messen wir an der Bereitschaft, zusätzliche Lebenszeit für die Leistung des Zivildienstes zu investieren.
Ich danke Ihnen für die Unterstützung des Antrages der Minderheit II, und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie auf dieses Ungetüm, auf diese doppelte, widersprüchliche Verankerung von Gewissen und Ethik, verzichten würden.

Aguet Pierre (S, VD): Je propose d'ajouter à l'article 1er la phrase suivante: «Toute autre personne, résidant sur le territoire suisse, peut également demander son engagement comme volontaire dans le service civil.»
On ne rendra jamais assez hommage à tous ces hommes et ces femmes qui, depuis près d'un siècle, ont parié sur l'intelligence des hommes, sur leur capacité à inventer un monde de paix, de justice et d'amitié. Je veux ici aussi rendre hommage à ceux qui, attachés à l'idéal militaire, ont enfin admis, après des décennies d'une attitude bloquée, qu'un accord pouvait intervenir entre les tenants de ces deux idéaux: le premier, donner sa vie, arme à la main, pour protéger son pays; et le second, prendre le risque de l'humiliation pour désamorcer les conflits. Je considère comme un honneur pour vous et pour moi de participer à ce débat. Il était temps de rendre hommage aux milliers de longues journées et de longues nuits passées dans les geôles par tant et tant de jeunes Suisses dignes de notre plus profond respect. Ceux qui ont inventé l'actuel article constitutionnel ont bien mérité de la patrie. Cette loi doit enfin être rédigée, voilà plusieurs années qu'on y travaille avec sérieux.
Deux constatations encore: les défenseurs sans nuance de la défense militaire ont toujours justifié leur choix comme étant porteur d'une logique de paix. Combien de fois ne nous ont-ils pas dit que la farouche volonté de défense incarnée par le général Guisan avait maintenu le pays en dehors du conflit 1939–1945. C'est donc bien la paix qui les a motivés et qui les motive toujours. Ceux qui ont réclamé depuis 90 ans un service civil se sont référés au même objectif: la paix. L'aide aux plus défavorisés, dans le cadre d'un service public gratuit, était et reste le moyen proposé. Ainsi donc, même si le service civil reste accroché à l'article constitutionnel qui fait obligation aux Suisses de servir dans l'armée, il est incontestable que tous les Suisses attachent à la construction de la paix, à son affermissement, une importance primordiale, je dirais, prioritaire.
Dès lors, il n'y a aucune contradiction de fond à donner au service civil, que nous sommes en train d'organiser, la dimension large que propose mon amendement. En priorité, le service civil regroupera les personnes astreintes au service militaire qui démontrent de manière crédible, c'est-à-dire en augmentant le temps mis à disposition du pays, qu'elles ne peuvent concilier le service militaire avec leur conscience, et, en plus, tous les volontaires résidant en Suisse qui voudront de manière tangible, concrète, s'engager pour leur pays, pour la paix, pour l'aide aux défavorisés.
Quel Etat, quel Conseil, quel député, arrivera du fond de sa conscience à ne pas sentir toute la noblesse de ces engagements possibles? Qui donc pourra du fond de son coeur, de sa pleine responsabilité, et de son intelligence aussi, refuser aux hommes et aux femmes habitant en Suisse de venir renforcer le bon travail que nous attendons des participants à ce futur service civil?

La proposition que je défends a été formulée par de nombreuses associations qui y réfléchissent depuis longtemps. Deux nous ont écrit à la veille de ce débat; je pense en particulier aux Femmes pour la paix et au Centre Martin Luther King. De plus, je ne pense pas que les effectifs du service civil vont exploser avec cette proposition. Par contre, il n'y a aucun doute qu'elle ajoute une dimension symbolique et aussi pratique au futur service civil. Elle en modifie un peu l'image, c'est vrai, mais elle ne rendra pas ce service à ce point attractif que les défenseurs de l'armée puissent s'en inquiéter. C'était un des soucis exprimés tout à l'heure par M. Savary.
Nous travaillons pour la paix en ce moment: la paix entre nous; la paix entre les Suisses divisés depuis tant d'années sur ce sujet sensible; la paix dans le monde, dans la mesure où les forces ainsi libérées pourront y travailler; la paix au plus profond de nos coeurs, puisque, malgré tout le respect que nous portons à l'engagement militaire, nous sommes mal à l'aise de savoir chaque année tant de jeunes emprisonnés pour des motifs aussi nobles; la paix entre les porteurs de deux idéaux dignes de respect enfin réconciliés. Même si nous ne partageons pas tous la foi chrétienne, nous sommes en ce pays profondément marqués au moins par la culture chrétienne. Elle nous invite continûment à progresser vers la paix. Dans ce débat, nous allons dépasser les vieilles rognes de jadis. Nous avons à construire un instrument utile à notre pays et au monde, contre la misère et la souffrance.
Ne refusez pas l'ouverture que propose cet amendement.

Baumann Ruedi (G, BE): Ich möchte zuerst meine Interessen – oder wenn Sie so wollen, meine Erfahrungen – offenlegen. In meinem Dienstbüchlein steht «Panzersoldat», und dann irgendwo «untauglich, medizinisch ausgemustert» – auf dem heute so viel zitierten «blauen Weg». Darunter steht 27mal die gleiche Unterschrift unseres Sektionschefs als Bestätigung für den geleisteten Militärpflichtersatz – also keine glänzende Militärkarriere. Auch im Zivilschutz habe ich es nicht über die unterste Stufe hinausgebracht.
Aber während 27 Jahren habe ich mich darüber geärgert, dass ich nicht als Ersatz einen sinnvollen Dienst am Staat oder an der Gesellschaft leisten konnte. Ich glaube, ich hätte mit Begeisterung Zivildienst geleistet – in einem oder in mehreren dieser Tätigkeitsgebiete, wie sie in Artikel 4 Absatz 1 des nun vorliegenden Gesetzes aufgelistet sind.
Ich verstehe nicht, dass nur Leute, die den Militärdienst mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können, einen zivilen Ersatzdienst leisten können oder dürfen.
Ich möchte mit meinem Antrag erreichen, dass Dienstpflichtige zwischen Militärdienst und einem zivilen Ersatzdienst frei wählen können. Es wäre ehrlicher zu sagen, ich will oder ich will nicht Militärdienst leisten, als irgendeiner Kommission Gewissensnöte vorzuspielen. Damit wird meines Erachtens auch die Chancengleichheit verletzt. Andreas Gross hat es eingehend ausgeführt: Ein Student wird in der Regel seine Gewissensnot sehr viel besser begründen können als irgendein ungelernter Arbeiter. Offenbar hat man Angst, dass die jungen Leute allzu zahlreich den Weg des zivilen Ersatzdienstes wählen würden.
Aber selbst wenn das schliesslich so wäre: Es ist doch vor allem ihr Land, ihre Gesellschaft, ihre Zukunft und ihre Armee. Wenn eine Generation zum Schluss kommen sollte, Tätigkeiten im zivilen Ersatzdienst seien sinnvoller und wichtiger als der Militärdienst – nicht bequemer oder leichter: sinnvoller und wichtiger! –, dann haben wir das doch auch zu akzeptieren.
Bei freier Wahl wäre ich zumindest bereit, auch einen längeren Zivildienst zu akzeptieren. Auch die Tauglichkeit könnte dann nach meinem Dafürhalten differenziert beurteilt werden.
Wir haben selber zwei Söhne, die in den nächsten Jahren dienstpflichtig werden. Ich wünsche mir, dass sie frei entscheiden können, welche Art Dienst an der Gesellschaft sie leisten wollen – ohne entwürdigende Gewissensprüfung. Darum können auch Artikel 16 Absätze 2 und 3 sowie die Artikel 17 und 18 gestrichen werden, wie das in meinem Antrag verlangt wird.
Ich bin grundsätzlich für das Wettbewerbsprinzip. Auch zwischen dem Militärdienst und dem zivilen Ersatzdienst sollte eine Art Wettbewerb herrschen. Die Militärs müssten sich halt dann mit ihrem Angebot anstrengen, attraktiver zu sein als der zivile Ersatzdienst. Wir sollten den Mut haben, auch hier etwas zu deregulieren und eine liberale Lösung zu wählen. Dabei denke ich vor allem an diesen Gesetzentwurf mit seinen Dutzenden von Artikeln. Ich bitte Sie, etwas grosszügig zu sein und die freie Wahl zwischen Militärdienst und zivilem Ersatzdienst zu ermöglichen.

Grossenbacher Ruth (C, SO): Der Bundesrat schreibt in der Botschaft zum Zivildienstgesetz, das Gewissen sei «die innere ethische Instanz eines Menschen» und an und für sich unteilbar. Die Berufung auf ethische Grundwerte, wie sie die Minderheit I verlangt, ist aus meiner Sicht eine unnötige Wiederholung, ja, eine Einengung, die praktisch nichts bringt, hingegen die Anhörung entscheidend kompliziert. Was heisst schon «ethische Grundwerte»?
Die schlanke Lösung des Bundesrates würde die Vollzugsproblematik vereinfachen und die Zulassungsmöglichkeiten kaum erweitern. Diese Gefahr ist um so geringer, als wir mit dem Faktor 1,5 und mit der praktisch für jeden Fall verlangten Anhörung bereits zwei Schranken eingebaut haben.
Persönlich habe ich an einer Verhandlung eines Divisionsgerichts teilgenommen, denn bei der Vorbereitung eines Gesetzes genügt es nicht, sich nur hinter den Schreibtisch zu setzen. Ich habe dort eins zu eins erleben können, wie ein Militärdienstverweigerer seine Anliegen vorbringt, wie der zuständige Richter mit dem Verweigerer diskutiert hat. Es war eine gute Erfahrung; obwohl der Verweigerer eher unbeholfen war, sich sprachlich nicht gut ausdrücken konnte, hat er glaubhaft darlegen können, dass er aus innerster Überzeugung, eben aus Gewissensgründen, den Militärdienst nicht mehr leisten könne. Der Richter schuf mit seinen Fragen Bezüge zum privaten und beruflichen Werdegang des Verweigerers.
Ich bin auch aus dieser Erfahrung überzeugt, dass die Lebensführung der gesuchstellenden Person das aussagekräftigste Mittel ist, um den persönlichen Gewissensentscheid glaubhaft darzulegen. Wenn wir von Gewissen sprechen, sprechen wir über uns selber, über die Person, zu der dieses Gewissen gehört. Wenn wir über ethische Grundwerte sprechen, sprechen wir über etwas ausserhalb von uns. Was ethische Grundwerte sind, bestimmt unsere Gesellschaft. Das Gewissen hingegen ist diejenige seelische Instanz des Menschen, die es dem einzelnen ermöglicht, die für ihn gültigen Werturteile zu fällen. Es zwingt ihn, in einer bestimmten Situation so und nicht anders zu handeln. Es spricht für unseren Bundesrat, dass er mit seiner Formulierung in Artikel 1 bereit ist, den Gewissensentscheid des einzelnen ernst zu nehmen.
Die CVP-Fraktion empfiehlt Ihnen, dem Entwurf des Bundesrates, den auch die Mehrheit der Kommission unterstützt, zuzustimmen und den Antrag der Minderheit I (Fehr) abzulehnen.
Ebenfalls lehnen wir den Antrag der Minderheit II (Gross Andreas) ab. Andreas Gross will, dass das Glaubhaftmachen des Gewissensentscheids gestrichen wird. Er begründet dies damit, dass besser Geschulte das auch überzeugender machen könnten. Aus meinen Erfahrungen kann ich Ihnen sagen, dass das nicht stimmt. Ein schulisch nicht verbildeter Mensch, der spontan auf seine Gefühle hört, kann manchmal seinen Gewissensentscheid viel eher glaubhaft machen. Ich glaube nicht, dass unsere Anhörer so naiv sind, auf Blender hereinzufallen.
Den Antrag Aguet lehnen wir ebenfalls ab und auch den Antrag Baumann Ruedi, wonach Dienstpflichtige zwischen Militär- und Zivildienst frei wählen können. Er widerspricht der Verfassung: «Jeder Schweizer ist wehrpflichtig. Das Gesetz sieht einen zivilen Ersatzdienst vor.» Das Gesetz beruht auf dieser Verfassungsbestimmung, die der Souverän 1992 mit überwältigendem Mehr angenommen hat. Ich glaube, dass wir uns jetzt nicht aus diesem Verfassungsauftrag davonstehlen können.

Steinegger Franz (R, UR): Die FDP-Fraktion unterstützt die Minderheit I (Fehr). Wir sehen nämlich keinen vernünftigen Grund, warum der Bundesrat und die Kommissionsmehrheit von der Formulierung in der Barras-Reform, welche durch das Volk in der Referendumsabstimmung sanktioniert worden ist, abgewichen sind.

Der Grund liegt nicht darin, dass der Sprechende damals diese Formulierung vorgeschlagen hat. Es geht uns auch nicht um die Unterscheidung zwischen ethisch, politisch oder anders begründeten Gewissensentscheiden. Diese Unterscheidung trifft den Kern des Problems ohnehin nicht, sie ist aber Ausdruck der Problematik, wie sie hier diskutiert worden ist. Es geht uns auch nicht um Bestandesfragen. In einem Notfall kann auch dieses Gesetz wieder geändert werden. Es geht uns aber darum, dass nicht jeder Gewissensentscheid schützenswert ist. Im Prinzip anerkennt dies auch der Bundesrat, wenn er auf Seite 30 der Botschaft ausführt: «Nicht jede Gewissensentscheidung aber soll die Zulassung zum Zivildienst ermöglichen.»
Die Moraltheologen haben früher in diesem Zusammenhang von verbildetem Gewissen geredet, welches keine Anerkennung verdiene. Leider hat in der Vergangenheit eine gewisse Strömung das Gewissen auf blosse Gewissheit reduziert und ständig die Unteilbarkeit des Gewissens in den Vordergrund geschoben. Wenn man genau hinschaut, dann kommen auch die Vertreter dieser Meinung nicht darum herum, gewissen Entscheiden von absoluter Gewissheit die Qualifikation «schützenswerter Gewissensentscheid» zu entziehen.
Herr Gross Andreas, Sie machen es anders, Sie machen die ethische Komponente zum Bestandteil des Gewissensbegriffes. Aber es gibt auch in dieser Hinsicht andere Meinungen, die vor allem die reine Gewissheit in den Vordergrund stellen. Einem Terroristen beispielsweise fehlt es in der Regel ja nicht an Gewissheit, er zeichnet sich sogar gerade dadurch aus, dass er ein Übermass an Gewissheit hat. Ihm fehlt eben eine Gewissheit, welche sich auf ethische Grundwerte abstützt. Nach unserer Auffassung ist das Gewissen in Artikel 1 dieses Gesetzes nicht einfach Gewissheit, sondern es entsteht in Verbindung mit der Ethik.
Um welche ethischen Grundwerte geht es im Zusammenhang mit dem Zivildienst? Es geht um das Gebot «Du sollst nicht töten», *es geht um die Gewaltlosigkeit gegenüber Menschen.* Wir sind der Auffassung, dass diesem Gedanken im Gesetz Ausdruck gegeben werden soll. Derjenige soll Zivildienst leisten können, welcher Gewalt gegen Menschen ablehnt, nicht aber derjenige, der mit aller Sicherheit, also mit Gewissheit, seiner Abneigung gegen die Gesellschaft Ausdruck verleihen will und dabei unter Umständen sogar bereit ist, Gewalt anzuwenden.
Schliesslich sind wir der Auffassung, dass die Übernahme der bereits vom Volk sanktionierten Formulierung die Vorlage referendumsfest machen würde. Ich bin der Meinung, dass es sich auch nicht um eine konstruktive Fehlleistung handelt. Selbstverständlich besteht der Grobfilter im Tatbeweis. Aber auch wenn wir dieses Tatbeweiselement als wichtigstes Element anschauen, braucht es die Möglichkeit einer Missbrauchsbekämpfung, wenn entsprechende Anhaltspunkte bestehen, dass hier nicht ein Gewissen, das sich auf ethische Grundwerte beruft, im Spiele ist.
Wir bitten Sie, die Minderheit I (Fehr) zu unterstützen.

Leuba Jean-François (L, VD): Permettez tout d'abord que je vous dise que j'ai fait la deuxième partie de ma carrière militaire dans la justice militaire, où j'ai occupé toutes les fonctions possibles, y compris celle d'auteur présumé d'infractions. Par conséquent, je crois que je parle un tout petit peu en connaissance de cause ici.
J'aimerais vous dire que je ne comprends pas l'argumentation, notamment de M^me^ Grossenbacher, à l'égard de la minorité I (Fehr). Ce qui est difficile dans l'appréciation d'un cas, c'est de savoir si celui que l'on doit juger est sincère ou non. Cette appréciation de la conscience est indiscutablement la plus difficile, mais je constate que cette appréciation, vous l'avez tant dans la version de la majorité que dans celle de la minorité I. Ce travail difficile devra être fait, que l'on prenne la majorité ou la minorité I.
En revanche, le rapport à des «valeurs éthiques fondamentales» est une notion parfaitement définie. Il y a des notions éthiques fondamentales: ce sont celles sur lesquelles, à un moment donné, une société fonde son échelle de valeurs, et une société ne peut pas vivre sans une échelle de valeurs. Par conséquent, on demande que celui qui veut être mis au bénéfice des dispositions sur le service civil se réfère à ces valeurs éthiques fondamentales, qui sont, par exemple, la non-violence, l'amour du prochain, la fraternité universelle. Ce sont les valeurs éthiques fondamentales qui peuvent justifier le recours au service civil.
En revanche, si quelqu'un, en pleine connaissance de cause, et parfaitement convaincu, dit: «Je ne veux pas faire de service militaire, parce que j'ai peur de l'effort, ou bien parce que je considère que je n'ai pas à rendre de service à cet Etat qui me révulse», ce ne sont pas des valeurs éthiques fondamentales et, dans ce cas-là, on ne peut pas prétendre être mis au bénéfice des dispositions sur le service civil. Par conséquent, il me paraît évident qu'il faut appuyer la minorité I.
Je dirai encore quelques mots sur la proposition Aguet, proposition sympathique à première vue, mais beaucoup trop sommaire. Il faudrait régler une série de problèmes si on acceptait cette proposition, et notamment: qu'en est-il de celui qui s'inscrit volontairement dans le service civil? Est-il astreint au service militaire à côté? Si ce n'est pas le cas, c'est un moyen admirable de contourner les dispositions sur l'examen pour l'entrée dans le service civil qui sont celles de ce projet de loi. Nous vous proposons donc de refuser la proposition Aguet.
Quant à la proposition Baumann Ruedi, je voudrais dire trois choses:
1. La première, c'est qu'elle est tout simplement anticonstitutionnelle. Elle est contre le texte clair de la constitution, qui dit que le service militaire est obligatoire et que la loi organise un service civil; mais le service militaire est obligatoire et, par conséquent, le libre choix est exclu. Bien plus, on l'a dit dans toute la campagne, et c'était aussi l'objet des explications du Conseil fédéral, le libre choix est exclu, ça a été dit expressément lorsqu'on a demandé au peuple suisse d'approuver le projet constitutionnel. On peut, naturellement, dire que la constitution, ça n'a pas d'importance, que ce qu'on a dit au *peuple, ça n'a aucune espèce d'importance. Le groupe libéral* ne mangera pas de ce pain-là, Il estime que, déjà pour ces motifs, la proposition Baumann Ruedi n'est pas acceptable.
2. Mais il y a aussi des motifs de fond. Contrairement à ce que certains croient, dont M. Baumann apparemment, à savoir que l'on va au service militaire pour son plaisir, je puis vous dire, pour avoir fait un certain nombre de jours de service aussi dans les troupes combattantes, que je suis rarement allé au service militaire pour mon plaisir. J'y suis allé parce que l'Etat exigeait de moi ce service, parce que je devais rendre ce service à l'Etat, et si l'Etat l'exigeait, c'est parce qu'il avait besoin d'un certain nombre de soldats qui accomplissent leur devoir pour assurer la défense du pays. C'est pour ça que l'Etat l'exige! S'il n'y avait pas cette obligation de l'Etat, j'aurais été bien content de ne pas faire de service militaire, et je ne me serais certainement pas porté comme volontaire dans le service militaire, je puis vous l'assurer! Mais j'avais cette obligation et je considère que l'Etat doit imposer cette obligation parce que la nécessité de défense est la seule justification du service militaire.
3. Le service civil est un service de remplacement pour ceux qui ne peuvent pas concilier le service militaire avec les exigences de leur conscience et, ajoutons-nous, «en se fondant sur des valeurs éthiques fondamentales».
Dans ces conditions, il est tout à fait évident que la proposition *Baumann Ruedi doit être rejetée avec la dernière fermeté.*

Hubacher Helmut (S, BS): Der Artikel 1 ist so etwas wie der Schicksalsartikel. Im Abstimmungsbüchlein des Bundesrates zur Abstimmung über den Verfassungsartikel vom 17. Mai 1992 ist klar erklärt worden, die Zeit zur Lösung dieses Problems sei reif. Der Bundesrat hat erklärt, die Schweiz sei fast das letzte westeuropäische Land, das noch keinen Zivildienst kenne, und es wurde in bezug auf den Verfassungsartikel festgehalten, dass im Parlament endlich, zum ersten Mal, über Parteigrenzen hinweg ein Konsens zustande gekommen sei. Diesen Konsens sollten wir auch bei der Ausarbeitung dieses Gesetzes anstreben. Deshalb meine ich auch, so sympathisch das sein könnte, dass der Antrag Baumann Ruedi nicht der Verfassung entspricht. Anderseits ist der Antrag der Minder-

heit I (Fehr) für die Betroffenen, das sind die Dienstverweigerer, so nicht akzeptabel.
Herr Steinegger, ich finde es schon etwas dicke Post, was Sie hier erklärt haben. Sie haben die Dienstverweigerer zwar nicht in die Gewaltszene abgeschoben, aber Sie haben auch nicht ganz zufällig im Zusammenhang mit der Diskussion Gewissen, Dienstverweigerer, Gewissheit – Gewissheit kommt übrigens nicht von Gewissen, sondern von Wissen – auf Gewalt und Terror hingewiesen. Ich meine, dass die Dienstverweigerer in den letzten Jahrzehnten – unabhängig davon, ob man mit ihrer Gesinnung einverstanden war oder nicht – den schwierigsten Weg in diesem Land gewählt haben. Sie haben etwas getan, was nicht der Mehrheitsmeinung, schon gar nicht der bürgerlichen, entsprach. Sie haben berufliche und gesellschaftliche Diskriminierung in Kauf genommen. Sie sind für ihre Gesinnung eingestanden. Andere haben den «blauen Weg» gewählt und haben es viel einfacher und auch viel schlauer gemacht. Von daher besteht nicht der geringste Anlass, Leute, die nicht Militärdienst leisten wollen und zu ihrer Gesinnung stehen, auch nur im entferntesten – vielleicht in Klammer oder so – in die Nähe der Gewaltszene oder weiss der Teufel wohin zu stellen.
Wenn wir hier dem Verfassungsauftrag entsprechend einen Konsens erzielen, eine tragfähige politische Lösung finden und nicht wieder bei der Nullösung landen wollen, die wir seit 1903 haben, dann sollten Sie dem Entwurf des Bundesrates bzw. dem Antrag der Mehrheit zustimmen. Anders gibt es keinen Konsens, und es wäre eine weitere «blamable Leistung» des Parlamentes, wenn wir im Jahre 1995 nicht imstande sein sollten, eine Formulierung zu finden, die mehrheitsfähig ist. In der Kommission haben die Vertreter der CVP dazu viel beigetragen. Ich möchte auch die FDP bitten, hier nicht einen Wertestreit zu entfachen, sondern eine Konsenslösung zu suchen, nicht immer rechthaberisch zu sein, sondern eine Lösung zu finden. Die Lösung ist nur auf der Basis Bundesrat und Kommissionsmehrheit möglich.
Ich möchte es dem Parlament ersparen, dass wir einmal mehr zu Recht gerügt werden, weil wir wieder eine «Lösung» gefunden haben, die nicht tragfähig ist, d. h. eine Nullösung. Das können wir uns nicht leisten.

Hollenstein Pia (G, SG): Aus den Eintretensvoten der verschiedenen Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher wurde klar, dass die Ratsmehrheit an der 1,5fachen Dauer des Zivildienstes festhalten will. Deshalb stimmt die grosse Mehrheit der grünen Fraktion dem Antrag Baumann Ruedi zu, welcher eine freie Wahl von Militär- und Zivildienst fordert. Wir schliessen uns der Argumentationslinie von Ruedi Baumann an.
Ein Rückfall auf den Antrag der Minderheit I (Fehr), die von Zivildienstleistenden ethische Grundwerte verlangt, wäre katastrophal und referendumswürdig. Das Gewissen ist nicht teilbar. Dass Herr Steinegger die Zustimmung zur Minderheit I mit einer völligen Verdrehung des Inhalts zu begründen versuchte, ist unfair. Weder im Gesetz noch in Artikel 1 ist «Gewissen» durch «Gewissheit» ersetzt, deshalb ist seine Argumentation überhaupt nicht stichhaltig, sie ist nicht nur unfair; sie ist gefährlich.
Erfahrungen in anderen Ländern und die Prozesse mit Schweizer Militärdienstverweigerern haben gezeigt, wie ungeheuer schwierig eine Beurteilung des Gewissens ist. Deshalb sind viele Länder von einer Gewissensprüfung wieder abgekommen. Ich zitiere die «Basler Zeitung» vom Dezember 1990: «In Dänemark kann sich heute der junge Staatsbürger per Postkarte vom Militärdienst dispensieren lassen und aus einem Angebot von Zivildienststellen die ihm gemässe aussuchen. Schweden sieht sich gezwungen, die früher praktizierte Gewissensprüferei abzuschaffen, weil sich die entsprechenden Kommissionen nicht mehr länger ein Urteil über fremde Gewissen anmassen wollen und deshalb ihre Mitarbeit aufkündigten. Trotz gewisser Unterschiede in der Handhabung des Zivildienstes sind sich die Regierungen der skandinavischen Länder in einem Punkt völlig einig: Qualität und Intensität eines Gewissens können von aussen her nicht gerecht bewertet werden. Das Gewissen entzieht sich einer objektiven Beurteilung.»
Stützen wir uns hier in der Schweiz auf diese gemachten Erfahrungen, und verzichten wir auf eine Gewissensprüfung. Die zuständigen Richter am Militärgericht werden uns dankbar sein. Ich danke für die Zustimmung zum Antrag Baumann Ruedi. Ein Tatbeweis mit dem Faktor von 1,5 mit freier Wahl wäre eine gutschweizerische Kompromisslösung.

Borer Roland (A, SO): Wir merken jetzt in der Diskussion, wie wichtig die Unterstützung der Minderheit I (Fehr) ist, indem wir jetzt schon sehen, auf wie viele Arten der Begriff «Gewissen» interpretiert wird oder interpretiert werden kann. Aus diesem Grund unterstützt die Fraktion der Freiheits-Partei einstimmig den Antrag der Minderheit I.
Über die Definition der ethischen Grundwerte hat Herr Vizepräsident Leuba schon alles gesagt. Ich möchte an dieser Stelle nur noch auf die beiden Anträge Baumann Ruedi und Aguet eingehen.
Der Antrag Aguet bringt unseres Erachtens einige Probleme mit sich, soll doch gemäss der deutschen Version jede in der Schweiz wohnhafte Person Zivildienst leisten können, wenn sie das will. Ich weise hier einfach auf die Probleme hin, die das natürlich auch im arbeitsrechtlichen Bereich geben würde. Bei allem guten Willen und unter Berücksichtigung der Überlegung, dass es sicher Leute gibt, die etwas zugunsten der Gemeinschaft leisten wollen, sehen wir doch die Probleme, die durch diesen Antrag unserer Ansicht nach entstehen.
Zum Antrag Baumann Ruedi: Es ist gesagt worden, der Antrag sei klar verfassungswidrig. Er ist nicht eine Interpretation der Abstimmung vom 17. Mai 1992, sondern eine bewusste Abänderung des Entscheides. Ich stelle aufgrund der Botschaft fest, dass vor dem 17. Mai 1992 gesagt wurde – das wurde den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern so mitgeteilt –, dass das Primat der allgemeinen Wehrpflicht erhalten bleibe. Das ist auch in der Parlamentsdiskussion klar so zum Ausdruck gekommen: Eine freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst kann nicht in Frage kommen, eine Zulassung zum Zivildienst ist von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig zu machen.
Der Antrag zeigt doch einmal mehr, auf welche Art und Weise die Linke in diesem Land Politik betreibt! Man will den Fünfer und das Weggli respektive man stellt eine gewisse Forderung, und nach dem Motto «Steter Tropfen höhlt den Stein» doppelt man hinten nach und setzt noch eins drauf. Wir erachten es nicht nur als unfair, sondern wir erachten es klar als verwerflich, wenn man auf diese Art und Weise Politik betreiben will. Herr Baumann hat gesagt, er hätte gerne freiwillig Zivildienst geleistet. Leider ist er nicht hier und seine Frau Gemahlin auch nicht .... *(Unruhe)* Herr Baumann, Sie haben gesagt, Sie hätten gerne freiwillig Zivildienst geleistet. Nach Ihrem Votum muss ich schlichtweg annehmen, dass Sie sich damals aus der Dienstpflicht herausgeschlichen haben, denn wenn Sie dienstuntauglich sind, wie Sie das vorhin klar erklärt haben, dann sind Sie auch zivildienstuntauglich, so leid es mir tut. Wenn Sie sagen, Sie hätten gerne Zivildienst anstelle von Militärdienst geleistet, dann haben Sie sich auf elegante Art und Weise aus der Verantwortung herausgeschlichen. Ich persönlich habe mit solchem Vorgehen Mühe.
Wir lehnen also die oben erwähnten Anträge ab und unterstützen den Antrag der Minderheit I.

Scherrer Werner (–, BE): Diese Debatte über Artikel 1 hat mich als Vertreter einer christlichen Partei veranlasst, auch noch meine Meinung zu sagen.
Ich lehne den Antrag Baumann Ruedi und auch den Antrag Aguet ab und unterstütze den Antrag der Minderheit I (Fehr). Es wurde ziemlich lange über Ethik gesprochen. Darüber gibt es sehr viele Ansichten. Im Minderheitsantrag I steht etwas über Berufung auf ethische Grundwerte. Es gibt natürlich auch eine Situationsethik. Sie ist heute sehr verbreitet. Das ist eine Ethik, wo man entscheidet, je nachdem, wie es einem gerade passt, was in der Gesellschaft vielleicht gerade eine Mehrheit findet.
Die Situationsethik ist aber die gefährlichste Ethik, weil sie keine eigentliche Zielsetzung hat. In den ethischen Grundwer-

ten müsste gerade bei Artikel 1 auch die christliche Ethik mit begründet werden. Bei sehr vielen Betroffenen, die den Zivildienst machen wollen oder früher verurteilt wurden, spielten ja religiöse Gründe eine Rolle, allen voran bei den Zeugen Jehovas, aber auch noch bei anderen Gruppierungen. Das werden wohl auch in Zukunft diejenigen sein, die man auch in der Beurteilung am besten erfassen kann.
Deshalb finde ich, dass der Antrag der Minderheit I der wichtigste und korrekteste ist, um dem ganzen Problem von ethischen Grundwerten und christlichen Grundwerten gerecht zu werden.
Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit I zu unterstützen.

Wick Hugo (C, BS): Ich war 12 Jahre lang UCR-Vorsitzender und habe während dieser Zeit an Gewissensprüfungen für Waffenlose teilgenommen. Das war für mich jedesmal ein ziemlich unangenehmes Erlebnis. Ich muss gestehen, dass nach meiner Ansicht eine Gewissensprüfung etwas nahezu Unmögliches ist. Aber ich bitte Sie, sich dem Kompromissantrag der Mehrheit der Kommission anzuschliessen, damit wir die Verfassungsmässigkeit gewährleisten.
Ich will Ihnen sagen, es gibt noch eine ganz andere Sorte von Gewissensprüfung, die noch viel wichtiger wäre: Es gibt nicht nur ethisch hochstehende Leute, es gibt auch gewissenlose Leute. Diese gewissenlosen Leute eignen sich nicht für den Zivildienst, man kann sie nämlich nicht in der Pflege einsetzen, und sie eignen sich noch viel weniger für den Militärdienst. Man sollte einen gewissenlosen Menschen nicht an den Waffen ausbilden, und man sollte ihn nicht in Sprengtechnik ausbilden.
Das wäre nach meiner Ansicht eine viel wichtigere Gewissensprüfung, aber diese kann man auch nicht durchführen.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Vielleicht eine kleine, nicht allzu ernst zu nehmende Vorbemerkung: Es ist mir aufgefallen, dass verschiedene Redner ihre Interessenbindung dargelegt haben. Wir sollten mit dem aufhören. Ich hätte auch noch eine aufzuzählen. Wir unterliegen – so wie es jetzt ist – alle der allgemeinen Wehrpflicht. Damit basta!
Es ist einige Emotion in die Debatte eingeflossen. Es war aber eine – auch auf philosophischer Ebene – interessante Auseinandersetzung.
Ich werde nun die Anträge in folgender Reihenfolge behandeln: Zuerst den Antrag Aguet, dann den Antrag Baumann Ruedi, darauf den Antrag der Minderheit II (Gross Andreas) und schliesslich die Anträge der Minderheit I (Fehr) und der Mehrheit.
Zu den Anträgen Aguet und Baumann Ruedi: Da kann ich nicht im Namen der Kommission sprechen. Sie sind ja erst jetzt eingereicht worden. Aber ich gebe Ihnen eine Beurteilung aus den Arbeiten der Kommission heraus, aus den Kriterien, die wir angewendet haben, und tue damit meine persönliche Auffassung kund.
Der Antrag Aguet ist zweifellos sehr gut gemeint. Herr Aguet möchte, dass jede in der Schweiz wohnhafte Person um einen freiwilligen Einsatz beim Zivildienst nachsuchen kann. Wir müssen aber den Antrag Aguet ablehnen, weil er nicht verfassungskonform ist. Wie aus den Materialien klar hervorgeht, setzt Artikel 18 Absatz 1 der Bundesverfassung voraus, dass nur Zivildienst leisten und zu diesem zugelassen werden kann, wer militärdienstpflichtig ist. Ersatzdienst kann daher nur leisten, wer auch in der Hauptsache pflichtig ist. Folglich können militärdienstuntaugliche Jugendliche vor der Aushebung und vor allem Freiwillige – wie es durch den Antrag Aguet anvisiert wird –, die nicht Angehörige der Armee sind, keine Zulassung zum Zivildienst begehren.
Das ist der Grund, weshalb wir Ihrem Antrag nicht stattgeben sollten.
Gemäss dem Antrag Baumann Ruedi sollte man zwischen dem Wehrdienst und dem Zivildienst wählen können. Persönlich empfehle ich Ihnen, diesen Antrag abzulehnen. Im Verfassungsartikel ist die Priorität des Wehrdienstes ganz klar gesetzt. Es ist daher nicht möglich – es wäre verfassungswidrig –, hier gleichsam im Sinne eines Selbstbedienungsladens eine Alternative zu schaffen. Dazu kommt, dass mir die Argumentation des Antragstellers bezüglich des Wettbewerbs etwas Mühe macht. Wenn Sie, Herr Baumann, den Gedanken des Wettbewerbs konsequent zu Ende verfolgten, könnte es ja nicht nur einen Wettbewerb zwischen der Armee und dem Zivildienst geben. Jemand könnte noch auf die Idee kommen, verschiedene Armeen aufzustellen. Ich glaube, das wäre nicht ganz in Ihrem Sinn. Das ist sicher falsch.
Sosehr ich vorher aufgrund der Kommissionsanträge gesagt habe, dass es keine Bestandesprobleme gebe, sosehr müsste ich beim Antrag Baumann Ruedi – wonach man gleichsam im Sinne eines Selbstbedienungsladens agieren könnte – darauf hinweisen, dass Bestandesprobleme entstehen würden. Dazu kommt noch, dass Herr Baumann Ruedi die Auffassung Faktor 1,0 vertritt. Das würde natürlich die Argumentation, die ich gegen den Antrag Baumann Ruedi vorgebracht habe, noch wesentlich verschärfen.
Ich persönlich bitte Sie also, den Antrag Baumann Ruedi abzulehnen.
Ich komme zum Antrag der Minderheit II (Gross Andreas): In diesem Antrag, das muss man klar festhalten, sind Herr Gross Andreas und die Minderheit II auf der Linie der Gewissensprüfung. Sie möchten die Formulierung «die glaubhaft darlegen» ausschliessen. Auch aus dem Votum von Herrn Gross ist klar hervorgegangen, dass er möglichst nahe bei einer Tatbeweislösung bleiben möchte, wenn sie nicht sogar damit fast identisch sein soll.
Herr Gross, dazu muss ich Ihnen sagen: Die Lösung des Tatbeweises liegt nach den verfassungsmässigen Grundlagen nicht drin. Die Bundesverfassung lässt weder die freie Wahl zwischen Militär und Zivildienst, wie sie Herr Baumann vertreten hat, noch lässt sie ein reines Tatbeweismodell zu. Die Regel ist der Wehrdienst, und die Ausnahme ist der Zivildienst, und der Verweigerer muss sich rechtfertigen.
Jetzt kommt folgendes hinzu: Wenn man die Glaubhaftmachung im Zusammenhang mit der Gewissenslösung herausnimmt, dann entscheidet einer ja selber, in welcher Position er sich befindet. Sie haben aus einem philosophischen Wörterbuch zitiert; freundlicherweise haben Sie es mir überlassen. Da stehen noch weitere Definitionen über das Gewissen drin: im engeren Sinn das sittliche Bewusstsein, das Gefühl für das, was gut und böse, recht und unrecht ist. Es gibt Leute, die kein Gewissen haben – ich sage das etwas banal. Diese Leute haben auch nicht den richtigen Sinn für das, was ethisch gut und böse ist. Diesen würden wir es ohne diese Glaubhaftmachung, ohne die Darlegung ihrer Überzeugung gegenüber der Kommission, absolut freistellen, sich für den Zivildienst entscheiden zu können. Wir würden auch dieses «Gewissen» einer Prüfung entziehen. Ich finde das nicht in Ordnung.
In der Kommission unterlag der jetzt zum Antrag der Minderheit II gewordene Antrag mit 13 zu 9 Stimmen. Ich empfehle Ihnen ebenfalls Ablehnung.
Zum Antrag der Minderheit I (Fehr): ethische Grundwerte und die Anrufung der Gewissensgründe im Sinne der Mehrheit der Kommission und des Bundesrates. Wie Sie gehört haben, gingen in einer ersten Fassung die ethischen Grundwerte mit 10 zu 13 Stimmen durch. In der zweiten Lesung lautete das Resultat nach eingehender Diskussion umgekehrt: Ablehnung mit 13 zu 9 Stimmen. Ich glaube, ich bin nicht der einzige der Kommission, der sagen muss, dass uns die Frage der Wahl zwischen Gewissensgründen und ethischen Grundwerten gleichsam in einen Gewissenskonflikt gestürzt hat. Es gibt ehrenwerte Gründe für beide Lösungen. Ich glaube, mit den ethischen Grundwerten will man eine gewisse Objektivierung erreichen. Man will auch, dass der Spielraum nicht allzu gross ist – das ist jedenfalls die Auffassung der Vertreter der Minderheit I –, und man erhofft sich damit eigentlich eine Beruhigung der Diskussion.
Auf der anderen Seite – jetzt habe ich selber einen Duden zur Hand – wollte ich selber einmal wissen, was Ethik ist. Ich zitiere Ihnen kurz die Definition der Ethik gemäss dem Duden von 1991, 20., völlig neu bearbeitete Auflage: Die Ethik ist die «Gesamtheit der sittlichen und moralischen Grundsätze (einer Gesellschaft)».
Wenn man das liest und den Definitionen des Gewissens gegenüberstellt, dann wird dieses Problem etwas entdramati-

siert. Denn die Gesamtheit dieser Vorstellungen der Gesellschaft über Ethik, über moralische Grundsätze ist sehr subjektiv. Ich bin überzeugt – ich habe mit Pragmatikern darüber gesprochen –, dass der Unterschied zwischen beiden im konkreten Einzelfall nicht so gross sein wird. Was man auch sehen muss, ist der Zusammenhang mit den anderen Artikeln. Es ist ganz klar – darauf wurde zu Recht hingewiesen –, dass der Artikel 8 mit dem Faktor 1,5 und die Zulassungsprüfung eine wichtige Rolle bei der Bewertung spielen.
Letzten Endes muss jeder selber wissen, welchen Weg er in dieser Frage wählen will. Ich sage es nochmals: Die Kommissionsmehrheit hat sich für den Entwurf des Bundesrates mit den Gewissensgründen entschieden.

Carobbio Werner (S, TI), rapporteur: Comme c'était prévu lors du débat d'entrée en matière, c'est ici que se jouent, à mon avis, les destinées de cette loi. Alors, je voudrais rapidement, en complétant les arguments exposés par M. Bonny, rappeler quelles sont les dispositions prévues en partant de l'article 1er, et cela en application concrète de la disposition constitutionnelle.
La première chose à souligner, c'est que seules les personnes astreintes au service militaire peuvent demander, quand le service militaire n'est pas conciliable avec leur conscience, d'accomplir un service civil. L'astreinte au service militaire, le Conseil fédéral le dit clairement dans son message, suppose l'aptitude au service militaire. Donc, tous ceux qui sont inaptes au service militaire sont exclus, dans cette logique de la loi, de la possibilité d'une participation au service civil. Une fois reconnue l'aptitude au service militaire, l'objecteur doit déposer une demande et motiver celle-ci de façon crédible, et il sera entendu par une commission qui devra vérifier la crédibilité de ses arguments.
Si l'on maintient cette obligation – et je pense que personne, malgré tout, ne l'a mise en discussion –, alors il est clair que la proposition Baumann Ruedi ne peut pas être acceptée parce que, pratiquement, elle introduit un élément contraire au principe même de l'article constitutionnel, c'est-à-dire un libre choix entre le service militaire et le service civil. On peut être favorable à un tel objectif. Personnellement, j'espère qu'on y arrivera un jour, assez vite, mais pour le moment le peuple et les cantons ont clairement exclu le libre choix. Il est donc clair que la proposition Baumann Ruedi ne peut pas entrer en ligne de compte.
En ce qui concerne la proposition Aguet, pour laquelle j'ai une grande sympathie, il y a évidemment, là aussi, un problème de principe, à savoir si, pratiquement, en tenant compte de la logique à la base de la loi, on peut admettre la possibilité que toute autre personne puisse demander d'accomplir un service civil. De plus, il y a les arguments qui ont été développés ici par M. Leuba, selon lesquels cette possibilité, qui serait adjointe à l'article 1er, va poser toute une série de problèmes. Cette proposition n'a pas été faite en commission. Tout de même, il me semble que la volonté de la grande majorité de la commission était celle de ne pas élargir les possibilités d'accès au service civil dans le sens proposé par M. Aguet, d'autant plus que la majorité de la commission – quelqu'un l'a relevé ici dans le débat – a voulu s'en tenir à une solution qui puisse obtenir le maximum de consensus.
Cela éclairci, j'en viens aux propositions sorties de la commission.
Il y a d'un côté la proposition de la majorité et du Conseil fédéral, qui, pratiquement, établit que celui qui fait une demande d'admission au service civil doit démontrer «de manière crédible» que le service militaire n'est pas conciliable avec sa conscience.
De l'autre côté, vous avez la proposition de la minorité II (Gross Andreas) qui dit pratiquement qu'il n'est pas nécessaire de faire la démonstration «de manière crédible»; le fait d'accepter, faisant la preuve par l'acte, une durée 1,5 fois plus longue que le service civil, c'est déjà une démonstration concrète. Maintenir cette démonstration risque d'introduire un élément de jugement des motivations de la part d'une commission, ce qui pourrait être discutable. Personnellement, je suis favorable à cette proposition de minorité II, mais la majorité s'est clairement orientée dans le sens de maintenir la logique suivie par le Conseil fédéral.
La minorité I (Fehr) propose d'introduire les «valeurs éthiques fondamentales». Divers intervenants ont déjà expliqué que, d'un côté, il est difficile – comme le dit clairement le message du Conseil fédéral – d'opposer ces deux éléments de la conscience, c'est-à-dire d'un côté les éléments de conscience, de l'autre les valeurs éthiques. En réalité, les deux éléments sont liés, et c'est surtout sur la base des motivations de celui qui demande à être admis au service civil qu'on peut juger de la crédibilité.
Je voudrais rappeler ici que le message du Conseil fédéral est assez clair quand il dit que rendre la décision crédible signifie que «les allégations doivent être dûment fondées», que «chaque allégation doit être concluante», et que «les allégations doivent être plausibles». Et le message ajoute encore: «la personne du requérant doit être crédible». Ces éléments, ajoutés au fait que la demande sera examinée par une commission qui auditionnera le requérant, sont suffisants pour éviter des abus et pour apprécier s'il y a vraiment conflit de conscience; même d'éventuels arguments politiques, si ce ne sont pas des éléments politiques tactiques ou occasionnels, mais découlant d'une profonde conviction, peuvent justifier l'incompatibilité avec le service militaire.
Dans cette optique, je pense que la proposition de la minorité I est en réalité trop restrictive et ne va pas dans le sens que j'ai déjà souligné de trouver une solution qui permette vraiment de créer un consensus large, qui pourrait éviter que, demain, les objecteurs de conscience, les intéressés, ne soient pas satisfaits de cette solution, et qu'ils ne viennent à lancer un référendum.
En définitive, au-delà de toutes les questions, et je vous rappelle que le rapporteur de langue allemande a clairement indiqué la difficulté de faire ces distinctions, je pense que le problème est politique. Si on est vraiment convaincu que le moment est venu de trouver une solution et d'instaurer ce service civil, il me semble, au-delà des positions divergentes – et j'ai, personnellement, une autre position –, qu'il est opportun de se rallier au projet du Conseil fédéral, qui est une solution de compromis, qui représente un progrès par rapport à la situation actuelle, et qui permet de vraiment tourner la page.
Je vous invite donc, au nom de la majorité de la commission, à refuser les propositions de minorité I et II et à vous rallier, dans l'intérêt général de l'adoption de cette loi, au projet du Conseil fédéral, fait sien par la majorité de la commission.

Aguet Pierre (S, VD): Bien sûr que c'est dans le contexte de la création d'un service civil utile aux objecteurs de conscience que nous mettons sur pied ce service civil.
Mais l'article constitutionnel, après avoir fait obligation aux Suisses d'accomplir leur service militaire, dit: «La loi prévoit l'organisation d'un service civil.» Rien ne s'oppose donc à ce que des volontaires s'engagent. Où voyez-vous une impossibilité? Pourquoi créer un service civil qui soit étriqué, réservé aux seuls objecteurs? Pourquoi dire non à des volontaires qui voudraient venir servir leur pays? Je ne vois pas la possibilité de dire non.
Je comprends bien le voeu des rapporteurs qui disent que le problème est délicat. Il faut essayer de s'en tenir à un minimum qui puisse réunir tout le monde, mais il n'y a pas, me semble-t-il, d'après le texte constitutionnel qui nous fait obligation d'organiser ce service civil, une telle impossibilité. Je persiste à penser que rien ne s'oppose à offrir cette possibilité.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je suis contraint, pour la clarté du débat, de relire à la lettre l'article 18 alinéa 1er de notre constitution, tel que le peuple et les cantons l'ont adopté le 17 mai 1992: «Chaque Suisse est tenu au service militaire. La loi prévoit l'organisation d'un service civil.»
La minorité II (Gross Andreas) propose à votre Conseil quasiment le libre choix, parce que, enfin, si l'on n'a pas à fournir la preuve de la sincérité de son objection de conscience, si l'on n'a pas besoin de s'expliquer en toute clarté sur ces motifs de conscience, si aucune autorité n'est déléguée à cet examen, c'est bien entendu la porte largement ouverte au libre arbitre;

c'est l'intéressé lui-même, le requérant, qui est à la fois juge et partie. Or, tout ce qui a accompagné le débat populaire à l'époque, tout ce qui a été dit et tout ce que dit l'article constitutionnel que je viens de vous relire interdit le libre choix et pratiquement toute solution qui s'approche du libre choix. C'est cette raison fondamentale qui ne me permet pas de suivre la minorité II.
Mais dans l'échelle de la transgression, on va encore plus loin avec M. Baumann Ruedi qui ajoute au libre choix encore le self-service puisqu'il dit en toute clarté, les yeux dans les yeux: «Les personnes astreintes au service peuvent choisir entre le service militaire et le service civil.» C'est évidemment impossible et je vous propose, avec la même énergie, de vous opposer à la proposition Baumann Ruedi.
La proposition Aguet procède d'un esprit différent, mais je vous propose quand même de ne pas vous y rallier. J'aimerais vous dire, Monsieur Aguet, que s'il y a là l'interprétation littérale de l'article constitutionnel – à laquelle vous venez de procéder –, il y a une explication historique et – permettez-moi le terme – téléologique de cet article. Dans quelle ambiance, sous quelles conditions, sous quel éclairage le peuple et les cantons, en mai 1992, l'ont-ils adopté? Ils l'ont adopté dans l'idée d'introduire enfin un service civil, ouvert à ceux qui étaient soumis au service militaire, mais qui, pour des motifs de conscience, ne pouvaient pas l'accomplir. C'est cette définition-là, c'est cette base-là qu'on a donné bel et bien au service civil, et ce n'est donc pas vouloir se restreindre, vouloir rapetisser l'élan – l'élan généreux, d'ailleurs –, que vous signalez, que de dire que votre proposition n'entre pas dans le cadre de ce projet de service civil. Il faut reprendre le cadre dans lequel il a été conçu, la raison pour laquelle il a été fait, et on s'aperçoit que cela ne peut pas être le lieu même où ce service civil pourrait s'exprimer.
J'aimerais vous dire que le service civil organisé de manière privée est évidemment accessible à tout un chacun. Je m'empresse d'ailleurs de saluer avec vous ce qu'a pu être l'effort et l'engagement de ces volontaires du service civil et je pense bien qu'un Veveysan, magistrat de la ville de Cérésole, ne pouvait pas ne pas faire allusion à cette extraordinaire mouvement. Mais ce n'est pas de cela que nous parlons ici. Le service civil est véritablement le service de remplacement, de substitution pour ceux qui, par motifs de conscience, ne peuvent accomplir leur service militaire.
J'en viens à la dernière confrontation, d'une tout autre nature, elle. C'est la confrontation entre la proposition de la majorité et le projet du Conseil fédéral, d'une part, et la proposition de la minorité I (Fehr), d'autre part. Ce qui, je le répète, a conduit le Conseil fédéral à reposer la formule, très simple, mais très complète, de la conscience, purement et simplement, et que celle-ci est indivisible, que l'éthique est liée à la politique, et que toutes deux ne peuvent pas être distinguées clairement, comme certains l'imaginent. La pratique montre la fragilité de cette limite qui se bornerait aux valeurs éthiques fondamentales. Il était probablement très juste – et je le dis au père de la formule, M. Steinegger – à l'époque d'introduire cette notion. On en était aux premiers pas d'un service civil, encore pénalisé, en tout cas dans ce qui restait de l'héritage.
Depuis lors, les choses ont avancé. La volonté populaire s'est bien exprimée dans l'article constitutionnel que nous avons et, dans cette conception plus large, il est juste de pouvoir englober, en dehors des seules raisons éthiques profondes, celui qui parle de son impossibilité à servir avec sa conscience, sa conviction, sa sincérité au sujet de lui-même et des motifs d'une nature peut-être autre que des motifs de profonde éthique.
C'est la raison pour laquelle je vous demande d'en rester à la formule la plus large, mais qui ne vous conduit à aucun risque de dérapage ou d'abus, dans la mesure où l'autorité d'appréciation, l'autorité d'aiguillage aura la même rigueur et interprétera les déclarations des requérants avec la même sensibilité de perception, dans un cas comme dans l'autre. Parlons donc de conscience, comme le fait la majorité de la commission, et je crois que nous aurons fait du bon travail.

Ordnungsantrag – Motion d'ordre

Gross Andreas (S, ZH): Ich bitte Sie, über den Antrag Baumann Ruedi und über den Antrag der Minderheit II (Gross Andreas) getrennt abzustimmen. Es handelt sich um zwei verschiedene Sachen, es sind zwei verschiedene Logiken. Ich bin der Auffassung, man sollte diesen Unterschied auch zum Ausdruck bringen können.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Gross Andreas	46 Stimmen
Dagegen	92 Stimmen

Erste Eventualabstimmung – Premier vote préliminaire

Für den Antrag Aguet	40 Stimmen
Dagegen	103 Stimmen

Zweite Eventualabstimmung – Deuxième vote préliminaire

Für den Antrag der Minderheit II	109 Stimmen
Für den Antrag Baumann Ruedi	22 Stimmen

Dritte Eventualabstimmung – Troisième vote préliminaire

Für den Antrag der Mehrheit	95 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II	61 Stimmen

Definitive, namentliche Abstimmung
Vote définitif, par appel nominal
(Ref.: 1341)

Für den Antrag der Mehrheit stimmen:
Votent pour la proposition de la majorité:
Aguet, Bär, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Bäumlin, Béguelin, Bircher Peter, Bischof, Bonny, Borel François, Brunner Christiane, Bugnon, Bühlmann, Bundi, Bürgi, Carobbio, Comby, Danuser, Darbellay, de Dardel, David, Deiss, Dormann, Ducret, Dünki, Duvoisin, Eggenberger, Epiney, Fankhauser, Fasel, von Felten, Gadient, Gobet, Goll, Gonseth, Grendelmeier, Gross Andreas, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Herczog, Hollenstein, Hubacher, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jöri, Keller Anton, Kühne, Ledergerber, Leemann, Lepori Bonetti, Leuenberger Ernst, Maitre, Marti Werner, Matthey, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Miesch, Misteli, Ostermann, Pini, Rechsteiner, Ruckstuhl, Rutishauser, Schmid Peter, Schmidhalter, Schnider, Segmüller, Seiler Rolf, Singeisen, Spielmann, Stamm Judith, Steiger Hans, Strahm Rudolf, Suter, Theubet, Thür, Tschäppät Alexander, Vollmer, Weder Hansjürg, Wick, Wiederkehr, Zbinden, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger, Zwygart (91)

Für den Antrag der Minderheit I stimmen:
Votent pour la proposition de la minorité I:
Allenspach, Aubry, Bezzola, Binder, Blocher, Borer Roland, Bortoluzzi, Cavadini Adriano, Chevallaz, Cincera, Cornaz, Couchepin, Dettling, Dreher, Eggly, Eymann Christoph, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Frey Walter, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Giger, Gros Jean-Michel, Gysin, Hari, Heberlein, Hegetschweiler, Hess Otto, Jenni Peter, Keller Rudolf, Kern, Leuba, Loeb François, Maurer, Moser, Mühlemann, Müller, Nabholz, Narbel, Neuenschwander, Oehler, Philipona, Pidoux, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Ruf, Rychen, Sandoz, Savary, Schenk, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmied Walter, Schweingruber, Seiler Hanspeter, Stalder, Steffen, Steinegger, Steinemann, Steiner Rudolf, Stucky, Tschuppert Karl, Vetterli, Wanner, Weyeneth, Wittenwiler, Wyss William (69)

Stimmen nicht – Ne votent pas:
Aregger, Berger, Blatter, Bodenmann, Borradori, Brügger Cyrill, Bührer Gerold, Caccia, Camponovo, Caspar-Hutter, Columberg, Diener, Engler, Fischer-Sursee, Früh, Giezendanner, Graber, Hess Peter, Hildbrand, Iten Joseph, Jaeger, Leu

Josef, Leuenberger Moritz, Maeder, Mamie, Maspoli, Mauch Rolf, Nebiker, Perey, Poncet, Raggenbass, Robert, Ruffy, Schmid Samuel, Sieber, Spoerry, Stamm Luzi, Tschopp, Zwahlen (39)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:
Frey Claude (1)

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 12.50 Uhr
La séance est levée à 12 h 50

Neunte Sitzung – Neuvième séance

Mittwoch, 15. März 1995, Nachmittag
Mercredi 15 mars 1995, après-midi

15.00 h

Vorsitz – Présidence: Frey Claude (R, NE)

94.063

Ziviler Ersatzdienst. Bundesgesetz
Service civil. Loi fédérale

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 617 hiervor – Voir page 617 ci-devant

Art. 2
Antrag der Kommission
Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Minderheit
(Friderici Charles, Borer Roland, Cincera, Fehr, Hari, Hess Otto)
Der Zivildienst ermöglicht den unter Artikel 1 erwähnten Personen, ihre Dienstpflicht ausserhalb der Armee zu erfüllen.

Antrag Aguet
.... der gemeinsamen Wohlfahrt und des Friedens bei. Er dient ....

Antrag Misteli
.... der gemeinsamen Wohlfahrt und des Friedens bei. Er dient ....

Art. 2
Proposition de la commission
Majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Minorité
(Friderici Charles, Borer Roland, Cincera, Fehr, Hari, Hess Otto)
Le service civil permet aux personnes mentionnées à l'article 1er d'accomplir leur obligation de servir hors du cadre institutionnel de l'armée.

Proposition Aguet
.... commune ainsi qu'à la construction de la paix. Il sert ....

Proposition Misteli
.... commune ainsi qu'à la construction de la paix. Il sert ....

Sandoz Suzette (L, VD), porte-parole de la minorité: La proposition de minorité a pour but d'assurer l'égalité devant la loi entre ceux qui accomplissent un service militaire et ceux qui accomplissent un service civil. En effet, vous pouvez le constater, et le message le confirme, le début de l'article 2 du projet du Conseil fédéral, accepté par la majorité de la commission, correspond à la formulation de l'article 2 de la constitution. C'est la constitution qui donne à la Confédération pour but d'assurer la prospérité commune. Or, toutes les activités de la Confédération doivent avoir pour but d'accomplir l'article 2 de la constitution, c'est-à-dire et la défense de l'indépendance, et la défense de la prospérité commune. Il ne s'agit pas de donner tout à coup à un service une tâche qui est celle de la Confédération. Si l'on veut respecter l'égalité entre tous les services, il ne s'agit pas de donner à l'un un but qui est en fait le but constitutionnel de la Confédération. C'est créer un déséquilibre dans la hiérarchie des valeurs entre les différents services de la Confédération.
En revanche, conformément à l'article 18 alinéa 1er de la Constitution fédérale, que nous concrétisons aujourd'hui, c'est-à-dire conformément à la volonté exprimée par le souverain, il s'agit bien, dans la formule proposée par la minorité, de mentionner l'égalité entre le service militaire et le service civil, puisque ce dernier, selon cette proposition, a pour but de permettre aux personnes mentionnées à l'article 1er que vous avez voté tout à l'heure d'accomplir leur obligation de servir en dehors de l'institution militaire. C'est d'ailleurs exactement l'explication du but que donne le message. Nous sommes donc là en parfaite harmonie avec la volonté populaire.
C'est pourquoi je vous prie de soutenir la minorité et j'informe déjà que le groupe libéral la soutiendra.

Misteli Marguerite (G, SO): La paix, Monsieur le Président, Friede, Herr Bundesrat, ist nicht einfach die Abwesenheit von Krieg – so wenig, wie Zivildienst ein blosser Ersatz für die früheren Gefängnisstrafen für Militärdienstverweigerer sein kann. Und doch überkommen mich und mit mir viele andere, wenn ich die einzelnen Paragraphen dieses Gesetzentwurfes durchgehe, ein gewisses Unbehagen und Zweifel. Zweifel, ob bei der Umsetzung der von einer grossen Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung angenommenen Ergänzung von Artikel 18 Absatz 1 der Bundesverfassung nicht die Haltung der alten Soldatengeneration nach wie vor die Oberhand behält: Diese alte Soldatengeneration darf Kriegsdienstverweigerung zwar per Verdikt nicht mehr als Landesverrat ansehen; sie selber kann aber diese Haltung nach wie vor nicht voll akzeptieren.
Die Schweizer Bevölkerung hat 1992 mit einem Mehr von 82 Prozent einem Verfassungsartikel zugestimmt, der besagt, dass jeder Schweizer wehrpflichtig ist, dass das Gesetz aber einen zivilen Ersatzdienst vorsieht, und zwar ohne Wenn und Aber. Dieser Verfassungsartikel wurde mit so grosser Mehrheit angenommen, weil das Anliegen der Friedensförderung, der gewaltlosen Konfliktlösung, inzwischen in zahlreichen Bevölkerungsgruppen, wie der Friedensbewegung, in Jugend- und Frauengruppierungen, einen wichtigeren Stellenwert hat als die militärische Friedenssicherung, und diese Gruppierungen wachsen jeden Tag weiter.
Sie alle haben den Brief der «Frauen für den Frieden» erhalten, unterzeichnet von 14 zusätzlichen Organisationen. Alle diese Organisationen unterstützen den Ihnen von mir und Herrn Aguet vorgelegten Antrag zu Artikel 2: «Der Zivildienst trägt zur Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt und des Friedens bei. Er dient zivilen Zwecken und wird ausserhalb der Armee geleistet.» Der letzte Satz hat sich nicht verändert.
Damit fügen Sie dem rein reaktiven Charakter des Zivildienstes, auf welchen er sich in der Ihnen vorliegenden Fassung beschränkt, die Zweckerweiterung bei, welche bei der Ursache der Dienstverweigerung der jungen Männer ansetzt – nämlich dass militärische Interventionen nur die allerletzte Massnahme in einer Konfliktlösungskette sein sollten – und sich ausschliesslich auf eine Symptombekämpfung gesellschaftlicher Konflikte beschränkt.
Die Geschichte zeigt, dass Konfliktsituationen vielleicht militärisch befriedet werden können, dass die wirklichen Konfliktursachen aber in der Tiefe weiterbrodeln und später wieder ausbrechen können. Wer diese Haltung einnimmt, die mit meiner und derjenigen vieler Menschen übereinstimmt, lehnt diese militärische Konfliktlösung ab, solange nicht alle vorherigen zivilen Möglichkeiten für Friedensförderung ausgeschöpft sind.
Die Einschätzung dieser jungen Dienstverweigerer ist, dass in der schweizerischen Gesellschaft diese Möglichkeiten noch wenig berücksichtigt werden und der vorliegende Gesetzesartikel an diesem Zustand nichts verändert. Der «Geist», der uns aus der Botschaft zum vorliegenden Gesetzentwurf entgegen-

weht, bestätigt diese Aussage. Da wird u. a. zitiert, dass nach dem Militärgesetz der Zweck des Militärdienstes die Beteiligung an internationalen friedensfördernden Massnahmen sei; der Zivildienst hingegen brauche kein Instrument der Sicherheitspolitik zu sein.
Wer wäre denn besser geeignet, unsere Sicherheit wesentlich mitzugestalten, wenn nicht diejenigen, welche aus Überzeugung sämtlichen zivilen friedensfördernden Massnahmen das Primat einräumen und sie höher werten als die militärischen? Damit wird Militärdienstverweigernden meiner Meinung nach indirekt die Legitimität ihrer Beweggründe abgesprochen.
In der Botschaft wird weiter der Zweck der Sicherheitspolitik und der Gesamtverteidigung auf die Bewältigung von Katastrophen und Krisen ausgerichtet. Ich zitiere aus den Erläuterungen zum Zweckartikel (S. 41f.): «Sie (d. h. die Vorkehren in den Bereichen der Sicherheitspolitik und der Gesamtverteidigung) können jedoch nicht sämtliche Gefährdungen umfassend bewältigen, ... insbesondere dann nicht, wenn es sich um Daueraufgaben handelt. Daher sind zivile Behörden und private Institutionen, die im öffentlichen Interesse tätig sind und der Förderung des Gemeinwohls verpflichtet sind, hohen Belastungen ausgesetzt. Sie können weitere Mittel gebrauchen. Der Zivildienst bietet Möglichkeiten zu ihrer Entlastung.»
Weiter im Text wird zwar gesagt, dass der Zivildienst keine reine Beschäftigungstherapie sein soll. Aber einmal mehr: Die Zivildienstpflichtigen werden nach diesem Konzept ausgerechnet und ausschliesslich zur Behebung der militärischen und sozialen Schäden verknurrt, welche nach ihrer Weltanschauung das Resultat eines von ihnen nicht mitgetragenen Modells der militärischen, patriarchalen Konfliktlösung sind. Sie werden mit dem Artikel, wie er von der Mehrheit der Kommission beantragt wird, in Anlehnung an die «Trümmerfrauen» nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Art «Trümmermännern» gemacht: Sie werden aufräumen, was sie so nicht wollten und nicht wollen.
Mein Antrag zum Zweckartikel, die Friedensförderung als aktives Element mit einzubeziehen, entspricht dem Anliegen der jugendlichen Dienstverweigernden und breiter Kreise der Bevölkerung, insbesondere auch vieler Frauen, die nicht mehr weiterhin ausschliesslich die Folgeschäden eines Gesellschaftsmodells reparieren – im übertragenen Sinne eben als «Trümmerfrauen» agieren – wollen, sondern welche der aktiven Friedensförderung, den Lernmöglichkeiten für gewaltfreies Zusammenleben, das Primat gegenüber der militärischen Friedensförderung einräumen oder diese wenigstens gleichwertig neben jene gestellt haben möchten.
Ich appelliere insbesondere an meine männlichen Kollegen, diesen zentralen Unterschied zwischen der Fassung der Kommissionsmehrheit und dem Text meines Antrages, der auf der Anfrage der «Frauen für den Frieden» basiert, in Anbetracht der heutigen Situation abzuwägen. Die meisten unter Ihnen gehören einer Generation an, für welche mit dem Militär Wertvorstellungen verbunden sind, die für viele Männer, die heute jung sind, so nicht mehr gelten. Diese jungen Männer – dasselbe gilt im übrigen auch für die jungen Frauen – sind in diesem Rat nicht vertreten. Versperren Sie bitte der jüngeren Generation nicht die Möglichkeit, mit dem zivilen Ersatzdienst zur aktiven Friedensförderung beizutragen! Verscheuchen Sie den dem ganzen Gesetz noch verbliebenen Hauch von Bestrafung der jungen Männer, welche aus Gewissensgründen nicht Militärdienst leisten, indem Sie dieses Anliegen als notwendige Ergänzung zur Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt anerkennen. Ich bin überzeugt, dass Sie damit die grosse Mehrheit der jungen Generation und der Frauen in diesem Rat vertreten werden.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Die Kommission hat den von der Minderheit Friderici Charles übernommenen Antrag – hier vertreten durch Frau Sandoz – mit 9 zu 4 Stimmen abgelehnt. Ich glaube nicht, dass es hier um eine zentrale Frage geht. Sie haben von Frau Sandoz gehört, dass sie etwas Anstoss am Passus «Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt» nimmt. Sie möchte in einem gewissen Sinn eine Versachlichung herbeiführen.
Nun muss ich sagen, dass es hier weniger eine Qualifikation des Zivildienstes ist. Vielmehr haben sich der Bundesrat und die Mehrheit der Kommission hinter diese Fassung gestellt, weil sie verhindern wollen, dass im Rahmen des Zivildienstes irgendwelche Alibitätigkeiten stattfinden. Es geht um eine Anforderung an den Zivildienst, die wir hier stellen. Es soll ein ziviles Ziel verfolgt werden, und das – wenn man von öffentlichen Interessen spricht, was an sich unbestritten ist – soll im Rahmen der Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt stattfinden. Wir bitten Sie also, den Antrag der Minderheit Friderici Charles, vertreten durch Frau Sandoz, abzulehnen.
Zum Antrag Misteli – er wurde ebenfalls von Herrn Aguet gestellt – möchte ich doch folgendes sagen: Sicher tönt es sehr schön, in Artikel 2 auch noch den Frieden hineinzunehmen; auf der anderen Seite stört mich – ich sage «ich», weil sich die Kommission nicht damit auseinandergesetzt hat, ich rede also in meinem persönlichen Namen –, dass der Militärdienst im Gegensatz zum Zivildienst offenbar nicht dem Frieden dient. Wir alle, die wir Militärdienst geleistet haben, sind der Überzeugung, dass wir auf unsere Weise auch einen Beitrag zur Erhaltung des Friedens geleistet haben. Das dürfen wir mit gutem Gewissen sagen, weil die schweizerische Armee unbestrittenermassen eine reine Verteidigungsarmee ist.
Deshalb bitte ich Sie, auch die Anträge Misteli und Aguet abzulehnen.

Le président: Le groupe radical-démocratique et le groupe démocrate-chrétien soutiennent la majorité.

Carobbio Werner (S, TI), rapporteur: L'article 2 fixe le but du service civil.
Le service civil fait partie de l'obligation générale de servir, mais il doit être exécuté en dehors de l'armée. Il doit avoir sa propre utilité, son propre champ d'action. Le service civil doit avoir un sens et un contenu, comme c'est le cas pour toute activité d'une autorité, qui doit s'orienter vers un besoin et un but précis. Les personnes astreintes au service civil doivent avoir un but auquel elles peuvent s'identifier. L'article 2 selon le projet du Conseil fédéral va justement dans cette direction. Il stipule clairement que le service civil se déroule hors du cadre institutionnel de l'armée, qu'il contribue à accroître la prospérité commune et qu'il sert à des fins civiles.
La proposition de la minorité, défendue ici par M^me^ Sandoz, veut en pratique changer et réaffirmer la formulation selon laquelle le service civil est un service substitutif du service militaire. Je suis de l'avis qu'il n'est pas nécessaire de le répéter; on l'a clairement stipulé à l'article 1er.
Au nom de la majorité, je vous invite à repousser la proposition de la minorité.
Pour ce qui concerne les propositions Misteli et Aguet, elles demandent d'étendre le but du service civil de sorte qu'il contribue à accroître non seulement la prospérité commune, mais aussi participe à la construction de la paix. Ces propositions n'ont pas été traitées en commission. Personnellement, j'y suis favorable, je pense que c'est une façon de mieux motiver les objecteurs à s'engager dans le service civil, mais le projet du Conseil fédéral se limite aux termes «prospérité commune».

Harl Fritz (V, BE): Entschuldigung, dass ich wie die alte Fasnacht etwas «hintenhinein» gerate, aber es war ein Missverständnis zwischen dem Präsidenten und mir. Das haben wir jetzt bereinigt, und so komme ich doch noch dazu, die Stellungnahme der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei zu Artikel 2 mitzuteilen.
Wir sind der Auffassung, dass in jedem Gesetz der Zweckartikel kurz und klar sein muss – nicht nur sein soll, sondern sein muss. Diese Kürze und diese Klarheit sind beim Antrag der Minderheit in diesem Text absolut vorhanden. Zweck der Schaffung des Zivildienstes ist nicht die «Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt», sondern, wie es die Minderheit Friderici Charles beantragt, den unter Artikel 1 erwähnten Personen den Zivildienst zu ermöglichen.
Im Namen der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei ersuche ich Sie, der Minderheit zuzustimmen und alle anderen Anträge abzulehnen.

Aguet Pierre (S, VD): Il avait été convenu que M^me^ Misteli allait défendre cette proposition, puisque son texte et le mien étaient exactement les mêmes, et c'est pourquoi je ne suis pas venu à la tribune tout à l'heure.
Je voulais simplement appuyer cette proposition. Elle a été proposée, étudiée, approfondie par les sociétés et organisations qui, jusqu'ici, ont milité pendant de nombreuses années à la défense des objecteurs, et c'est pourquoi nous nous sommes référés à ce travail excellent et utile.
Je crois qu'en disant non à la proposition que nous formulons, on va organiser – et je le regrette – ce service civil un peu comme un ghetto. Malgré tout l'espoir qu'il représente, je crains fort que, avec la proposition que j'avais déjà formulée ce matin à l'article 1er et qui a été refusée, nous risquions trop de regrouper essentiellement ceux qui sont – excusez-moi du terme – réfractaires au service militaire. Avec l'ouverture qu'on demande ici, il y aurait une nouvelle possibilité. Sans aucun doute, ça permettrait, en modifiant l'article 2, de donner plus de force à la minorité II (Hollenstein) qui défend à l'article 4 – nous le verrons un peu plus loin – la même proposition.
Je vous invite à appuyer la proposition défendue par M^me^ Misteli.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je trouve que la proposition de la minorité qui, formellement, est une proposition pouvant fort bien se tenir en tant que telle, a néanmoins une faiblesse. Cette faiblesse, c'est de ne pas attribuer tout de même un but d'intérêt général, d'intérêt public au service civil. Or, nous l'avons dit, ce service civil est d'abord un service de substitution au service militaire obligatoire. C'est très bien, c'est très juste, c'est l'essentiel. Mais si ce service de substitution est une espèce de service anémié, est une sorte de service sans feu ni lieu, sans but, sans volonté, il sera peu motivant et il sera considéré comme de peu d'intérêt.
Ce n'est pas pour rendre ce service civil, Madame Sandoz, plus attractif que je dis qu'il faut lui maintenir le but que nous avons articulé à l'article 1er, mais parce que, réellement, il faut que l'imagination soit au pouvoir et que tant de forces, qui vraisemblablement s'adonneront à ce service civil, puissent contribuer à un bien général et à une amélioration du statut de notre société. C'est dans cet esprit que, en plus de la fonction cardinale et essentielle du service civil, il me paraît indispensable de lui attribuer une finalité, et ça, précisément, c'est la faiblesse de la proposition de la minorité: elle ne le fait pas.
Je vous propose de choisir pour cette raison la formule de la majorité de la commission qui correspond à celle du Conseil fédéral.
Quant aux propositions Misteli et Aguet, je crains que leur côté purement déclamatoire, parce qu'enfin, il n'y a pas de suite concrète qui soit donnée à cette vue des choses et à cette perspective qui est tracée ici, ne crée une sorte de faux débat du style: service militaire égale la guerre, service civil égale la paix. Je crains que l'on ne dénature, d'une manière sans doute bien intentionnée – car je vois parfaitement ce qui peut vous animer dans cette volonté –, au bout du compte, sans aucun bénéfice psychologique et politique pour personne, le sens du service civil.
C'est la raison pour laquelle la formule simple, mais complète, que vous proposent le Conseil fédéral et la majorité de la commission, tant par rapport à la minorité que par rapport aux propositions Misteli et Aguet, me paraît préférable. C'est celle que je vous invite à adopter.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire
Für den Antrag der Mehrheit 82 Stimmen
Für den Antrag Misteli/Aguet 42 Stimmen

Definitiv – Définitivement
Für den Antrag der Mehrheit 74 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 59 Stimmen

Art. 3
Antrag der Kommission
Abs. 1
Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Minderheit
(Friderici Charles, Borer Roland, Cincera, Fehr, Hari, Hess Otto)
.... leistet, muss eine Arbeitsleistung erbringen, die im ....

Abs. 2
Eine Arbeitsleistung liegt ....

Art. 3
Proposition de la commission
Al. 1
Majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Minorité
(Friderici Charles, Borer Roland, Cincera, Fehr, Hari, Hess Otto)
Celui qui accomplit un service civil doit fournir un travail ....

Al. 2
Un travail est réputé ....

Sandoz Suzette (L, VD), porte-parole de la minorité: Peut-être que vous l'avez constaté, on a le sentiment, en lisant l'alinéa 1er de l'article 3, qu'il est écrit à l'envers. En effet, si vous le lisez, vous pensez qu'il suffit que quelque chose soit qualifié de service civil pour que le travail accompli soit d'intérêt public. Or, ce qui est important, c'est d'assurer aux gens qui accomplissent un service civil qu'ils fournissent un travail d'intérêt public.
La formulation que propose la minorité correspond à la formulation que vous avez actuellement dans l'ordonnance sur l'astreinte au travail, qui montre bien, et c'était un des buts poursuivis, qu'il faut assurer aux personnes qui accomplissent un travail civil qu'on ne va pas leur donner n'importe quel travail, sous prétexte que c'est accompli dans le cadre d'un travail de service civil. Il faut garantir à ces personnes qu'elles accompliront un travail d'intérêt public. Pour cela, il faut suivre la proposition de la minorité de la commission: «Celui qui accomplit un service civil doit fournir un travail d'intérêt public», pour qu'on ne puisse, à aucun moment, imposer à cette personne un travail qui serait en fait d'intérêt privé et pas d'intérêt public.
On sait que certains ont dit que l'on pouvait songer, à ce défaut, à utiliser une personne qui accomplit un service civil pour entretenir le jardin du syndic de telle ou telle commune, etc. Nous voulons l'empêcher, et c'est pour s'assurer qu'une telle situation ne se réalisera pas que la minorité propose la formule: «Celui qui accomplit un service civil doit fournir un travail d'intérêt public», et que l'on définit ensuite, à l'alinéa 2, ce que c'est qu'un travail d'intérêt public.
C'est exactement la formule de l'ordonnance actuelle sur l'astreinte au travail, et je vous invite à accepter la proposition de la minorité. Je vous informe que c'est ce que fera le groupe libéral.

Le président: Les groupes radical-démocratique et démocrate-chrétien communiquent qu'ils soutiendront la majorité. Le groupe de l'Union démocratique du centre soutiendra la minorité.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Ich habe fast Hemmungen, Frau Professorin Sandoz auf juristischer Ebene entgegenzutreten. Wir haben in Artikel 3 Absatz 1 eine Formulierung, die lautet: «Wer Zivildienst leistet, erbringt eine Arbeitsleistung ....» Das ist keine Kann-Bestimmung, sondern eine Muss-Bestimmung. Es gibt hier kein Ermessen.
Die Minderheit beantragt, dass man das mit einer ausdrücklichen Muss-Bestimmung verbindet. Damit habe ich etwas Mühe. Ich habe in der Gesetzgebungsmethodik gelernt, dass man im öffentlichen Recht Muss-Formulierungen vermeiden

sollte. Es ist doch eigentlich «Hans was Heiri» – entschuldigen Sie diesen etwas profanen Ausdruck –, und Sie können getrost der Mehrheit der Kommission zustimmen.

Carobbio Werner (S, TI), rapporteur: L'alinéa 1er de l'article 3 stipule que «quiconque accomplit un service civil fournit un travail d'intérêt public». L'activité dans une institution publique est évidemment d'intérêt public. Pour les entreprises d'économie mixte, elles doivent prouver leur utilité publique, comme les entreprises privées. Ces dernières ne sont admises qu'à certaines conditions. Voilà le sens de cet article.
La minorité propose d'introduire une formule impérative en disant «doit fournir un travail» au lieu de «fournit un travail». Vous avez écouté les arguments de M^me^ Sandoz, je pense que la solution proposée par le Conseil fédéral et par la majorité de la commission est claire. Du moment qu'il y a une activité d'intérêt public, celui qui accomplit le service civil fournit ce travail. Je ne vois pas la nécessité de faire cette modification formelle qui semble renforcer une thèse qui n'est pas justifiée dans ce cas.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Il faut un certain aplomb, Madame, pour qu'un laïc juridiquement inculte se réfère, face au professeur de droit que vous êtes, à la technique législative. Je le ferai, car c'est ma seule arme défensive en la matière, en disant que la pratique, la loi et les prophètes, en matière de technique législative, recommandent comme étant plus orthodoxe la formule que la majorité de la commission, à la suite du Conseil fédéral, propose.
Vous me permettrez d'ajouter qu'il m'est personnellement agréable de me retrouver en compagnie de la majorité, ce n'était pas le cas dimanche dernier!

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 65 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 52 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2
Angenommen – Adopté

Art. 4
Antrag der Kommission
Abs. 1 Einleitung, Bst. a, b, d–h
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 1 Bst. c
Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Minderheit I
(de Dardel, Gross Andreas, Grossenbacher, Hollenstein, Meier Hans, Tschäppät Alexander)
c. Kultur, Kulturgütererhaltung, Forschung;

Abs. 1 Bst. i (neu)
Mehrheit
Ablehnung des Antrages der Minderheit
Minderheit II
(Hollenstein, de Dardel, Gross Andreas, Meier Hans, Tschäppät Alexander)
i. Friedensförderung.

Abs. 2–4
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Fraktion der Freiheits-Partei
Abs. 1 Bst. c, d, g
Streichen

Art. 4
Proposition de la commission
Al. 1 introduction, let. a, b, d–h
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 1 let. c
Majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Minorité I
(de Dardel, Gross Andreas, Grossenbacher, Hollenstein, Meier Hans, Tschäppät Alexander)
c. culture, conservation des biens culturels, recherche;

Al. 1 let. i (nouvelle)
Majorité
Rejeter la proposition de la minorité
Minorité II
(Hollenstein, de Dardel, Gross Andreas, Meier Hans, Tschäppät Alexander)
i. promotion de la paix.

Al. 2–4
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition du groupe du Parti de la liberté
Al. 1 let. c, d, g
Biffer

De Dardel Jean-Nils (S, GE), porte-parole de la minorité I: Dans le projet du Conseil fédéral, qui a été suivi sur cette question comme sur bien d'autres par la majorité de la commission, la contribution du service civil à la culture est réduite à une portion congrue, puisque seule la conservation des biens culturels est prise en considération.
Pour le compte de la minorité I, je propose d'étendre les activités potentielles du service civil à la culture en général. A cette proposition, l'administration a répondu que l'opinion publique ne comprendrait pas, prétendument, que le service civil soit consacré à des activités culturelles ou artistiques. Le message du Conseil fédéral indique qu'il ne saurait être question, pour le service civil, de s'occuper de création d'oeuvres artistiques, d'accès à la culture, de théâtre, d'ateliers d'artistes, de fêtes folkloriques ou même de fêtes de lutte. Je ne fais que citer en substance.
Certes, on peut admettre que le service civil ne doit pas être l'occasion pour celui qui y participe de passer d'agréables vacances culturelles en peignant des aquarelles ou en décorant des céramiques. Mais il s'agit là d'une conception caricaturale de la question, car tout dépend évidemment de l'application concrète de la loi par l'administration compétente. C'est à cette administration qu'il incombe de veiller au contenu exact du travail qui doit être donné aux membres du service civil. L'office compétent en matière de culture, comme dans les autres domaines, veillera à ce que le travail soit suffisamment absorbant, utile et sérieux.
On peut très bien imaginer, par exemple, une activité de travail dans le cadre de manifestations culturelles destinées à un large public, des festivals musicaux ou de théâtre, ou même de cinéma. De tels projets impliquent des forces de travail, y compris pour l'intendance et la gestion de telles manifestations, y compris des activités manuelles, et le service civil pourrait jouer un rôle très utile dans un tel cadre.
Une des objections implicites à intégrer la culture dans le domaine des activités du service civil est que ce domaine impliquerait surtout un travail intellectuel et peu d'efforts physiques, toujours avec cette obsession du parallélisme qu'il faut faire avec le service militaire. Cette objection repose, à mon avis, sur une erreur d'appréciation. J'ai dit ce qu'il en était du travail possible, par exemple à l'intérieur d'un festival ou de grandes manifestations destinées au public. Par ailleurs, l'objection dont je parle est en contradiction avec l'inclusion dans la liste de la loi de la recherche scientifique. En effet, la recherche scientifique est, elle aussi, une activité cérébrale, et personne ne songe à la retirer de la liste prévue par le projet de loi.
En définitive, le monde politique fait de grands discours sur la culture. A la première occasion concrète, ce monde politique se contredit en traitant la culture en parent pauvre des activités sociales. Alors, mettons un terme à ce genre d'incohérence, traitons la culture et la recherche scientifique sur pied d'égalité, et adoptons la proposition de la minorité I de la commission.

Hollenstein Pia (G, SG), Sprecherin der Minderheit II: Mit dem Zusatz «Friedensförderung» will die Kommissionsminderheit die Möglichkeit von Einsätzen, die der Friedensförderung dienen, offenhalten. Es geht nicht darum, die Friedensförderung zu einem Haupteinsatzbereich werden zu lassen, sondern bloss darum, diese Möglichkeit offenzuhalten. Andere Länder haben gute Erfahrungen mit solchen Einsätzen gemacht. Meines Wissens hat durch Einsätze, die der Friedensförderung dienen, die Militärdienstverweigerer-Quote in keinem europäischen Land zugenommen. Dasselbe darf auch in der Schweiz angenommen werden.
Ich möchte einige Beispiele anfügen, welche Tätigkeitsbereiche in anderen Ländern für Zivildienstleistende in Frage kommen. In Dänemark zählen Einsätze in Museen und Kultureinrichtungen und auch in Friedensorganisationen zu den möglichen Arbeitsgebieten. In Frankreich zählen zu den Einsatzbereichen auch: Erziehungssektor, Jugendhilfe, Umweltschutz, Naturschutz, Kulturarbeit und Friedensgruppen. Auch in Italien ist es möglich, den Zivildienst in Friedensgruppen zu absolvieren, ebenso in Holland. Österreich z. B. anerkennt als geleisteten Zivildienst, wenn jemand einen Dienst bei einer ausländischen Kriegsgedenkstätte nachweisen kann.
Es wird wohl hier im Rat niemand behaupten, dass Friedensförderung nicht zu einer der wichtigen Aufgaben eines Landes gehört. So könnte es ein Zeichen der Akzeptanz und Wertschätzung all jener Friedensorganisationen sein, die in grosser Hintergrundarbeit durch Friedensförderung tagtäglich ihren Dienst für die Gemeinschaft leisten, wenn auch Zivildienstleistende Gelegenheit hätten, mitzuwirken. Der Möglichkeiten gibt es viele. Eigentlich sollte ein Land wie die Schweiz den Zivildienstleistenden eine Tätigkeit in der Friedensförderung nicht verwehren. Stichhaltige Argumente dagegen gibt es wohl keine.
Ich bitte Sie, dem Antrag der Minderheit II zuzustimmen.

Jenni Peter (A, BE): Wie unser Fraktionssprecher schon erwähnt hat, akzeptieren wir den Volksentscheid bezüglich Einführung eines zivilen Ersatzdienstes selbstverständlich. Wir sind jedoch der Meinung, dass die in Artikel 4 Absatz 1 aufgenommene «Wunschliste» – entschuldigen Sie den Ausdruck – eher einem Ferienprospekt ähnlich sieht als einem Gesetzesartikel. Die Auswahl ist viel zu gross und nicht mehr übersichtlich. Herr Hubacher hat unsere Meinung bereits erwähnt, ohne jedoch überzeugende Argumente anzuführen, die unsere Bedenken ausräumen könnten.
Diese Auswahl entspricht in keiner Art und Weise dem Grundgedanken, der dem Entscheid der Stimmenden von 1992 zugrunde lag. Die Auswahlsendung, die im vorliegenden Gesetzentwurf den zukünftigen Zivildienstleistenden angeboten wird, ist unseres Erachtens zu gross und repräsentiert mit grösster Wahrscheinlichkeit auch nicht den Willen der Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die der Verfassungsänderung vor etwa drei Jahren zugestimmt haben.
Der Zivildienst wurde vor allem im Zusammenhang mit dem Einsatz im Gesundheits- und Sozialwesen gesehen. Auch ein Engagement bei Katastrophen in unserem Land erschien damals als sinnvolle Einsatzmöglichkeit. Nun müssen wir aber feststellen, dass der Zivildienst sehr weit gefasst wird, Bereiche wie Kulturgütererhaltung und Umwelt- und Landschaftspflege umfasst, was immer das heissen soll, je nach der vielfältigen Interpretation einiger findiger Köpfe – die Juristen, und auch wir hier im Saal, dürfen sich sicher heute schon freuen!
Auch wenn im Ausland Einsätze zugunsten der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe geleistet werden können, möchte die Fraktion der Freiheits-Partei klar ihre Bedenken anmelden. Zivildienst muss – analog der militärischen Dienstleistung – überwacht werden können, Verantwortlichkeiten und Hierarchien sind klar vorzugeben. Bei den unter den Buchstaben c, d und g von Absatz 1 genannten Einsatzgebieten fehlt dieser Anspruch weitgehend.
Ich möchte Sie an dieser Stelle nochmals an die Führungsprobleme im Zusammenhang mit den Einsätzen von Personen erinnern, die nie gelernt haben, in einer definierten Führungsstruktur eine Leistung zu erbringen. Ich denke da zum Beispiel an die humanitären Einsätze in Namibia und der Westsahara.
Wenn sich jene Kreise, die sich seit Jahren vehement für einen Zivildienst eingesetzt haben, heute so der durch den Zivildienst anstehenden Probleme entledigen wollen, dürfen wir dem so nicht zustimmen. Wir verlangen, dass der zivile Ersatzdienst im Sinne der ursprünglichen Grundidee vollzogen wird, und beantragen Ihnen deshalb, die Buchstaben c, d und g von Artikel 4 Absatz 1 zu streichen. Selbstverständlich lehnen wir auch die Minderheitsanträge ab.

Hari Fritz (V, BE): Der Antrag der Fraktion der Freiheits-Partei beinhaltet die Streichung der Buchstaben c, d und g in Absatz 1. Die Fraktion der Schweizerischen Volkspartei vertritt die Auffassung, dass die Streichung dieser drei Zeilen den Tätigkeitsbereich für zivildienstleistende Personen unnötig schmälern würde. Im Zeitalter von verstärktem Verständnis für Kultur, Umwelt und Landschaftsschutz wie auch für Entwicklungszusammenarbeit würde diese Streichung schlicht nicht verstanden.
Wir beantragen Ablehnung dieses Antrages wie auch Ablehnung der Anträge der Minderheiten I (de Dardel) und II (Hollenstein).

Bürgi Jakob (C, SZ): Bei Artikel 4 (Tätigkeitsbereiche) haben Bundesrat und Kommission sehr sorgfältig ausgewählt, welche Tätigkeiten in das Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst aufgenommen werden können. Kulturgütererhaltung kann als Tätigkeit für den Zivildienst sicher in Frage kommen, zum Beispiel Tätigkeiten eines Hilfskonvervators in Archiven und Museen. Auch der Kulturgüterschutz ist neu Aufgabe des Zivildienstes. Sicher ist es aber nicht Aufgabe des Zivildienstes, kreative künstlerische Tätigkeiten zu ermöglichen – dass Schwing- und Älplerfeste organisiert werden oder Theater gespielt wird. Hier teile ich die Meinung des Bundesrates.
Auch Friedensförderung sollte in erster Linie die persönliche Sache jedes Schweizers und jeder Schweizerin sein. Im weiteren Rahmen hat auch die Armee den Auftrag, in der Friedensförderung tätig zu werden. In diesem Sinne können wir aber Zivildienstpflichtige nicht einsetzen. Oder möchten Sie «Zivildienstler» zum Sammeln von Unterschriften für Armeeabschaffungs-Initiativen abkommandieren?
Ich bitte Sie aber auch, die Anträge der Fraktion der Freiheits-Partei abzulehnen. Ich glaube, dass Umwelt- und Landschaftsschutz sicher auch Aufgaben sind, die im Zivildienstgesetz Platz haben.
Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Meier Hans (G, ZH): Uns Grünen erscheint es sinnvoll, den Zivildienst genauso wie den Militärdienst als wichtigen und notwendigen Einsatz junger Bürger für die Gesellschaft unseres Landes zu verstehen. Der Zivildienst soll mehr sein als ein Ersatz für die bisherige Gefängnisstrafe für Militärdienstverweigerer.
In meiner über dreissigjährigen beruflichen Tätigkeit als Sekundarlehrer habe ich immer wieder erlebt, mit welcher Begeisterungsfähigkeit sich junge Menschen für ihre Ideale einsetzen. Erst wir Alten, wenigstens die meisten, sind desillusioniert, glauben nur noch an Geld und Machtspiele. Geben wir unseren Jungen doch die Chance, ihren Zivildienst in dem Tätigkeitsbereich zu absolvieren, in dem sie ihren ganzen Idealismus ausleben können und Höchstleistungen erbringen werden.
Ich bitte Sie, den Antrag der Fraktion der «Auto-Partei» – dieser Antrag hat mit «liberté» überhaupt nichts zu tun –, diesen Antrag auf Einschränkung der Tätigkeitsbereiche, abzulehnen, die Anträge der Minderheit I (de Dardel) und der Minderheit II (Hollenstein) auf Ausweitung aber anzunehmen.

Le président: Le groupe radical-démocratique communique qu'il soutiendra la version de la majorité.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Ich stelle fest, den einen geht dieser Artikel 4 zuwenig weit und den anderen geht er zu weit. Die Mehrheit lehnt den Antrag der Minderheit I (de Dardel), Einfügung des Begriffes «Kultur», ab, ebenso den An-

trag der Minderheit II (Hollenstein), Einfügung der «Friedensförderung».
Der Antrag der Fraktion der Freiheits-Partei lag der Kommission zwar nicht vor, aber nachdem wir uns zu diesem Katalog bekannt haben, darf ich sagen, dass die Kommission diesen Antrag ablehnt.
Zur Begründung diene folgendes: Antrag der Minderheit I, Einfügung der «Kultur»: Kulturschaffen ist vielfach – das ist absolut natürlich – gewinnstrebig. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in Konflikte kommen, wenn Tätigkeiten im gewinnorientierten Bereich liegen. Wir bekämen punkto Abgrenzung Schwierigkeiten – dies im Gegensatz zur Frage der Kulturgütererhaltung: diese ist im öffentlichen Interesse.
Zur Frage der «Friedensförderung» will ich mich nicht wiederholen. Ich habe meine Ausführungen im Zusammenhang mit den Anträgen Misteli und Aguet (Art. 2) gemacht. Das geht in die gleiche Richtung. Ich bitte Sie, auch diesen Zusatz abzulehnen.
Das will nicht sagen, dass wir gegen Friedensförderung sind, aber für die Vollzugsbehörden wird die sinnvolle Anwendung des Zivildienstes eine sehr anspruchsvolle Aufgabe sein. Wir sollten einerseits einen genügend grossen Fächer an Tätigkeiten offerieren, andererseits aber verhindern, dass wir in Abgrenzungsprobleme geraten. Gerade die von Frau Hollenstein genannten Beispiele in bezug auf die Friedensförderung liegen sehr nahe bei politischen Tätigkeiten.
Die Anträge der Fraktion der Freiheits-Partei, Streichung der Buchstaben c (Kulturgütererhaltung, Forschung) und d (Umwelt- und Naturschutz, Landschaftspflege), lehnen wir deshalb ab, weil wir überzeugt sind, dass gerade in diesem Bereich durchaus sinnvolle Tätigkeiten im Rahmen des Zivildienstes möglich sind.
Bei Buchstabe g (Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe) kommt es darauf an, was wir bei Artikel 7 in bezug auf den Auslandeinsatz beschliessen. Wenn der Streichungsantrag bei Artikel 7 (Antrag der Minderheit I) durchgehen würde, müsste Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe g gestrichen werden.

Carobbio Werner (S, TI), rapporteur: Une large palette d'activités permet que chacun soit affecté selon sa profession et ses aptitudes, tandis qu'une limitation des possibilités d'affectation risque de rendre compliqué le placement des personnes astreintes dans le cadre du service civil.
Dans cette optique, la proposition du groupe du Parti de la liberté ne peut pas être acceptée. L'argumentation de M. Jenni Peter, selon laquelle cette liste serait une espèce de liste de tâches de vacances, est très discutable. De toute façon, je pense qu'accepter la proposition du groupe du Parti de la liberté de biffer par exemple la lettre d. «protection de la nature et de l'environnement», ou la lettre g. «coopération au développement et aide humanitaire», revient pratiquement à exclure des activités où le service civil peut et doit être accompli dans des domaines qui sont souvent cités par ceux qui demandent à entrer dans le service civil. Cette proposition doit donc être repoussée, parce qu'elle va exactement dans le sens contraire du but que la loi cherche à atteindre, à savoir créer une palette suffisamment large pour permettre à chacun de trouver la possibilité de s'occuper concrètement dans une activité du service civil.
J'en viens maintenant aux deux propositions de minorité.
1. La proposition de la minorité I (de Dardel) avait été repoussée en commission par 13 voix contre 7. Vous avez déjà entendu les arguments en faveur de cette proposition dans l'intervention de M. de Dardel. La version du Conseil fédéral et de la majorité de la commission est considérée comme trop étroite, et l'activité culturelle ne peut pas être vue seulement, comme le disent la majorité de la commission et le Conseil fédéral, sous l'angle des possibilités qu'il y a de gagner de l'argent avec des activités culturelles. Il y a aussi d'autres activités culturelles qui pourraient aller dans le sens d'une activité d'intérêt général et qui pourraient donc intéresser le service civil. Les contre-arguments apportés par la majorité de la commission sont ceux que je viens de rappeler. La majorité de la commission et le Conseil fédéral sont d'avis qu'une distinction entre une activité culturelle qui permet de gagner de l'argent et les autres est très difficile. C'est pourquoi ils proposent d'exclure la culture et d'en rester à la formulation «conservation des biens culturels».
2. En ce qui concerne la proposition de la minorité II (Hollenstein,) à la lettre i, elle a été repoussée en commission par 15 voix contre 5. L'argumentation et la discussion ont déjà été faites avec la proposition Misteli. Personnellement, je pense que la promotion de la paix rentre effectivement dans les attentes et dans les voeux de ceux qui choisissent le service civil. Par contre, la majorité de la commission et le Conseil fédéral sont d'avis qu'introduire ce domaine d'activité va trop loin parce que promouvoir la paix, c'est une formule très ouverte qui, politiquement, soulève beaucoup d'interrogations.
Donc, si, personnellement, je suis favorable à cette proposition, je dois vous donner la position de la majorité de la commission et du Conseil fédéral qui va dans le sens d'exclure ce domaine d'activité de la liste proposée à l'article 4.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: En ce qui concerne la proposition intéressante et vive de la minorité I (de Dardel), je m'y oppose avec la majorité de la commission pour cette raison que je vois mal la création culturelle ou artistique qui, par définition, doit être spontanée, doit être libre, s'accomplir dans le cadre d'un service obligatoire, fût-ce un service de substitution. Je vois mal la compatibilité de l'esprit de création culturelle, l'appréciation de la prestation qui doit être fournie à cette occasion, et l'encadrement malgré tout, qui doit être celui de ce service civil de remplacement.
C'est la raison pour laquelle, sans grand souffle peut-être, mais d'une manière réaliste, la formule du Conseil fédéral, que reprend la majorité de la commission, parle de la conservation des biens culturels, parle d'activités dès lors facilement observables, qui ne font pas nécessairement appel à une liberté de création, qui, encore une fois, me paraît peu compatible avec un service obligatoire. C'est la raison pour laquelle je vous propose de suivre la majorité de la commission.
En ce qui concerne la proposition de la minorité II (Hollenstein), il me paraît que vous avez pris les positions déterminantes en acceptant l'article 2; je n'ai donc pas à y revenir.
En revanche, en ce qui concerne la proposition du groupe du Parti de la liberté, je vous propose également de la rejeter dans la mesure où, d'une manière véritablement inutile, on voudrait biffer de la liste des possibilités d'activité du service civil la conservation des biens culturels, la recherche aussi, la protection de la nature et de l'environnement et l'entretien du paysage, alors qu'on y laisserait curieusement l'entretien des forêts, mais qu'on y bifferait également la coopération au développement et l'aide humanitaire. Je crois, Monsieur Jenni, qu'il faut bien se rendre compte que l'on aura, dans les offres à faire pour le service civil, si l'on veut véritablement tenir le cap et vérifier qu'il est un service d'utile contribution à la communauté, pas trop d'une gamme assez large de possibilités. Car si ce service civil laborieusement mis en place devait, faute de moyens suffisamment grands, renoncer à être opérationnel et devoir renvoyer chez eux des gens qui ont été déclarés aptes et prêts au service civil, ce serait évidemment très fâcheux. Le risque de cette perspective et de ce danger existe si l'on restreint par trop les différents domaines d'activité définis à l'alinéa 1er.
C'est la raison pour laquelle, sur toute la ligne, je vous propose de suivre la majorité de votre commission.

Abs. 1 Einleitung, Bst. a, b, e, f, h
Al. 1 introduction, let. a, b, e, f, h
Angenommen – Adopté

Abs. 1 Bst. c – Al. 1 let. c

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire
Für den Antrag der Mehrheit 80 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit I 52 Stimmen

Definitiv – Définitivement
Für den Antrag der Mehrheit 104 Stimmen
Für den Antrag der FP-Fraktion 31 Stimmen

Abs. 1 Bst. d – Al. 1 let. d

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Kommission 119 Stimmen
Für den Antrag der FP-Fraktion 15 Stimmen

Abs. 1 Bst. g – Al. 1 let. g

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Kommission 83 Stimmen
Für den Antrag der FP-Fraktion 49 Stimmen

Abs. 1 Bst. i – Al. 1 let. i

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 83 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II 51 Stimmen

Abs. 2–4 – Al. 2–4
Angenommen – Adopté

Art. 5
Antrag der Kommission
Die Belastung einer zivildienstleistenden Person durch die ordentlichen Zivildiensteinsätze muss insgesamt derjenigen eines Soldaten in seinen Ausbildungsdiensten entsprechen.

Art. 5
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral
(la modification ne concerne que le texte allemand)

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Es geht hier nur um eine redaktionelle Verbesserung.

Angenommen – Adopté

Art. 5bis (neu)
Antrag Zbinden
Titel
Diskriminierungsverbot
Wortlaut
Zivildienstpflichtige Personen dürfen aufgrund ihres Status weder direkt noch indirekt benachteiligt werden.

Art. 5bis (nouveau)
Proposition Zbinden
Titre
Interdiction de discriminer
Texte
Il est interdit de discriminer la personne astreinte au service civil, soit directement, soit indirectement, en raison de son statut.

Zbinden Hans (S, AG): Die Geschichte der Einführung eines zivilen Ersatzdienstes war ja eine «unendliche Geschichte»; sie dauerte mehrere Jahrzehnte. Endlich ein Ende fand sie dann, als sich in der Bevölkerung, in der Öffentlichkeit, ein Mentalitätswandel einstellte. Es ist nicht eine Leistung von uns, nicht eine Leistung des Bundesrates, sondern die öffentliche Meinung hat uns gezwungen, hier Lösungen zu entwickeln. Die öffentliche Meinung, die Mentalität der Öffentlichkeit gegenüber dem Militär, hat sich in den letzten Jahren stark verändert, und zwar in dem Sinn, dass das Verhältnis entkrampfter, distanzierter und skeptischer wurde. Aus dieser Distanzierung gegenüber dem Militär, aus dem Verzicht der «Achtungstellungshaltung» gegenüber dem Militär, hat sich dann auch eine neue Einstellung gegenüber dem zivilen Ersatzdienst entwickelt. Das ist eine erfreuliche Entwicklung.
Aber dieser Gesinnungswandel ist nicht einfach wie ein Sturm über das Land gebraust, er hat nicht alle Gegenden, alle Täler gleich erfasst. Es gibt in der Schweiz heute noch Regionen, vor allem die ländlich-traditionellen Gegenden, die immer noch ein sehr gespaltenes Verhältnis zu diesem neuen zivilen Ersatzdienst haben.
Aus diesem Grund möchte ich, dass hier ein Diskriminierungsverbot eingeführt wird. Die Idee dazu hatte ich nicht einfach über Nacht, sondern ich habe die Idee aus dem Gleichstellungsrecht heraus entwickelt. Dort hat man ein Diskriminierungsverbot für die Frauen statuiert; hier möchte ich es für die Leute statuieren, die einen zivilen Ersatzdienst leisten. Das ist nach wie vor eine Minorität, und ich könnte mich darüber freuen, wenn das Diskriminierungsverbot nur im Sinne einer Übergangslösung eingeführt werden müsste. Vielleicht ist das in zehn Jahren eine derartige Selbstverständlichkeit, dass man dieses Diskriminierungsverbot nicht mehr braucht.
Wo sehe ich Einsatzbereiche? Ich sehe ganz ähnliche Einsatzbereiche wie beim Gleichstellungsgesetz für Frauen. Zentraler Bereich wird die Arbeit sein. Diese Leute müssen eineinhalbmal mehr Arbeit bzw. Dienst leisten; da könnte es durchaus sein, dass sie Nachteile erleiden gegenüber denjenigen, die eine Dienstzeit zu absolvieren haben, die kürzer ist. Es könnte aber auch Nachteile in der Ausbildung, in der Weiterbildung, in der Fortbildung geben. Es könnte sogar zu Nachteilen im Bereich der Mietverhältnisse kommen. Sie kennen das alles, weil ja Zivildienstleistende auch in Zukunft für viele Leute noch Bürger und Bürgerinnen zweiter Klasse sein könnten. Das möchte ich verhindern.
Ich bitte Sie in diesem Sinne, hier dieses Diskriminierungsverbot zu statuieren.

Le président: Le groupe de l'Union démocratique du centre communique qu'il rejettera la proposition Zbinden, tout comme le groupe radical-démocratique.

Leuba Jean-François (L, VD): Dois-je vous avouer que, lorsque j'ai lu la proposition Zbinden, j'ai cru qu'il s'agissait d'une plaisanterie?
La discrimination, dans tout ce problème, ce n'est pas ceux qui vont faire du service civil qui vont la subir, ce sont les militaires. Les militaires la subissent déjà. Dans combien d'entreprises on hésite à engager quelqu'un parce qu'il a des services d'avancement à effectuer! J'ai vu à l'université que l'on regarde, quand on engage un assistant, s'il a du service militaire à faire ou des services d'avancement.
Tout cela doit être mis en relation avec l'article 20. Si, à l'article 20, vous suivez la minorité et vous admettez qu'on peut faire le service civil en une seule fois, alors je vous garantis que les militaires seront incroyablement discriminés par rapport à ceux qui effectuent du service civil, parce que le service militaire présente l'inconvénient que, jusqu'à l'âge de 40 ans, on doit faire des cours de répétition. C'est encore beaucoup plus grave si l'on fait des services d'avancement.
Si M. Zbinden avait dit: «Ceux qui font du service militaire et ceux qui font du service civil ne doivent pas être discriminés», j'aurais encore pu comprendre, car on aurait mis au moins les militaires sur le même plan que ceux qui font du service civil. Mais cette proposition, telle qu'elle est formulée ici, est véritablement inacceptable.
J'aimerais donner encore un dernier exemple: je pense au Service féminin de l'armée. Il y a des femmes qui ont de la peine à trouver un engagement parce qu'elles sont actives dans le Service féminin de l'armée. On leur dit: «Qu'avez-vous besoin de faire ce service? De toute façon, c'est un service volontaire, vous n'avez qu'à y renoncer.» Ce sont là des cas de discrimination contre lesquels on devrait se battre au premier chef.
La deuxième raison, c'est que la tendance à laquelle nous expose la proposition Zbinden – qui, encore une fois, est certainement une proposition bien pensée et part d'un bon sentiment – est de pouvoir bientôt mettre dans toutes les lois que, pour ceci ou pour cela, on ne doit plus discriminer. On ne devra pas discriminer les gros, on ne doit pas discriminer les maigres, pas les grands, pas les petits, pas ceux qui sont chauves, pas ceux qui, au contraire, ont une abondante chevelure.

Enfin, il y a une quantité d'exemples où on pourrait chaque fois, dans notre législation, dire: celui qui fait ceci ne doit pas être discriminé, celui qui touche des prestations sociales ne doit pas être discriminé, celui qui a suivi telle formation ne doit pas être discriminé. Il n'y a qu'une catégorie qui pourrait se réjouir de cette tendance, ce sont les avocats, parce que nous multiplierions les procès.
A part cela, il faut rester raisonnable, et je vous invite à rejeter la proposition Zbinden, même si, encore une fois, elle part d'une bonne intention.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Der Antrag Zbinden lag der Kommission nicht vor. Ich spreche daher in meinem persönlichen Namen. Ich bitte Sie dezidiert, diesen Antrag abzulehnen.
Beim Diskriminierungsverbot muss man unterscheiden:
1. Das könnte eine Wirkung nach innen haben, also im Rahmen des Zivildienstes. Hier mache ich Herrn Zbinden darauf aufmerksam, dass wir in den Artikeln 25ff., 28ff. und 63ff. ziemlich konsequent versucht haben, dem Zivildienstleistenden ungefähr den Rechtsstatus eines Wehrmannes zu geben.
2. Aber Herrn Zbinden geht es – wie aus seinen Ausführungen hervorgeht – vor allem um die Wirkung nach aussen. Da möchte ich meinen, dass Herr Zbinden ein sehr wichtiges Wort geäussert hat, mit dem ich absolut einverstanden bin: Sie haben nämlich gesagt, dass wir uns entkrampfen sollten. Wir wollen uns alle entkrampfen. Es gibt in diesem Saal sicher Leute, die sich irgendwie verkrampfen, wenn sie das Wort Zivildienst hören. Es gibt in diesem Saal aber auch Leute, die das Gefühl haben, man wolle die zivildienstpflichtigen Personen jetzt diskriminieren. Das ist auch eine Form von Verkrampfung. In diesem Sinne führt uns das nicht weiter.
Im übrigen gilt das alte Sprichwort: «Qui s'excuse s'accuse.» Sie gehen eigentlich fast von einer Präsumption der Diskriminierung aus. Das ist keineswegs der Wille der Kommissionsmehrheit und des Bundesrates.
Dann möchte ich noch an das anknüpfen, was Herr Leuba ausgeführt hat: Wir stehen heute vor der Tatsache – sie ist nicht sehr erfreulich –, dass viele Militärdienstleistende nicht mehr das gleiche Klima der Akzeptanz in der Wirtschaft und sogar auch in der öffentlichen Verwaltung und in öffentlichen Betrieben vorfinden. In diesem Zusammenhang meine ich dann schon, dass eine Ungerechtigkeit und eine Ungleichbehandlung entstünden, wenn wir dieses Diskriminierungsverbot bloss für die Zivildienstleistenden, nicht aber für die Wehrdienstleistenden einführen würden.
Schliesslich kommt noch dazu, dass sich die Frage des Präjudizes stellt, indem wir, wenn wir hier jetzt stattgeben, dann solche Klauseln – die ja unsympathisch und Ausdruck eines Misstrauens sind – x-mal, in verschiedenste Gesetze, einbauen müssten.
Deshalb bitte ich Sie nachdrücklich, den Antrag Zbinden, der zweifellos gut gemeint war, abzulehnen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je pars du point de vue, Monsieur Zbinden, que les règles de la protection de la personnalité empruntées au droit civil suffisent ici, comme ailleurs, dans le jugement ou l'appréciation de ce que sont des citoyens astreints au service civil, c'est-à-dire des citoyens comme les autres, qui ne sont nullement des citoyens de deuxième catégorie et qui ne doivent pas être désignés comme tels. Vouloir faire une règle spéciale pour eux pose un problème absolument général, parce que, si on le fait ici, il n'y a aucune raison que l'on ne le fasse pas dans d'innombrables cas. M. Leuba en citait quelques-uns, moi j'en cite quelques autres. Pourquoi ne pas devoir établir la non-discrimination à l'égard des détenteurs de chiens dans notre société, à l'égard des fumeurs dans notre société, à l'égard des cyclistes dans notre société, que sais-je encore!
Nous devons nous représenter que les règles générales de notre droit suffisent et qu'il n'est absolument pas nécessaire, qu'il est même superflu et dangereux à la limite, de vouloir établir ici une protection spécifique et particulière.
Alors, si on le fait, j'abonde dans le sens qui a été exprimé tant par M. Leuba que par le rapporteur de langue allemande, à savoir que les militaires en l'état actuel mériteraient tout autant, si vous voulez, une reconnaissance de statut, dans la mesure où je sais concrètement que compte tenu de l'état du marché du travail, que compte tenu des pratiques de nombre d'entreprises ou nombre d'officines publiques, ce sont souvent les militaires, et notamment les militaires qui ont de l'avancement, qui sont les plus sévèrement discriminés.
Je vous demande dès lors de renoncer à une démarche qui n'a pas sa place ici.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Zbinden	34 Stimmen
Dagegen	81 Stimmen

Art. 6
Antrag der Kommission
Abs. 1
....
c. (neu) die Wettbewerbsbedingungen nicht verfälscht werden.
Abs. 2, 3
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 6
Proposition de la commission
Al. 1
....
c. (nouvelle) ne fausse pas les conditions de concurrence.
Al. 2, 3
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Nur kurz folgendes:
Wir haben in der Kommission – das war unbestritten – auch die Wettbewerbsneutralität beigefügt. Es ging darum, dass der Zivildienst beispielsweise in der Landwirtschaft – wenn ein Zivildienstleistender dort den Stall saniert oder das Dach flickt – nicht gleichsam ausgenützt wird, um so die Gewerbebetriebe auf dem Land zu konkurrenzieren. Das ist an sich unbestritten.
Ich habe noch eine Frage an den Herrn Ratspräsidenten: Richtigerweise sollte man in der Marginalie nicht nur «Arbeitsmarktneutralität», sondern auch «Wettbewerbsneutralität» sagen. Ich weiss nicht, ob wir diese Änderung noch so beschliessen können oder ob wir einfach den Ständerat darauf aufmerksam machen müssen.

Angenommen – Adopté

Art. 7
Antrag der Kommission
Mehrheit
Abs. 1
.... können mit ihrer Einwilligung ausnahmsweise zu Einsätzen ....
Abs. 2
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit I
(Fehr, Bischof, Bonny, Borer Roland, Cincera, Fischer-Seengen, Hari, Hess Otto, Miesch, Sandoz, Savary, Tschuppert Karl)
Streichen

Minderheit II
(Tschuppert Karl, Bischof, Bonny, Borer Roland, Cincera, Fehr, Fischer-Seengen, Hari, Hess Otto, Miesch, Sandoz, Savary)
Abs. 1
.... können mit ihrer Einwilligung zu Einsätzen zwecks Katastrophenhilfe im Ausland aufgeboten werden. Für den grenznahen Raum kann von der Einwilligung abgesehen werden.
Abs. 2
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 7
Proposition de la commission
Majorité
Al. 1
.... consentent, les personnes astreintes peuvent exceptionnellement être ....
Al. 2
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité I
(Fehr, Bischof, Bonny, Borer Roland, Cincera, Fischer-Seengen, Hari, Hess Otto, Miesch, Sandoz, Savary, Tschuppert Karl)
Biffer

Minorité II
(Tschuppert Karl, Bischof, Bonny, Borer Roland, Cincera, Fehr, Fischer-Seengen, Hari, Hess Otto, Miesch, Sandoz, Savary)
Al. 1
.... à l'étranger dans le cadre de l'aide en cas de catastrophe. Il peut être fait abstraction de leur consentement lorsque l'affectation est accomplie dans les régions frontalières.
Al. 2
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Fehr Lisbeth (V, ZH), Sprecherin der Minderheit I: Ich beantrage Ihnen, die Auslandeinsätze ersatzlos zu streichen. Das ist nicht nur die sauberste, sondern auch die einfachste Lösung. Es wird ins Feld geführt, diese Einsätze im Ausland seien im öffentlichen Interesse, bewirkten positive Rückwirkungen auf die Schweiz und seien doppelt notwendig hinsichtlich dringender Entwicklungszusammenarbeit und globaler Dimensionen der heutigen Existenzgefährdung.
Mit Verlaub, diese Einsätze sind nicht Bestandteil unserer Aussenpolitik, weder unserer Entwicklungspolitik noch unserer Friedensförderung. Sie sind ein Ersatzdienst zum Militärdienst, der im Land geleistet wird. In diesem Zusammenhang müssen diese Einsätze auch betrachtet werden. Sie sind das Pendant zum Militärdienst und nichts anderes.
Wenn Auslandeinsätze schon den Ausnahmefall darstellen sollen, gemäss Kommissionsmehrheit, so frage ich mich ernstlich, wo da ein grosser Nutzen sein soll, wo das öffentliche Interesse für unser Land liegt. Lassen wir doch solche Schlagwörter beiseite! Es werden restriktive Rahmenbedingungen vorgeschlagen, die es genauer unter die Lupe zu nehmen gilt:
1. Zu Kontrolle und Überwachung: Ich vertrete die Ansicht, dass diese Auslandeinsätze in der Praxis unmöglich zu überwachen sind. Eine Überprüfung muss aber erfolgen, sonst wird Missbrauch betrieben. Das Biga gibt zu, dass Kontrollen schwierig durchzuführen und Inspektionen vor Ort nicht möglich seien. Man verspricht strenge Bedingungen, welche das Missbrauchsrisiko ausschalten und die Ernsthaftigkeit des Vollzugs garantieren sollen. Nun ist mir nicht ganz klar, was hier besonders streng sein und in der Praxis schlussendlich auch Gültigkeit haben soll.
Gemäss Vorschlag sollen die Einsatzbetriebe nach zwei Kriterien kontrolliert werden, im Text in der Botschaft sind sie noch alternativ vorgesehen. In der Kommission wurde dann vom Biga eine Zusatzinformation geliefert, eine restriktivere Fassung mit kumulativem Charakter. Zudem wurde die Anerkennung eines ausländischen Einsatzbetriebes abgelehnt. Herr Bundesrat, was gilt nun? Ist es der Botschaftstext, oder werden die Bedingungen je nach Ansprechpartner laufend korrigiert?
Dann will der Bundesrat die Einsätze durch schriftliche Befragung der Zivildienstpflichtigen und der Einsatzbetriebe exakt auswerten. Auch das scheint mir fragwürdig, denn von Auswertungen, die von den Direktbetroffenen gleich noch selber ausgeführt werden, halte ich nicht viel.
2. Spezielle Kenntnisse: Der Kandidat soll über spezielle Kenntnisse verfügen, zum Beispiel ein Agronom mit Drittwelterfahrungen, diverse Sprachkenntnisse, genügende charakterliche Festigung.
Da kommen mir wieder die Diskussionen über die Blauhelme, welche das EMD betrafen, in den Sinn. Damals tönte es auch so.
Die Frage der Verweigerung respektive der Zulassung zum Zivildienst stellt sich aber vorwiegend vor und nach der RS, und zwar einem zwanzigjährigen Mann. Mit Verlaub: Da sind die Kenntnisse naturgemäss noch gering.
3. Zu den Kosten, zum zusätzlichen Aufwand: Einsätze im Ausland, die den schweizerischen Anforderungen zu genügen vermögen, sind nicht nur schwer zu finden, sie verlangen auch einen administrativen Aufwand, und der kostet. Ein Mehraufwand ist nötig: Auswahl von Einsatzbetrieben, deren Überprüfung, Auswahl von Personen, Auswertung von Einsätzen. Dies wiederum rechtfertigt sich nicht für die paar Ausnahmefälle gemäss dem Antrag der Mehrheit der Kommission. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimmt nicht mehr. Wir sollten ein klares, einfaches Gesetz schaffen und es nicht mit vielen komplizierten Extras beladen.
4. Zur Möglichkeit der Katastrophenhilfe: Ich bin der Ansicht, dass die Katastrophenhilfe eine Institution ist, die nur funktionieren kann, wenn sie straff geführt ist. Sie braucht hochqualifizierte Leute, und sie verlangt eine hohe Integrationsbereitschaft in diese militärische Organisationshierarchie. Sie verlangt die Bereitschaft, auch im Notfall reagieren zu können. Ein grosser Teil der Ersatzpflichtigen wird aus Gründen ihrer Dienstverweigerung die Anforderung nicht erfüllen können. Sie wollten ja nichts mit dem Militär zu tun haben.
Katastrophenhilfe ist bereits über den Militärdienst möglich, aber nur im Inland. Den «Zivildienern» wäre es dann gestattet, Katastrophenhilfe im Ausland zu leisten. Damit würden wir Ersatz- und Militärdienst gegeneinander ausspielen. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, auch diese Möglichkeit abzulehnen.
Die SVP-Fraktion ist hier gespalten. Eine knappe Mehrheit findet Gefallen am Antrag der Minderheit II.
Ich fasse zusammen:
1. Mit diesem Status schaffen wir Ungerechtigkeiten, Ungereimtheiten gegenüber solchen, die bereits in der Entwicklungshilfe und anderswo im Ausland tätig sind.
2. Aus praktischen Gründen, damit der finanzielle und der administrativen Aufwand klein bleiben, sollten wir auf solch aufwendige Alternativen verzichten. Bei ungenügender Kontrolle schaffen wir nur ein unnötiges Missbrauchspotential.
3. Auslandeinsätze waren wohlweislich nie Gegenstand der seinerzeitigen Verfassungsabstimmung. Es wäre eine Irreführung des Stimmbürgers, diese nun durch die Hintertüre doch noch einzuführen.
Zur Erinnerung: Nach wie vor dient unsere militärische Landesverteidigung dem Wohlergehen unseres Volkes. Die Zivildienstpflichtigen haben deshalb auch einen sinnvollen Beitrag in unserem Land zu leisten. Deshalb ist die ersatzlose Streichung die sauberste und einfachste Lösung.
Die Minderheit I beantragt Ihnen, Artikel 7 zu streichen.

Tschuppert Karl (R, LU), Sprecher der Minderheit II: Auslandeinsätze sind für Zivildienstpflichtige eventuell sehr reizvoll, attraktiv, und das ist auch der Grund, weshalb man einer solchen Möglichkeit eher skeptisch gegenübersteht. Der Antrag der Minderheit II will aber lediglich Einsätze für die Katastrophenhilfe im Ausland ermöglichen. Der Vorteil dieses Antrages gegenüber dem Antrag der Mehrheit ist, dass er ganz klar definiert, für welche Einsätze Zivildienstpflichtige im Ausland eingesetzt werden können, nämlich nur für Katastrophenhilfe. Ich bin mir schon bewusst, dass es für solche Einsätze gut ausgebildete und erfahrene Leute braucht, aber ich gehe davon aus, dass es in den Reihen der Zivildienstpflichtigen auch solche hat.
Vor allem wichtig scheint mir das Argument eines möglichen Einsatzes im grenznahen Raum. Katastrophen im grenznahem Raum können nämlich je nach Ausmass auf unser Land Auswirkungen haben, und es ist für mich nicht verständlich, wenn wir im Inland die Möglichkeit schaffen, Zivildienstpflichtige für solche Einsätze aufzubieten, aber andererseits im grenznahen Ausland nicht; da ist irgend etwas systemfremd.

Unser Antrag versteht sich als Mittelweg: Damit würde die Möglichkeit im Gesetz offengelassen, Zivildienstpflichtige in Notfällen unkompliziert auch im Ausland einsetzen zu können, das wäre aber kein genereller Freipass.
Ich bitte Sie also, den Antrag der Minderheit II unter den genannten Aspekten wohlwollend zu prüfen.

Grossenbacher Ruth (C, SO): Im Vorfeld der Blauhelmdebatte haben die Gegner der Vorlage immer wieder betont, dass sie nicht gegen die humanitäre Hilfe der Schweiz im Ausland seien. Sie seien nur gegen bewaffnete Einsätze. Wir, die Mehrheit, verstossen also nicht gegen den Blauhelmentscheid. Genau diese Einsätze der humanitären Hilfe und auch die Möglichkeit für Zivildienstleistende, sich an Katastrophenhilfe-Einsätzen zu beteiligen, sind in Artikel 7 gemäss Antrag der Mehrheit festgeschrieben, und erst noch in der abgeschwächten Form von «ausnahmsweise». Damit ist aufgezeigt, dass diese Einsätze nicht zur Regel werden sollen.
Auch für Angehörige der Armee gibt es zwei Möglichkeiten von Auslandeinsätzen, Frau Fehr: die Katastrophenhilfe im Ausland und den Friedensförderungsdienst. Die Auslandeinsätze müssen nach traditionellem Verfassungsverständnis selbstverständlich freiwillig sein.
Nun haben wir heute morgen immer wieder betont, dass zwischen Militärdienst und Zivildienst Vergleiche angestellt werden müssen. Die Wehrgerechtigkeit verlangt, dass man den Angehörigen der Armee und den Zivildienstleistenden gleich behandelt. Es gibt keinen einzigen plausiblen Grund, den «Zivildienstlern» einen Auslandeinsatz vorzuenthalten.
Gegner der Auslandaufenthalte für Zivildienstleistende führen vor allem folgende Gründe auf: Mit 20 Jahren sei man kaum belastbar genug für einen Dienst und Einsatz im Ausland, Zivildienst dürfe nicht für einen Urlaub an der Sonne ausgenützt werden, und auch, es seien keine Kontrollen möglich.
Hier muss eingewendet werden, dass keine ganz jungen Leute ins Ausland geschickt würden. Sie müssen ja freiwillig gehen. Da strenge Kriterien zu erfüllen sind, müssen Zivildienstleistende älter sein. Es gibt ja viele Zivildienstleistende, die über 30 Jahre alt sind. Es müssen Charakterstärke und Belastbarkeit vorhanden sein. Der Einsatz muss mit den individuellen Fähigkeiten des Zivildienstleistenden übereinstimmen. Wie ich schon gesagt habe, muss der Einsatz freiwillig erfolgen, und selbstverständlich ist eine Kontrolle zwingend.
Wenn wir die Auslandeinsätze streichen, gehen wir hinter die heutige Regelung zurück. Denn seit Beginn des Vollzugs der Arbeitsleistungen haben, unter der Führung des Biga, schon 1000 Einsätze stattgefunden – nur eine Handvoll davon im Ausland. Es wurden gute Erfahrungen gemacht und selbstverständlich nur Einsätze bewilligt, die einen Sinn ergaben. Als Beispiel: In Brasilien baute ein 40jähriger Töpfer mit Strassenkindern eine Töpferschule auf, damit diese Kinder bessere Zukunftsperspektiven haben. Administrativ waren diese Einsätze nicht aufwendiger als Inlandeinsätze. Die verhandlungsaufwendigsten Einsätze, die das Biga erlebte, waren Einsätze in unserem Land.
Die CVP-Fraktion bittet Sie, die Auslandeinsätze – auch «ausnahmsweise» – nicht zu streichen. Wir schulden es dem guten Ruf unseres Landes, das für seine humanitäre Hilfe weltweit bekannt ist.

Meyer Theo (S, BL): Frau Fehr und die Mitunterzeichner des Antrages der Minderheit I bekämpfen die Möglichkeit, den Zivildienst unter gewissen Umständen auch im Ausland zu absolvieren, mit dem Argument, das sei unkontrollierbar, das sei zu kompliziert, aber unterschwellig auch, das sei zu attraktiv.
Auf der einen Seite der bedingungslose Einsatz in der Armee, wie es in der alten Nationalhymne hiess: «.... steh'n wir den Felsen gleich, ... Schmerz uns ein Spott ....» Auf der anderen Seite Romantik und Ferienlager. Es wurde vielleicht nicht so ausgesprochen, aber unterschwellig schwang das mit.
Ich möchte weder ideologisieren noch polemisieren, aber ich möchte vergleichen. Da ich wahrscheinlich einer der wenigen bin, die sowohl Militärdienst geleistet haben als auch Zivildiensteinsätze vorweisen können, habe ich die Möglichkeit, das aus eigener Erfahrung zu tun.
Zuerst der Militärdienst: Ich war nie Pazifist genug, um den Militärdienst zu verweigern. Ich liess mich in die Sanitätstruppen einteilen und machte dort auch den Korporal. Der Dienst in der Gebirgssanität war teilweise sehr hart und anstrengend. Trotzdem war es mir möglich, während ich den Korporal abverdiente, per Fernkurs meine Matura vorzubereiten. Später absolvierte ich einige Wiederholungskurse, aus denen ich jeweils sehr ausgeruht und erholt zurückkehrte, obwohl ich sehr viel gelesen und mein Englisch aufpoliert hatte. Das alles ging natürlich auch auf Kosten des Jassens. Ich habe nie Jassen gelernt und falle deshalb als Jasspartner von Otto Stich aus.
Weil ich meine Einteilung zur waffenlosen Sanität aber nur als halbbatzige Lösung empfand und auch verstand, dass dies für Leute mit Gewissenskonflikten keine Lösung sein konnte, engagierte ich mich im Rahmen eines Zivildienstes: Ich war während des Studiums in Zürich zuerst an Samstagen tätig und dann vier Wochen lang in Finnland, wo wir an der russischen Grenze in der Nähe des Polarkreises Bauern, die sich neu ansiedelten, beim Bauen ihrer Häuser halfen. Als Architekturstudent ging ich für sechs Monate nach Togo, Westafrika. Ich hatte eine bezahlte Seereise, einen Sold von 1 Schweizerfranken pro Tag sowie Unterkunft und Verpflegung bei einer afrikanischen Familie. Da das afrikanische Essen nicht mit mexikanischem oder indischem zu vergleichen ist, verlor ich in kurzer Zeit zehn Kilos. Ich hatte mehrere Male Malaria, Diarrhöe usw. und erlebte einen Militärputsch. Kurz: Es war spannend und anstrengend – nichts von Ferienlager und nichts von Sonnenbräune!
Wenn ich nun überlege, was der Einsatz den Leuten in Togo genützt hat, muss ich bescheiden feststellen: relativ wenig. Was ich aber für mich gelernt habe, war entscheidend. Ich habe gelernt, wie Afrikaner denken, wie man mit ihnen umgehen kann, wo man sich als Europäer in acht nehmen muss und wie man auch ohne unsere Zivilisation leben kann. Das war für mich wesentlich und hat mir später, als ich für die DEH in Benin arbeitete, sehr viel geholfen. Es hilft mir auch jetzt, wenn ich von Zeit zu Zeit in Burundi mit Regierung und Politikern verhandeln muss.
Wenn ich also Militärdienst und Zivildienst im Ausland vergleiche, so ist zu sagen, dass wir im Militär teilweise an die Grenzen unserer körperlichen Leistungsfähigkeit gelangten. Dieser Test war durchaus spannend, aber die Kondition war nach einigen Wochen wieder weg. In Afrika aber war ich mit meinem ganzen Dasein gefordert, und das hat mich verändert. Natürlich war auch Abenteuerlust dabei, sonst wäre ich anschliessend nicht per Autostopp durch die Sahara heimgekommen.
Wer seinen Zivildienst in einem guten Entwicklungsprojekt leisten kann, auch wenn er einsehen muss, dass er nicht im Alleingang die Verhältnisse ändern kann, wird als ein «anderer» Mensch zurückkehren. Vielleicht hilft ihm das sogar zur Einsicht, dass auch ein reiner Pazifismus seine Grenzen hat.
Geben Sie Dienstverweigerern diese Chance! Wer sich drücken will, macht dies ohnehin nicht mit einem Zivildiensteinsatz, sondern auf dem «blauen Weg». Er braucht dabei nicht einmal soviel Phantasie und schauspielerisches Talent, wie es bei Thomas Mann in «Felix Krull» beschrieben ist. Es geht viel einfacher, Ich sage Ihnen das als Sanitätskorporal, der etwas Einblick hatte.
Die Formulierung der Mehrheit der Kommission ist ja recht restriktiv. Ich sehe aber auch, dass dies Sinn macht. Sowenig man Rambos als Entwicklungshelfer losschicken kann, so wenig eignen sich verwöhnte Muttersöhnchen oder sonstige Mimosen. Wer Angst hat, Entwicklungshelfer würden nur ihre Romantik pflegen, dem muss man sagen: Es ist der Bundesrat, der diese Einsätze ermöglicht und kontrolliert. Es sind nicht Pazifistengruppen – noch ist es Herr Andreas Gross.
Vertrauen Sie also dem Urteilsvermögen des Bundesrates, und stimmen Sie der Mehrheit und dem Bundesrat zu.

Le président: Le groupe écologiste vous informe qu'il votera la proposition de la majorité de la commission.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Der Artikel über den Auslandeinsatz hat sehr viel zu reden gegeben; hier kann man in guten Treuen verschiedener Meinung sein.

Zuerst einmal das Bild der Abstimmungen in der Kommission: Sehr eindeutig fiel eine Abstimmung aus, das war die Gegenüberstellung von «Mehrheitsantrag» und Entwurf des Bundesrates. Die Lösung, die hier als Antrag der Mehrheit vorliegt, wurde mit 17 zu 3 Stimmen vorgezogen. Der Unterschied ist der, dass der Bundesrat selber – es wurde aus der Botschaft zitiert – ganz klar kundgetan hat, dass er diese Einsätze im Ausland eher als Ausnahme betrachtet. In der Regel findet der Zivildienst in der Schweiz statt. Daraus hat die Kommissionsmehrheit den Schluss gezogen, dass man das auch in den Text einfügen soll, deshalb findet sich in der Lösung der Mehrheit das Wort «ausnahmsweise».
Die beiden anderen Entscheide fielen hauchdünn aus. Die Lösung der Mehrheit wurde der Lösung der Minderheit I (Fehr), die die ersatzlose Streichung beantragt, mit 13 zu 12 Stimmen vorgezogen, und die Lösung der Minderheit II (Tschuppert Karl) unterlag in der Kommission mit 13 zu 12 Stimmen. Man sieht, die Kommission war hier in zwei Lager gespalten. Wenn ich die beiden Lösungen gegeneinander abwäge, möchte ich sagen, dass die Lösung der Mehrheit sicher der bundesrätlichen Lösung vorzuziehen ist, weil sie das ausdrückt, was der Bundesrat eigentlich will.
Etwas schwieriger ist die Frage zu beantworten, wie man sich bei den übrigen drei Varianten verhalten soll, die hier zur Diskussion stehen. Für die Lösung der Minderheit I, Streichen, spricht an sich, dass sie die konsequenteste ist. Es ist zweifelsohne so, dass Auslandeinsätze mit zusätzlichen Umtrieben verbunden sind, dass es sehr davon abhängen wird, wie der Bundesrat gemäss Artikel 7 Absatz 2 die Voraussetzungen und die Durchführung solcher Auslandeinsätze regeln will, was wir heute noch nicht wissen. Es ist sicher auch zu sagen, dass die Kontrolle schwierig sein wird. Vom Biga wurde uns signalisiert, dass es nicht in der Lage wäre, diese Kontrollen von hier aus durchzuführen. Es würde sich dann realistischerweise eher um Nachkontrollen handeln. Auf der anderen Seite gebe ich ohne weiteres zu, dass es auch sinnvolle Einsätze im Ausland geben kann, die nicht mit Ferienlagern zu vergleichen sind. Das Votum von Herrn Meyer Theo, der aus eigener Erfahrung gesprochen hat, hat mich beeindruckt.
Zwischen den beiden Lösungen liegt der Antrag der Minderheit II (Tschuppert Karl). Diese Minderheit möchte öffnen, geht vielleicht eher in die Richtung der Lösung der Mehrheit, indem sie dieses «ausnahmsweise» konkretisiert und im Hinblick auf die in ihrem Antrag erwähnten Ausnahmen spezifiziert. Zwei Fälle: Der eine ist der der Katastrophenhilfe, sicher ein sinnvoller Einsatz; der andere ist jener des Einsatzes im grenznahen Raum. Es ist wirklich nicht einzusehen, warum eine Hilfeleistung von uns unterbleiben soll, wenn «ennet» der Grenze von Basel, im Elsass, oder im Schwarzwald etwas passiert, nur weil dies im Ausland ist.
Persönlich bin ich an sich für den Antrag der Minderheit II (Tschuppert Karl). Wenn dieser unterliegen sollte, werde ich der Minderheit I (Fehr) zustimmen.

Carobbio Werner (S, TI), rapporteur: La question de l'affectation à l'étranger dans le cas du service civil a été l'objet de controverses aussi dans la phase de consultation. Il y avait, d'un côté, ceux qui, clairement, se sont prononcés pour ne pas admettre cette possibilité et, de l'autre, ceux qui avaient demandé au contraire de ne pas mettre de limitation.
Le Conseil fédéral, pour finir, a choisi une formule intermédiaire, c'est-à-dire qu'il admet cette possibilité, mais, comme le dit clairement le message, il entend appliquer cette possibilité avec une retenue très forte, donc exceptionnellement. Du reste, il faut rappeler que cette pratique existe déjà dans le cadre de la loi Barras: exceptionnellement, on a déjà donné la possibilité à des personnes astreintes à un travail d'intérêt général de le faire à l'étranger.
Je rappelle encore que nous avons approuvé, à l'article 4 alinéa 1er lettre g, comme domaine d'activité la coopération au développement et l'aide humanitaire qui, généralement, a lieu à l'étranger. Il me semble donc que la solution du Conseil fédéral va dans la bonne direction, d'autant plus que, dans le message, le Conseil fédéral est très précis dans l'indication *des conditions qui doivent être respectées pour donner la possibilité de faire ce service à l'étranger.*
La majorité de la commission est allée encore plus loin, c'est-à-dire qu'elle a voulu fixer dans la loi clairement que la possibilité de faire un service à l'étranger est un cas exceptionnel. Donc elle a traduit clairement les intentions du Conseil fédéral. Or, la minorité I (Fehr) propose purement et simplement de biffer cette possibilité. Il me semble que cette proposition va vraiment trop loin, dans ce sens qu'elle ne tient pas compte de toutes les assurances et garanties données soit par le Conseil fédéral dans son message, soit avec la variante de la majorité de la commission qui précise que cette possibilité est exceptionnelle. Du reste, il faut rappeler que l'affectation à l'étranger sert aussi les intérêts publics de la Suisse. Divers intervenants l'ont souligné, je ne veux pas le répéter.
Au nom de la majorité de la commission, je vous propose de repousser la proposition de la minorité I qui, à mon avis, est très stricte et trop limitative et exclut une possibilité qui pourrait être dans l'intérêt soit de celui qui demande à servir dans le service civil, soit de la Suisse en général.
En ce qui concerne la proposition de la minorité II (Tschuppert Karl), selon l'auteur, il s'agit d'une solution médiane. Je ne sais pas en quoi M. Tschuppert trouve cette solution médiane, parce que déjà la solution du Conseil fédéral est médiane et prudente. Le fait de laisser cette seule possibilité à l'aide en cas de catastrophe est une limitation excessive.
Je vous invite donc, en ce qui concerne la proposition de la minorité II, à ne pas la suivre et à en rester à la formulation de la majorité de la commission, qui, il me semble, tient compte d'une possibilité intéressante pour les objecteurs, mais aussi pour le service civil comme tel, et donne toutes les garanties qu'il n'y aura pas d'abus. C'est aussi une démonstration de confiance vis-à-vis des objecteurs que de donner cette possibilité *avec les garanties indiquées dans le message par le* Conseil fédéral.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Vous avez vu quelle majorité précaire et quelles fortes minorités se sont disputé ce problème très controversé dans la commission, mais en dehors de la commission aussi, des affectations à l'étranger. C'est la raison pour laquelle, voyant se disputer autour d'elle et en elle un combat à l'issue incertaine, la commission a pris une mesure prophylactique qui consiste à rappeler clairement en tête de cet article 7, que l'affectation à l'étranger reste une affectation exceptionnelle.
J'ai promis à M. Darbellay, qui m'a interpellé sur le sens qu'il fallait donner à «exceptionnelle» ce matin lors du débat d'entrée en matière, de lui répondre cet après-midi. Je tiens parole et je peux dire ceci, à M. Darbellay et, par lui, au Conseil national tout entier.
Le mot «exceptionnel» ou, plutôt, «exceptionnellement» signifie que l'affectation à l'étranger devra se faire dans le cadre d'un établissement d'affectation suisse lié à la Suisse. On ne laissera partir à l'étranger non pas n'importe quel requérant de service civil qui aura obtenu l'autorisation, mais qui n'aurait pas de formation particulière, on ne laissera partir à l'étranger que des personnes qui ont une formation qualifiée, adaptée à ce que l'on en attend sur place, et qui, de surcroît, peuvent présenter une expérience professionnelle, si possible à l'étranger. Vous avez entendu le témoignage fort intéressant de M. Meyer Theo tout à l'heure. C'est de ce type de soldats du service civil, si vous me permettez l'expression, que l'on a besoin sur le théâtre extérieur. Vous voyez que les qualifications, au départ, limitent considérablement la possibilité de recourir à ces affectations à l'étranger.
L'autorité suisse, l'autorité fédérale, comme, par exemple, la DDA, qui devra examiner, du point de vue technique, le sérieux et l'efficacité du projet auquel collaborent les représentants du service civil suisse, pourra être établie. Je peux vous dire que si cet encadrement, à la fois des institutions et des personnes qui vont y servir, est opéré avec les conditions et les précautions que je viens de dire, cela ne signifiera nullement un appareil de contrôle administratif démesuré, non plus qu'une totale liberté laissée à ces compatriotes qui travailleraient à des centaines ou des milliers de kilomètres de

chez nous. Sachez bien que l'encadrement existera et qu'il n'engage pas de moyens extraordinaires de la part de l'organisation du service civil, dans la mesure où il est constitué. Cet encadrement sera précisément donné par l'institution suisse, à caractère suisse, à relations suisses, dans laquelle travaillerait le Suisse à l'étranger.
Voici quelques exemples d'affectation à l'étranger: un ingénieur agricole aux Indes, dans les travaux contre l'érosion et dans les travaux pour le reboisement, par exemple, pourrait être un de ces représentants du service civil; un ingénieur agricole au Tchad, enseignant à une école d'agriculture; un étudiant en géographie et en informatique en Ethiopie, travaillant à l'établissement d'un système d'informations géographiques; un instituteur-animateur pour enfants dans un camp de réfugiés bosniaques en Slovénie; un potier qui établirait une école de poterie pour des enfants de la rue au Brésil. Voilà des exemples concrets, qui nous font sortir d'une trop grande casuistique théorique et qui nous font toucher du doigt de quoi il peut s'agir dans le terrain.
Cela étant réellement exceptionnel, bien défini et bien encadré, vous auriez tort de vouloir, en acceptant la proposition de la minorité I (Fehr), renoncer purement et simplement à ce type d'activités, car il y a lieu de dire que ces activités correspondent à l'intérêt de la Suisse, à la mission de la Suisse, à la signification de la Suisse, et je répète qu'en ce qui concerne le contrôle, il est possible de l'opérer d'une manière rigoureuse; qu'en ce qui concerne le nombre des bénéficiaires, il sera extrêmement limité.
A l'heure où je vous parle, il y a exactement sept Suisses, pas plus que de conseillers fédéraux, qui font actuellement leur service civil à l'étranger selon le régime de la loi Barras. Avec la proposition de la minorité I, il n'y en aurait plus. Ce serait un retour en deçà de la pratique que nous avons aujourd'hui déjà. Je crois que ce n'est pas sage, en des temps où nous cherchons quelques ancrages extérieurs, d'aller à contre-courant et d'en faire encore moins que ce que nous faisons aujourd'hui. C'est la raison pour laquelle je m'oppose à la proposition de la minorité I.
La proposition de minorité II (Tschuppert Karl) est un peu plus «cool», si M. Tschuppert me permet l'expression, mais je crois qu'il ne faut quand même pas que nous nous fassions d'illusions. La proposition de la minorité II, qui limite la possibilité de participation à l'étranger pour le service civil consacré aux cas de catastrophe, n'a de sens, d'abord, que si nous y engageons des personnes astreintes au service civil, qui sont en mesure de le faire, qui puissent être alarmées, qui puissent être préalablement formées, qui puissent posséder leur propre matériel ou leur chien d'avalanche, qui puissent avoir une infrastructure de direction propre, toutes choses dont le service civil en tant que tel n'est pas doté. Par conséquent, on rend assez problématique, Monsieur Tschuppert, malgré tout, cet engagement au titre de la lutte contre les catastrophes.
Comme seules les institutions suisses, je viens de le dire, peuvent être établissements d'affectation, entreraient en compte seulement le Corps suisse d'aide en cas de catastrophe, la Croix-Rouge suisse, éventuellement une oeuvre d'entraide, rien de plus. Cela signifie bien que nous serions en présence d'un cas assez illusoire.
C'est la raison pour laquelle, tout bien considéré et compte tenu de l'adverbe «exceptionnellement», très intelligemment placé par la majorité de la commission, je vous propose, le Conseil fédéral se ralliant à la proposition de la majorité de la commission, de vous y rallier également et de ne prendre en compte les propositions ni de la minorité I ni de la minorité II.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire
Für den Antrag der Mehrheit 76 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II 66 Stimmen

Definitiv – Définitivement
Für den Antrag der Mehrheit 81 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit I 62 Stimmen

Art. 8
Antrag der Kommission
Abs. 1
Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Minderheit II
(Tschäppät Alexander, Carobbio, de Dardel, Hubacher, Züger)
.... der Zivildienst 1,3mal so ....
Minderheit III
(Hollenstein, Carobbio, de Dardel, Gross Andreas)
.... der Zivildienst 1,2mal so ....

Abs. 2
Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Minderheit I
(Gross Andreas, de Dardel, Hollenstein, Hubacher, Meier Hans, Tschäppät Alexander)
.... so dauert der Zivildienst gleich lang wie die Gesamtdauer ....

Antrag Schmid Peter
Abs. 1
.... oder Gefreiter, so dauert der Zivildienst gleich lang wie die Gesamtdauer ....
Abs. 2
.... oder Offizier, so dauert der Zivildienst gleich lang wie die Gesamtdauer der noch nicht geleisteten Wiederholungskurse gemäss Militärgesetzgebung. (Rest des Absatzes streichen)

Antrag Fritschi Oscar
Titel
Dauer der Zivildienstleistungen
(«ordentlichen» streichen)
Abs. 3 (neu)
In ausserordentlichen Lagen werden zivildienstpflichtige Personen in gleicher Weise zu weiteren Einsätzen aufgeboten wie Militärdienstleistende.

Art. 8
Proposition de la commission
Al. 1
Majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Minorité II
(Tschäppät Alexander, Carobbio, de Dardel, Hubacher, Züger)
.... équivaut à 1,3 fois la durée ....
Minorité III
(Hollenstein, Carobbio, de Dardel, Gross Andreas)
.... équivaut à 1,2 fois la durée ....

Al. 2
Majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Minorité I
(Gross Andreas, de Dardel, Hollenstein, Hubacher, Meier Hans, Tschäppät Alexander)
Adhérer au projet du Conseil fédéral
.... du service civil équivaut à la durée totale des services d'instruction ....

Proposition Schmid Peter
Al. 1
.... appointés, la durée du service civil équivaut à la durée totale ....
Al. 2
.... ou officiers, la durée du service civil équivaut à la durée totale des services d'instruction que prévoit la législation militaire. (Biffer le reste de l'alinéa)

Proposition Fritschi Oscar
Titre
Durée du service civil
(Biffer «ordinaire»)
Al. 3 (nouveau)
Dans les situations d'exception, les personnes astreintes reçoivent des affectations supplémentaires selon les mêmes modalités que les personnes astreintes au service militaire.

Gross Andreas (S, ZH), Sprecher der Minderheit I: Dieser Antrag der Minderheit I ist vergleichsweise unwichtig. Er betrifft nicht diejenigen Wehrpflichtigen, die Zivildiener anstatt Soldaten werden wollen, sondern jene, die bereits eine Ausbildung als Unteroffizier oder Offizier hinter sich haben. Ich denke, es ist falsch, auch von jenen, die schon mindestens zwei- oder dreimal eine Rekrutenschule lang Militärdienst geleistet und eine Unteroffiziersschule und eventuell noch eine Offiziersschule absolviert haben, noch zu verlangen, dass sie nur Zivildienst leisten dürfen, wenn sie bereit sind, länger Zivildienst zu leisten als die restliche Militärdienstzeit, die ihnen verbleiben würde.
Das ist weder ein pazifistischer noch irgendein «meyerischer» oder ein sonstiger, verdächtiger Antrag. Ihm liegt die Überlegung zugrunde, dass es unfair ist, auch von Leuten, die schon viel Zeit in das Militär investiert haben, noch zu verlangen, mehr Zeit für den Zivildienst zu investieren, als wenn sie die restliche Zeit im Militärdienst bleiben würden.
Deshalb schlage ich Ihnen vor, dass man von diesen Leuten, von diesen Unteroffizieren oder Offizieren verlangt, dass sie gleich lang Zivildienst leisten wie die Zeit, die sie noch Militärdienst leisten müssten, wenn sie im Militär bleiben würden.
Wie gesagt, die anderen beiden Minderheitsanträge sind wichtiger als der Antrag der Minderheit I. Ich bitte Sie aber trotzdem, ihm zuzustimmen.

Tschäppät Alexander (S, BE), Sprecher der Minderheit II: Der Zivildienst sollte eigentlich eine Alternative zum Militärdienst darstellen. Wir laufen jetzt Gefahr, die jungen Leute künftig in zwei Kategorien einteilen zu wollen, in Gute, welche Militärdienst leisten, und in etwas weniger Gute, welche nur Zivildienst leisten. Ich werde aufgrund der gehaltenen Voten den Eindruck nicht los, dass hier viele glauben, der künftig Zivildienstleistende sei so etwas wie ein Drückeberger. Das scheint mir eine falsche Vorstellung davon zu sein, wie sich der Zivildienst verstanden haben will. Er sollte eine sinnvolle Alternative sein, dann hat er auch seine positiven Auswirkungen für die Gesellschaft, für die Alten, für die Gebrechlichen, im Pflegeeinsatz, im Naturschutz usw. Der Zivildienst darf nicht zu einer Art Strafvollzug für Leute werden, die aus verschiedenen Gründen nicht Militärdienst leisten wollen oder können.
Wo stehen wir jetzt? Wir bauen laufend höhere Hürden für diesen Zivildienst auf. Die erste Hürde haben wir bereits genommen. Wir verzichten auf den reinen Tatbeweis; wir verlangen die Gewissensprüfung. Wir bauen eine komplizierte juristische Konstruktion auf, ein kompliziertes Verfahren. Wer künftig Zivildienst leisten will, muss zuerst lange vor der RS ein schriftliches Gesuch stellen; er muss es begründen. Er muss anschliessend vor einer Kommission zur Anhörung antreten.
Ich stelle mir das so vor, wie es für mich als Berufsrichter üblich ist: die Richter etwas erhöht sitzend und derjenige, der nicht Dienst leisten will, quasi als Angeschuldigter. Ein solches Verfahren wird sicher einmal mehr Vorteile für den Cleveren, den Schlauen, bringen und den Ehrlichen, den Aufrichtigen, benachteiligen.
Bei Ablehnung des Gesuchs ist der Rechtsweg auch sehr schwierig, sehr kompliziert, insbesondere dürfte der Weiterzug ans Bundesgericht nicht beschlossen werden.
Jetzt bauen wir noch die dritte Hürde auf, die höchste Hürde: den Zeitfaktor. Es ist auch mir klar, dass es sinnvoll und angebracht ist, dass der Zivildienst länger dauern soll als der Militärdienst. Das ist schon wegen der anderen Einsatzzeiten akzeptabel, und man kann durchaus offen sein, obschon ich mich manchmal frage, ob Militärdienst nur aus 24 Stunden in Schnee und Kälte besteht. Ich kann mich an Zeiten erinnern, wo «Verschlaufen», wo Sport, wo Fachdienst durchaus ferienhaften Charakter hatten und sicher ähnlich angenehm, wenn nicht sogar einiges angenehmer waren als das, was der Zivildienstleistende zu tun hat.
Deshalb diskutieren wir jetzt, wie gross dieser Zeitzuschlag sein soll. Der Faktor 1,5, wie ihn die Mehrheit und der Bundesrat vorsehen, hat für mich ganz klar Strafcharakter. Ich hätte darüber diskutieren können, wenn man auf die Gewissensprüfung verzichtet hätte, das Ganze also als reinen Tatbeweis ausgestaltet hätte. Das hat man aber nicht gewollt. Der Antrag Baumann Ruedi wurde ja verworfen.
Was werden die Folgen einer solch hohen zeitlichen Hürde sein? Der Zivildienst wird keine attraktive Alternative zum Militärdienst sein. Die einen werden sagen, das sei gut, das wollen wir ja. Ich behaupte aber: Die Leute suchen sich auch weiterhin einen anderen, bequemeren Weg, damit sie um den Militärdienst herumkommen. Sei es, dass sie Obstruktion innerhalb des Militärdienstes leisten, oder sei es, indem sie versuchen, wie bis anhin über den «blauen Weg», über irgendein orthopädisches Leiden, dienstfrei zu werden.
Ich erinnere Sie daran: Die Zahl der Militärdienstverweigerer sinkt stetig, sie ist völlig vernachlässigbar. Das Gegenteil zeigt die Entwicklung bei den Untauglichkeiten aus medizinischen Gründen. Bei der Aushebung 1994 für die RS waren rund 18,7 Prozent untauglich. Viel krasser wird es bei denjenigen, die während oder nach Abschluss der RS vor eine sanitäre Untersuchungskommission gehen. Dort sind schon etwa 70 Prozent untauglich, haben also den Weg gefunden, wie sie aus dem Militärdienst herauskommen. Der Oberfeldarzt, Divisionär Eichenberger, hat das Ganze als sogenannte fehlende Motivation bezeichnet. Die Leute sind eben nicht mehr motiviert, weil die Ausbildungsproblematik, die familiäre Problematik oder die Eröffnung eines eigenen Betriebes sehr viele Leute dazu führt, hier den Weg zu suchen, aus dem Militär ausgemustert zu werden. Dieser Trend, über den Arzt dienstfrei zu werden, dürfte kaum sinken.
Man hat auch gesagt: Wir machen jetzt einfach bessere und strengere medizinische Kontrollen. Davor kann ich nur warnen. Einerseits ist das ein nicht unerhebliches Risiko für die Gesundheit des einzelnen, auf der anderen Seite ist es aber sicher auch eine gefährliche Entwicklung für die Militärversicherung.
Ich denke mir, diese Entwicklung – über den «blauen Weg» dienstfrei zu werden – könnte man stoppen, indem man eine attraktive Art des Zivildienstes schafft. Je grösser die Attraktivität des Zivildienstes ist, desto besser sind wahrscheinlich auch die Chancen, dass junge Leute, anstatt sich über den faulen Weg des Röntgenbildes aus der Militärpflicht herauszustehlen, sich den Anforderungen der Gesellschaft stellen, vor allem im Bereich von Einsatzmöglichkeiten im Gesundheitswesen oder im Naturschutz.
Ich denke mir, der Faktor 1,3, wie ihn hier die Minderheit II wählt, wäre ein solcher Weg, diese Interessen unter einen Hut zu bringen. Auf der einen Seite berücksichtigt er die Tatsache, dass Militärdienst kürzer sein darf als Zivildienst. Die anderen Einsatzzeiten, die Tatsache, dass man vor allem auch abends entlastet wird, rechtfertigen sicher hier eine längere Zeitdauer. Auf der anderen Seite hätte dieser Faktor 1,3 etwas weniger Strafcharakter und nähme dem Instrument Zivildienst nicht alle Attraktivität.
Ich denke, wenn wir diesen Faktor 1,3 wählen, so wählen wir einen Mittelweg. Wir wählen damit nicht den Weg, dass alle nun mit Hurrageschrei in den Zivildienst gehen. Wie gesagt, die Hürden sind mehrfach eingebaut. Die Attraktivität, anstelle des Militärdienstes in den Zivildienst zu gehen, ist nach wie vor recht begrenzt, und sie wird mit den vielen Anträgen, die noch kommen werden, weiterhin begrenzt werden.
Ich bitte Sie aber dringend, hier den Zeitfaktor 1,3 zu wählen, nicht nur, weil damit letztlich dem Militär mindestens gleichviel gedient wäre – weil eben nicht mehr allzu viele Leute über den Arzt aus dem Militär ausscheiden würden –, sondern auch, weil die Gesellschaft davon profitieren könnte, indem wir eine grössere Anzahl von Bürgern hätten, die bereit wären, im Interesse der Gesellschaft Pflege- und Gesundheitsdienste als Zivildienstleistende zu erbringen.
Ich möchte Sie bitten, hier dem Faktor 1,3 zuzustimmen.

Hollenstein Pia (G, SG), Sprecherin der Minderheit III: Die Minderheit III fordert, dass der Zivildienst 1,2mal so lange dauern soll wie der Militärdienst.
Wir haben in Artikel 1 die umstrittene Gewissensprüfung nicht abgeschafft. Also erwarten wir hier entsprechend ein Entgegenkommen. Noch immer gilt es, einen brauchbaren Kompromiss zwischen Gewissensprüfung und Tatbeweis zu finden. Unsere Minderheit offeriert all jenen, die dem Antrag Schmid Peter, der einen Einsatz von gleicher Dauer wie der Militärdienst fordert, nicht zustimmen können, eine Kompromissmöglichkeit, um uns doch noch zu einem liberalen Gesetz zu verhelfen.
Es ist unbestritten, dass Einsätze im zivilen Bereich oft viel höhere, zwar andersartige Belastungen erfordern als manche Pflichtabsolvierung im Militärdienst. Denken Sie etwa an die Einsätze in der Betagtenbetreuung.
Ein weiteres Argument spricht für einen kürzeren Zivildienst: je kürzer die Einsatzdauer, desto geringer die Konkurrenzierung von Arbeitsplätzen, besonders im Sozialbereich und im Gesundheitswesen. Artikel 6 dieses Gesetzes soll zwar die Arbeitsmarktneutralität gewährleisten. Trotzdem besteht die Gefahr, dass diese nicht immer eingehalten werden kann. Diese Gefahr ist besonders im Gesundheitswesen gross. Auch deshalb sind kürzere Einsätze sinnvoll.
Ich bitte Sie, der Zivildienstdauer mit dem Faktor 1,2 zuzustimmen, weil dies ein Kompromiss in Zusammenhang mit Artikel 1 ist und weil der Strafcharakter des ganzen Gesetzes reduziert würde.

Schmid Peter (G, TG): Ich möchte Ihnen beliebt machen, für Militärdienstverweigerer einen zivilen Ersatzdienst von gleicher Länge vorzusehen. Ich bin eigentlich erstaunt, dass ein solcher Vorschlag nicht schon in der Kommission gestellt oder aufrechterhalten worden ist. Mindestens bei der Behandlung der «Barras-Vorlage» wurde darüber noch ernsthaft diskutiert. Überhaupt stelle ich fest, dass seither die Fronten fast die gleichen geblieben sind.
Nun, Sie haben sich jetzt für die Version entschieden, die eine Art von Gewissensergründung voraussetzt, bevor eine wehrpflichtige Person für einen zivilen Ersatzdienst in Frage kommt. Damit, so scheint mir, ist das wichtigste Kriterium erfüllt. Es darf doch nicht sein, dass nachträglich noch einmal eine Hürde, eine zweite Hürde in Form eines längeren Ersatzdienstes, eingebaut wird. Das ginge ja noch an, wenn militärdienstpflichtigen Bürgern und Bürgerinnen die Wahl zwischen Militär- und Zivildienst überlassen bliebe. Dann hätte ich Verständnis dafür, dass eine Art Tatbeweis mit einer längeren Dauer des Zivildienstes erbracht werden müsste.
Wer einen Zivildienst von längerer Dauer fordert, geht meines Erachtens von einigen Vorstellungen aus, die heute überholt sind, z. B. von der Ansicht, ein Militärdienst sei auf jeden Fall strenger und riskanter als ein ziviler Ersatzdienst und müsse nach dem Hebelprinzip «halbe Kraft, doppelter Weg» einen gerechten Ausgleich herbeiführen. Es gibt doch auch heute Berufe in jenem Umfeld, wo ziviler Ersatzdienst geleistet wird, die viel anstrengender und anspruchsvoller sind als viele militärische Schulen und Kurse. Gehen wir gar davon aus, dass Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen grundsätzlich sehr engagierte und sozial aufgeschlossene Menschen sind, dann ist von ihnen durchaus in der gleichen Zeit ein überdurchschnittlich guter Einsatz zu erwarten, der aufwiegt, was sie im militärischen Bereich erbracht hätten.
Es gilt allerdings auch zu bedenken, dass unter allen Bürgerinnen und Bürgern, die aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten wollen, gewiss nicht alles Genies sind, sondern auch weniger aufgeweckte, allenfalls auch weniger geschickte und unbeholfene Menschen, denn das Gewissen ist eine Sache, die intellektuellen und manuellen Fähigkeiten sind eine andere. Da frage ich mich, ob es der Sache wirklich dient, wenn wir ausgerechnet jenen Leuten eine über Gebühr lange Zivildienstdauer auferlegen, die in der zugeteilten Arbeit vielleicht nicht ganz das erbringen können, was im optimalen Fall erwünscht wäre. Es kommt auch niemandem in den Sinn, weniger tüchtige Rekruten eine Rekrutenschule von anderthalbfacher Dauer absolvieren zu lassen. Nur mit einer Vielfalt von Zivildienstmöglichkeiten können wir den unterschiedlichen Fähigkeiten Rechnung tragen, nicht mit einer Verlängerung.
Mein Antrag, der als Gesamtkonzept zu verstehen ist, trägt einer unterschiedlichen Berechnung der Zivildienstdauer von Soldaten und Kaderleuten Rechnung. Während die Kommissionsmehrheit für Offiziere nur das 1,1fache der noch verbleibenden Militärdienstpflicht postuliert, hingegen noch eine Mindestdauer festsetzt, postuliere ich die gleich lange Dauer auch für Unteroffiziere und Offiziere, gestehe ihnen aber dann zu, lediglich noch Zivildienst in der Dauer der verbleibenden Wiederholungskurse absolvieren zu müssen, da sie mit ihren Beförderungsdiensten ohnehin schon deutlich mehr Diensttage absolviert haben.
In Artikel 81 des Militärstrafgesetzes wird zusätzlich die Dienstdauer für nicht begonnene oder nicht vollendete Kaderschulen geregelt.
In der Frage der Dienstzeiten frönen wir immer noch einem Perfektionismus, der übersieht, dass überall, wo Menschen sind, auch unterschiedliche Leistungen resultieren: in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Politik, im Militärdienst und auch im zivilen Ersatzdienst.
Ich ersuche Sie daher, meinem Antrag zuzustimmen. Er führt ganz wesentlich zu einer Entkrampfung und löst auf seiten der Dienstverweigerer sehr viel Goodwill – nicht zuletzt auch gegenüber der Armee – aus.

Fritschi Oscar (R, ZH): Im Militärgesetz werden die Ausbildungsdienste in ihrer zeitlichen Dauer klar geregelt. Darüber hinaus ist festgelegt, dass die Angehörigen der Armee Einsätze in verschiedenen Ernstfällen zu leisten verpflichtet sind, und zwar selbstverständlich, ohne dass für diese Dienstleistungen eine zeitliche Fixierung oder gar so etwas wie eine Maximaldauer vorgesehen wäre.
Mein Antrag zielt nun dahin, für den zivilen Ersatzdienst eine gleiche Regelung vorzusehen. Die Absätze 1 und 2 regeln die Dauer der ordentlichen Zivildienstleistungen, also vergleichbar den Ausbildungsdiensten im Militär. Mit ihnen – und damit wohl mit dem Schwerpunkt der bevorstehenden Diskussion, also der Debatte über den Koeffizienten, von 1,0 bis 1,5 – hat mein Antrag nichts zu tun. Zusätzlich schlage ich aber einen Absatz 3 vor, der festlegt, dass in ausserordentlichen Lagen Zivildienstleistende in gleicher Weise zu weiteren (eben ernstfallmässigen) Einsätzen aufgeboten werden wie Militärdienstleistende, und zwar – wie in der Armee – ohne dass eine zeitliche Limite gesetzt würde. Als kleiner Anhang meines Antrags kommt hinzu, dass der Titel zu Artikel 8 geändert werden muss, weil er nun eben die Einsätze «in ordentlichen und ausserordentlichen Lagen» umfasst.
Die Begründung liegt meines Erachtens auf der Hand. Es geht um ein elementares Gebot der Gerechtigkeit: dass Zivildienstleistende nicht dann zu Hause sitzen, wenn Militärdienstpflichtige im aktiven Einsatz stehen. Andernfalls würden die Spiesse massiv ungleich. Der Zivildienstleistende würde gegenüber dem Angehörigen der Armee um ein Mehrfaches bevorteilt – in einer Weise, die weit jenseits der Dimensionen läge, über die wir nur beim Ausbildungsdienst sprechen werden.
Ebenfalls auf der Hand liegt, dass in Notlagen, in welchen die Armee mobilisiert – ob für Assistenzdienst oder Aktivdienst –, stets ein grosser Bedarf nach Zivildienstleistungen, sei das nun im Gesundheitswesen, in der Sanitätshilfe oder in der Katastrophenhilfe, bestehen wird, und zwar ohne dass in solchen Notlagen Zivildienstleistende – quasi durch die Hintertüre – doch wieder in die Armee integriert würden. Solche ausserordentliche Zivildienstleistungen müssten sicher nicht mit der Lupe gesucht werden. Vielmehr wird der Bedarf nach ihnen ziemlich parallel zum Bedarf an Leistungen der Armee in Ernstfällen anwachsen. Deshalb rechtfertigt es sich, Armee und zivilen Ersatzdienst beim Ernstfalleinsatz genau gleich zu behandeln, und zwar auch in bezug auf die zeitliche Inanspruchnahme.
Nun gibt es einen Artikel – nämlich Artikel 14 –, welcher die ausserordentlichen Zivildienstleistungen regelt.
In der Begründung auf Seite 57 der Botschaft wird ebenfalls vom Gebot der Wehrgerechtigkeit ausgegangen, wenn aus-

geführt wird: «Die Pflicht, im Rahmen des Zivildienstes auch ausserordentliche Leistungen zu erbringen, ist eine Angelegenheit der Wehrgerechtigkeit und ergibt sich direkt aus Artikel 18 in Verbindung mit Artikel 4 BV.»
Meine Grundidee verläuft also sehr parallel zu jener des Bundesrates. Im Artikel selbst hat der Bundesrat nun aber nichts über die Dauer solcher ausserordentlicher Zivildienstleistungen ausgesagt. Es wird zum einen geregelt, dass in Notlagen Kantonen und Gemeinden auf Antrag hin Zivildienstpflichtige zur Verfügung gestellt werden, und zum anderen werden die Abweichungen aufgezählt, die für solche ausserordentliche Einsätze vom ordentlichen Verfahren gestattet sind, etwa kürzere Aufgebotsfristen usw. Dagegen hält der Artikel nicht fest, ob die ausserordentlichen Einsätze a conto der ordentlichen Zivildienstdauer geleistet werden oder nicht. Nach Meinung des federführenden Sachbearbeiters im Departement wäre denn auch die Meinung, dass bei Notfällen zuerst jene Leute aufzubieten seien, die noch gar keinen Zivildienst geleistet haben, und zwar unter Anrechnung an die ordentliche Zivildienstdauer.
In gleicher Weise macht auch Artikel 24 meinen Antrag nicht überflüssig. Der Artikel gibt zwar dem Bundesrat die Kompetenz, die Anrechnung von Diensttagen in einer Verordnung zu regeln. Doch sind gemäss den Erläuterungen in der Botschaft die administrativen Fragen, also solche der Anrechnung von freiwilligen Diensttagen, von Urlaubstagen usw., gemeint. Nachdem die ordentliche Zivildienstdauer nun – in einer wohl recht ausgiebig benützten Diskussion – auf Gesetzesstufe festgelegt wird, wäre es nicht zweckmässig, den wichtigen Grundsatz, wonach in einem Ernstfall Militärdienst- und Zivildienstpflichtige in bezug auf die Dauer ihres Engagements gleich behandelt werden, nur auf der Stufe «Verordnung» zu regeln. Das Argument, für den Ernstfall genüge die Verordnungsstufe, würde mich jedenfalls nicht überzeugen.
Schliesslich sei zur Begründung meines Antrages noch ausgeführt, dass im Vorentwurf, der in die Vernehmlassung ging, im Artikel über die Dauer des Zivildienstes ein solcher Absatz 3 – allerdings mit einer Kann-Formulierung – noch enthalten war.
Zusammengefasst: Wer mit dem zivilen Ersatzdienst nicht einfach Privilegien schaffen will, sondern eine mehrheitsfähige und gerechte Lösung anstrebt, dem wird es ein Anliegen sein müssen, dass der Grundsatz der gleichen zeitlichen Beanspruchung von Armeeangehörigen und Zivildienstleistenden auch in Ernstfällen im Gesetz verankert wird.
Ich bitte Sie deshalb, meinem Antrag zuzustimmen.

Le président: Le groupe AdI/PEP communique qu'il soutiendra la proposition de la majorité.

Bugnon Fabienne (G, GE): Enfin la possibilité nous est offerte aujourd'hui de proposer aux jeunes de ce pays un service civil digne de ce nom, et voilà que nous ne songeons qu'à le rendre plus difficilement accessible que le service militaire. On l'a vu à l'article 1er, et on le constate à nouveau dans cet article qui concerne la durée du service civil.
Le service civil représente à nos yeux une alternative bienvenue au service militaire. Il ne peut en aucun cas être considéré comme un cadeau offert aux jeunes, dès lors qu'il implique un engagement personnel extrêmement fort et important. Si une alternative veut être considérée comme telle, elle doit avoir le même prix, et ce prix, c'est bien entendu la durée pendant laquelle le jeune doit renoncer à sa vie personnelle et professionnelle pour s'engager au service de son pays, qu'il accomplisse d'ailleurs un service militaire ou un service civil.
Pourquoi dès lors proposer une durée plus longue pour le service civil, si ce n'est pour le rendre moins attractif? La majorité de la commission du Conseil national propose une durée de 1,5 fois la durée du service militaire. La minorité II (Tschäppät Alexander) tente d'adoucir cette disposition en diminuant à 1,3 fois et la minorité III (Hollenstein) à 1,2 fois.
En ce qui concerne le groupe écologiste, nous voterons les propositions des minorités II et III, car elles visent toutes deux à tendre vers l'égalité. Mais nous restons convaincus que la durée du service civil ne doit pas être supérieure à la durée du service militaire.
C'est pourquoi nous vous demandons instamment de soutenir la proposition Schmid Peter. Nous donnerons ainsi aux jeunes de ce pays un signe clair en leur proposant un choix réel. Ils sauront ainsi qu'en Suisse, on peut décider de servir ailleurs que dans un corps armé et que l'on n'est pas puni pour cela. Augmenter la durée serait ressenti comme une sanction, un prix à payer pour ceux qui ont fait ce choix. Est-ce vraiment ce que nous souhaitons?
S'il se trouve aujourd'hui une majorité ou, qui sait, une unanimité pour dire qu'il est enfin temps d'offrir cette alternative qu'est le service civil, il faut aller jusqu'au bout, raison pour laquelle je me permets, encore une fois, d'insister pour que vous souteniez la proposition de notre groupe développée par M. Schmid.

Bürgi Jakob (C, SZ): Nachdem wir bei Artikel 1 der liberaleren Fassung zugestimmt haben, bitte ich Sie im Namen der CVP-Fraktion, der Mehrheit zuzustimmen.
Mit dem Faktor 1,5 haben wir eine gute Lösung, die von allen akzeptiert werden kann. Der Zivildienstpflichtige hat gegenüber dem Soldaten doch verschiedene Vorteile, die nicht zu unterschätzen sind. Der Soldat muss bereit sein, bei kriegerischen Auseinandersetzungen für sein Land zu kämpfen. Er kann den Dienst nicht von seinem Wohnort aus absolvieren. Er ist von der Familie, von seiner Frau oder seiner Freundin getrennt und muss dadurch auf verschiedene Annehmlichkeiten verzichten. Der Zivildienst ist ein Ersatzdienst für Dienstverweigerer, und daher soll dieser Dienst mindestens gleichwertig sein.
Ich bitte Sie im Namen der CVP-Fraktion, der Mehrheit zuzustimmen.

Cincera Ernst (R, ZH): Es gibt in diesem Gesetz wichtigere und weniger wichtige Punkte und Anträge. Nach unserer Meinung ist der Faktor ein wichtiger Bestandteil dieses Gesetzes. Wir haben jetzt mit diesen vielen Minderheitsanträgen die ganze Palette von 1,0 bis 1,5 auf dem Tisch und müssen wählen. Der Bundesrat schlägt in der Botschaft eine Dauer von 1,5mal der Gesamtdauer der noch nicht geleisteten Ausbildungsdienste vor. Er stützt sich dabei auf verschiedene Überlegungen, die wir gründlich diskutiert haben.
Erstens einmal – ich habe es schon beim Eintreten kurz gesagt – auf das Ergebnis der Vernehmlassung: Die grosse Mehrheit der Kantone, die Mehrheit der grossen Parteien und der interessierten Verbände sprachen sich für diesen Faktor 1,5 aus, der tatsächlich, das wissen wir, etwas den Charakter eines Tatbeweises hat. Das hat man in der Diskussion auch immer anerkannt.
Zweitens geht es um die Wehrgerechtigkeit. Ich weiss, dass auch zivile Einsätze streng sein können, aber die Militärdienstleistung verlangt in der Regel vom einzelnen in bezug auf die Arbeitszeit, auf den physischen Einsatz und auch im psychischen Bereich trotzdem einen besonderen und härteren Einsatz; auch das hält die Botschaft eindeutig fest.
Drittens wollen wir mit dem Faktor 1,5 die missbräuchlichen Berufungen auf Gewissensgründe reduzieren oder verhindern. Gerade diesem Argument, das hat Herr Bürgi vorhin auch gesagt, kommt unserer Meinung nach jetzt eine grössere Bedeutung zu, nachdem wir bei Artikel 1 auf die Berufung auf ethische Grundwerte verzichtet haben.
Die FDP-Fraktion lehnt deshalb die Anträge der Minderheiten I, II und III ab. Wir lehnen ebenfalls den Einzelantrag von Herrn Peter Schmid ab; mit ihm wird doch in vielen Fällen der Faktor 1,5 unterlaufen. Den Antrag Fritschi Oscar unterstützen wir; dieses Problem war, wie es Ihnen Herr Fritschi darstellte, in der Vernehmlassung noch drin und blieb dann auf dem Weg zur Gesetzesvorlage irgendwo auf der Strecke liegen.
Die FDP-Fraktion empfiehlt Ihnen, es wieder aufzunehmen und dem Antrag Fritschi Oscar zuzustimmen.

Hari Fritz (V, BE): Die Fraktion der Schweizerischen Volkspartei unterstützt mehrheitlich den von der Kommissionsmehrheit vorgeschlagenen Text (= Entwurf des Bundesrates) und ist überzeugt, dass hier eine gerechte Lösung betreffend der Dauer des Zivildienstes vorliegt.

Die Anträge der Minderheiten I (Gross Andreas), II (Tschäppät Alexander) und III (Hollenstein) wie auch den Antrag Schmid Peter zu Absatz 1 und Absatz 2 lehnen wir jedoch ab.
Der Antrag Fritschi Oscar für einen Absatz 3 (neu) lag in unserer Fraktion noch nicht vor. Wir konnten ihn also nicht beraten. Persönlich bin ich aber der Überzeugung, dass wir diesem Antrag zustimmen sollten.

Züger Arthur (S, SZ): Wie lange soll dieser Zivildienst dauern? Hier haben Sie eine echte Auswahlsendung, je nach Standpunkt, je nach Gewichtung: gleich lang, Faktor 1,2, Faktor 1,3 oder gar anderthalbmal so lang. Das letztere möchten der Bundesrat und die Mehrheit der Kommission. Doch dazu ist klar festzuhalten, dass die 1,5fache Dauer einer Strafe für Zivildienstwillige gleichzusetzen ist.
Kollege Bürgi: Wissen Sie eigentlich auch, dass die CVP für die 1,3fache Dauer eingestanden ist? In der Botschaft können Sie es auf Seite 24 nachlesen.
Ein Vergleich mit den anderen westeuropäischen Ländern bestätigt: In diesen Staaten dauert der Zivildienst ein Viertel bis ein Drittel länger als die Militärdienstzeit. Also wären doch sicher auch für uns die Anträge der Minderheit III (Hollenstein) mit dem Faktor 1,2 oder der Minderheit II (Tschäppät Alexander) mit einem Zuschlag von 0,3 zur Militärdienstzeit ohne Landeskatastrophe vertretbar. Selbst die Variante «gleich lang» ist absolut nicht staatsgefährdend, wenn man sie objektiv im Zusammenhang damit betrachtet, wie viele Personen sich mit gekauften Gutachten auf dem «blauen Weg» am Militärdienst vorbeimogeln.
Ich frage Sie: Wen schätzen Sie eigentlich mehr? Den, der 300 Tage in einem Pflegeheim gratis seinen Dienst an der Allgemeinheit erbringt, oder den, dessen Vater für etwa 2000 Franken bei einem Psychiater kurzfristig ein Scheinleiden einkauft? Haben Sie sich übrigens auch schon Gedanken über jene Spitzensportler gemacht, die uns mit ihren Ausnahmeleistungen die patriotische Brust anschwellen lassen, aber für eine Militärdienstleistung zu schwach und zu kränklich sind? Ich für mich habe mir darüber mein Urteil gebildet.
Die SP-Fraktion unterstützt, allerdings in unterschiedlicher Stärke, alle Anträge, die unter den Faktor 1,5 zielen. Wir sind für einen vernünftigen Tatbeweis, aber gegen eine Abschreckungsstrategie.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Es ist richtig gesagt worden: Es geht hier um eine wesentliche Bestimmung. In der Kommission hat man sich mit klaren Mehrheiten für den Faktor 1,5 ausgesprochen: gegenüber dem Antrag der Minderheit I (Gross Andreas), der sich auf Absatz 2 bezieht, mit 17 zu 7 Stimmen; gegenüber der Minderheit II (Tschäppät Alexander), also dem Faktor 1,3, mit 15 zu 8 Stimmen; gegenüber der Minderheit III (Hollenstein), also dem Faktor 1,2, mit 10 zu 2 Stimmen.
Jetzt stehen wir vor der Situation, dass durch den Antrag Schmid Peter auch der Faktor 1,0 eingebracht worden ist. Dieser Vorschlag lag der Kommission nicht vor, aber aus der Abstufung der Abstimmungsergebnisse kann man unschwer erkennen, dass er vor der Kommission überhaupt keine Chance gehabt hätte, weil er ja der extremste gewesen wäre.
Über Faktoren und Quantifizierungen kann man an sich immer streiten, das ist normal. Aber ich glaube, wir sollten doch einige Fakten festhalten:
Ich knüpfe an das Votum von Herrn Tschäppät Alexander an. Herr Tschäppät hat ein recht düsteres Bild gemalt. Er hat davon gesprochen, dass wir laufend neue Hürden aufbauten, z. B., weil der Tatbeweis nicht zugelassen wurde. Wir haben zu erklären versucht, dass eine reine Tatbeweislösung bei der jetzigen verfassungsmässigen Grundlage nicht drinliegt.
Ich möchte der Argumentation von Herrn Tschäppät zwei wesentliche Punkte entgegenhalten: Bei Artikel 1 hat die etwas elegantere – vielleicht auch die etwas weiter gehende – Lösung, nämlich die Berufung auf die Gewissensgründe, gegenüber der Berufung auf die ethischen Grundwerte, den Vorzug erhalten. Bei den Auslandeinsätzen hat ebenfalls die weiter gehende Lösung, diejenige des Bundesrates und der Kommissionsmehrheit, obsiegt. Ich glaube daher kaum, dass man behaupten kann, dass immer neue Schikanen in dieses Gesetz eingebaut würden.
Von Herrn Züger wurden die ausländischen Beispiele angeführt. In der Botschaft haben wir eine tabellarische Aufstellung. Ich darf immerhin sagen, Herr Züger, es gibt tatsächlich Länder, die unter den Faktor 1,5 gehen, aber es gibt auch Länder, die wesentlich darüber gehen. Griechenland geht zum Beispiel bis auf das Doppelte. Ich möchte nicht lange Beispiele aufzählen. Immerhin ist der Fall von Österreich interessant: Bis zum 31. Dezember 1993 hatten die Österreicher bei einer Dauer des Wehrdienstes von 8 Monaten 10 Monate Zivildienst, sie waren also unter dem Faktor 1,5. Auf Beginn 1994 sind sie auf 11 Monate gegangen, und jetzt wird offenbar erwogen, falls die Bestandeszahlen der Armee ernsthaft gefährdet würden, auf 12 Monate hinaufzugehen. Das würde dann dem Faktor 1,5 entsprechen. So weit liegen wir mit dem Faktor 1,5 also nicht auseinander.
Ich meine, dass wir – nachdem wir bei Artikel 1 eine liberale Lösung gewählt haben, nachdem wir auch mit Bezug auf die Auslandeinsätze eine Erweiterung vorgenommen haben – bei diesem Punkt eine Lösung vorsehen, die im Einzelfall so etwas wie die Stunde der Wahrheit bedeutet.
Herr Tschäppät, ich höre es auch nicht gerne – das Argument hat schon Herr Gross Andreas vorgebracht –, wenn Sie sagen, der intellektuell weniger Gewandte sei dann handikapiert. Ich traue diesen Entscheidungskommissionen zu, dass sie auf jemanden Rücksicht nehmen, der vielleicht geistig nicht so gewandt ist. Genau gleich wie ich auch von einem Richter erwarte – ich bin überzeugt, dass Herr Tschäppät das als Gerichtspräsident gut macht –, dass er auf die Psyche und den Intellekt desjenigen, der vor ihm steht, eingeht.
Das sind kurz die Überlegungen, die mich dazu führen, Ihnen mit der Kommissionsmehrheit mit Nachdruck zu empfehlen, an diesem Faktor 1,5 festzuhalten. Bei allen übrigen Anträgen – bei Absatz 2 geht es ja um den Faktor 1,1 für jene, die Unteroffizier oder Offizier sind, also bereits Dienste geleistet haben – muss man die zusätzlichen Ausbildungsdienste mit berücksichtigen. Dort wird der Faktor richtigerweise etwas heruntergesetzt. Wir empfehlen Ihnen, bei Absatz 2 bei Faktor 1,1 zu bleiben.
Ich muss Ihnen gestehen – da bin ich Herrn Wick sehr dankbar, der uns vorhin darauf aufmerksam gemacht hat –, dass die Formulierung, wie wir sie in Artikel 8 haben, nicht gerade ein Volltreffer ist. Indem dort nämlich die Vergangenheit gebraucht wird – es heisst: «War die zivildienstpflichtige Person Soldat oder Gefreiter ....» (Abs. 1) –, wird von der Gesamtdauer der noch nicht geleisteten Ausbildungsdienste gesprochen. Das steht in einem gewissen sprachlichen Widerspruch zu den Ausführungen in der Botschaft, wo ganz klar gesagt wird, es gehe um die Dauer der ordentlichen Zivildienste. Davon gehen wir alle aus, auch die Antragsteller.
Ich möchte daher zu Protokoll geben und auch Herrn Bundesrat Delamuraz darum bitten, dass man die Fragen der Formulierung – über den Sinn sind wir uns im klaren – zuhanden des Ständerates noch einmal einer kritischen Prüfung unterzieht.
Zum Antrag Fritschi Oscar: Wir konnten uns in der Kommission nicht darüber aussprechen, weil er dort nicht vorlag. Persönlich bin ich der Meinung, dass man ihn unterstützen sollte. Die Stossrichtung ist eigentlich auch in anderen Bestimmungen bereits vorhanden, z. B. in Artikel 9 Litera d, den wir anschliessend behandeln werden. Es ist logisch, dass man sagt: Hier wollen wir Gleichbehandlung mit dem Wehrdienstpflichtigen; diesem werden nämlich seine Dienste, die er unter ausserordentlichen Umständen – z. B. im Aktivdienst – leisten muss, auch nicht angerechnet. Das ist der Sinn des Antrages Fritschi Oscar.
In diesem Sinne würde ich persönlich Ihnen empfehlen, dem Antrag Fritschi Oscar zuzustimmen.

Carobbio Werner (S, TI), rapporteur: Il était facile de prévoir que l'article 8, avec l'article 1er et l'article 18, est un article qui donne l'occasion d'une nouvelle confrontation de deux thèses fondamentales. D'un côté, il y a ceux qui, c'est la majorité de la commission et le Conseil fédéral, veulent, par l'intermédiaire de cet article concernant la durée du service civil, réaffirmer

que le service civil est la voie exceptionnelle, par rapport à l'obligation du service militaire. Avec une durée plus longue, on veut donc affirmer cette différence. De l'autre côté, il y a ceux qui disent: «C'est vrai que le service civil est un service qui se substitue au service militaire, mais il ne faut pas faire une différence trop grande parce qu'on risque de créer dans la pratique deux catégories de citoyens.»
La position de la majorité de la commission est claire et nette dans le sens qu'elle appuie le projet du Conseil fédéral qui prévoit un facteur 1,5.
La proposition de la minorité II (Tschäppät Alexander), qui prévoit le facteur 1,3, a été repoussée en commission par 15 voix contre 8, et la proposition de la minorité III (Hollenstein), qui prévoit un facteur 1,2, a été repoussée encore plus clairement par 10 voix contre 2.
Personnellement j'estime que, s'il est vrai qu'il peut y avoir une différence en ce qui concerne la durée du service civil par rapport au service militaire, la proposition de la majorité de la commission et du Conseil fédéral qui prévoit un facteur 1,5 est quand même une solution que je dirai très conservatrice. Peut-être répond-elle aux opinions majoritaires qui existent non seulement dans ce Parlement, mais aussi dans l'opinion publique. Des facteurs plus faibles seraient à mon avis plus conforme à un esprit d'ouverture.
Je vous invite, au nom de la majorité de la commission, à suivre le projet du Conseil fédéral, tout en étant favorable à une solution moins dure.
La proposition Schmid Peter tend évidemment vers la solution idéale à laquelle j'espère personnellement qu'on parvienne. *Mais si on tient compte de toutes les discussions qu'on a eues* ici, je pense que, pour le moment, c'est une solution difficile à réaliser.
La proposition Fritschi Oscar, comme l'a dit le rapporteur de langue allemande, n'a pas été discutée en commission puisque le principe de l'égalité de traitement n'est pas contesté au sein de la commission, je pense que la proposition Fritschi Oscar de modifier le titre de l'article 8 et d'ajouter une disposition particulière à l'alinéa 3 peut être acceptée.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Tout d'abord, une remarque formelle. M. Wick, en coulisse, s'est demandé si l'expression de cet article 8 alinéa 1er, «pour les personnes qui étaient soldats ou appointés», était l'expression juste. En réalité, comme le message l'explique, ce que l'on a voulu désigner par cette formule, c'est d'une part, en effet, des soldats ou des appointés qui ont déjà accompli quelque service militaire, et également des soldats qui viennent d'être recrutés, qui ont été déclarés aptes au service, mais qui n'ont pas encore accompli leur premier jour de service.
L'imparfait «était» peut donner matière à confusion. Je vous propose, Monsieur le Président, de conserver cette formulation pour la décision du Conseil, et je prends l'engagement, au moment où nous aborderons la délibération dans le deuxième Conseil, de pouvoir, avec la Commission de rédaction, le cas échéant, *trouver une formule qui ne prête pas à confusion* et qui soit tout à fait claire.
J'en viens à la substance. Permettez-moi de vous dire que la proposition Schmid Peter, qui prévoit une durée égale, pour le service civil, à celle du service militaire, ne tient aucun compte de tout ce qui, dans la réflexion et dans la publication avant le vote sur le nouvel article constitutionnel, a été dit à ce propos. Loin de moi l'idée simpliste, mais véritablement très simpliste, de dire que le service civil est de toute façon une sinécure, alors que le service militaire est à peu près l'enfer. Il est clair que le simplisme n'a pas sa place dans la qualification de ces deux types de service, qui sont, par certains aspects, très semblables l'un à l'autre et, par d'autres aspects, très différents.
D'une manière générale, on veut bien reconnaître qu'il y a, pour l'astreint au service militaire, au total, un service plus lourd à accomplir, un service plus dur en soi, un service aussi plus exposé à des risques objectifs, parfois élevés, qui sont liés à la préparation du futur guerrier, à la préparation et parfois à l'accomplissement d'un devoir dans des conditions incomparablement plus exposées, encore une fois. Sans relativiser les choses à un degré inacceptable, on peut reconnaître, dans l'ensemble, que le service civil, lui, n'obéit pas à ces mêmes astreintes, à ces mêmes contraintes, et à ces mêmes conditions, et qu'il est assez équitable, qu'il est même objectivement nécessaire de rechercher, au moins par la longueur du service, une certaine compensation qualitative et quantitative entre les gens qui sont astreints au service militaire obligatoire et ceux qui ont pu trouver au service civil un service de compensation.
C'est la raison pour laquelle un principe égalitariste comme celui que propose M. Schmid ne peut pas être retenu dans notre appréciation.
Mais alors, faut-il retenir le système figurant dans les propositions des minorités II (Tschäppät Alexander) et III (Hollenstein), c'est-à-dire 1,3 fois ou 1,2 fois la durée du service militaire, ou bien le système proposé par la majorité de la commission, à la suite du Conseil fédéral, de 1,5 fois.
Nous pensons que, tout bien considéré, le facteur 1,5 représente un régime équilibré, un régime harmonieux. Il n'est pas léger. Ceux qui sont intervenus en faveur de facteurs moins élevés ont eu parfaitement raison de le noter. Mais nous pensons que cela correspond bien à la réalité de ces deux services. Nous pensons aussi qu'au moment où vous avez choisi, ce matin, à l'article 1er, une solution que je qualifierais de libérale, non pas nécessairement qu'elle recueillait l'avis de M^me^ Sandoz, mais qui est une solution plus libérale à l'article 1er, il est normal de trouver un certain équilibre dans cet ancrage de la durée du service civil en choisissant ici un facteur qui est un peu plus sévère que les taux de rêve que nous proposent les majorités II et III.
C'est la raison pour laquelle je vous engage à voter pour la proposition de la majorité et du Conseil fédéral.
Quant à la minorité I (Gross Andreas), je pense qu'elle présente alors un défaut supplémentaire, celui de vouloir traiter différemment dans la durée du service civil les officiers et sous-officiers, d'une part, les soldats et appointés, d'autre part. Cela ne correspond pas à une équité de traitement à l'intérieur du corps du service civil. C'est la raison pour laquelle il faut y renoncer.

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote

Erste Eventualabstimmung – Premier vote préliminaire

Für den Antrag der Minderheit III	65 Stimmen
Für den Antrag Schmid Peter	58 Stimmen

Zweite Eventualabstimmung – Deuxième vote préliminaire

Für den Antrag der Minderheit II	94 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit III	44 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Mehrheit	87 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II	57 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Minderheit I	77 Stimmen
Für den Antrag Schmid Peter	26 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Mehrheit	94 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit I	46 Stimmen

Le président: A la suite du rejet de la proposition de M. Peter Schmid, sa proposition à l'article 81 du Code pénal militaire tombe.

Titel, Abs. 3 – Titre, al. 3
Angenommen gemäss Antrag Fritschi Oscar
Adopté selon la proposition Fritschi Oscar

Art. 9
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Bugnon
Abs. 2 (neu)
Der Zivildienstleistende hat das Recht auf eine zentrale Grundausbildung durch spezialisierte Ausbildner und Ausbildnerinnen in den Bereichen Friedenspolitik, gewaltfreie Konfliktlösungstechniken und nichtmilitärische Verteidigung.

Art. 9
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Bugnon
Al. 2 (nouveau)
La personne qui effectue un service civil a droit à une formation de base dispensée de façon centralisée par des formateurs(trices) spécialisé(e)s dans les domaines de la politique de paix, de la technique de résolution non violente des conflits et de la défense non militaire.

Abs. 1 – Al. 1
Angenommen – Adopté

Abs. 2 – Al. 2

Bugnon Fabienne (G, GE): La proposition que nous vous soumettons vise à donner plus de poids à l'aspect maintien de la paix qui nous semble essentiellement devoir figurer dans une loi sur le service civil. Nous avons tenté, de manière infructueuse, de faire figurer dans l'article 2 le maintien de la paix comme étant l'un des buts du service civil. Même si vous n'avez pas souhaité accepter cette précision dans l'article 2, il n'en demeure pas moins que le service civil doit être un instrument de maintien de la paix.
Nous estimons que le premier but recherché par la création d'un service civil est d'offrir une alternative au service militaire pour les jeunes dont la conscience est heurtée par un engagement dans un corps militaire. Si, lors du service militaire, on apprend à défendre son pays en cas de guerre, dans le cadre du service civil, on doit apprendre avant tout à maintenir la paix. Il est vrai que les domaines d'activité proposés dans l'article 4 supposent une disponibilité désintéressée et une volonté de paix, mais il eût été plus clair de le préciser en acceptant la proposition d'introduire la promotion de la paix dans la liste des domaines d'activité.
Le service civil ne peut se limiter à combler des lacunes dans nos institutions d'utilité publique ou dans le domaine social ou de la protection de l'environnement. Il doit avant tout contribuer au maintien de la paix, d'autant plus que l'un des domaines d'activité est la coopération au développement et l'aide humanitaire. La plupart des jeunes qui choisiront de servir leur pays par le biais du service civil le feront parce que leur conscience est heurtée par l'utilisation des armes et que leur vision de défense et de sécurité du pays ne passe pas par un apprentissage guerrier. Ces jeunes doivent recevoir un message clair sur le but du service qu'ils ont décidé d'accomplir, et ce message, nous aurions pu le leur donner en précisant dans la loi que l'engagement dans le cadre du service civil équivaut à un engagement en faveur du maintien de la paix.
Dans tout ce projet de loi, on ne trouve aucune mention du droit à une formation au service civil concernant des mesures en faveur de la paix. Nous estimons que le service civil est un engagement important en faveur du pays et qu'il doit également permettre aux jeunes qui le choisiront d'avoir accès à une instruction ciblée sur ce qu'est la politique de paix.
On peut lire dans le message du Conseil fédéral qui accompagne la loi que «le service civil .... est une manière de remplir son obligation de servir». Dans le cas du service militaire, on apprend à défendre son pays par des moyens stratégiques et armés. Dans le cas du choix du service civil, on doit apprendre un certain nombre de choses essentielles, par exemple l'art de régler des conflits de manière pacifique, ou encore apprendre à reconnaître les causes des conflits et des guerres afin de mieux en maîtriser la gestion.
La non-violence est malheureusement rarement quelque chose d'inné, et particulièrement en situation de tensions. Et pourtant, une attitude positive et pacifique permet généralement de désamorcer bon nombre de conflits, alors qu'une attitude non adaptée ou agressive peut augmenter l'intensité desdits conflits.
Nous vous proposons donc un alinéa 2 (nouveau) à l'article 9 qui parle du contenu de l'astreinte au service civil. Cet alinéa stipule que «la personne qui effectue un service civil a droit à une formation de base dispensée de façon centralisée par des formateurs(trices) spécialisé(e)s dans les domaines de la politique de paix, de la technique de résolution non violente des conflits et de la défense non militaire». Nous insistons sur le fait que cette formation soit assurée par des professionnels civils, et nous n'en manquons pas, qu'ils viennent de «L'école, instrument de paix» ou du Centre Martin Luther King, pour n'en citer que deux.
Nous avons parlé, de manière générale, de gestion des conflits, mais il s'agit également d'une formation sur une meilleure compréhension des différences ethniques ou religieuses, sur l'assistance aux requérants d'asile, aux toxicomanes ou aux personnes âgées ou invalides, bref tous les domaines dans lesquels les jeunes qui accompliront un service civil pourraient être amenés à intervenir, et pour lesquels ils ne sont pas forcément préparés. C'est cela, que nous appelons formation à une politique active de maintien de la paix, et c'est par le biais de notre proposition que nous vous demandons de bien vouloir l'introduire dans la loi fédérale sur le service civil.

Misteli Marguerite (G, SO): Die grüne Fraktion unterstützt grossmehrheitlich den Antrag Bugnon, wonach der Zivildienstleistende das Recht auf eine zentrale Grundausbildung durch spezialisierte Ausbildner und Ausbildnerinnen in den Bereichen Friedenspolitik, gewaltfreie Konfliktlösungstechniken und nichtmilitärische Verteidigung haben soll.
Bei diesem Artikel zeigt sich, Herr Bundesrat, dass die Ergänzung des Zwecks durch eine explizit erwähnte Friedensförderung in Artikel 2 nicht blosse Makulatur wäre. Dieser Mangel an Akzeptanz der Friedensförderung zieht sich durch das ganze Gesetz. Er ist Ausdruck einer anderen Haltung gegenüber dem Zivildienst, eines anderen Konzeptes, welches der zivilen Friedensförderung gegenüber der militärischen Konfliktlösung nicht die gleiche Bedeutung beimisst wie wir. Diese nach unserer Konzeption schwerwiegende Lücke zeigt sich in diesem Artikel nun in der Wahrnehmung der von den Dienstleistenden aufgewendeten Zeit.
Während beim Soldaten von «Ausbildungszeit» die Rede ist, gilt für den Zivildienstleistenden nur «Arbeitszeit». Im ganzen Gesetzentwurf findet sich kein Recht auf Ausbildung für den Zivildienst betreffend friedensfördernde Massnahmen mit zivilen, nichtmilitärischen Mitteln. Das ist die Konsequenz dieses Mangels, Herr Bundesrat.
Es kommt mir fast so vor, als ob die Zivildienstleistenden zu den «Hausmännern» des Militärs gemacht werden sollen – analog zu den Hausfrauen und ihrer auch unterbewerteten Hausarbeit in unserem Wirtschaftssystem. Für den zukünftigen Zivildienstleistenden existiert nur die Pflicht zur Teilnahme an kurzfristigen Einführungskursen oder Informationsveranstaltungen seiner möglichen Einsatzbetriebe. Wenn aber Militär- und Zivildienst als gleichwertige Dienste – Sie haben der Gleichwertigkeit in Artikel 5 zugestimmt – nebeneinander stehen sollen, so brauchen beide eine zweckdienliche Ausbildung im Interesse der schweizerischen Friedens- und Sicherheitspolitik.
Der Antrag Bugnon fordert deshalb in Absatz 2 (neu) von Artikel 9 eine Grundausbildung, die professionell anzugehen und durchzuführen ist, zentral organisiert wird und die Bereiche «Friedenspolitik, gewaltfreie Konfliktlösungstechniken und nichtmilitärische Verteidigung» umfassen muss. Die vorgesehenen Einsätze können nicht mit kurzen betriebs- oder institutionsgebundenen Informationseinführungen im Sinne einer aktiven Friedenserhaltung geleistet werden. Flüchtlingsbetreuung, Betreuung von Drogenkranken, Hilfe in der Jugend-

arbeit – ich denke zum Beispiel an Jugendtreffpunkte – sowie Ausland- bzw. Drittwelthilfe bedingen systematisches Erlernen dessen, was wir Friedensbildung nennen.
Ich bitte Sie im Namen der Mehrheit der grünen Fraktion, dem Antrag Bugnon zuzustimmen.

Le président: Le groupe de l'Union démocratique du centre et le groupe libéral communiquent qu'ils rejetteront la proposition Bugnon.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Frau Bugnon hat sich sehr viel Mühe gegeben und ihren Antrag ganz seriös begründet. Trotzdem bin ich nicht in der Lage – namens der Kommission sowieso nicht; sie hat den Antrag ja nicht gekannt –, ihn zu akzeptieren, und zwar aus logischen Gründen.
Frau Bugnon, Sie haben ja mitbekommen, dass der Antrag Misteli und der Antrag Aguet heute morgen abgelehnt worden sind. Der Antrag Misteli/Aguet sah einen Zweckartikel für die Friedensförderung vor; gut, das war deklaratorischer Natur.
Schwerwiegender ist nun, dass auch der Antrag der Minderheit II (Hollenstein) bei Artikel 4, bei den Tätigkeitsbereichen, nicht durchgekommen ist.
Da habe ich Mühe zu verstehen, dass man nun im Rahmen dieses Zivildienstes eine zentrale Grundausbildung in den Bereichen «Friedenspolitik, gewaltfreie Konfliktlösungstechniken und nichtmilitärische Verteidigung» einführen soll. Ich glaube, dort sind die Weichen anders gestellt worden. Wenn dieser Antrag der Minderheit II (Hollenstein) angenommen worden wäre, wäre wenigstens eine sachliche Legitimation vorhanden gewesen. Es wäre dann immer noch offen gewesen, ob man solche Kurse hätte einführen wollen.
Ich möchte der Vollständigkeit halber noch sagen, dass Artikel 37, den wir später behandeln, solche Kurse vorsieht, aber es sind Fachkurse, vor allem in den Bereichen der Einsatztätigkeiten. Dort wird ja ein Antrag Heberlein zur Diskussion stehen, der obligatorische Kurse im Bereich des Gesundheitswesens vorsieht.
Aber, wie gesagt, die Konsequenz der Beschlüsse, die wir bis jetzt gefasst haben, spricht logischerweise dafür, dass wir den Antrag Bugnon ablehnen müssen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Quand bien même M^me^ Bugnon, avec finesse, pense pouvoir maintenir sa proposition à l'article 9, encore que vous ayez, aux articles 2 et 4, aujourd'hui, supprimé l'allusion au service de la paix, je pense, pour ce qui me concerne, avec le rapporteur de langue allemande, que la bonne logique nous impose d'en rester au projet du Conseil fédéral.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag Bugnon 35 Stimmen
Dagegen 58 Stimmen

Art. 10, 11
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 12
Antrag der Kommission
Die Vollzugsstelle schliesst .... von der Zivildienstleistung aus.

Art. 12
Proposition de la commission
L'organe d'exécution exclut du service civil ....

Angenommen – Adopté

Art. 13–15
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 16
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Baumann Ruedi
Abs. 2, 3
Streichen

Art. 16
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Baumann Ruedi
Al. 2, 3
Biffer

Art. 17
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 2
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Antrag Baumann Ruedi
Streichen

Art. 17
Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 2
.... aux principes énoncés à l'alinéa 1er.

Proposition Baumann Ruedi
Biffer

Le président: Aux articles 16 et 17, la proposition Baumann Ruedi tombe à la suite du vote intervenu à l'article 1er.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission

Art. 18
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2
Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Minderheit I
(Gross Andreas, Carobbio, de Dardel, Tschäppät Alexander)
Die Kommission beurteilt die Ernsthaftigkeit der Gesuche. Die Gesuchsteller werden angehört, sofern sie es wünschen oder die Ernsthaftigkeit ihres Gesuches in Frage gestellt wird.
Minderheit II
(Hollenstein, Meier Hans)
Die Kommission entscheidet über das Gesuch in der Regel aufgrund der Akten. Sie hört die gesuchstellende Person an, wenn diese es beantragt oder wenn sich eine Ablehnung des Gesuches abzeichnet.

Abs. 3, 4
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 5 (neu)
Mehrheit
Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit III
(Tschäppät Alexander, Bischof, Carobbio, de Dardel, Hollenstein, Hubacher, Meier Hans, Züger)
In der Kommission hat eine Vertretung der Zivildienstorganisation, der Verwaltung, der Einsatzbetriebe, des Gesundheitswesens, der Kirche und des Militärs Anspruch auf einen ständigen Sitz.

Antrag Baumann Ruedi
Streichen

Art. 18
Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2
Majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Minorité I
(Gross Andreas, Carobbio, de Dardel, Tschäppät Alexander)
La commission apprécie le sérieux de la demande. L'auteur de la demande est entendu pour autant qu'il le souhaite ou si le sérieux de sa demande est contesté.
Minorité II
(Hollenstein, Meier Hans)
La commission statue sur la demande, en règle générale sur la base du dossier. Elle entend l'auteur de la demande lorsque celui-ci le requiert ou lorsqu'il est vraisemblable que la demande sera rejetée.

Al. 3, 4
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 5 (nouveau)
Majorité
Rejeter la proposition de la minorité
Minorité III
(Tschäppät Alexander, Bischof, Carobbio, de Dardel, Hollenstein, Hubacher, Meier Hans, Züger)
Ont droit à un siège permanent au sein de la commission les représentants des organisations de service civil, de l'administration, des établissements d'affectation, de la santé, de l'Eglise et de l'armée.

Proposition Baumann Ruedi
Biffer

Le président: La proposition Baumann Ruedi tombe à la suite du vote intervenu à l'article 1er.

Gross Andreas (S, ZH), Sprecher der Minderheit I: Bei diesem Artikel geht es um das Zulassungsverfahren, um die Bedeutung bzw. die Stellung der Kommission, die die Gesuche prüft. Es wird gesagt, wie die Kommission beurteilen kann, ob der Zivildienstleistende oder jener, der Zivildienst leisten möchte, glaubhaft machen kann, dass sein Gesuch legitim ist.
Die Minderheit I hier gehört zur Logik der Minderheit II beim Grundsatzartikel, wo ich verlangt habe, dass man eben dieses Gesuch nicht noch vor dieser Kommission glaubhaft machen muss, sondern der Tatbeweis grundsätzlich ausreicht.
Weil Sie bei Artikel 1 das «glaubhaft» stehen gelassen haben, ist klar, dass jetzt der Antrag der Minderheit I nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Ich werde dazu auch keine Initiative mehr ergreifen.
Ich ziehe den Antrag der Minderheit I einfach zurück.

Hollenstein Pia (G, SG), Sprecherin der Minderheit II: Ich ziehe den Antrag nicht zurück. Er geht ein bisschen weniger weit als jener der Minderheit I. Ich bitte Sie, ihm zuzustimmen.
Die Minderheit II fordert nämlich, dass die Kommission normalerweise aufgrund der Akten entscheidet, dies im Unterschied zur Fassung des Bundesrates, und dass die gesuchstellende Person nur angehört wird, wenn diese es wünscht oder wenn sich eine Ablehnung des Gesuches abzeichnet.
Wir gehen davon aus, dass es in vielen Fällen aufgrund der Akten eindeutig sein wird, dass das Gesuch den Kriterien für die Zulassung entspricht. In all diesen Fällen, wo die Kriterien gemäss den Unterlagen klar erfüllt sind, macht es keinen Sinn, eine Anhörung zu verlangen und die Leute persönlich vorzuladen; deshalb der Antrag der Minderheit II. Es ist eine Vereinfachung, und wenn es sein muss, kann man diese Leute trotzdem einladen. Wenn die Leute das selbst wollen, dürfen sie bei der Kommission vorsprechen.

Tschäppät Alexander (S, BE), Sprecher der Minderheit III: Es geht hier mehr um eine psychologische Sache. Wenn wir die Gewissensprüfung schon haben, wenn die Anhörung schon vorgesehen ist, dann ist klar, dass die Kommission eine grosse Bedeutung haben wird und auch haben soll.
Wir wissen vom Biga, dass diese Kommission nur aus drei Personen bestehen soll: aus zwei Persönlichkeiten – was auch immer das heisst und wer die auch immer als Persönlichkeit bezeichnen mag – und einer Person aus der Verwaltung. Das scheint mir nun bei der Bedeutung dieser Kommission doch etwas gefährlich, etwas wenig breit abgestützt zu sein.
Der Antrag ist keinesfalls in irgendeiner Form bindend betreffend die Grösse, die Parität. Es geht uns nicht darum, auf einer Seite Mehrheiten zu haben. Es geht darum, dass die Betroffenen ernst genommmen werden sollen, dass man ihnen Gelegenheit geben soll, sich vor einem Auditorium, vor einem Tribunal, zu äussern, wo sichergestellt ist, dass die verschiedenen Interessen vertreten werden – sei das die Kirche, seien das, wie z. B. in Deutschland, die Jugendorganisationen, seien das die Einsatzbetriebe oder die Zivildienstorganisationen. Der Bundesrat ist völlig frei beim Entscheid, wie gross die Kommission sein soll, welche Mehrheiten er quasi vorsehen will. Der Antrag will einzig und allein die Ernsthaftigkeit von Anhörungen betonen.
Wer den Weg über den Zivildienst wählt, wählt nach allem, was wir jetzt beschlossen haben, keinen bequemen Weg. Der Betroffene soll wenigstens bei der Anhörung sicher sein, dass seine Anliegen ernsthaft geprüft werden.
Es geht nicht um Zweifel oder Skepsis gegenüber den Auszuwählenden. Aber eine Kommission, die aus nur zwei oder drei Personen besteht, scheint mir eben wenig Gewähr dafür zu bieten, dass die Gesuchsteller dann wirklich das Gefühl haben können, ernst genommen zu werden.
Ich bitte Sie, diesem kleinen Antrag zuzustimmen, der, wie gesagt, für den Bundesrat bei der Zusammenstellung der Kommission nicht abschliessend massgebend und nicht bindend ist.

Le président: Le groupe démocrate-chrétien communique qu'il soutiendra la proposition de la majorité.

Cincera Ernst (R, ZH): Sie müssen alle drei Minderheitsanträge in einem Gesamtzusammenhang sehen, obwohl sie zum Teil unterschiedlich sind. Der Bundesrat schlägt vor, dass diese Kommission die Gesuchsteller im Prinzip anhört. Sie werden nur dann nicht angehört, wenn das Gesuch offensichtlich den Voraussetzungen nach Artikel 1 entspricht. Die Minderheit I und die Minderheit II machen jetzt eine Umkehrung, d. h., die Kommission muss die Leute nicht anhören, sondern erst dann, wenn diese es selber wünschen oder wenn die Ernsthaftigkeit ihres Gesuches in Frage gestellt wird. Das ist im Grunde genommen eine Umkehrung.
Herr Tschäppät Alexander verlangt dann noch eine Ausweitung dieser Kommission. Es wäre gut, wenn Sie sich dazu bekennen könnten, dass es eine kleine Kommission sein muss!
Sie müssen sich diesen Gesuchsteller vorstellen, der vorgeladen wird: Anstatt dass er zwei, drei unabhängigen Persönlichkeiten gegenübersitzt und eine «persönliche Auslegeordnung seines Gewissens» machen kann, sitzt er einer Kommission mit Vertretern aller möglichen Richtungen, also den Militärvertretern so gut wie den Friedensbewegten usw., gegenüber. Wieviel schwieriger ist es für diesen Menschen, vor dieser grossen Kommission seine ganz persönliche Meinung darzulegen! Er fährt viel besser, wenn er sein Anliegen vor einer kleinen, unabhängigen Kommission von zwei oder drei Leuten

vortragen kann. Wesentlich ist, dass es eine unabhängige Kommission ist.
Diese Kommission hat die Aufgabe, die Gründe möglichst gleichwertig, gleichmässig zu beurteilen, um gerecht urteilen zu können. Also ist es nicht unwesentlich, ob sie viele Gesuchsteller anhört oder nur diejenigen, die angehört werden wollen. Wenn Sie also eine gerechte Beurteilung wollen, müssen Sie dem bundesrätlichen Vorschlag zustimmen. Nur dieser garantiert eine saubere Beurteilung auch im Interesse der Gesuchsteller.
Überlegen Sie sich dieses Prinzip und den Zusammenhang, der bei diesen verschiedenen Minderheitsanträgen entsteht!

Hari Fritz (V, BE): Die SVP-Fraktion unterstützt die Mehrheit, d. h. die präzise Fassung des Bundesrates, in der ganz eindeutig festgehalten wird: «Die Kommission prüft die Zulassungsvoraussetzungen. Sie hört die Gesuchstellenden persönlich an.» (Abs. 2) Man gibt damit der Person, die Zivildienst leisten will oder muss, doch Gelegenheit, sich zu äussern.
Die SVP-Fraktion empfiehlt, die Anträge der Minderheiten I und II, aber auch der Minderheit III betreffend Zusammensetzung der Kommission abzulehnen.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Bei Artikel 18 handelt es sich, wie mehrfach gesagt wurde, um eine sehr wichtige Bestimmung. Herr Gross Andreas hat den Antrag der Minderheit I zurückgezogen. Es verbleiben der Antrag der Minderheit II (Hollenstein) und jener der Minderheit III (Tschäppät Alexander). Der Antrag, der von der Minderheit II übernommen worden ist, wurde mit dem «sagenhaften» Stimmenverhältnis von 8 zu 2 Stimmen abgelehnt, und der Antrag, der von der Minderheit III übernommen worden ist, mit 15 zu 8 Stimmen.
Ich bitte Sie aus folgenden Gründen, der Mehrheit der Kommission und dem Bundesrat zuzustimmen: Wir von der Mehrheit der Kommission haben nie ganz richtig begriffen, weshalb man sich eigentlich gegen dieses mündliche Verfahren wendet. Wir haben in Artikel 1 beschlossen, dass die Gewissensgründe glaubhaft gemacht werden müssen. Ich habe wirklich Mühe, mir vorzustellen, wie man diese allein aufgrund eines schriftlichen Aktenverfahrens glaubhaft machen kann. Ich frage mich auch, wie das für jene Leute aussieht, die intellektuell nicht so grosse Fähigkeiten haben; diese werden im schriftlichen Verkehr viel weniger gewandt sein.
Ich ziehe also gerade den umgekehrten Schluss: Wir auferlegen diesem Entscheidungsgremium die klare Pflicht, sich ein persönliches Bild zu machen, wieweit diese Gründe echt sind oder nicht. Für mich und die Kommissionsmehrheit ist das das entscheidende Argument, weshalb wir den Antrag der Minderheit II ablehnen.
Bei der Minderheit III geht es um ein anderes Problem. Herr Tschäppät und die Mitunterzeichner gehen dort bereits davon aus, dass das mündliche Verfahren stattfindet. Auch mit diesem Antrag habe ich Mühe, und zwar aus folgenden Gründen:
Erstens ist eine Verbreiterung der personellen Basis in dieser Kommission noch lange keine Garantie dafür, dass besser und seriöser gearbeitet wird.
Zweitens geht es nicht um Interessenvertretungen, sondern darum, dass man die Gewissensentscheide auf ihre Glaubhaftigkeit überprüft. Das ist der Punkt, und dazu braucht es nicht Leute der verschiedensten Interessenkreise.
Drittens wurden wir von Herrn Werenfels, vom Biga, darauf aufmerksam gemacht, dass man in Österreich mit diesem System schlechte Erfahrungen gemacht hat.
Herr Tschäppät, ich sehe nicht ein, was die Verwaltung in dieser Kommission zu tun hat. Ich habe es viel lieber, wenn die Verwaltung – ich nehme an, Sie meinen die Vollzugsstelle – draussen ist, sonst bringt sie auch noch ihre Vollzugsbedürfnisse mit. Das wäre nicht gut. Schliesslich haben wir – horribile dictu – das Militär aus diesem Gesetz ausgeklammert – und plötzlich taucht beim Antrag Tschäppät Alexander in dieser Kommission das Militär wieder auf.
Wir wollen konsequent sein und dabei bleiben, dass wir eine kleine Kommission mit ausgewiesenen Persönlichkeiten haben. Die Verantwortung dafür, dass diese ihre Aufgabe wahrnimmt, liegt beim Bundesrat und bei der Verwaltung.

Carobbio Werner (S, TI), rapporteur: Les questions en discussion à l'article 18 sont de deux ordres.
La première question est posée par la minorité II (Hollenstein) – après le retrait de la minorité I (Gross Andreas). Elle concerne la procédure d'admission. La proposition de la majorité de la commission et du Conseil fédéral, vous la connaissez. L'audition de l'auteur de la demande fait partie des conditions pour l'examen de la demande elle-même.
La proposition de la minorité II, qui, en commission, a été repoussée par 8 voix contre 2, introduit une variante. La règle, c'est la décision sur la base des documents, donc sur la base d'une procédure écrite. Cependant, s'il est vraisemblable que la demande sera rejetée ou que l'auteur de la demande le souhaite, il y a alors lieu d'entendre ce dernier. La question est la suivante – c'est un problème qu'on a déjà discuté dans le débat d'entrée en matière: avec cette demande et avec cette commission, la procédure ressemble-t-elle à un examen de conscience ou est-ce plutôt une chance majeure qui est donnée à celui qui fait la demande d'admission au service civil? La position de la majorité de la commission est claire: elle dit que cette possibilité donnée à l'auteur de la demande d'être entendu est une possibilité ultérieure qui lui est réservée de mieux expliquer les motifs qui l'incitent à demander d'être admis au service civil.
La proposition de la minorité III (Tschäppät Alexander) propose qu'on fixe les critères selon lesquels sera composée la commission qui devra prendre les décisions sur les demandes d'admission au service civil. Dans la commission, il y a eu une longue discussion. Il y a même eu un vote indicatif à propos de la composition de la commission: une commission de trois membres, plutôt des «technocrates» qui examinent le problème sans tenir compte d'intérêts particuliers et qui établissent une jurisprudence la plus égale pour tous, ou bien une commission plus large dans laquelle les intérêts de catégorie sont représentés. La majorité de la commission s'est ralliée à la solution de la commission réduite, plus technocrate. Personnellement, je suis partisan de la solution de la minorité III et je pense qu'une commission dans laquelle on établit le principe de la présence des représentants des organisations intéressées au service civil, de l'administration, etc. donne plus de sécurité, plus de confiance à ceux qui font une demande d'admission au service civil.
Mais la majorité de la commission vous invite, avec un vote clair, à suivre le projet du Conseil fédéral et à ne pas accepter la proposition de la minorité III.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: En prenant acte du fait que la minorité I (Gross Andreas) retire sa proposition, j'aimerais dire, concernant la proposition de la minorité II (Hollenstein), que nous devons tout de même trouver une certaine cohérence à l'intérieur de cette loi entre l'article 1er et l'article 18 dont nous parlons ici.
Je considère pour ma part, et la majorité de la commission l'a considérée comme telle aussi, que c'est une aubaine, si je puis dire, de pouvoir être auditionné. Nous devons considérer l'audition pour l'intéressé, non pas du tout comme une menace, mais comme une chance, et c'est la raison pour laquelle le principe général de l'audition par une commission doit être inscrit dans la loi de manière claire et nette. Nous devons considérer qu'il n'y aura exception à cette audition que dans des cas certainement très peu nombreux, des cas d'une clarté telle que la commission puisse se dispenser de se faire une image complémentaire et puisse ainsi reconnaître la qualité de membre du service civil à tel ou tel requérant. Mais cela doit être une véritable exception. Voilà ce que je voulais dire quant aux procédures qui seront engagées à l'égard des requérants de service civil.
Quant à la composition de la commission, je partage le sentiment qui a été exprimé et selon lequel il s'agit d'éviter une commission de hauts technocrates, d'experts, de spécialistes de tous bords. L'expérience autrichienne a démontré qu'ils s'annulaient les uns les autres et que, finalement, c'était le bon sens qui devait procéder à l'arbitrage et à la décision.
Je verrais bien davantage une commission qui soit faite non pas de représentants patentés de tel ou tel milieu, de telle ou

telle institution, de tel ou tel courant philosophique ou idéologique, mais d'honnêtes femmes et d'honnêtes hommes, dotés d'une sensibilité et d'une perception humaines que leur expérience notamment pourra leur avoir conférées, des pédagogues, des médecins, des aumôniers, par exemple. Ces personnes pourront apporter au traitement de ces cas une très grande sensibilité, car il en faut pour percevoir le requérant, elles pourront aussi apporter une très grande systématique et une très grande maîtrise d'esprit, pour pouvoir appliquer des règles qui se tiennent, qui aient pour elles la cohérence et un minimum de longueur d'onde avec la dimension humaine qui est contenue dans les requêtes présentées par les requérants. C'est dans ce sens que nous devons concevoir les commissions.
Je précise que l'idée de commissions à trois membres n'est pas une idée définitivement arrêtée. L'ordonnance du Conseil fédéral n'est point encore faite, il se pourrait que l'appréciation nous conduise à vouloir un tout petit peu plus d'avis que dans une commission de trois membres. Bref, nous devons être ouverts, et nous ne devons pas, par des décisions inscrites aujourd'hui dans la loi, restreindre et fixer de manière automatique et limitée la manière de composer ces commissions. C'est ainsi qu'elles auront la plus grande autorité, et c'est bien d'autorité personnelle et de rayonnement individuel qu'on aura besoin si on veut que le système fonctionne à satisfaction.

Abs. 1 – Al. 1
Angenommen – Adopté

Abs. 2 – Al. 2

Le président: La proposition de la minorité I (Gross Andreas) a été retirée.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 83 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II 38 Stimmen

Abs. 3, 4 – Al. 3, 4
Angenommen – Adopté

Abs. 5 – Al. 5

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 84 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit III 35 Stimmen

Art. 19
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 20
Antrag der Kommission
Abs. 1
Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Minderheit
(Grossenbacher, Carobbio, de Dardel, Haering Binder, Hollenstein, Hubacher, Meier Hans, Tschäppät Alexander)
Der Zivildienst wird in mehreren Teileinsätzen oder in einem einzigen Einsatz geleistet.

Abs. 2
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 20
Proposition de la commission
Al. 1
Majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Minorité
(Grossenbacher, Carobbio, de Dardel, Haering Binder, Hollenstein, Hubacher, Meier Hans, Tschäppät Alexander)
Le service civil est .... d'affectation ou en une seule affectation.

Al. 2
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Grossenbacher Ruth (C, SO), Sprecherin der Minderheit: Ich spreche hier als Vertreterin der Minderheit der Kommission und auch für die Minderheit unserer Fraktion. Die Mehrheit der Fraktion stimmt für die Mehrheit der Kommission.
Warum bin ich dafür, dass der Zivildienst auch in einem einzigen Einsatz geleistet werden kann? Ich denke da vor allem an die Einsätze im Gesundheitswesen, an die Betreuung von alten Menschen, an die Betreuung von Behinderten. Diese Einsätze brauchen eine relativ lange Einführungsphase, vor allem in fachlicher Hinsicht. Man kann nicht unerfahrene Personen Kranke und Behinderte pflegen und betreuen lassen. Kontakte zum übrigen Personal und vor allem zu den Menschen, die betreut werden müssen, müssen aufgebaut werden. Das alles braucht seine Zeit.
Ich war selber in einem Spital, das Erfahrung mit Arbeitseinsätzen hat, und habe dort mit den Verantwortlichen gesprochen. Es wurden sehr gute Erfahrungen gemacht, aber es wurde betont, dass es von Vorteil wäre, wenn die Einsätze an einem Stück geleistet werden könnten. Kurze Einsätze, die fast wie Schnupperlehren sind, bringen den Kranken und Alten nicht viel, denn es braucht Vertrauen zwischen den zu Betreuenden und den Zivildienstleistenden. Dieses Vertrauen muss aufgebaut werden.
Ich meine, dass wir hier nicht einfach Vergleiche zwischen Militärdienst und Zivildienst anstellen können, sondern auch auf die Bedürfnisse der Anbieter eines Zivildienstes, und das sind auch Spitäler, Heime usw., Rücksicht nehmen sollen. So weiss man, dass Kontinuität in der Betreuung von alten Menschen eine sehr grosse Rolle spielt. Grosse Wechsel, z. B. bei der Betreuung von Alzheimer-Patienten, können sogar eine Beschleunigung der Krankheit bewirken.
Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der Minderheit anzunehmen.

Le président: Le groupe radical-démocratique et le groupe de l'Union démocratique du centre communiquent qu'ils soutiendront la proposition de la majorité de la commission.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: In der Kommission wurde ein solcher Antrag mit 17 zu 4 Stimmen abgelehnt. Die Gründe, die Frau Grossenbacher dargelegt hat, sind die gleichen wie diejenigen, die in der Kommission vorgebracht wurden. Ich habe ein gewisses Verständnis für diese Gründe. Es ist tatsächlich so: Wenn jemand für diesen Zweck geschult wird, hat man ein Interesse daran, dass er möglichst lange bleibt. Ich glaube aber, dass das doch eine etwas einseitige Sicht ist. Hier geht es mir nicht nur um den Zivildienstleistenden – man könnte sich vorstellen, dass dieser vielleicht auch daran interessiert ist, den Dienst en bloc zu erledigen –; aber was nicht in Ordnung ist, ist die Gleichwertigkeit gegenüber dem Militärdienst. Das grösste Handicap, das heute der Militärdienstleistende zu tragen hat, ist nicht die Gesamtdauer des Militärdienstes, sondern die Tatsache, dass er im Prinzip während 22 Jahren verpflichtet ist, Militärdienst zu leisten. Dass er immer wieder alle zwei Jahre für Wiederholungskurse aus dem Betrieb herausgehen und Dienst leisten muss, ist oft ein Handicap fürs Zivilleben.
Durch diese Bestimmung schaffen wir eine Nichtgleichwertigkeit zwischen der Wehrpflicht auf der einen Seite und der Zivildienstpflicht auf der anderen. Das ist der Hauptgrund dafür, weshalb ich mit der Kommissionsmehrheit dem Antrag der Minderheit Grossenbacher nicht zustimmen kann.

Carobbio Werner (S, TI), rapporteur: En ce qui concerne le déroulement du service civil, le Conseil fédéral et la majorité de la commission proposent qu'il soit effectué en plusieurs périodes, et que l'exécution en une seule période demeure l'exception.

Les arguments donnés par le Conseil fédéral et que la majorité a fait sienns, puisque la proposition de la minorité a été repoussée par 17 voix contre 8, c'est que l'expérience acquise dans le cadre de l'application de la loi Barras plaide en faveur de la solution proposée par le Conseil fédéral. Quelque 10 pour cent seulement des personnes astreintes font usage de la possibilité d'exécuter ce service en une seule période. En outre, ajoutent la majorité et le Conseil fédéral, le fractionnement a des avantages quant à la coordination avec la vie civile ainsi que du point de vue financier, c'est-à-dire pour ce qui touche à l'obligation de l'employeur de payer le salaire. Tels sont les arguments qui plaident en faveur de la solution de la majorité de la commission.
Par contre, la minorité de la commission, à laquelle j'appartiens, propose de mettre sur pied d'égalité les deux possibilités, c'est-à-dire que c'est l'objecteur qui devrait décider en principe et choisir soit une seule période, soit le fractionnement en plusieurs périodes. La motivation a déjà été exposée par M^me^ Grossenbacher, je n'y reviendrai pas, si ce n'est pour dire que, dans certains secteurs d'activité tels que le secteur sanitaire, par exemple, une période unique est préférable au fractionnement en plusieurs périodes. Les adversaires de cette solution disent, en revanche, que si on adopte la solution d'avoir pour règle la période unique, on rend le service civil plus attractif que le service militaire, ce qui est contraire au principe qui nous a guidés jusqu'ici dans la logique de la loi.
Au nom de la majorité de la commission, je vous invite à suivre le Conseil fédéral. Quant à moi, je soutiendrai la minorité.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Il est clair que ce rapport de proportionnalité, ou d'équivalence, disons, entre les prestations que doit accomplir un militaire et celles que doit accomplir un homme ou une femme soumis au service civil, n'est pas seulement une question de durée, comme nous en avons discuté et tranché tout à l'heure, mais aussi une question de fractionnement des services à accomplir.
Nous devons bien constater que le fractionnement du service militaire des soldats et des appointés en une école de recrues et en un certain nombre de cours de répétition, à certains égards est un avantage par rapport à une seule période pendant laquelle seraient neutralisés ces militaires, avec leur retour problématique peut-être à la vie civile, mais il y a aussi l'inconvénient qui naît, pour les militaires, d'avoir à partir chaque année ou tous les deux ans pour une période de quelques semaines, et d'avoir ainsi des problèmes de remplacement, de continuité professionnelle à régler.
Ce n'est pas par esprit de chicane que nous devons également nous préoccuper du fractionnement du service civil. C'est tout simplement pour permettre, aussi dans ce chapitre, d'établir une certaine comparaison harmonieuse, une certaine équivalence des deux types de service. Le Conseil fédéral, dans son projet, postule, à l'alinéa 1er, qu'«en règle générale, le service civil est accompli en plusieurs périodes d'affectation». J'aimerais attirer votre attention sur le fait qu'il commence par parler d'une règle générale. Dans l'alinéa 2, le Conseil fédéral déterminera les cas où cette règle générale ne peut pas être observée et où le service s'accomplira en une fois. Il faut donc postuler le principe que le fractionnement du service civil est la réalité, que des exceptions peuvent y être apportées par le Conseil fédéral. On sera très certainement dans la bonne cote, de la sorte, puisqu'on observe aujourd'hui, en effet, que seul un petit nombre d'astreints à l'ordonnance d'application de la réforme «Barras», actuellement, désirent accomplir la totalité de l'affectation en une seule fois. C'est autour de 10 pour cent.
J'aimerais que cette règle générale et cette exception, quantitativement restreinte, soient maintenues dans la nouvelle loi, ce que ne permet pas la proposition de la minorité. Et j'aimerais ainsi que l'on puisse, dans ce domaine encore, plaider avec la meilleure foi du monde le caractère équivalent du service civil dans ses conditions, au service militaire dans les siennes.

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	64 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	54 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2
Angenommen – Adopté

Art. 21–24
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 25
Antrag der Kommission
Titel
Verfassungsmässige und gesetzliche Rechte
Wortlaut
.... der zivildienstleistenden Person dieselben verfassungsmässigen und gesetzlichen Rechte wie im Zivilleben zu. Einschränkungen können nur soweit erlaubt werden, als ....

Art. 25
Proposition de la commission
Titre
Droits constitutionnels et légaux
Texte
.... jouit des mêmes droits .... légaux que dans la vie civile. Les restrictions ne sont admissibles que ....

Angenommen – Adopté

Art. 26
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)
Abs. 2–5
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 26
Proposition de la commission
Al. 1
.... médical, spirituel, psychologique ou social dans la mesure nécessaire en relation avec le service civil.
Al. 2–5
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 27
Antrag der Kommission
Abs. 1, 2
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 3
....
a. .... und Anordnungen des Einsatzbetriebes oder von deren Beauftragten;
b. .... und Weisungen der Vollzugsstelle oder von deren Beauftragten.
Abs. 4, 5
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 27
Proposition de la commission
Al. 1, 2
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 3
....
a. .... d'affectation ou de ses délégués;
b. .... d'exécution ou de ses délégués.

Al. 4, 5
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 28
Antrag der Kommission
Mehrheit
Abs. 1, 2
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 3
Der Einsatzbetrieb behandelt zivildienstleistende Personen bezüglich der Anordnung von Überstunden, Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit gleich wie seine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
Abs. 4 (neu)
Ausgeschlossen sind:
a. die finanzielle Abgeltung von Überstunden sowie von Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit;
b. die Gewährung eines Zeitausgleichs infolge Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit.

Minderheit
(Tschäppät Alexander, Carobbio, de Dardel, Dünki, Hollenstein, Hubacher, Meier Hans)
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 28
Proposition de la commission
Majorité
Al. 1, 2
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 3
En ce qui concerne l'obligation d'accomplir des heures supplémentaires, du travail en équipes, du travail de nuit et du travail de fin de semaine, l'établissement d'affectation traite la personne en service de la même manière que ses propres employés.
Al. 4 (nouveau)
Sont exclus:
a. la compensation financière des heures supplémentaires, du travail en équipes, du travail de nuit et du travail de fin de semaine;
b. l'octroi d'une compensation en temps pour le travail en équipes, le travail de nuit et le travail de fin de semaine.

Minorité
(Tschäppät Alexander, Carobbio, de Dardel, Dünki, Hollenstein, Hubacher, Meier Hans)
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Tschäppät Alexander (S, BE), Sprecher der Minderheit: Je später der Abend, desto bescheidener die Anträge. Ich bin schon soweit, dass ich bei diesem Gesetz versuche, wenigstens den Antrag des Bundesrates zu retten; ich möchte auch erklären, weshalb.
Dieser Artikel und dieser Antrag haben eine eigenartige Vorgeschichte. Der Bundesrat hat seinen Antrag gestellt und dort klar gesagt: Es gibt keine finanziellen Entschädigungen für Zivildienstleistende. Das leuchtet ein, ist auch richtig und zu akzeptieren. Wir kennen ein besonderes Gewaltverhältnis in dieser Systematik.
Der Bundesrat wollte aber, dass wenigstens Zeitzuschläge ausgerichtet werden, wenn der zivile Angestellte sie auch erhält. Ein Beispiel: Der Bundesrat war der Meinung: Wenn eine Krankenschwester fünf Nachtschichten einlegt und dann drei Tage frei bekommt, dann soll der Zivildienstleistende das auch bekommen. Wir haben über diesen Antrag diskutiert. Das Biga hat dann aber den Antrag des Bundesrates noch verschärft, und zwar so verschärft, dass die Nachtschwester künftig nach fünf Tagen die drei Tage frei bekommt, der Zivildienstleistende aber nur zwei Freitage erhält.
Diese Vorstellung allein zeigt schon, wie problematisch das Ganze ist. Personen, die Nacht- und Schichtarbeit leisten, sollen künftig unterschiedlich behandelt werden. Stellen Sie sich vor, welche «klimatische» Beeinflussung das am Arbeitsplatz nach sich zieht! Stellen Sie sich vor: Sie arbeiten in einem Team, und als Zivildienstleistender sollen Sie gleich motiviert sein wie der zivile Angestellte, aber Sie werden, wenn es darum geht, aus gesundheitspolitischen Gründen, aus arbeitsmedizinischen Gründen den Leuten mehr frei zu geben, damit sie sich von diesem Dienst erholen können, bestraft, indem Sie diese Erholungszeit nicht erhalten.
Ein solcher Antrag ist ungeheuerlich in der Vorstellung, weil er den Strafcharakter das erste Mal klar zeigt. Es ist wirklich nicht übertrieben zu verlangen, dass Leute, die Nachtschichten leisten, wenigstens gleich behandelt werden, wenn es darum geht, ihre Gesundheit schonen zu können – dass sie also die gleiche Erholungszeit haben können und die gleiche Ruhezeit bekommen. Ich bitte Sie dringend, hier dem Bundesrat zuzustimmen.
Dazu kommt noch, dass das Gesetz arbeitsmarktneutral sein soll. Lesen Sie Artikel 6! In Artikel 6 steht klar, dass der Arbeitsmarkt durch die Zivildienstleistenden nicht beeinflusst werden darf – weder in bezug auf die Gefährdung des Arbeitsplatzes noch in bezug auf den Lohn oder die Arbeitsbedingungen. Und was machen wir hier? Wir privilegieren ganz klar den Betrieb, der Leute in Nachtschichten schickt. Wir geben diesem Betrieb einen Wettbewerbsvorteil. Die Gewerbler sollen sich überlegen, ob sie dann, wenn sie keinen Zivildienstleistenden bekommen, einen solchen Wettbewerbsvorteil auch noch wollen.
Der Antrag ist für mich ungeheuerlich, weil er für mich von der Logik her unvorstellbar ist. Wir haben alles darangesetzt, um dieses Gesetz nicht zu attraktiv zu machen, und nun kommen wir nach 19 Uhr noch mit einem Antrag gemäss einem Vorschlag des Biga, der den Zivildienstleistenden, wenn sich die zivilen Angestellten von Nacht- und Schichtarbeit erholen können, in den Stollen schicken möchte!
Einen solchen Antrag dürfen Sie nicht annehmen, sonst dokumentieren Sie, was Sie meinen, wenn Sie Leuten einen Zivildienst zumuten und ihnen die Möglichkeit nicht geben wollen, sich erholen zu können, sich Zeit zu nehmen, um für den nächsten Einsatz wieder bereit zu sein.
Ich bitte Sie dringend, hier bundesratstreu zu sein. Ich bin für einmal auch bundesratstreu. Ich hoffe, dass all diejenigen, die das Fussballspiel vor dem Fernsehen noch nicht verfolgen, uns und dem Bundesrat für einmal zu einem Sieg verhelfen könnten. Wir hätten es dringend nötig.

Le président: Les groupes démocrate-chrétien, de l'Union démocratique du centre et du Parti de la liberté communiquent qu'ils soutiendront la proposition de la majorité.

Bezzola Duri (R, GR): Im Namen der FDP-Fraktion bitte ich Sie, den Minderheitsantrag Tschäppät Alexander abzulehnen und der Mehrheit zuzustimmen.
So bescheiden, Herr Tschäppät, finde ich diesen Minderheitsantrag nicht. Es geht hier nicht um eine Verschärfung und um einen «ungeheuren Antrag» aufgrund eines Vorschlages des Biga – und ausserdem: Zivildienstleistende arbeiten in der Regel einige Monate in einem Betrieb und nicht jahrelang.
Auch mit diesem Artikel müssen wir sicherstellen, dass Zivildienstleistende und Militärdienstleistende gleich behandelt werden. Gemäss Version des Bundesrates werden zivildienstleistende Personen in einem Betrieb den Arbeitnehmern und den Arbeitnehmerinnen in bezug auf Arbeits- und Ruhezeiten gleichgestellt. Es ist zwar keine Abgeltung für Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit vorgesehen; so weit, so gut. Es kann aber aus der Version des Bundesrates nicht abgeleitet werden, dass eine zivildienstleistende Person zu Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit verpflichtet werden kann. Warum diese Ungleichbehandlung? Anders sieht es bei einem Militärdienstleistenden aus; er kann zu Nacht- oder Wochenendarbeit verpflichtet werden – ohne Kompensation und ohne finanzielle Entschädigung.
Gemäss Version der Kommissionsmehrheit kann der Einsatzbetrieb auch für zivildienstleistende Personen wie für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Überstunden sowie Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit anordnen, jedoch ebenfalls ohne finanzielle Abgeltung, ohne Kompensation.

Der Zivildienstleistende muss einerseits in bezug auf Arbeits- und Ruhezeiten gleich behandelt werden wie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Betrieb, anderseits aber auch wie die Militärdienstleistenden.
Ich bitte Sie deshalb, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Dünki Max (U, ZH): Die Schaffung eines Ersatzdienstes in Form ziviler Arbeitsleistung hat direkt und indirekt Wirkungen auf den Arbeitsmarkt und somit auf die Arbeitnehmer im allgemeinen. Das dürfte unbestritten sein. Durch die Schaffung eines Zivildienstes, der in der Leistung von Arbeit im zivilen Umfeld besteht, wird das Angebot an Arbeitskräften erhöht. Es geht dabei nicht nur um eine quantitative Ausweitung. Dem Arbeitsmarkt stehen Kräfte zur Verfügung, für die die marktüblichen Kosten für Lohn und Sozialabgaben nicht zwingend anfallen und die ihre Arbeitsbedingungen nicht selbst mitbestimmen bzw. beeinflussen können.
Die durch den Zivildienst erschlossenen Arbeitskräfte dürfen die übrigen Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt nicht konkurrenzieren. Die Gleichstellung der zivildienstleistenden Personen mit den übrigen Arbeitnehmern des Betriebes betreffend Arbeits- und Ruhezeiten ist uns ein Grundanliegen. Wir unterstützen daher mit Nachdruck die bundesrätliche Version, d. h. diejenige der Kommissionsminderheit (Tschäppät Alexander). Wir sind auch der Meinung, dass eine finanzielle Abgeltung von Überstunden, Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit ausgeschlossen bleiben soll. Hingegen muss es möglich sein, sie durch eine zeitliche Kompensation zu ersetzen. Wenn wir den Zeitausgleich ausschliessen, wie dies die Kommissionsmehrheit fordert, verletzen wir den Grundsatz der Rechtsgleichheit.
Wie kann man die zivildienstleistende Person im Einsatzbetrieb bezüglich der Anordnung von Überstunden, Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit gleich wie die Arbeitnehmerinnen und -nehmer behandeln, wenn keine Überstundenentschädigungen und keine Zeitkompensationen gewährt werden? Das ist doch ein krasser Widerspruch. Er kann aus unserer Sicht nicht hingenommen werden. Wenn die Kompensation von Überstunden und unregelmässigen Arbeitszeiten in einem Betrieb nur für einen Teil des Personals möglich sein soll, führt dies tendenziell zu einer Unterbewertung dieser Mehrbelastung der Arbeitnehmer und hat deshalb negative Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen im betreffenden Betrieb bzw. in der Branche.
Beim bundesrätlichen Vorschlag ist der Zeitausgleich möglich, darum müssen wir ihm unbedingt zustimmen. Tun wir dies nicht, dann schaffen wir eine ganz grosse Ungerechtigkeit. Alle Arbeitleistenden sind doch gleich. Es gibt nicht zwei Kategorien, gewöhnliche Arbeitnehmer und zivildienstleistende.
Der Antrag der Kommissionsmehrheit beinhaltet eine Diskriminierung, wir lehnen ihn ab. Bitte stimmen Sie dem Bundesrat zu.

Züger Arthur (S, SZ): In bezug auf die Attraktivität des Zivildienstes wurden bereits Schwellen eingebaut: die Gewissensprüfung, der Faktor 1,5. Da braucht es doch nicht noch eine zusätzliche Schlechterstellung der Zivildienstleistenden. Hier gilt auch eine ganz andere Überlegung: Zivildienstleistende Arbeitskräfte dürfen auf keinen Fall die anderen anwesenden Arbeitnehmer konkurrenzieren.
Eine Voraussetzung, die unbedingt erfüllt sein muss, damit sich der Zivildienst nicht als volkswirtschaftlicher Störfaktor auswirkt, ist die Arbeitsmarktneutralität. Daher soll der Zivildienstleistende innerhalb eines Betriebes möglichst gleich behandelt werden, wie derjenige, der dort arbeitet. Wir wollen nicht, dass derjenige, welcher als Zivildienstleistender in einem Betrieb tätig ist, ausgenützt wird, indem man ihn ausschliesslich für die Nachtarbeit, für die Schichtarbeit usw. einsetzt, und dass man damit den normalen Arbeitnehmer, der mit den entsprechenden Zuschlägen honoriert werden muss, im finanziellen Interesse des Betriebes «schont».
Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, dem Minderheitsantrag Tschäppät Alexander und damit dem Entwurf des Bundesrates zuzustimmen.

Sandoz Suzette (L, VD): L'article 28 est peut-être le plus intelligent de toute la loi dans la formulation adoptée par la majorité de la commission. C'est un article qui nous a été inspiré par l'Ofiamt et qui réussit à combiner de façon exemplaire trois préoccupations de la commission.
La commission était préoccupée par le désir d'empêcher que l'on exploite les personnes qui font du service civil parce qu'elles seraient une main-d'oeuvre à bon marché. Elle était préoccupée par le désir de traiter de la même façon autant que possible les personnes au service militaire et celles au service civil. Après tout, au service militaire, on doit donner des heures supplémentaires, faire un effort supplémentaire, et il n'y a pas d'indemnités. Et puis, elle était aussi préoccupée tout simplement par les problèmes réalistes que pose le fait qu'une personne qui exécute son service civil est employée dans une activité civile.
Alors, regardez l'article 28 dans la version de la majorité, il est exemplaire! Les trois premiers alinéas protègent parfaitement la personne qui fait son service civil parce qu'elle doit être traitée comme les autres employés de l'établissement d'affectation. L'alinéa 4 (nouveau) tient compte du fait que les personnes qui exécutent un service civil peuvent être, comme des personnes qui font un service militaire, astreintes à en faire un peu plus, et il n'y aura pas de compensation financière lorsqu'il y a plus d'heures de travail de fin de semaine, etc., effectuées.
Enfin, la lettre b de l'alinéa 4 résout un problème pratique que vous comprendrez tout de suite: on peut compenser en temps assez rapidement les heures supplémentaires accomplies, même lorsque le service civil est «traité» sur un petit laps de temps, puisqu'il y aura des périodes d'affectation successives, alors qu'on ne pourrait pas remplacer dans ce délai court, en temps, le travail supplémentaire de fin de semaine, ou le travail en équipes, ou le travail de nuit, qui se compense dans la vie civile sur toute une année.
Par conséquent, l'article 28 qui, dans la forme que lui a donnée la majorité, réussit le tour de force de concilier trois préoccupations mérite votre très large soutien.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Gestatten Sie mir zuerst eine vielleicht etwas maliziöse persönliche Erklärung. Der Zufall will es, dass wir nun über den Artikel über die Arbeits- und Ruhezeit sprechen, in Absatz 2 wird sogar auf die orts- und berufsüblichen Arbeits- und Ruhezeiten hingewiesen. Wir sind in der zehnten Stunde der Beratungen, wir haben heute nachmittag mehr als vier Stunden lang ohne Unterbruch getagt, und ich wäre nicht böse, wenn wir nach Verabschiedung dieses Artikels unsere Arbeiten unterbrechen würden. So, wie wir jetzt vorangekommen sind, besteht eine sehr gute Chance, dass wir morgen fertig werden.
Zu Artikel 28: Die Kommission hat sich mit 14 zu 9 Stimmen für die Fassung gemäss Antrag der Mehrheit entschieden, und damit gegen diejenige gemäss Antrag der Minderheit, die sich an den bundesrätlichen Vorschlag anlehnt. Ich gebe zu, es sind Argumente vorgebracht worden, die eine gewisse Berechtigung haben mögen. Aber die Frage ist, von welcher Seite her man das Problem betrachtet. Es ist jetzt immer argumentiert worden, indem mit dem Einsatzbetrieb verglichen wurde.
Herr Dünki, Herr Züger, Herr Tschäppät Alexander, Sie haben diesen Standpunkt vertreten, es gibt aber noch eine andere Sicht, und das ist die des Vergleichs mit den Militärdienstleistenden; da sieht die Sache doch etwas anders aus. Wir stellen fest, dass es im Militärdienst keine solche Zeitzuschläge gibt und dass wir hier gegenüber dem Militärdienst sogar eine Privilegierung haben, indem wir den Zeitausgleich auf Überstunden zulassen, weil man hier sagen kann, dass die Überstunden das normale Arbeitspensum im Einsatzbetrieb überschreiten.
Wenn man hingegen bei Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit mit dem Militär vergleicht, ist dazu folgendes zu sagen: Schichtarbeit hat man z. B. bei einer Feldbefestigungsübung, das haben wir x-mal erlebt, wir haben Nachtarbeit im Rahmen der Nachtübungen oder Manöver, wir haben Sonntagsarbeit im Rahmen von Manövern, und dort überall gibt es keinen Ausgleich. Das muss doch klar gesagt werden.

Das waren die Gründe, die zusammen mit der Argumentation von Frau Sandoz dazu geführt haben, dass sich die Kommission doch mit deutlicher Mehrheit entschieden hat. In Fragen der Wehrgerechtigkeit und der Gleichbehandlung müssen wir konsequent sein: Wir können, wenn auch die Versuchung in diesem Fall recht gross ist, nicht einfach umschwenken und nur noch auf dem Vergleich mit dem Einsatzbetrieb basieren.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: C'est un peu une étrange saga qui m'amène à vous dire que, au total et tout bien considéré, la proposition de la majorité de la commission apporte peut-être davantage de précisions au niveau de la loi que n'en apportait la version du Conseil fédéral. Pour cette raison et pour les raisons supplémentaires qui viennent d'être dites, tant par M^me^ Sandoz que par le rapporteur de langue allemande, on pourrait mieux se rallier à cette formule qu'à celle originelle du Conseil fédéral.
Quelques mots d'explication, cependant, sont nécessaires. Le Conseil fédéral, vous l'aurez remarqué, dans sa version de l'article 28, avec ses trois alinéas, ne dit mot de la compensation en temps qui pourrait intervenir. Il réservait le traitement de cette formule à l'ordonnance. La curiosité de la commission et la volonté du législateur se sont exprimées et l'on pense qu'en toute clarté il faut pouvoir s'exprimer non pas au niveau de l'ordonnance, mais au niveau de la loi déjà, sur les compensations en temps, puisqu'on s'y exprime s'agissant des compensations financières.
Cette détermination est compréhensible. Elle nous montre évidemment que nous sommes toujours en état d'opération délicate lorsqu'il faut, d'une part, se plier, dans une certaine mesure tout au moins, aux règles de l'établissement dans lequel est accompli le service civil – on ne veut pas être un corps étranger dans un ensemble où on accomplit ce service civil –, et, d'autre part, lorsqu'on doit maintenir l'équivalence de traitement avec le service militaire.
L'armée et le service militaire s'organisent pour eux-mêmes, ils n'ont de comptes à rendre à personne, ils ont leur établissement autonome d'exercice et de préparation. Ici, avec le service civil, on est tributaire de ces deux conditions: celle de l'établissement où l'on travaille, où l'on réalise ce service civil et celle du maintien à tout prix d'une certaine équivalence: le service pour le service civil par rapport au service militaire.
Alors, à tout prendre, puisque votre commission en a exprimé le désir et qu'elle ne se satisfait manifestement pas de la formule que le Conseil fédéral avait présentée, et que celle-ci n'a pas de chances de rallier une majorité de votre Conseil, c'est par nécessité plutôt que par enthousiasme que j'en viens à me rallier à la proposition de la majorité de la commission du Conseil national. Au moins a-t-elle pour elle une dimension de transparence supplémentaire.
M^me^ Sandoz me pardonnera de situer à cette altitude seulement mon adhésion au projet de la commission et de ne pas montrer l'enthousiasme vibrant qu'elle a montré pour cette formule.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	74 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	43 Stimmen

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 19.35 Uhr
La séance est levée à 19 h 35

94.063

Ziviler Ersatzdienst. Bundesgesetz

Service civil. Loi fédérale

Botschaft und Gesetzentwurf vom 22. Juni 1994 (BBl III 1609)
Message et projet de loi du 22 juin 1994 (FF III 1597)
Beschluss des Nationalrates vom 20. März 1995
Décision du Conseil national du 20 mars 1995

Antrag der Kommission
Eintreten
Proposition de la commission
Entrer en matière

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates beantragt einstimmig, auf diese Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Sie ist einhellig der Meinung, dass es sich hier um ein gutes Gesetz handelt, das sich an die Leitplanken hält, die sich aus dem dafür geschaffenen Verfassungsartikel und seinen Materialien ergeben.
Der Nationalrat hat das Zivildienstgesetz als Erstrat behandelt und ihm am 20. März 1995 mit 118 zu 17 Stimmen zugestimmt. In den wichtigsten Punkten, in den sogenannten Eckpunkten, ist er nicht – und auch sonst nur in wenigen Punkten – von der Vorlage des Bundesrates abgewichen.
Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates hat das Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst an einer zweitägigen Sitzung vorberaten. Es sind zwei Lesungen durchgeführt worden. Nachdem die Kommission des Nationalrates umfangreiche Anhörungen vorgenommen hatte und die entsprechenden Berichte sowie Protokolle der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates zur Verfügung standen, wurden weitere Anhörungen durchgeführt. Diese wurden allerdings auf Fragen im Zusammenhang mit dem Vollzug des Gesetzes beschränkt.
Vorerst ist der Leiter eines Kantonsspitals über seine Erfahrungen mit dem Vollzug von Arbeitsleistungen angehört worden, Arbeitsleistungen die gestützt auf das Militärstrafgesetz, Barras-Reform, geleistet werden mussten. Zudem wurden zwei Vorsteher von kantonalen Arbeitsämtern zur Frage der Aufteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen angehört.
Eintreten auf die Vorlage war in der Kommission überhaupt unbestritten, nur in wenigen Punkten weichen die Anträge der Kommission von den Beschlüssen des Nationalrates ab. Ich nenne die wichtigsten Abweichungen:
1. Artikel 1 legt die Zulassung zum Zivildienst fest. Die Mehrheit der Kommission verlangt, dass beim Entscheid, ob die Leistung von Militärdienst mit dem Gewissen vereinbar sei, nur religiöse und ethische Gründe gelten dürfen. Andererseits verlangt die Minderheit, sich dem Nationalrat und dem Bundesrat anzuschliessen, also sich «nur» auf das Gewissen zu berufen. Diese Differenz stellt die wichtigste und auch schwerwiegendste Abweichung zum Nationalratsbeschluss dar, wenn der Antrag der Mehrheit der Kommission angenommen wird.
2. Artikel 2 legt den Zweck des Zivildienstes fest. Die Kommission hat ihn neu formuliert, wobei darauf verzichtet wird, zu verlangen, dass die Arbeitsleistung zur Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt beiträgt.
3. Artikel 18 regelt das Zulassungsverfahren zum Zivildienst. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass allein gestützt auf ein schriftliches Gesuch nicht darüber entschieden werden darf, ob die Voraussetzungen für die Zulassung zum Zivildienst gegeben sind. Jeder Gesuchsteller muss persönlich angehört werden.
Am 17. Mai 1992 hat das Schweizervolk mit gut 82 Prozent Jastimmen die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes beschlossen. Mit dieser Volksabstimmung wurde Artikel 18 Absatz 1 der Bundesverfassung durch einen Satz ergänzt, der wie folgt lautet: «Das Gesetz sieht einen zivilen Ersatzdienst vor.» Seither lautet Artikel 18 Absatz 1 der Bundesverfassung: «Jeder Schweizer ist wehrpflichtig. Das Gesetz sieht einen zivilen Ersatzdienst vor.»
Am 22. Juni 1994, d. h. morgen vor einem Jahr, hat der Bundesrat dem Parlament den Entwurf zum Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst mit einer ausführlichen Botschaft vorgelegt. Einerseits muss man dem Bundesrat attestieren, dass er rasch gehandelt hat, denn es ist ihm gelungen, das auf den neuen Verfassungsartikel gestützte erforderliche Gesetz innert zwei Jahren behandlungsreif zu machen. Andererseits hat aber auch das Parlament speditiv gearbeitet, denn schon nach einem Jahr, seit Botschaft und Gesetzesentwurf vorliegen, kann das Zivildienstgesetz im Zweitrat behandelt werden.
Vorher ging es allerdings etwas langsamer. Bereits 1903 wurde eine diese Materie betreffende Petition und 1917 eine Motion eingereicht. Innerhalb der letzten 20 Jahre haben im Zusammenhang mit dem Zivildienst vier Volksabstimmungen stattgefunden.
1. 1977 wurde die Münchensteiner Initiative klar abgelehnt. Diese wollte die Gewissensprüfung für Militärdienstverweigerer in der Bundesverfassung verankern.
2. 1984 scheiterte die Tatbeweisinitiative. Ihr zufolge hätte der Zivildienst anderthalbmal so lange gedauert wie der Militärdienst. Einzige Voraussetzung für die Zulassung zum Zivildienst wäre die Bereitschaft gewesen, diesen verlängerten Dienst zu leisten.
3. 1991 wurde in einer Referendumsabstimmung eine Revision des Militärstrafgesetzes, die sogenannte Barras-Reform, knapp angenommen. Sie war eine Reaktion auf die gescheiterte Tatbeweisinitiative und bezweckte die Entkriminalisierung desjenigen Militärdienstverweigerers, der unter Berufung auf ethische Grundwerte glaubhaft darlegt, dass er den Militärdienst nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann. Neu verpflichtet ihn der Richter zu einer Arbeitsleistung, die im öffentlichen Interesse liegt und in der Regel anderthalbmal so lange wie der verweigerte Militärdienst dauert.
4. 1992 wurde mit gut 82 Prozent Jastimmen die heute geltende Verfassungsgrundlage, auf welcher das zu behandelnde Gesetz basiert, vom Schweizervolk gutgeheissen.
Nun zu den Rahmenbedingungen dieses Gesetzes. Artikel 18 Absatz 1 der Bundesverfassung als Rechtsgrundlage des Zivildienstes ist auslegungsbedürftig. Aus dem kurzen Text und den Materialien lassen sich folgende Feststellungen ableiten:
1. Am Grundsatz «Jeder Schweizer ist wehrpflichtig» wurde nicht gerüttelt. Der Zivildienst hat seine Wurzeln in der allgemeinen Wehrpflicht. Er ist Ersatzdienst im Verhältnis zum Militärdienst. Wer Zivildienst leisten und damit eine Ausnahmebehandlung beanspruchen will, muss sich rechtfertigen. Er muss darlegen, aus welchen Gründen er auf die Ausnahmebehandlung Anspruch erhebt.
2. Der Verfassungstext wurde in der Absicht revidiert, eine Lösung für Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen zu schaffen. Die Rechtfertigung kann sich demzufolge nur auf eben diese Gewissensgründe stützen.
3. Die Bundesverfassung lässt weder die freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst noch ein reines Tatbeweismodell zu. Eine Kommission entscheidet darüber, ob die Voraussetzungen für die Ausnahmebehandlung gegeben sind. Dadurch wird ein reines Tatbeweismodell, das nicht nach den Verweigerungsgründen fragt, durch die Verfassung ausgeschlossen. Die Kommission hat sich dieser Auslegung grundsätzlich angeschlossen, ein Kommissionsmitglied hätte allerdings eine Lösung auf der Grundlage eines reinen Tatbeweises begrüsst.
4. Zum Zivildienst wird nur zugelassen, wer militärdienstpflichtig ist. Ersatzdienst kann nur jemand leisten, der auch in der Hauptsache pflichtig ist. Folglich können Militärdienstuntaugliche, Jugendliche vor der Aushebung oder Freiwillige, die nicht Angehörige der Armee sind, zum Zivildienst

nicht zugelassen werden. Dieser Grundsatz war in der Kommission unbestritten.
5. Der Zivildienst muss an den einzelnen möglichst gleiche Anforderungen stellen wie der Militärdienst. Der Ersatz und das zu Ersetzende müssen möglichst gleichwertig sein. Der Zivildienst darf weder Anreiz für Drückeberger noch Strafe für diejenigen sein, welche die Voraussetzungen für die Zulassung zum zivilen Ersatzdienst erfüllen. Gerade in diesem Zusammenhang sind auch zwei Konventionen der internationalen Arbeitsorganisation, welche die Zwangs- und Pflichtarbeit verbieten, zu berücksichtigen. Zivildienst ist nicht Zwangsarbeit. Es steht jedem frei, das erforderliche Gesuch zu stellen oder nicht.
Einige Bemerkungen zu Sinn und Geist der Vorlage: Die Verfassung bezweckt einzig und allein, für die Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen einen Ersatzdienst zu schaffen. Der Gesetzgeber ist demzufolge frei, zu bestimmen, welche Arbeit in diesem Zivildienst geleistet werden soll.
Der Zivildienst dient zivilen Zwecken und muss im öffentlichen Interesse liegen. Diesbezüglich schliesst sich die Kommission dem Nationalrat an, will aber auf die Einschränkung, dass der Zivildienst zur Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt beitragen müsse, verzichten.
Der Zivildienst hat seine Wurzeln in der allgemeinen Wehrpflicht. Er soll daher streng und fordernd sein. Er muss seriös organisiert werden und kontrolliert ablaufen. Dies verlangt das Prinzip der Wehrgerechtigkeit. Das schliesst nicht aus, dass im Vollzug Neigungen und Eignungen der zivildienstpflichtigen Personen berücksichtigt werden. Hier sei vor allem auf den Auslandeinsatz verwiesen, bei dem die Kommission sogar verlangt, dass berufliche Fähigkeiten oder einschlägige Erfahrungen vorzuweisen sind.
Wohl sollen die zivildienstleistenden Personen an der Gestaltung ihrer Einsätze mitwirken können. Die vollziehenden Behörden müssen aber die Befugnis haben, zu befehlen und sich jederzeit gegenüber Partikularinteressen durchzusetzen. Der vorliegende Entwurf erfüllt diese Anforderungen.
Einige Punkte zum Zivildienst:
1. Zivildienst leisten kann nur, wer militärdienstpflichtig ist. Dieser Grundsatz ist allgemein anerkannt. Es ist ein begründetes Zulassungsgesuch einzureichen. Das Gesuch wird durch eine zivile Kommission geprüft. Jede gesuchstellende Person ist anzuhören. Hier besteht bei Artikel 18 eine Differenz zum Nationalrat. Die Mehrheit der Kommission ist überzeugt, dass die persönliche Anhörung so zentral ist, dass sie auf jeden Fall stattfinden muss. Nur wer persönlich mit der gesuchstellenden Person sprechen kann, ist in der Lage, im Sinne des Gesetzes zu entscheiden, ob die Voraussetzungen zur Zulassung zum Zivildienst gegeben sind. Gegen die Ablehnung eines Zulassungsgesuches kann bei der verwaltungsunabhängigen Rekurskommission des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes Beschwerde geführt werden.
2. Die Zivildienstpflicht beginnt mit der Zulassung zum Zivildienst und endet – wie beim Militärdienst – mit der Erfüllung des 42. Altersjahrs, der vorzeitigen Entlassung oder dem Ausschluss aus dem Zivildienst. Wer seine ordentlichen Zivildienstleistungen erbracht hat, bleibt aber – wie beim Militärdienst – bis zur Entlassung zivildienstpflichtig. Er kann in Notlagen zu zusätzlichen ausserordentlichen Dienstleistungen aufgeboten werden. Mit der Entlassung aus der Zivildienstpflicht erfolgt automatisch der Übertritt in den Zivilschutz.
3. Der Zivildienst dauert in jedem Fall anderthalbmal so lange wie der nicht persönlich geleistete Militärdienst. In der Regel wird er auf mehrere Einsätze aufgeteilt. Die einzelnen Einsätze werden durch die Behörde hoheitlich verfügt. Einsatzbetriebe können im Rahmen von Vorstellungsgesprächen eine zivildienstpflichtige Person ablehnen.
4. Wer Zivildienst leistet, erbringt eine Arbeit, die im öffentlichen Interesse liegt. Es muss sich um eine zivile Tätigkeit handeln. Der Zivildienst ist kein Instrument der Gesamtverteidigung. Nur in ausserordentlichen Lagen kann eventuell eine Zusammenarbeit mit Organen der Gesamtverteidigung – beispielsweise mit dem Zivilschutz oder mit dem koordinierten Sanitätsdienst – angebracht sein.
Die Einsatzkompetenz über die zivildienstleistenden Personen bleibt aber auch in solchen Fällen bei den zivilen Behörden. Eine Unterstellung unter ein militärisches Kommando ist ausgeschlossen.
Als Tätigkeitsbereiche kommen insbesondere in Frage: Gesundheits- und Sozialwesen, Umwelt- und Naturschutz sowie die Landschaftspflege, Kulturgütererhaltung und Forschung, Forstwesen und Landwirtschaft sowie die Katastrophenhilfe. Das Gesetz erlaubt sowohl Einsätze von Einzelpersonen als auch von Gruppen von zivildienstleistenden Personen.
5. Als Einsatzbetriebe kommen öffentliche und private Institutionen in Frage. Letztere müssen allerdings in gemeinnütziger Weise tätig sein. Auf Gesuch hin wird ein Einsatzbetrieb anerkannt oder abgelehnt.
6. Grundsätzlich soll der Zivildienst in der Schweiz geleistet werden. Ausnahmsweise sind unter gewissen Voraussetzungen auch Einsätze im Ausland möglich. Sie sollen sich jedoch im Einzelfall jeweils als sinnvollste Lösungen geradezu aufdrängen.
Ob Auslandeinsätze überhaupt zugelassen werden sollen, war in der Kommission sehr umstritten. Sie hat dann einer Formulierung zugestimmt, die den Ausnahmecharakter der Auslandeinsätze noch deutlicher unterstreicht als die durch den Nationalrat gutgeheissene Fassung. Wer im Ausland den Ersatzdienst leisten will, muss sich über entsprechende berufliche Tätigkeiten oder einschlägige Erfahrungen ausweisen. Auch bezüglich Auslandeinsätze sollen die Zivildienstpflichtigen möglichst gleich behandelt werden wie die Militärdienstpflichtigen.
7. Der Zivildienst ist arbeitsmarktneutral bzw. muss arbeitsmarktneutral gestaltet werden. Zivildienstpflichtige Personen sollen nicht als billige Arbeitskräfte einzig zwecks Einsparung von Lohnkosten eingesetzt werden. Sie dürfen auch nicht die Chancen der Arbeitslosen auf eine berufliche Wiedereingliederung zunichte machen. Dauerstellen dürfen nicht mit zivildienstpflichtigen Personen besetzt werden. Einsatzbetriebe dürfen nicht feste Stellen wegen der Beschäftigung von zivildienstpflichtigen Personen abbauen. Die kantonalen Arbeitsmarktbehörden haben in diesen Fragen eine Kontrollfunktion und können intervenieren.
8. Der Rechtsstatus der zivildienstleistenden Personen ist in vielen Punkten demjenigen der militärdienstleistenden Personen angeglichen, dies vor allem bezüglich Sold, Verpflegung, Unterkunft, Militärversicherung usw.
Ein wichtiger Punkt im Zusammenhang mit diesem Gesetz ist auch dessen Vollzug. Der Zivildienst soll nach Ansicht der Kommission, aber auch nach Ansicht des Nationalrates, durch den Bund vollzogen werden. Die Kantone wehrten sich dagegen, in den Vollzug eingebunden zu werden und stellten finanzielle Forderungen, die der Bund nicht erfüllen kann. Die Frage, ob mit dem Vollzug der Bund oder die Kantone zu beauftragen seien, wurde in der Kommission eingehend, lange und breit diskutiert. Die Befürworter eines Vollzugs des Zivildienstes durch die Kantone machten unter anderem geltend, auch der Zivildienst müsse nach dem Prinzip der Subsidiarität der Bundeskompetenzen organisiert werden. Dass die Kantone die Vollzugskosten scheuten, sei allenfalls nur ein Grund dafür, mit ihnen nochmals zu verhandeln, auf keinen Fall ein ausreichender Anlass dafür, ihnen die Kompetenzen vorzuenthalten. Die Kantone seien Nutzniesser der Zivildiensteinsätze, weshalb der Vollzug ihnen zuzuweisen sei.
Die Befürworter einer Bundeslösung machten demgegenüber geltend, ein einzelner Kanton sei zu klein, um einen effizienten, qualitativ hochstehenden Vollzug zu gewährleisten. In bezug auf den Vollzug der Arbeitsleistung nach der Barras-Reform waren nur wenige Kantone bereit, sich auf freiwilliger Basis zu Vollzugsregionen zusammenzuschliessen. Zudem konnten manche Kantone auch durch eine umfassende Kostengutsprache des Bundes nicht dazu bewegt werden, für den Vollzug ausreichende personelle Kapazitäten zur Verfügung zu stellen.

Die Kommission hat in der Folge Effizienzüberlegungen und die Erfahrungen im Vollzug der Barras-Reform höher gewichtet als Überlegungen bezüglich Föderalismus und Subsidiarität.
Sowohl in der ersten als auch in der zweiten Lesung wurden Anträge, die Vollzugsaufgaben vorrangig den Kantonen zu übertragen, mit klaren Mehrheiten abgelehnt. Die neu zu schaffende Vollzugsstelle wird – wie der Kommission versichert wurde – beim Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement angesiedelt sein. Auf jeden Fall will die Kommission diese Frage nicht im Gesetz regeln.
Ich komme abschliessend noch kurz zu den Eckpunkten dieses Zivildienstes zu sprechen. Als Eckwerte dieses Zivildienstes gelten die Regeln bezüglich:
a. anerkennungswürdige Motive für die Zulassung zum zivilen Ersatzdienst;
b. die Dauer des Zivildienstes;
c. die Ausgestaltung des Zulassungsverfahrens.
Diese Eckwerte bilden gleichzeitig das Grundgerüst des Gesetzes.
Zu a: Am meisten Geist und Zeit beanspruchte in der Kommission die Diskussion der Frage, ob als Zulassungsgrund einzig die Glaubhaftmachung der Unvereinbarkeit der Militärdienstleistung mit dem Gewissen genüge. Die Kommission hat sich in der ersten Lesung mit 5 zu 4 Stimmen dem Nationalrat angeschlossen, das heisst, sie hat sich für die offene Lösung ohne Einschränkung auf spezielle – im Gesetz genannte – Gründe entschieden. Das Gewissen sei unteilbar. Auch andere Gründe, nicht nur «ethische Grundwerte», können die Unvereinbarkeit des Militärdienstes mit dem Gewissen bewirken.
Erst in der zweiten Lesung – und dazu als Eventualantrag für den Fall, dass der Antrag mit den «ethischen Grundwerten» nicht obsiegt – wurde ein Antrag eingereicht, nach dem die Zulassung zum zivilen Ersatzdienst nur möglich ist, wenn glaubhaft dargetan wird, dass die Unvereinbarkeit der Militärdienstleistung mit dem Gewissen auf religiöse oder ethische Gründe zurückzuführen ist. Andere Gründe, welche eventuell ebenfalls die Unvereinbarkeit der Militärdienstleistung mit dem Gewissen bewirken, werden nicht anerkannt. Mit 6 zu 4 Stimmen kam der Mehrheitsantrag zustande. Die Minderheit will sich dem Bundesrat und Nationalrat anschliessen.
Zu b: Die Dauer des Zivildienstes gab in der Kommission zu keiner Diskussion Anlass. Nur eine im Vergleich zum Militärdienst wesentliche längere Dauer des Zivildienstes wird den zentralen Postulaten der Wehrgerechtigkeit und der Gleichwertigkeit zwischen Militär- und Zivildienst gerecht. Eine zu kurze Dauer macht den Zivildienst attraktiv und verletzt das Prinzip des Vorrangs der Militärdienstpflicht. Der Stellenwert des Zivildienstes wird gemeinhin am Einsatz gemessen, den die einzelne zivildienstpflichtige Person zu erbringen hat. Da in wesentlichen Punkten zivile Regeln gelten – man denke an die zivilen Arbeits- und Ruhezeiten –, muss bei der Dauer ein Ausgleich erfolgen. Die Kommission erachtet daher den Faktor 1,5 als angemessen.
Zu c: Das Zulassungsverfahren hat die Funktion, missbräuchliche Gesuche zu erkennen. Da nur im persönlichen Gespräch erkennbar ist, ob der einzelne Gesuchsteller mit seiner ganzen Persönlichkeit hinter seinem Gewissensentscheid steht und ob dessen Konsequenzen für ihn unausweichlich sind, liegt die einzig richtige Lösung darin, jeden Gesuchsteller anzuhören. Die Kommission vertritt die Meinung, dass von diesem Prinzip keine Ausnahmen gemacht werden können. Die äusserst schwierige Beurteilung kann und darf nicht nur gestützt auf ein schriftliches Gesuch erfolgen.
Somit hat die Kommission bezüglich der Eckwerte des Gesetzes zwei wesentliche Differenzen zum Nationalrat geschaffen: erstens mit Bezug auf die Zulassungsgründe, und zweitens mit Bezug auf das Zulassungsverfahren.
Ich wiederhole abschliessend den Antrag, es sei auf die Vorlage einzutreten und es sei ihr zuzustimmen.

Plattner Gian-Reto (S, BS): 92 Jahre hat es gedauert, bis aus der ersten Petition für die Einführung eines Zivildienstes für Militärdienstverweigerer ein Gesetzentwurf geworden ist, der eine gute Chance hat, in Kraft zu treten. Wir brauchten also sehr viele Anläufe; mehr, als sogar in der notorisch bedächtigen Schweiz sonst üblich sind. Erst 1977 erreichte die Zivildienstfrage zum ersten Mal das staatspolitische Niveau einer Volksabstimmung. Insgesamt musste das Volk viermal befragt werden; zweimal sagte es nein. Gnade fand dann endlich die Barras-Reform, welche die Dienstverweigerer entkriminalisierte. Aber vorbehaltlos ja zu einem Zivildienst sagte das Volk erst 1992.
Den damals gegebenen Verfassungsauftrag für die gesetzliche Regelung dieses alten, fast uralten Problems erfüllen wir heute als letztes Land Europas. Ich kann es mir nicht verkneifen zu sagen: Was sind wir doch für ein Volk von Zögerern! Ich hoffe, das wird uns nicht einmal noch den Kopf kosten; doch lassen wir das.
Eintreten wird heute wohl unbestritten bleiben, zumal der Erstrat nach einer disziplinierten und einvernehmlich geführten Debatte die tragfähige bundesrätliche Vorlage im wesentlichen unverändert übernommen und mit überwältigendem Mehr gutgeheissen hat. Auch ich möchte meiner Genugtuung darüber Ausdruck geben, dass diese beinahe unendliche Geschichte noch in diesem Jahrhundert ein Happy-End findet, und trete somit gerne auf diese Vorlage ein.
Ich möchte jedoch nicht so verstanden werden, als fände ich «Ende gut, alles gut». Zum einen denke ich in dieser Stunde an die vielen jungen Männer, die wir in den vergangenen Jahren ins Gefängnis gesteckt haben, obwohl sie eigentlich nur die Freiheit ihres eigenen Gewissens in Anspruch nahmen – eine Freiheit, die zu den Grundrechten unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates gehört. Für diese Männer kommt unsere fast hundert Jahre lang herangereifte Einsicht zu spät. Sie mussten dem damaligen Zeitgeist ein Opfer bringen, welches meines Erachtens unverhältnismässig, in gewissem Sinne auch masslos war.
Ein solcher Gefängnisaufenthalt ist ja kein Schleck, sondern eine Bedrohung der Persönlichkeit, gerade für jene jungen Leute, die nicht als kriminelle Täter, sondern als sensible Gesellschaftskritiker eingesperrt worden sind. Dass diese Männer dieses grosse Opfer dennoch brachten, zeugt von der Ernsthaftigkeit ihrer Gewissensnot und straft all jene Lügen, welche in der Dienstverweigerung immer nur Drückebergerei und Verweigerung sahen.
Ich denke, Dienstverweigerer sind keine Bedrohung für unser Land; sie waren es auch nie. Sie sind viel eher ein Stück des unverzichtbaren Sauerteigs der Gesellschaft. Sie stellen nämlich mit einer unerhörten Schärfe eine Frage, die nie eindringlich genug gestellt werden kann: Die Frage nach der Berechtigung von Gewalt von Menschen gegen Menschen. Weil aber die Gesellschaft, gewalttätig wie sie ist, dieser Frage gerne ausweicht, wurden Leute, die diese Frage scharf stellten, lange Zeit wie Kriminelle behandelt.
Es ist das grosse Ereignis dieser Stunde, dass wir Schweizerinnen und Schweizer endlich – bald als letzte – diese verständnislose, verbissene Haltung gegenüber Teilen unserer eigenen Jugend seit einigen Jahren hinter uns gelassen haben und nun dabei sind, das im Gesetz entsprechend festzuschreiben. Diese Haltung war weiss Gott kein Ruhmesblatt.
Damit bin ich bei meinem zweiten Zweifel am schon eingetretenen Happy-End der Zivildienstsaga. Das krämerische Feilschen um die präzise Formulierung des Grundsatzartikels 1 – der Präsident hat es erwähnt – zeigt mir, dass in manchen Köpfen immer noch erhebliche Ängste sitzen, bei einer zu liberalen Definition der Zulassung zum Zivildienst käme gleich die ganze Wehrhaftigkeit der Schweiz ins Rutschen.
Ich kann darüber nur den Kopf schütteln: Was ist doch das für ein Mangel an Selbstvertrauen! Als ob gerade bei uns, ausgerechnet in der Schweiz, die Wehrbereitschaft derart schwach verankert wäre, soviel schwächer als in den anderen europäischen Demokratien, die fast ausnahmslos gerade eine liberale Definition der Zulassung zum Zivildienst kennen.
Für mich sind das unbegründete Ängste. Sie sind Zeichen eines fundamentalen und noch immer nicht endgültig über-

wundenen Zweifels an der Redlichkeit jener jungen Menschen, die es sich erlauben, die Gesellschaft in dieser Beziehung radikal, aber friedlich in Frage zu stellen. Für mich sind das – ich bitte Sie, die Schärfe der Formulierung zu verzeihen – repressiv ausgedrückte Ängste verunsicherter Autoritäten.
Ich bin aber dennoch froh und zuversichtlich, dass das Zivildienstgesetz in dieser Session verabschiedet werden kann und möglichst auf den 1. Januar 1996 in Kraft gesetzt werden wird. Es bleibt zwar dennoch weitere Aufklärung nötig, bis Dienstverweigerer auch bei uns in der Schweiz als Menschen weder verachtet noch geächtet werden. Erst wenn die Gesellschaft trotz des auch von mir nicht bestrittenen Primates des Wehrdienstes begreift, dass andere, friedlichere Formen des Dienens an der Gemeinschaft mindestens so wertvoll sind wie der Militärdienst, wenn also z. B. im Berufsleben die vollbrachte qualifizierte Leistung von zivilem Gemeinschaftsdienst ebenso karrierefördernd, oder sagen wir, mindestens ebenso wenig karrierehindernd wird wie die Dienstleistung in Uniform, erst dann bin ich bereit, von einem Happy-End in der Zivildienstsaga zu sprechen. Für mich bringt der heutige Tag einen zwar sehr wichtigen, aber doch bloss einen Schritt auf diesem langen Weg, den wir noch nicht zu Ende gegangen sind.
Ich bitte Sie um Eintreten auf die Vorlage.

Huber Hans Jörg (C, AG): Für ein Land mit einer allgemeinen Wehrpflicht, einem Milizsystem und einer langen Tradition ist es nicht leicht, einen Ersatzdienst zu normieren. Die Aufgabe wird noch schwieriger, wenn es sich um einen neutralen Kleinstaat handelt, der völkerrechtliche Pflichten hat, z. B. die Neutralität oder den neutralen Raum bei Verletzung mit der Waffe zu verteidigen. Schliesslich sind wir ein Staat – das ist der entscheidende Unterschied zu anderen Nationen, Herr Plattner –, der keine Angriffskriege führt, sondern im Notstand und in Notwehr das Land gegen fremde Gewalt verteidigt. Daraus ergibt sich für mich, dass der Militärdienst vom Gewissen her gerechtfertigt ist und dass es keine Gründe gibt, diesbezüglich Gewissenszweifel zu haben.
Lassen Sie mich das mit einem Zitat aus einer unverdächtigen Quelle belegen: «Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.» Das ist die entscheidende Stelle in den Dokumenten des 2. Vatikanischen Konzils, dem es aber auch als angebracht erscheint, dass Gesetze geschaffen werden für jene, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst verweigern, vorausgesetzt, dass sie zu einer anderen Form des Dienstes an der menschlichen Gemeinschaft bereit sind.
Wenn Sie, Herr Plattner, ein Loblied auf die subtilen Dienstverweigerer gesungen haben, dann möchte ich sagen, dass ich meinerseits denen die Anerkennung ausspreche, auf Generationen hinaus, die mit grosser Selbstverständlichkeit den Dienst geleistet haben und bereit waren, ihr persönliches Leben im Ernstfall für das Land, seine Menschen und seine Werte einzusetzen. Das darf in dieser Diskussion meines Erachtens nicht vergessen werden.
Der Verfassunggeber hat es sich in der Frage der Normierung der Dienstverweigerung leichtgemacht. Er hat dem Gesetzgeber allen Freiraum gelassen und nur darauf hingewiesen, dass normiert werden muss.
Ich stimme den Randbedingungen, wie sie der Bundesrat formuliert hat, zu: Primat der Militärdienstpflicht, Zivildienst als Ersatz für Verweigerer; keine freie Wahl zwischen Militärdienst und Zivildienst; Zulassung zum Zivildienst nur bei Erfüllung bestimmter Bedingungen; ein Anerkennungsverfahren, das dem Gesuchsteller gerecht wird, gleichzeitig aber Missbräuche verhindert und die Interessen der militärischen Landesverteidigung sicherstellt. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen gibt es für mich zentrale Eckwerte, die innerlich zusammenhängen und unterschiedlich beurteilt werden, wenn Teile davon herausgebrochen werden.
Zuerst die Gewissensgründe: Ich stimme hier als Vertreter der Minderheit der Fassung des Bundesrates und des Nationalrates zu. Wenn Gewissensgründe glaubhaft gemacht werden, die mit der Lebensführung kongruent sind, wenn die Verweigerer insbesondere dem Element der Gewaltlosigkeit verpflichtet sind, dann finden sie meine Zustimmung; dann bin ich bereit, für sie eine andere Behandlung eintreten zu lassen. Was die Dauer des Ersatzdienstes angeht, stimme ich dem Faktor 1,5 zu. Ich stimme aber insbesondere dem Modell der Teileinsätze gemäss Artikel 20 der Vorlage zu.
Zur Ausgestaltung des Zulassungsverfahrens: Ich wünsche keinen «Aktenprozess», sondern in jedem Fall eine persönliche Anhörung, damit der ausgebildete Gewissensentscheid überprüft werden kann; die Echtheit des Gewissensentscheides ist vom Gesuchsteller darzulegen. Ich stimme dem Vollzug durch den Bund mit dezentralen Stellen zu, wobei ich mit Bedauern davon Kenntnis genommen habe, dass dieses Gesetz eine rechtsstaatlich zumindest nicht in allen Teilen befriedigende Vorwirkung hat, indem verurteilte Dienstverweigerer nicht mehr in den Vollzug genommen wurden, und dies seit längerer Zeit.
Das Problem der Behandlung der Dienstverweigerer steht lange an; es hat verschiedene Ausprägungsformen angenommen. Bei einer Milizarmee mit dem Grundsatz der Wehrgerechtigkeit ist das verständlich. Heute ist die Zeit gekommen, den Verfassungsauftrag zu erfüllen.
Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass es sich hier um eine Pendenz der Darlegungen zur Sicherheitspolitik aus dem Jahre 1990 durch Bundesrat Villiger, quasi den Startschuss zur «Armee 95», handelt, also ist auch hier ein innerer Zusammenhang gegeben.
Schliesslich tun Sie, so meine ich, der Truppe einen Dienst, wenn Sie sie von Kameraden entlasten, die echte Gewissensskrupel haben, und geben diesen Menschen die Chance, sich im Zivildienst dennoch für die Gemeinschaft positiv einzusetzen.
Lösen wir das Problem in Übereinstimmung mit dem Nationalrat, der dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung mit dem beachtlichen Stimmenverhältnis von 118 Ja zu 17 Nein zustimmte.

Rüesch Ernst (R, SG): Wenn wir heute das Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst beraten, ist es meines Erachtens nicht uninteressant, auch auf ausländische Erfahrungen zurückzugreifen. In allen umliegenden Staaten, die den Zivildienst bereits kennen, hat man Erfahrungen gemacht, welche zum Teil verheerend sind.
1. Deutschland: Nur 38 Prozent der Wehrpflichtigen leisten Militärdienst, die Zahl der Verweigerer ist auf 28 Prozent eines Jahrganges angewachsen. 1993 standen 155 000 Rekruten 131 000 Dienstverweigerern gegenüber.
2. Frankreich: Die Zahl der Dienstverweigerer ist trotz längerer Dauer des Zivildienstes auf 10 Prozent eines Jahrganges angestiegen. Das wäre bei uns das Zehnfache dessen, was wir heute haben.
3. Österreich: Die Zahl der Dienstverweigerer ist in den letzten Jahren so angestiegen, dass die Regierung befürchtet, die notwendige Mindestzahl von 34 000 Wehrpflichtigen nicht mehr zu erreichen. Eine Verlängerung des Zivildienstes wird darum zurzeit erwogen. Als 1991 die Gewissensprüfung abgeschafft wurde, verdreifachte sich die Zahl der Dienstverweigerer innert Jahresfrist von 4000 auf 12 000.
Nun werden diejenigen unter uns, welche der Ansicht sind, man könne unsere Armee ruhig halbieren, in solchen Erfahrungen keine Gefahr für die Truppenbestände sehen. Das Problem liegt aber tiefer. In Deutschland verweigern ganze Gymnasialklassen geschlossen den Dienst: Wer in die Armee geht, ist ein Mörder. Das deutsche Verfassungsgericht hat ja bekanntlich den auf Tucholsky zurückgehenden Vorwurf «Soldaten sind Mörder» als straffrei erklärt. In solchen Gymnasialklassen herrscht Sozialzwang: Wer zur Armee geht, wird geächtet.
Übertragen Sie nun diese Entwicklung auf unsere Verhältnisse. Wenn das bei uns Schule macht, verliert die Milizarmee ihre Kader. Die Deutsche Bundeswehr hat im wesentlichen Berufskader und braucht für ihre Bestände nur einen Bruchteil eines Jahrganges. Wenn unsere Milizarmee durch

Sozialzwang einen erheblichen Teil ihrer Kader verliert, ist sie auf Umwegen abgeschafft. Der Zivildienst ist ein Ersatz und keine Alternativlösung, dies verlangt der Verfassungsartikel, der den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht festschreibt. Alle Versuche, jetzt über das Gesetz einen freiwilligen Militärdienst in die Armee einzuführen, sind darum verfassungswidrig.
Ich wurde hellhörig, als ich Herrn Plattner vorhin argumentieren hörte, es gebe Einsätze im Zivildienst, die mindestens so wertvoll seien wie der Militärdienst. Damit wird wohl der Zivildienst bereits über den Militärdienst gehoben und der Militärdienst in seinem Wert um eine Etage gesenkt. Auf alle Fälle – das muss ich Ihnen sagen, Herr Plattner – bin ich nicht bereit, mich dafür zu entschuldigen, dass ich in meinem Leben über 2000 Diensttage geleistet habe.
Aber vielleicht kommt ein solches Begehren mit der Zeit; Sie haben das anlässlich der Jubiläumsfeierlichkeiten zum Gedenken an 50 Jahre Ende des Aktivdienstes erlebt. Da hat sich eine Stimmung verbreitet, als ob die ehemaligen Soldaten sich bald noch für ihren Dienst am Vaterland während sechs Jahren entschuldigen müssten. Die ausländischen Erfahrungen verlangen darum Bestimmungen, welche verhindern, dass der Zivildienst zur billigen Lösung wird und die Militärdienstleistenden diskriminiert werden.
Problematisch erscheinen mir in diesem Zusammenhang die Auslandeinsätze. England wirbt für seine Berufsarmee mit dem Slogan «Go into the army and see the world». Wenn man ins neue Gesetz auf Umwegen einen Rechtsanspruch für Auslandeinsätze interpretieren könnte, könnte man sich fragen, wer dann noch bereit wäre, in Neuchlen-Anschwilen ein Schützenloch zu graben, wenn er statt dessen ein wenig die Welt ansehen kann.
Ich möchte den Kommissionspräsidenten deshalb ersuchen, zuhanden der Materialien festzuhalten, dass ein solcher Rechtsanspruch auf Auslandeinsätze in der späteren Handhabung nicht aus dem Gesetz abgeleitet werden kann.
Aus denselben Überlegungen kann auf ein mündliches Verfahren nicht verzichtet werden. Die Mehrheit der Kommission hat in Artikel 18 klare Grenzen gesetzt, und ich hoffe, dass der Rat hier der Mehrheit der Kommission folgen wird. Nur wenn die Bestimmungen für den Zivildienst in diesem Gesetz so ausgestaltet sind, dass der Verfassungsauftrag der Priorität der Militärdienstleistung weiterhin erfüllt ist, und wenn verhindert werden kann, dass dieses Gesetz zu einem Missbrauchsgesetz wird, nur dann kann ich ihm zustimmen.

Martin Jacques (R, VD): Je n'ai malheureusement pas pu assister à la totalité des travaux de la commission, c'est la raison pour laquelle la proposition que vous allez recevoir ce matin ne figure pas dans le dépliant. Je le regrette et j'espère que le Conseil me pardonnera cette légère entorse à la procédure. Je défendrai ma proposition au moment venu.
Concernant l'entrée en matière, je suis d'accord pour l'essentiel avec les versions proposées tant par le Conseil fédéral que par le Conseil national, même si – avec cette restriction bien sûr – le projet initial ne tient pas toujours compte des orientations exprimées par les cantons lors de la procédure de consultation.
Permettez-moi de rappeler que le service civil se substitue au service militaire. Or, le service militaire étant une tâche de la Confédération, il est logique qu'elle garde ses compétences dans ce domaine. Toutefois, ces compétences peuvent être déléguées, et ce, d'autant plus dans un système de confédération d'Etats tel que le nôtre.

Schoch Otto (R, AR): Für einmal ist es keine Frage, ob wir ein Gesetz brauchen oder ob wir auf das Gesetz verzichten können. Artikel 18 Absatz 1 der Bundesverfassung schreibt im zweiten Satz vor, dass das Gesetz einen zivilen Ersatzdienst vorzusehen habe, und dieses Gesetz müssen wir deshalb jetzt erlassen.
Angesichts der fast ungeteilt guten Aufnahme, die die Vorlage im Rat gefunden hat, kann ich mich auf wenige Bemerkungen beschränken. Es sind Bemerkungen, die vor allem meine Position klarstellen sollen, nachdem aus der Fahne nicht ersichtlich ist, dass ich beim wesentlichen Artikel 1, bei der einzigen nennenswerten Differenz, zur Minderheit gehöre und Ihnen mit der Minderheit beantrage, dem Bundesrat und dem Nationalrat zu folgen.
Ich möchte aber – das sage ich vor allem an die Adresse von Herrn Rüesch – in aller Form festhalten, dass wir hier einen Gesetzentwurf vor uns haben, der auf der restriktiven und nicht etwa auf der permissiven Seite angesiedelt ist. Herr Rüesch hat offenbar Mühe mit dem Verfassungsauftrag, aber was wir tun, das machen wir im Rahmen des Auftrages, den der Souverän uns erteilt hat. Wir vollziehen nur gerade das, was die Verfassung vorschreibt, und zwar in einer Art und Weise, die durchaus sehr viel permissiver hätte ausfallen können. Wir stipulieren keine Wahlfreiheit für denjenigen, der Zivildienst leisten will, sondern er muss durch ein formelles Zulassungsverfahren hindurchgehen; durch ein Zulassungsverfahren, das dann erst noch persönlich durchschritten werden und es generell verunmöglichen soll, nur gerade schriftliche Gesuche zu stellen und diese Gesuche schriftlich zu beantworten. Damit könnte ich zur Not noch leben, auch wenn ich dort die Minderheit vertrete und zu dieser Minderheitsposition noch sprechen werde. Aber jedenfalls sieht die Mehrheit ein formelles Zulassungsverfahren mit persönlicher Anhörung jedes einzelnen vor.
Wir haben auch kein reines Tatbeweismodell. Also nicht einfach eine Lösung, wonach ein Dienst von eineinhalbmal längerer Dauer als der Militärdienst absolviert werden soll und dann ist die Geschichte erledigt. Zum Tatbeweismodell hinzu muss noch die Gewissensnot kommen. Wenn die Position der Mehrheit zum Tragen kommen sollte, wäre es erst noch eine qualifizierte Gewissensnot, nämlich eine Gewissensnot, die ethisch oder religiös begründet sein müsste. Wir haben also sehr restriktive Elemente eingebaut, und wir haben das auch mit Bezug auf die Handhabung und Ausgestaltung so vorgesehen. Wir haben nicht im Sinn, einen Club Méditerranée zu gründen, sondern wir haben ganz klare Voraussetzungen geschaffen und Pflöcke eingeschlagen, die gewährleisten werden, dass der Zivildienst so ausfallen wird, dass er dem Land Nutzen bringt, aber auch dem Betroffenen dient.
Ich habe schon Verständnis für die Position jener, die aus der Sicht von 2000 Tagen Militärdienst vielleicht eine etwas andere Optik haben. Ich möchte dazu aber immerhin sagen, dass auch die Zahl meiner Diensttage 1857, also nahe bei 2000, beträgt. Ich bringe aber noch eine zusätzliche Erfahrung in diesen Rat ein, und das ist die Erfahrung als Militärrichter während zwölf Jahren. Ich habe bei sehr vielen Dienstverweigererprozessen und bei der Verurteilung vieler Dienstverweigerer auf der Basis des geltenden Rechtes mitgewirkt. Ich habe dabei kein schlechtes Gewissen gehabt, aber ich habe klar zur Kenntnis nehmen müssen, dass hier ein Handlungsbedarf besteht. Die Erkenntnis, dass wir diesem Handlungsbedarf Rechnung tragen müssen, führt mich jetzt dazu, zur vorliegenden Vorlage des Bundesrates und des Nationalrates klar und überzeugt ja zu sagen. Das Amt des Militärrichters ist eine Erfahrung, die mehr wiegt als der normale Militärdienst. Dieser bringt nicht die Einsichten, die in der Tätigkeit eines Militärrichters mit enthalten sind.
Die Bestandessorgen, die Herr Rüesch im Zusammenhang mit diesem Gesetz zum Ausdruck bringt, sind zweifellos unbegründet. Zum einen, weil ich mir nicht recht vorstellen kann, dass jetzt einfach die halbe Jugend dem Zivildienst anstatt dem Militärdienst den Vorzug geben wird. Das scheint mir schlicht ausgeschlossen. Zum zweiten sind die Sorgen auch deshalb unbegründet, weil – das müssen wir einmal mehr festhalten, ich habe das bereits früher bei mehreren Gelegenheiten zu Protokoll gegeben – unsere Armee, die nach dem Modell «Armee 95» noch 464 000 Angehörige zählen soll (sie wird eine Bestandesreduktion über kurz oder lang wegen der demographischen Entwicklung sowieso in Kauf nehmen müssen), mit einer Bestandesreduktion nicht nur leben können muss und leben können wird. Vor allem sind die Sorgen aber auch deshalb unbegründet, weil eine Armee mit noch weniger Fett und noch stählernen Muskeln sehr viel mehr ausrichten wird als eine Armee, die nach Bestandesvorstellungen ausgestaltet ist, wie sie vielleicht bei

Napoleon noch Gültigkeit hatten oder möglicherweise auch zu Zeiten des Zweiten Weltkrieges, als die deutschen Divisionen und Korps in die russischen Ebenen hineinmarschierten.
Das ist heute anders. Heute zählen Brainpower und Technologie. Eine modern ausgerüstete, modern ausgebildete und perfekt motivierte Armee bewirkt mehr als riesige Volksheere. Vor allem aus diesem Grunde meine ich, dass die Bestandessorgen völlig unbegründet sind.
Noch ein Wort zur zentralen Differenz in Artikel 1; ich werde mich dann bei der Detailberatung nicht mehr zu Artikel 1 äussern. Ich möchte dazu einfach auf die Botschaft Seite 30 verweisen. Die Ausführungen dort sind für mich überzeugend, zwingend geradezu. Ich möchte festhalten, dass das Gewissen nach meinem Verständnis unteilbar ist, und ich möchte auf einen Satz von Thomas Morus hinweisen, den Herr Huber in der Kommission zu Protokoll gegeben hat und der mich sehr beeindruckt hat. Herr Huber hat Morus zitiert, und ich darf das aus dem Protokoll wiedergegeben: «Ich werde nichts tun und alles unterlassen, was mein Gewissen geoder verbietet.»
Damit ist das Wesentliche gesagt. Um aber am Ende meiner kurzen Ausführungen noch einen unverdächtigen Zeugen zu nennen, möchte ich einen Absatz aus der Stellungnahme der Schweizerischen Offiziersgesellschaft im Vernehmlassungsverfahren zitieren: «Aus der Überzeugung, dass das Gewissen kaum überprüfbar und eine allfällige Unterscheidung der Bewertung der ethischen und zwangsläufig nichtethischen Beweggründe eines Militärdienstverweigerers aber noch schwieriger durchzuführen ist, hält der Ausschuss des Zentralvorstandes der Schweizerischen Offiziersgesellschaft es für zweckmässiger, die offene Formulierung von Artikel 1 im Gesetz festzuschreiben.»
Ich meine, damit sei auch die Entscheidung für die Differenz bei Artikel 1 vorgezeichnet.

Huber Hans Jörg (C, AG): Ich möchte mich beim Eintreten lediglich noch zu einem Problem äussern, weil es mir für die ganze Diskussion wesentlich scheint, und weil Herr Schoch ihm die nötige Aufmerksamkeit geschenkt hat. Ich möchte noch hinzufügen, dass ich fünf Jahre als Verteidiger vor Divisionsgericht und fünf Jahre als Richter in einem Divisionsgericht einzubringen habe. Wir sind uns also, Herr Schoch, bezüglich Erfahrungen auf diesem Gebiet einigermassen ähnlich.
Das Problem, das ich anleuchten will, ist das Bestandesproblem. Herr Schoch, das Bestandesproblem ist nicht – wie es auch in der Expertise heisst, die die Sozialdemokratische Partei nach getreuer Tradition bei einem deutschen Fachmann bestellt hat – unabhängig von gewissen Elementen anzusehen. Die Elemente in der Schweiz, die für eine angemessene und relativ hohe Zahl sprechen, sind die folgenden:
1. Da sind einmal der Raum, seine Unterteilung, seine Überbauung und die Möglichkeiten der Beweglichkeit, über die wir nur eingeschränkt verfügen.
2. Der Bestand hat sich nach dem Auftrag zu richten. Es ist sehr interessant, dass der Armeeauftrag in dieser erwähnten Studie aus Deutschland keiner gründlichen Analyse unterzogen wird.
3. Es ist einfach nicht richtig, wenn bezüglich unserer umliegenden Länder nicht auf die Verpflichtungen verwiesen wird, die aus internationalen Verträgen resultieren: dass fremde Truppen im Fall eines Angriffs dem betroffenen Land zu Hilfe eilen. Diese Situation haben wir nicht. General Guisan hatte sie einmal vorgesehen. Die daraus möglichen Konsequenzen sind Gott sei Dank nicht eingetreten, wie die neue Literatur eindeutig belegt.
Das entscheidende Argument ist aber noch ein anderes. Dort, wo kein Soldat ist, ist in der modernen Kriegsführung das Feuer; das erlebt Sarajewo heute drastisch. In diesem Feuer sind nicht die Soldaten, sondern die Zivilisten die Opfer. Darum muss ich Ihnen sagen: Ich habe kein Verständnis dafür, dass wir eine Armee, schon aus Gründen der Wehrgerechtigkeit, mit geringen Beständen aufstellen wollen, sondern wir haben nach wie vor im Verhältnis zu unseren Nachbarn mit relativ hohen Armeebeständen anzutreten. Ich möchte nicht – ich sage das eindringlich –, dass diese Vorlage zu einer personellen Schwächung der Armee führt.
Ich bitte Sie, diese Überlegungen mit einzubeziehen. Insbesondere wünsche ich, dass die Praxis dieses Gesetz im Detail ausgestaltet und sich auch an diesen Gedanken orientieren wird.

Schoch Otto (R, AR): Es liegt mir daran zu verhindern, dass ein Missverständnis aufkommen könnte. Ich bleibe bei dem, was ich gesagt habe, möchte aber betonen, dass meine Ausführungen in keinster Weise eine Stellungnahme zugunsten der Studie Unterseher sein sollten. Ich habe diese Studie zwar gelesen, aber in keiner Weise etwa in Auftrag gegeben. Ich möchte vor allem auch betonen, dass ich mit meiner Stellungnahme, bei der ich bleibe, nicht etwa der mittlerweile ohnehin gegenstandslos gewordenen «Halbierungs-Initiative» das Wort reden wollte. Ich bin – im Gegenteil – der Meinung, die Kosten einer hochmodern ausgerüsteten und perfekt ausgebildeten Armee seien auch bei bescheideneren Beständen immer noch gleich hoch, wenn nicht sogar höher als das, was wir heute für die Armee ausgeben. Das soll hier gesagt und festgehalten sein.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Le dimanche 17 mai 1992, il y a donc à peine plus de trois ans, le peuple, à une majorité très large de 82 pour cent, a introduit dans notre constitution le principe de l'organisation d'un service civil. Il l'a fait en complétant l'alinéa 1er de l'article 18 pour lui donner la teneur suivante: «Chaque Suisse est tenu au service militaire. La loi prévoit l'organisation d'un service civil.»
La primauté, que dis-je, le caractère obligatoire, du service militaire est ainsi confirmé, bien entendu, et la loi que nous sommes en train d'aborder doit ancrer le principe de l'obligation du service militaire, et considérer le service civil non pas comme un service alternatif laissant le choix entre service militaire et service civil, mais bien comme un service de substitution. Il est essentiel de se rappeler ce fondement qui imprègne toute la loi dont nous allons discuter: le service militaire est obligatoire en Suisse et il le reste sans discussion, le service civil n'est qu'un service de substitution.
Cela étant, pour que le service civil reste un service de substitution et pour qu'il ne s'établisse pas un libre choix entre le service militaire et le service civil, ce qui serait contraire au mandat constitutionnel, il est indispensable que ce service civil soit défini rigoureusement quant aux motifs d'admission des candidats au service civil, quant à la procédure d'admission de ces candidats, et quant à la durée du service civil. C'est sur ces trois points que je vais m'exprimer dans le débat d'entrée en matière, car ils concernent plusieurs articles épars dans la loi – en particulier l'article 1er –, mais ils constituent un ensemble, et c'est de la logique que nous saurons donner à cet ensemble que nous pourrons déduire une loi équilibrée, vigoureuse et convenable.
1. J'aborde le premier point, ce premier pilier du service civil de substitution: la qualité pour y être admis. Le projet du Conseil fédéral, repris par le Conseil national, parle des motifs de conscience qui déterminent la personne concernée pour être admise éventuellement au service civil. Ces motifs de conscience doivent être rendus crédibles. Le régime actuel, qui prend en compte les valeurs éthiques fondamentales – seulement, devrais-je dire – ne donne pas satisfaction dans l'application que nous en faisons constamment. C'était en quelque sorte un service de transition, dès lors que le modèle définitif ne pouvait pas encore en être arrêté.
Mais nous voyons bien dans la pratique qu'il est problématique de distinguer, avec clarté, les motifs d'objection d'ordre éthique et les motifs d'ordre politique, par exemple. La conscience est indivisible, en effet, et cet exercice d'«équilibrisme» en quelque sorte que doivent faire actuellement les tribunaux militaires pour bien savoir si l'argumentation d'un candidat au service civil obéit uniquement à des motifs éthiques fondamentaux ou bien si elle n'a pas encore d'autres raisons, est un exercice parfois extrêmement arbitraire et même très théorique.

C'est la raison pour laquelle, parce que la conscience n'est pas divisible, le Conseil fédéral, puis le Conseil national, ont choisi une définition qui correspond à l'esprit dans lequel on a préparé l'article constitutionnel, dans lequel on l'a présenté au peuple et aux cantons, dans lequel on l'a commenté ensuite. Cet esprit consiste à prendre en compte dorénavant les motifs de conscience pris globalement et généralement. C'est bel et bien ces motifs de conscience, dont le candidat devra persuader et convaincre les commissions qui examineront son cas, qui sortent du plus profond de l'individu, qui sont l'expression d'une pensée, d'une conviction véritablement intime, qui seront pris en compte, et non plus une espèce de distinction casuistique entre les différents types d'objection de conscience.
Ce qui est certain, c'est que prendre ainsi en compte les arguments de conscience pour choisir et pour aller au service civil plutôt qu'au service militaire, ne sera jamais le cas des candidats violents. Je suis reconnaissant à M. Huber d'avoir, tout à l'heure, rappelé – je le fais à mon tour en toute clarté – qu'un candidat au service civil ne pourra être admis que s'il est non-violent. Tout candidat qui aurait donné dans des mouvements de violence, de situation politiquement explosive, tout candidat qui s'adonnerait à la révolution les armes à la main, tout candidat qui emprunterait à la violence, n'aura pas droit au service civil. Il faut le rappeler en toute clarté, pour qu'il n'y ait pas l'ombre d'une hésitation sur l'interprétation. Cela, le message l'écrit noir sur blanc. Nous l'avons ténorisé devant le plénum du Conseil national, je le répète ici: la violence est un motif d'exclusion clair et net du service civil éventuel auquel prétend un candidat.
Dès lors, nous voyons qu'avec une rigueur déjà dans la définition des conditions d'admission au service civil, nous évitons, dans cette loi, toute solution de facilité dont profiteraient les opportunistes, ceux qui se réclameraient d'une conscience un peu élastique qui les conduirait plus au «confort» du service civil qu'aux exigences et aux rigueurs du service militaire.
Les justes motifs de conscience ne sont pas une passoire pour le service civil qui permettrait à quiconque, pour autant qu'il soit assez convaincant devant la commission, de passer sans autre le barrage du service civil: ça n'est pas du tout le cas. La définition des motifs de conscience, – je reviendrai aux autres points tout à l'heure –, nous garantit qu'il ne sera pas fait un usage absolument opportuniste, qui serait scandaleux et qui irait à fins contraires, de l'obligation militaire de servir selon la nouvelle procédure. En prenant ces précautions et en précisant les choses très clairement quant aux motifs d'admissibilité, on milite d'une manière claire et nette pour le projet du Conseil fédéral et pour la décision du Conseil national.
A l'article 1er, je vous demande de ne pas suivre la proposition de la majorité de la commission. Je vous le dis très clairement, car, non seulement l'adoption de la proposition de la majorité ferait qu'on n'embrasserait pas la totalité raisonnable des arguments de conscience que nous avons pris en compte, mais nous irions encore moins loin avec la solution de la majorité que l'on ne va actuellement dans les tribunaux militaires en exercice.
Je m'explique. Soyez bien attentifs à cette gradation. Nous avions, avec le choix de motifs religieux ou éthiques du modèle Barras, élaboré une première solution en attendant des solutions plus définitives. Cette solution n'a pas été jugée convaincante par le Parlement. Elle s'est révélée très discutable, insuffisante pour embrasser des cas qui, manifestement, ressortissaient à la seule objection religieuse ou à la seule objection éthique. On avait choisi ce système en voulant partir d'une base volontairement restreinte, c'était en quelque sorte un essai.
C'est cette solution des motifs religieux ou éthiques qui a été abandonnée que voudrait reprendre la majorité de votre commission. Mais on n'y est pas du tout! Entre temps les choses ont évolué, on a fait une autre appréciation de la situation et on a pu prendre en compte non plus seulement les motifs religieux ou éthiques, mais les valeurs éthiques fondamentales. C'est donc un ensemble plus grand et plus général, qui est la pratique sur laquelle se fondent actuellement les tribunaux militaires. C'est une pratique qui, sans être permissive, est plus large que le système des motifs religieux et éthiques; c'est le deuxième étage, si vous voulez.
Maintenant, nous vous proposons de monter au troisième étage, avec la formule du Conseil fédéral et du Conseil national. Il n'est pas sage, alors qu'un mandat constitutionnel a été voté entre temps – c'est quand même quelque chose de plus définitif et de plus solide, surtout lorsqu'il est voté par 82 pour cent du peuple –, que le Parlement en revienne à des pratiques qui ne sont même pas celles d'aujourd'hui, mais des pratiques antérieures à celles en vigueur aujourd'hui. Je vous le demande: ne commettez pas ce pas en arrière qui, véritablement, remet en cause, du point de vue de la légitimité du mandat constitutionnel, quant à la définition des motifs, une décision non seulement clairement prise par le peuple, mais encore expliquée et commentée dans le sens où je le fais ici. Il ne s'agit donc pas d'une interprétation à l'intérieur de laquelle nous pourrions laisser aller notre libre arbitre et choisir la solution de moindre pente, il s'agit d'une solution qu'implique le mandat constitutionnel.
Je vous demande sur ce point de ne pas suivre la majorité de la commission.
De plus, à l'intention de ceux qui ont encore des doutes à ce propos, je répète que, réellement, la définition que nous proposons ici ne permettra ni le libre choix, ni toutes les facilités, ni l'accès, sans examen aucun, au service civil si on le préfère. Je pense même que, fondée sur une telle définition, la pratique de nos commissions de recours dans leurs décisions pourrait être plus rigoureuse que ne l'est celle des tribunaux militaires actuels, et qu'elle pourrait donner toute garantie au peuple que le service militaire reste dans ce pays le service obligatoire, et que le service civil n'est qu'un service de remplacement, mais jugé d'après les justes motifs du requérant.
2. Le deuxième pilier, qui «rigorise» encore – si vous me permettez l'expression – les conditions d'admission au service civil, c'est la procédure d'admission. En première instance, nous avons donc imaginé que des commissions civiles procéderaient à l'audition des requérants. L'audition consisterait à examiner le sérieux, l'intensité, le caractère inéluctable de la motivation de conscience avancée par le candidat. Elle consisterait à examiner aussi le contenu éthique de sa décision et de sa volonté; c'est un moyen efficace d'éviter les abus.
Le Conseil fédéral et le Conseil national ont choisi que l'on puisse exceptionnellement renoncer à cette audition personnelle devant la commission, lorsque le cas est évident et que le service civil s'impose, après examen attentif du dossier et délibérations de la commission. Votre commission, sur ce point, veut être moins permissive et veut rendre obligatoire la comparution devant la commission. Je peux comprendre cette raison. Je crois que c'est excessif dans la pratique, mais, à tout prendre, je pourrais m'imaginer que c'est supportable. Je plaiderai pour la formule du Conseil fédéral, plus souple et plus ouverte, mais à tout prendre, je pourrai l'admettre plus facilement que la proposition de la majorité de la commission à l'article 1er qui, lui, est véritablement le «Kernstück», comme on dit en français, de l'ensemble de cette loi. Voilà pour le deuxième pilier qui est celui de la procédure.
3. J'en viens au troisième pilier qui concerne la durée du service civil et, subsidiairement, les conditions d'accomplissement du service civil. Nous avons choisi d'en rester à la décision du Conseil national, après d'âpres débats. Certains voulaient aller plus loin, d'autres moins loin. Nous vous avons proposé un facteur de 1,5 pour les soldats – cela veut dire que ceux qui seraient versés dans le service civil, s'ils sont soldats, auraient à accomplir un service civil une fois et demie plus long que le service militaire total auquel ils seraient astreints s'ils étaient militaires – et de 1,1 pour les cadres, sous-officiers et officiers.
C'est une cote bien taillée. Sur ce plan, l'expérience de l'application de la loi Barras, qui n'a pas réussi quant au choix des motifs, mais qui a réussi quant à l'équilibre des durées,

a donné une bonne expérience et nous vous proposons de la reprendre, selon la décision du Conseil national. C'est, d'une part, une manière évidente de considérer que la dureté du service militaire, permettez-moi de vous le dire aussi, les risques du service militaire, qui sont plus élevés que ceux du service civil, sont compensés par une durée plus longue de service civil. C'est en quelque sorte une recherche équitable de l'équivalence des efforts.
Je pense qu'avec cette troisième disposition, venant compléter la rigueur de la première et de la deuxième, nous avons la garantie que les choses se passeront convenablement et que le service civil restera totalement un service de substitution.
J'ai résumé la manière dont nous concevons le service civil au Conseil national, en disant que ça ne devait être ni le bagne, ni le Club Méditerranée. Je crois que nous tenons le cap si nous pratiquons la rigueur que nous vous proposons de suivre sur ces points essentiels.
M. Rüesch, dans son intervention, a cité quelques comparaisons internationales. Il a pris l'exemple de l'Allemagne et de l'Autriche. Ce ne sont pas des exemples que nous devons méditer, ni même des risques que nous courons si nous suivons le projet du Conseil fédéral et la décision du Conseil national. L'ambiance, la définition du service militaire et du service civil, dans ces pays, sont constitutionnellement tout à fait différentes, et par conséquent, les statistiques qu'ils reflètent ne sont pas objets de réflexion pour nous, chez qui le principe de la conscription militaire obligatoire demeure plein et entier dans la constitution.
Quant à l'exigence en effectifs de l'armée, cela est une question de choix que nous avons à faire en fonction de la menace contre notre sécurité. En aucun cas, il ne doit y avoir de vases communicants qui consisteraient à se montrer brusquement plus permissifs avec le service civil, parce que le service militaire a besoin de moins de têtes et de moins de bras. Le problème ne doit pas être réglé par ce biais-là. J'aimerais que les exemples un peu obsédants de l'Allemagne ou de l'Autriche, sur ce point, soient oubliés; ils n'ont rien à voir avec notre propre organisation.
Nous verrons dans les articles intéressés réapparaître la proposition Martin Jacques qui concerne la participation des cantons. J'aimerais dire que le Conseil fédéral avait souhaité, dans la procédure de consultation, que les cantons puissent participer à l'organisation, non pas que la Confédération élude une responsabilité, car le service militaire et le service civil relèvent constitutionnellement l'un et l'autre de la Confédération, mais il eût été opportun, dans cet esprit, que les cantons puissent en effet participer à l'effort. Participer à l'effort, ça n'est pas seulement apporter une contribution administrative, c'est aussi apporter une contribution aux coûts des compétences qu'auraient à exercer les cantons. Sur ce point, ce fut le non sur toute la ligne de la part des cantons.
Aujourd'hui, on voudrait réintroduire une certaine compétence des cantons, mais laisser la charge exclusivement à la Confédération. Cela n'est pas d'un fédéralisme sage. C'est la raison pour laquelle, d'ailleurs, ces propositions ont été, à juste titre, rejetées par la commission de votre Conseil. Nous aurons l'occasion d'y revenir.
Sachez en tout cas que les expériences de l'administration militaire, dans l'engagement des cantons, se placent sous un éclairage totalement différent du service civil, uniquement pour des questions d'effectifs. Administrer cantonalement un service militaire qui comprend de gros effectifs, même dans les cantons les moins peuplés de notre Confédération, c'est une chose. Administrer dans les petits cantons le service civil pour quelques unités de service civil, c'est une autre chose. Voilà pourquoi le parallèle entre les deux ne s'impose pas.
Je vous remercie d'entrer en matière, et je vous remercie d'ores et déjà de pouvoir le faire en rétablissant, à l'article 1er, essentiel de cette loi, une définition des motifs qui soit celle du projet du Conseil fédéral et de la décision du Conseil national. C'est essentiel pour l'avenir de cette loi.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 1
Antrag der Kommission
Mehrheit
Militärdienstpflichtige, die glaubhaft darlegen, dass sie aus religiösen oder ethischen Gründen den Militärdienst mit ihrem Gewissen nicht ....
Minderheit
(Huber, Plattner, Schallberger, Ziegler Oswald)
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 1
Proposition de la commission
Majorité
Les personnes astreintes au service militaire qui démontrent de manière crédible qu'elles ne peuvent, pour des motifs religieux ou éthiques, concilier le service militaire ....
Minorité
(Huber, Plattner, Schallberger, Ziegler Oswald)
Adhérer à la décision du Conseil national

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Zuerst eine Vorbemerkung zum Minderheitsantrag: Es ist richtig, dass Herr Schoch auf der Fahne nicht unter der Minderheit aufgeführt ist. Herr Schoch war nur bei der ersten Lesung anwesend. Bei der zweiten Lesung war er im Ausland. Bei der ersten Lesung war die heutige Minderheit die Mehrheit, also kam dort kein solcher Minderheitsantrag zustande. Erst in der zweiten Lesung wurde dann die Mehrheit aus der ersten Lesung zur Minderheit. Weil Herr Schoch nicht da war, ist er nicht von der Mehrheit in die Minderheit übernommen worden. Ich glaube, das ist richtig so. Herr Schoch schliesst sich der Minderheit an.
Zu Artikel 1: Wie der Antrag in der Kommission zustande gekommen ist, habe ich im Eintretensvotum dargelegt. Zudem habe ich bereits im Eintretensvotum in grossen Zügen gesagt, wie Mehrheits- und Minderheitsantrag begründet werden. Wie Sie der Fahne entnehmen können, gehört der Sprechende zur Minderheit, d. h. in der ersten Lesung zur Mehrheit und in der zweiten Lesung zur Minderheit.
Ich werde noch einmal kurz auf die Argumente eingehen, die für den Mehrheitsantrag in der Kommissionsberatung geltend gemacht worden sind. Kurz werde ich auch die Ansicht der Minderheit darlegen, aber nachher die Begründung dem Sprecher der Minderheit, Herrn Huber, überlassen.
Die Mehrheit der Kommission will bewusst eine Einschränkung der Öffnung, wie sie vom Nationalrat beschlossen worden ist. Die vom Nationalrat beschlossene Öffnung bewirke, dass im konkreten Fall praktisch auf den Tatbeweis abgestellt werde. Ein Tatbeweismodell wolle aber weder der Bundesrat noch der Nationalrat. Ich habe beim Eintreten gesagt, dass die Verfassung ein solches Modell überhaupt nicht zulasse. Sowohl die Verfassung als insbesondere auch die Materialien sagen genau aus, dass das Tatbeweismodell nicht möglich ist. Auf der anderen Seite will man aber auch nicht die «ethischen Grundwerte» aufnehmen.
Die von der Mehrheit beantragte Formulierung soll eine Brücke zwischen dem Beschluss des Nationalrates mit den Gewissensgründen und der Berufung auf religiöse und ethische Grundwerte schlagen. Entscheidend sei, dass es um das Gewissen gehe. Wer sich auf das Gewissen beruft, muss qualifizierte Gründe – religiöse und ethische – geltend machen können. Qualifiziert seien aber nur religiöse und/oder ethische Gründe. Politisch argumentierende Gesuch-

Streichung dieser kantonalen Zuständigkeit nicht eingetreten. Wir haben vorgestern einstimmig Festhalten beschlossen. Nun hat sich uns der Ständerat angeschlossen, allerdings mit dem Beschluss, dass die Massnahme erst am 1. Januar 1998 in Kraft treten soll, um auf diese Weise den kleingewerblichen Betrieben in den dezentralisierten Regionen eine Möglichkeit zum geordneten Abbau der Produktionsanlagen zu geben.
In diesem Sinne beantragt Ihnen die Finanzkommission einstimmig Zustimmung zum Beschluss des Ständerates beim Beschluss A.
Gleichzeitig – und da ist ja ein innerer Konnex vorhanden – geht es um die Revision des Bundesgesetzes über die Armee und die Militärverwaltung, um Beschluss D1 der Sanierungsmassnahmen. Auch hier hat der Ständerat nun Zustimmung zur Streichung der kantonalen Zuständigkeit beschlossen, allerdings hat er einstimmig eine Bestimmung – Artikel 111 Absatz 2 (neu) – ins Gesetz aufgenommen, die den Grundsatz der angemessenen Berücksichtigung der Regionen verankert, allerdings – das gilt es zu betonen – unter dem Vorbehalt der Wettbewerbsregeln, insbesondere auch jener des Gatt.
Die Finanzkommission hat sich darüber unterhalten, ob es angesichts der Tatsache, dass wir ein Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen haben, angezeigt ist, in dieses Gesetz eine Bestimmung eher deklaratorischer Natur aufzunehmen. Doch wir sind der Meinung, dass dieser Schritt gerade auch aus referendumspolitischen Gründen angezeigt ist.
Die Kommission beantragt Ihnen auch hier einstimmig Zustimmung zur Lösung des Ständerates.
Die dritte noch verbliebene Differenz ist bei D21, dem Bundesgesetz über die Massnahmen im Zivilschutz (Schutzbautengesetz). Hier hat die Finanzkommission des Nationalrates mit Ihrer Unterstützung einen Vorschlag zur Änderung des Schutzbautengesetzes eingebracht. Der Ständerat hat sich gegen diese Lösung ausgesprochen, und die Kommission des Nationalrates hat nun einstimmig beschlossen, sich dem Ständerat anzuschliessen. Die nationalrätliche Kommission wird Ihnen jedoch eine Motion vorlegen, mit der das Anliegen, das Sie mit grosser Mehrheit unterstützt haben, wiederaufgenommen werden soll.
Sie beantragt Ihnen einstimmig, dem Ständerat zuzustimmen und auf diese Vorlage zur Änderung des Schutzbautengesetzes zu verzichten. Wenn Sie diesen Anträgen folgen, sind bei den Sanierungsmassnahmen 1994 keine Differenzen mehr vorhanden.

Comby Bernard (R, VS), rapporteur: Je remplace M. Camponovo au pied levé. Je confirme simplement ce qui a été dit par le rapporteur de langue allemande.
La Commission des finances s'est réunie ce matin et elle s'est ralliée, sur les deux points qui restaient en suspens, à la version du Conseil des Etats.
1. Le premier point se rapporte à l'arrêté fédéral A supprimant la compétence cantonale en matière d'acquisition de l'équipement personnel des militaires. Toutefois, le Conseil des Etats, qui s'était lui-même rallié à la version du Conseil national, a proposé une adjonction: «Les dispositions transitoires de la constitution sont complétées comme il suit: Article 9: L'article 20 alinéa 3 de la constitution est abrogé au 1er janvier 1998.»
2. Quant à la deuxième modification qui est intervenue, elle se rapporte au secteur de la protection civile, à la loi fédérale D21 sur les constructions de protection civile. Finalement, la Commission des finances vous propose de vous rallier ici également à la décision du Conseil des Etats et de ne pas introduire dans l'immédiat une modification de la législation fédérale en la matière. En revanche, la Commission des finances du Conseil national estime qu'il y a lieu de faire davantage d'économies à l'avenir dans ce domaine. C'est pourquoi elle vous propose d'accepter une motion à cet effet.

A. Bundesbeschluss über die Aufhebung der kantonalen Zuständigkeit im Bereich der persönlichen Ausrüstung der Armeeangehörigen
A. Arrêté fédéral supprimant la compétence cantonale en matière d'acquisition de l'équipement personnel des militaires

Ziff. Ibis Art. 9
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. Ibis art. 9
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

D. Bundesgesetz über die Sanierungsmassnahmen 1994
D. Loi fédérale sur les mesures d'assainissement 1994

D1. Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG)
D1. Loi fédérale sur l'armée et l'administration militaire (LAAM)

Art. 111 Abs. 2; Schlussbestimmung
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 111 al. 2; disposition finale
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

D21. Bundesgesetz über die Massnahmen im Zivilschutz (Schutzbautengesetz). Änderung vom 17. Juni 1994
D21. Loi fédérale sur les constructions de protection civile (loi sur les abris). Modification du 17 juin 1994

Art. 2 Abs. 2; 5 Abs. 1, 1bis
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 2 al. 2; 5 al. 1, 1bis
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

94.063

Ziviler Ersatzdienst. Bundesgesetz
Service civil. Loi fédérale

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 641 hiervor – Voir page 641 ci-devant

Art. 29
Antrag der Kommission
Abs. 1
Mehrheit
....
e. er vergütet ihr die ausnahmsweise notwendigen ....

Minderheit
(Hollenstein, Carobbio, de Dardel, Haering Binder, Hubacher, Meier Hans, Tschäppät Alexander)
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2, 3
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Fraktion der Freiheits-Partei
Abs. 1
....
e. er vergütet ihr einmal pro Woche die Kosten für den Arbeitsweg;
Abs. 2
Streichen

Art. 29
Proposition de la commission
Al. 1
Majorité
....
e. .... occasionnés exceptionnellement par les déplacements....
Minorité
(Hollenstein, Carobbio, de Dardel, Haering Binder, Hubacher, Meier Hans, Tschäppät Alexander)
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2, 3
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition du groupe du Parti de la liberté
Al. 1
....
e. il lui rembourse une fois par semaine les frais occasionnés pour le déplacement au lieu de travail;
Al. 2
Biffer

Jenni Peter (A, BE): Ich werde mich zu beiden Anträgen betreffend Artikel 29 äussern. Sie stehen für uns auch in einem gewissen Zusammenhang.
Unser Fraktionsantrag, bei Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe e nicht täglich den Arbeitsweg zu entschädigen, sondern nur einmal pro Woche, schafft zwischen den Militär- und Zivildienstleistenden fast Rechtsgleichheit, jedoch nicht ganz. Und jetzt, Herr Tschäppät, sollten Sie gut zuhören: Sie haben gestern ein Klagelied für die Zivildienstleistenden angestimmt und behauptet, diese würde man als «zweite Klasse» behandeln. Aber jetzt unter Litera e lassen Sie zu, dass die Armeeangehörigen diskriminiert werden. Den Armeeangehörigen wird nur einmal pro Woche der Weg vom Dienstort an den Wohnort und zurück entschädigt. Wir erachten eine derartige Vergütung auch im Zivildienst als absolut genügend, auch wenn es sich in diesem Fall nur um Ausnahmefälle handelt.
Jetzt kommt aber der Punkt, welcher für mich absolut unbegreiflich ist: In Litera e steht nicht einmal, ob das ein Erst- oder Zweitklassbillett oder sogar eine Kilometerentschädigung für das Privatfahrzeug ist. Wenn ein Zivildienstleistender mit dem Privatfahrzeug fährt, wird auf einmal sogar das Privatfahrzeug heiliggesprochen. Ein Militärdienstleistender erhält nur das Bahnbillett vergütet, keine Kilometerentschädigung. Wenn Sie die Zivildienstleistenden anscheinend in diesem Punkt besserstellen wollen, dann bitte ich Sie, dies wenigstens nicht täglich, sondern nur einmal pro Woche zu tun. Denn Zivildienstleistende haben bereits in verschiedenen anderen Bereichen gegenüber den Armeeangehörigen Vorteile, die auch nicht abschliessend in die Waagschale geworfen werden können.
Übrigens wird auch uns als Parlamentarier nur einmal pro Woche eine Entschädigung vergütet, wenn wir Spesen für das Übernachten erhalten, was in diesem Gesetz gemäss Litera d ja auch wieder gewährleistet ist. Unsere Regelung ist sicher richtig, und ich sehe überhaupt nicht ein, warum jetzt bei Zivildienstleistenden die täglichen Kosten vergütet werden sollen. Ich bitte Sie, in diesem Sinne eine vernünftige Regelung zu treffen und Litera e gemäss unserem Antrag abzuändern.
Nun zum Antrag betreffend Streichung von Artikel 29 Absatz 2. Auch diese Regelung ist keineswegs eine Schlechterstellung der Zivildienstleistenden. Vielmehr verlangen wir, dass Betriebe und Organisationen, die Zivildienstleistende einsetzen wollen, auch eine minimale Infrastruktur zur Verfügung stellen können. Es kann doch nicht im Sinne des Gesetzgebers sein, Zivildienstleistende jenen Institutionen zur Verfügung zu stellen, die über keine Infrastruktur verfügen. Mit der Möglichkeit, nach Artikel 29 Absatz 2 finanzielle Abgeltungen für nicht vorhandene Leistungen zu gewähren, setzen Sie gefährliche Signale. Verschiedenste Organisationen und Betriebe werden Anträge für die Verwendung von Zivildienstleistenden stellen, ohne sich Rechenschaft darüber zu geben, dass diese Arbeitskräfte nicht zum Nulltarif erhältlich sind. Ihr wahrscheinliches Argument, dass gemäss diesem Gesetz die Einsatzbetriebe einem Genehmigungsverfahren unterzogen werden, kann die Fraktion der Freiheits-Partei nicht gelten lassen. Der Einsatzbetrieb oder die Einsatzinstitution werden nämlich nur bezüglich der Einhaltung der Artikel 2 bis 6 dieses Gesetzentwurfes überprüft. Artikel 44 ist diesbezüglich dann wieder eindeutig.
Zudem sei doch die Frage erlaubt, wie der Entscheid der Prüfungskommission für den Fall ausfällt, dass in einem speziellen Einsatzfall mehr Gesuchsteller als Einsatzstellen vorhanden sind. Betriebe und Organisationen, die nicht in der Lage sind, gegenüber den Zivildienstleistenden die minimal gestellten Anforderungen gemäss Artikel 29 Absatz 1 zu erfüllen, dürfen unseres Erachtens nicht zum Einsatz derselben vorgesehen werden.
Wir bitten Sie deshalb, auch unserem Antrag auf Streichung von Artikel 29 Absatz 2 zuzustimmen und, wie ich bereits erwähnt habe, Absatz 1 Litera e gemäss unserem Antrag abzuändern.

Hollenstein Pia (G, SG), Sprecherin der Minderheit: Ich bitte Sie im Namen der Kommissionsminderheit, bei Artikel 29 der Fassung des Bundesrates zuzustimmen. In der Kommissionsdebatte wurden Bedenken geäussert, dass finanzielle Mittel allzu leicht ausgegeben werden könnten. Die Vertreter der Verwaltung haben jedoch dargelegt, dass selbstverständlich nicht unnötig Leistungen bezahlt würden. Trotzdem: die Kommissionsmehrheit bevorzugt die Formulierung «die ausnahmsweise notwendigen Kosten».
Mit «ausnahmsweise notwendigen Kosten» können wir doch nicht beeinflussen, wie oft die notwendigen Kosten eben notwendig werden. Deshalb macht es absolut keinen Sinn, das Wörtlein «ausnahmsweise» einzufügen.
Ich bitte Sie, dem Bundesrat zuzustimmen.

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Begrüssung und Ansprache des Präsidenten der Republik Chile, Herrn Eduardo Frei Ruiz-Tagle

Réception et allocution de M. Eduardo Frei Ruiz-Tagle, président de la République du Chili

Le président: Pour la première fois depuis 25 ans, nous accueillons en cette salle un chef d'Etat qui fait au Conseil national suisse l'honneur de sa visite. En 1970, c'était avec le président indien, M. Varaha Venkata Giri, le chef de l'Etat de la plus grande démocratie du monde que nous recevions. Aujourd'hui, en 1995, le président de l'une des plus anciennes démocraties d'Amérique latine est parmi nous.

steller sollen zum zivilen Ersatzdienst nicht zugelassen werden.
Demgegenüber macht die Minderheit geltend, das Gewissen sei unteilbar, man könnte gut auch aus anderen als aus religiösen und ethischen Gründen subjektiv zwingend zum Schluss kommen, dass man keinen Militärdienst leisten könne. Die Lösung der Kommissionsmehrheit schaffe zwei Kategorien von Dienstverweigerern, nämlich solche, die aus religiösen und ethischen Gründen, und solche, die aus anderen Gründen die Leistung des Militärdienstes mit dem Gewissen nicht vereinbaren könnten.
Die Mehrheit beantragt Ihnen, dem Antrag zuzustimmen und die Lösung der Minderheit und somit des Nationalrates sowie des Bundesrates abzulehnen.

Huber Hans Jörg (C, AG), Sprecher der Minderheit: Es versteht sich von selbst, dass ich angesichts meiner lebenslangen Tätigkeit als Soldat und als Militärdirektor des Kantons Aargau sowie meines Engagements für die Landesverteidigung in diesem Rat während jetzt acht Jahren nicht einer Schwächung der Landesverteidigung das Wort rede, wenn ich nun diesen Minderheitsantrag vertrete. Ich fühle mich in guter Gesellschaft, wenn ich mir überlege, dass nicht nur der derzeitige, sondern auch ein früherer Chef des EMD die gleiche Auffassung vertreten haben.
Der Antrag des Bundesrates und der Beschluss des Nationalrates, d. h. der Antrag der Minderheit der Kommission, den ich vertrete, ist kein Schritt in Richtung freier Wahl oder Herabsetzung der Ansprüche. Das kann nicht genug betont werden.
Wir sind uns einig, dass wir einen qualifizierten Gewissensentscheid nach gründlicher Prüfung respektieren wollen. Eine «Postkartenlösung» nach ausländischen Modellen liegt uns fern. Es geht um eine Abwägung von zwei hohen Rechtsgütern, nämlich einerseits einer intakten Landesverteidigung, um fremder Gewalt entgegenzutreten, und andererseits um die Respektierung des Gewissens.
Dabei handelt es sich, wenn man sich dem staatlichen Anspruch zugunsten der Landesverteidigung entgegenstellt, aus meiner Sicht um ein irrendes Gewissen, aus der Sicht des Verweigerers aber um einen echten Gewissensentscheid. Der Schlüsselsatz in der Botschaft lautet: «Da die Militärdienstpflicht laut Verfassungstext dem Zivildienst vorgeht, dürfen wehrpflichtige Personen angesichts der hohen im Spiel stehenden Rechtsgüter nicht ohne weiteres und leichtfertig von ihr entbunden werden.»
In der Kommission habe ich meine Haltung als Mitglied der Minderheit mit einem einschlägigen Zitat des deutschen Bundesgerichtshofes deutlich gemacht. Es lautet: «Gewissensentscheidung ist jede ernste sittliche, das heisst an den Kategorien von Gut und Böse orientierte Entscheidung, die der einzelne in einer bestimmten Lage als für sich bindend und unbedingt verpflichtend innerlich erfährt, so dass er gegen sie nicht ohne Not handeln kann.»
Dieses Diktum, das für mich wesentlich ist, enthält folgende Elemente: Es handelt sich um eine ernste sittliche Entscheidung und nicht um eine Ausrechnung von Vorteilen oder Präferenzen individueller Natur; um ein Abwägen zwischen Gut und Böse, dem Kern des Gewissens; um die Pflicht desjenigen, der Zivildienst leisten muss, selber zu belegen, dass sich seine Haltung in dieser Kategorie bewegt.
Artikel 1 in der Fassung der Mehrheit ist daher für mich Bestandteil dieser Philosophie der Minderheit. Es geht um eine Gewissensnot, die der Staat auch beim Rechtsgut der Landesverteidigung respektieren muss.
In der Botschaft (Ziff. 213.1) hat der Bundesrat einen Katalog mit den Abwägungen aufgelistet. Diesen Katalog kann ich akzeptieren. Er gibt mir Anlass, dem Antrag des Bundesrates zuzustimmen. Wesentlich ist für mich weiter die Formulierung in der Botschaft, wonach der Zivildienst eine Lösung für Personen ist, die letztlich den Assistenz- und Aktivdienst verweigern, weil sie Gewalt gegen Personen ablehnen.
Nur Gewissensentscheide, die im Postulat der Gewaltlosigkeit gründen, können die Zulassung zum Zivildienst rechtfertigen. Es trifft nicht zu, was Herr Fritschi Oscar in der «Trumpf Buur Zitig» schreibt: «Wer sich beispielsweise nicht bereit erklärt, unser angeblich kapitalistisches System zu verteidigen, sich aber sehr wohl imstande fühlt, für eine ihm genehmere Ordnung eine Waffe in die Hand zu nehmen, muss demnach als Militärdienstverweigerer anerkannt werden.»
Das stimmt mit der Botschaft nicht überein, die den Kern in der Gewaltlosigkeit, im Bekenntnis und in der Praxis der Gewaltlosigkeit sieht. Vielmehr ist es so, dass die Lebensführung der gesuchstellenden Person mit den geltend gemachten Gewissensgründen übereinstimmen muss, wie die Botschaft zutreffend feststellt.
Herr Bundesrat Delamuraz hat uns dargelegt, in welchem Sinn dieses konstitutive Element des Gewissensentscheides, der glaubhaft zu machen ist, zu verstehen ist. Er hat in der Kommission Überlegungen angestellt über die Praxis und die Folgen aus der Sicht des antragstellenden Bundesrates. Ich möchte mit einem Zitat aus diesem Votum schliessen und damit die Auffassung der Minderheit begründet haben, weil es mir wesentlich scheint, dass Befürchtungen, die in diesem Saale fraglos vorhanden sind, in einem gewissen Ausmass abgebaut werden können.
Sie sagten, Herr Bundesrat Delamuraz: «Si c'est le terme 'conscience' qui est retenu comme critère, c'est ce que proposent le Conseil fédéral et le Conseil national, la pratique ne sera pas plus libérale dans les procédures et dans les méthodes. Il faut bien se rendre compte que ce seul élargissement du critère n'entraînera aucune espèce de modification dans la rigueur d'analyse et dans les méthodes qui sont engagées par les commissions.»
C'est également mon opinion en ce qui concerne cette question et la position de la minorité. Je vous prie de voter la proposition de la minorité.

Plattner Gian-Reto (S, BS): Im Nationalrat wurde dieser Artikel als Schicksalsartikel bezeichnet. Ich halte das zwar für etwas übertrieben, aber es stellt sich mir doch die Frage, warum sich gerade hier, an der genauen Qualifizierung der als Voraussetzung für die Zulassung zum Zivildienst verlangten Gewissensnot, eine im Plenum verbissene Diskussion entzündet hat, die sich vermutlich fortsetzen wird.
Ich habe schon in meinem Eintretensvotum dargelegt, dass die Geschichte des Zivildienstes in der Schweiz meines Erachtens auch ein Denkmal ist für die Ängste vieler Schweizer Männer, dass sich da einzelne Drückeberger unter dem Vorwand der Gewissensnot ein bequemes Leben machen könnten. Berichterstatter Bonny drückte das im Nationalrat wie folgt aus: «Die Wehrmänner, welche normal Dienst leisten, sollen nicht die Dummen sein.» (AB 1995 N 617)
Wo aber solchermassen die Angst ins Spiel kommt, man könnte von jenen Wenigen, die in dieser zentralen Frage unseres Staatswesens eine kritische Ansicht vertreten, über den Tisch gezogen werden, da gedeiht natürlich Misstrauen, und daraus wächst dann der Versuch, den wir jetzt in bezug auf Artikel 1 erleben, durch fast beckmesserische Akribie bei der Umschreibung der Qualitäten des Gewissens und damit der Verweigerungsgründe jedes falsche Verhalten der zuständigen Kommission von vornherein auszuschliessen.
Ich bin mir sicher, dass solche Anstrengungen zur Präzisierung des zulässigen Gewissensbegriffs zum Scheitern verurteilt sind. Es ist unmöglich, das Gewissen als individuelle ethische Instanz eines anderen Menschen zu sezieren und zu analysieren. Man kann das ja nicht einmal mit dem eigenen Gewissen tun, zu dem man den besseren Zugang hat als zum Gewissen eines Fremden. Ein menschliches Gewissen ist für den Aussenstehenden ein unteilbares Ganzes. Deshalb wird sich die zuständige Kommission mit der Präzisierung der religiösen oder ethischen Gründe sehr schwertun. Ich glaube, dass dann vor dieser Kommission die Gefahr von krassen Falschbeurteilungen von jungen Männern gross wäre.
Ich möchte diese Sorge durch einige Zitate aus einem kürzlichen Urteil des Divisionsgerichts VI gegen einen sonst vollkommen unbescholtenen Dienstverweigerer, der immerhin sogar seine Rekrutenschule absolviert hatte, illustrieren. Er berief sich entsprechend den Formulierungen der Barras-

Vorlage auf den ethischen Grundwert der Gewaltlosigkeit. Der Gewalt sei der Dialog entgegenzusetzen, sagte er. Das Gericht versuchte dann, das Gewissen dieses Mannes auseinanderzudividieren und auf seinen Gehalt an ethischen Grundwerten zu überprüfen. Der Erfolg dieser Anstrengung des Gerichts sieht dann im Urteil so aus: «Fragen an den Angeklagten haben gezeigt, dass er Gewaltanwendung nicht vorbehaltlos ablehnt. Er räumte ein, dass er persönlich einen Angriff auf sich selbst abwehren würde, allerdings möglichst gewaltlos. Auch eine Gewaltanwendung der Polizei lehnt er nicht grundsätzlich ab, er bezeichnet sie vielmehr als fragwürdig. Auch vermochte er nicht überzeugend darzulegen, weshalb er für Gewaltlosigkeit eintritt. Seine Wertvorstellungen hat er etwa aus Büchern, Diskussionen, Zeitungen, aus eigenen Überlegungen, aus der Bibel oder von seinen Eltern.» Nun kommt der Schluss, den das Gericht zieht: «Die Grundlagen seiner Überzeugung bleiben somit diffus und vermögen wenig zur Glaubhaftmachung des behaupteten Gewissenskonfliktes beizutragen.»
Ich bin erschrocken, als ich das gelesen habe. Mir ist klar geworden, dass eben dieser Versuch, ein Gewissen auseinanderzunehmen, nicht funktionieren kann. Es kann doch nicht sein, dass man einem jungen Menschen ethische Grundwerte und den Bezug auf den ethischen Grundwert der Gewaltlosigkeit erst dann zugesteht, wenn er bereit wäre, ohne jede Gegenwehr einen Märtyrertod zu sterben, wenn er persönlich angegriffen würde, z. B. mit einem Messer; oder wenn er bereit wäre, Kriminelle dem Zugriff der Polizei zu entziehen. Für mich wäre das nicht ethisch, sondern dumm und mit Blick auf die Gesellschaft, also auf die Mitbürgerinnen und Mitbürger, auch unethisch.
Zudem ist mir trotz der Mühe, die sich das Gericht mit seiner Begründung gegeben hat, unverständlich geblieben, wie man denn solche Grundwerte anders glaubhaft machen soll, wenn man sich nicht auf Bücher, Diskussionen, Zeitungen, eigene Überlegungen, auf die Bibel gar oder auf seine Eltern beziehen darf. Woher sonst sollen denn ethische Grundwerte noch kommen? Wie sonst soll das Gewissen geformt worden sein?
Für mich beschreibt der Begriff des Gewissens gerade jene geistige Instanz, in der sich die aus vielfältigen und im einzelnen nicht einmal notwendigerweise bewussten Quellen gespiesenen Einsichten über Gut und Böse, über Recht und Unrecht vereinen und sich zu einer klaren und für mich zwingenden Handlungsmaxime, zu einem persönlichen «ius cogens», verdichten. Wer diese lebendige, geistige Instanz, diesen Platz, in dem sich die Überzeugungen treffen und verdichten, bei einem anderen Menschen mit einem so groben Messer wie «religiöse und ethische Grundwerte» zu sezieren versucht, der richtet ein Massaker an. Dieser junge Mann wurde dann auch «massakriert», er wurde zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt, und das vor wenigen Monaten, im März 1995, wenige Monate vor dem voraussichtlichen Inkrafttreten des vorliegenden Zivildienstgesetzes.
Ich kann genau wie andere aus der Schilderung dieses Falles nur den Schluss ziehen, den auch die Schweizerische Offiziersgesellschaft in ihrer Vernehmlassungsantwort gezogen hat und den Kollege Schoch in seinem Eintretensvotum schon zitiert hat. Er hat den ersten Teil dieses Schlusses zitiert, ich zitiere jetzt den zweiten. Die Offiziersgesellschaft schreibt nämlich: «Wir halten es für zweckmässiger, die offene Formulierung von Artikel 1 festzuschreiben, denn zusammen mit der Bestimmung über die Dauer des Zivildienstes glauben wir sicherstellen zu können, dass vor dem Hintergrund dieser kumulativen Zulassungsbestimmung die Möglichkeit besteht, Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit der Beweggründe des Militärdienstverweigerers zu beurteilen.»
«Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit der Beweggründe», das ist das Scheidemittel, das wir anwenden sollen, um die guten von den schlechten Früchten zu trennen, nicht etwa die Berufung auf einen so schwammigen Begriff wie religiöse oder ethische Grundwerte innerhalb des doch an sich unteilbaren Gewissens.
Ich bin überzeugt: Wenn wir es anders machen, risikieren wir, nur den Schlauen, Ausdrucksfähigen, Gewandten und nicht immer ganz Ehrlichen und Offenen den Zugang zum Zivildienst zu gewähren, nämlich jenen, die sich in dieses Schema einpassen, während gerade die Ehrlichen, Gradlinigen, Offenen und vielleicht auch nicht so Geschickten am Schluss mit dem Entzug des Zugangs des Zivildienst bestraft würden.
Um das zu vermeiden, bitte ich Sie, der Offiziersgesellschaft, der Minderheit, die Herr Huber vertreten hat, dem Nationalrat und dem Bundesrat zu folgen, die für mich in der Praxis unbrauchbare Präzisierung der Gewissensgründe wegzulassen und nur das unteilbare Gewissen in seiner Ernsthaftigkeit und glaubwürdig gemachten Darstellung als Scheidemittel zu akzeptieren.
Ich bitte Sie, lehnen Sie den Antrag der Mehrheit ab und folgen Sie Bundesrat und Nationalrat!

Loretan Willy (R, AG): Ich möchte dem Kommissionspräsidenten Oswald Ziegler durchaus bescheinigen, dass er als Vertreter der Minderheit die Haltung der Mehrheit wenn auch kurz, so doch sauber, korrekt und schlüssig dargelegt hat.
Ich möchte trotzdem als einer, der nicht in diesem Zwiespalt ist wie Kollege Ziegler, einige Überlegungen zur Unterstützung der Fassung der Mehrheit nachschieben. Ich tue dies trotz dem vorsorglichen Sperrfeuer der Kollegen Plattner und Schoch in der Eintretensdebatte und trotz der «beckmesserischen Rabulistik» des Kollegen Plattner – um ihn selber zu zitieren –, die wir soeben haben vernehmen können.
Ich nehme das Odium auf mich, dass ich bei gewissen Leuten hier im Saal und auch in der Öffentlichkeit a priori den Ruf des hoffnungslos rückwärtsgewandten Zeitgenossen habe. Selbst die Schweizerische Offiziersgesellschaft, deren Mitglied ich bin, kann mich nicht davon abbringen, die Fassung der Mehrheit zu unterstützen. Im übrigen ist mein Steckbrief in Sachen Armeedienstleistungen fast ebenso makellos wie derjenige der Kollegen Schoch, Rüesch und Huber.
Nach dieser ritualhaften Einleitung, die in dieser Debatte Platz gegriffen hat, und der ich mich natürlich nicht entziehen wollte, einige Überlegungen zum Standpunkt der Mehrheit:
Die Revision des Militärstrafgesetzes vom Jahre 1991 brachte mit der Einführung einer Arbeitsleistung statt Strafe zugunsten von ethisch oder religiös motivierten Dienstverweigerern den Durchbruch in der damals auch von mir unterstützten sachgerechteren Behandlung und Beurteilung von Militärdienstverweigerern. Herr Bundesrat: Ob sich die Barras-Reform bewährt hat oder nicht, darüber kann man heute diskutieren. Aber ein endgültiges Urteil ist nach derart kurzer Zeit seit der Einführung dieser Lösung nicht möglich.
Wer gemäss der sogenannten Barras-Reform die Erleichterung der Arbeitsleistung gegenüber einer Bestrafung beanspruchen will, hat gemäss Militärstrafgesetz «unter Berufung auf ethische Grundwerte glaubhaft darzulegen, dass er die Militärdienstleistung mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann». Diese Formulierung erlaubt die Unterscheidung zwischen Dienstverweigerern, die vor der Situation, Militärdienst leisten zu müssen, in echte Gewissensnot gebracht werden, und solchen, die aus rein persönlichen, wirtschaftlichen, politischen und anderen Überlegungen davon absehen wollen.
Die Barras-Reform war der Abschied von der «schweren Gewissensnot» als Voraussetzung für mildere Bestrafung von religiös oder ethisch motivierten Militärdienstverweigerern in der Fassung des Militärstrafgesetzes von vor 1991. Die Barras-Reform – das muss in Erinnerung gerufen werden – hat bekanntlich die Hürde einer Volksabstimmung nehmen müssen. Mit der Zustimmung hat das Volk im Juni 1991 die Zulassungsvoraussetzung der «Berufung auf ethische Grundwerte» sanktioniert.
Das ist eine erhöhte Legitimation dieser Zulassungsvoraussetzung, und das muss für unseren heutigen Entscheid von grosser Bedeutung sein. Wir sollten nicht ohne Not von einer Lösung, die vom Souverän sanktioniert worden ist, abweichen. Wir sind bisher mit den Lockerungen bei den Zulassungsvoraussetzungen, weiss Gott, weit genug gegangen.
Nur so nebenbei: Das Ergebnis der Vernehmlassung hat gezeigt, dass die Mehrheit der Kantone und alle bürgerlichen Parteien die heute von der Mehrheit vorgeschlagene Formu-

lierung vorgezogen haben, wenn sie auch in etwas anderer Form, eben in der Formulierung «Berufung auf ethische Grundwerte», präsentiert worden ist.
Das neue Militärgesetz vom 3. Februar 1995 formuliert die Voraussetzung für den waffenlosen Militärdienst ebenfalls mit der Wendung «.... unter Berufung auf ethische Grundwerte mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können». Dieses Gesetz ist allerneuesten Datums und noch nicht in Kraft. Ich frage mich, warum man denn nicht bereits dort die von der Minderheit und vom Bundesrat vertretene Formulierung gewählt hat.
Anstatt dass wir uns an ein in der Volksabstimmung angenommenes Gesetz, die Barras-Vorlage, und an ein soeben beschlossenes Gesetz halten, welches eine durchaus vergleichbare Materie regelt – das Militärgesetz –, werkeln wir einmal mehr in bewährter, perfektionistischer helvetischer Art an einer Lösung herum, welche mehr Nachteile bietet als die bisherige, was jetzt aufzuzeigen ist.
Ich gehe von der Botschaft des Bundesrates aus. Der Bundesrat kommt nach dem Hinweis «Eine allgemeingültige inhaltliche Umschreibung dessen, was Gewissen sei, ist nicht möglich.» – Seite 28 in der Botschaft – zum Schluss: «Somit führen rein politisch-taktische Erwägungen nicht zur Zulassung zum Zivildienst, wenn sie kein Resultat ethischer Reflexion sind und nicht als Gewissensgründe dargestellt werden können.» – Seite 29 in der Botschaft. Weiter, gemäss Bundesrat: «Wer ausschliesslich politisch-taktisch argumentiert und keine Gewissensentscheidung traf, wird .... nicht zum Zivildienst zugelassen werden.» (S. 30) Und ein letztes Zitat aus der bundesrätlichen Botschaft: «Nur Gewissensentscheide, die im Postulat der Gewaltlosigkeit gründen, können die Zulassung zum Zivildienst rechtfertigen.» (S. 30)
Diese Überlegungen sprechen, wie ich noch zeigen werde, für die Formulierung der Mehrheit. Ich teile – gestützt auf diese Zitate, aber anders als der Bundesrat – die Meinung nicht, dass mit der Einfügung der «Berufung auf ethische Grundwerte» oder, mit der Formulierung der Mehrheit der Kommission, «aus religiösen oder ethischen Gründen» das Gewissen aufgeteilt werden müsse, was weder begrifflich noch aus philosophischer Sicht möglich sei. Die Frage, ob das Gewissen teilbar sei oder nicht, ist in diesem Zusammenhang eine falsche Fragestellung. Wir sollten uns vielmehr am biblischen Gebot «Du sollst nicht töten!» orientieren. Wer dieses Gebot für sich derart verabsolutiert, dass er auch in Notwehrsituationen für sein Land und sein Volk keine Waffe handhaben will bzw. in der Armee, die Waffengewalt in solchen Lagen anwenden muss, keinen Dienst leisten kann, der und nur der bringt den Bezug zu ethischen Gründen klar zum Ausdruck. Dann wird sichtbar, dass politische Argumente gegen die heute geltende Gesellschaftsordnung und gegen diesen Staat eben nicht unter ethische Aspekte eines Gewissensentscheides fallen können. Für eine solche Haltung kann das Gewissen nicht bemüht werden.
Wenn ich an die zitierten Stellen aus der bundesrätlichen Botschaft denke, sieht das eigentlich auch der Bundesrat so. Und dennoch optiert er für die sehr offene Formulierung, wie er sie dann in Artikel 1 vorgeschlagen hat. Ich frage mich mit Kollege Bühler Robert, der leider krankheitshalber immer noch abwesend ist – seine Formulierung wurde schliesslich zur Fassung der Kommissionsmehrheit –, warum man diese richtigen Überlegungen des Bundesrates nicht in den Gesetzestext einbauen will, eben in der Formulierung der Mehrheit. Dieser Überlegung wird entgegengehalten – wir haben es heute gehört –, es genüge schliesslich, wenn das in den Gesetzesmaterialien, in der bundesrätlichen Botschaft und in den Ratsprotokollen verankert sei. Jedermann weiss indessen, dass die Materialien mit zunehmendem zeitlichen Abstand vom Zeitpunkt des Gesetzeserlasses an Wirkung verlieren und sich die Praxis bereits nach einigen Jahren in der Regel nicht mehr heftig um diese Materialien kümmert. Deshalb ist es eben richtig und wichtig, dass wir Gesetzestexte formulieren, die der Absicht des Gesetzgebers auch entsprechen.
Die meisten in diesem Saale sind sich wohl einig, dass wir keine sogenannten politischen Verweigerer im zivilen Ersatzdienst wollen. Wir wollen sie auch nicht in der Armee. Sie haben die Konsequenzen ihres Entscheides anderweitig zu tragen. Unter der Voraussetzung dieser Einigkeit muss die Formulierung der Mehrheit gewählt werden. Es dürfen nur Gewissensentscheide anerkannt werden, die sich auf religiöse oder ethische Gründe beziehen. Wenn Gewissensgründe allgemein anerkannt werden, dann sind eben auch politische, gegen unser gesellschaftliches und staatliches System gerichtete Motive eingeschlossen.
Auch ich zitiere nochmals Nationalrat Fritschi Oscar, weil mir diese Aussage besser gefällt als gewisse von Kollege Huber erwähnte Zitate des Bundesrates. Herr Fritschi sagte sinngemäss: Wer sich beispielsweise nicht bereit erklären kann, unser «kapitalistisches System» zu verteidigen, sich aber sehr wohl imstande fühlt, für ein ihm genehmeres System eine Waffe in die Hand zu nehmen, der wäre gemäss der allgemeinen Formulierung «mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann» – und nichts weiteres miteingeschlossen – grundsätzlich zum zivilen Ersatzdienst zuzulassen. Das kann ja nicht der Sinn eines Gesetzes sein, das denjenigen Leuten eine Sonderbehandlung zugestehen will, die mit ihrem Gewissen vor der Aussicht auf die Militärdienstleistung in echte Nöte kommen, eben im Sinne des Gebotes «Du sollst nicht töten!».
Aus diesen Gründen beantrage ich Ihnen, der Fassung der Mehrheit zuzustimmen.

Rhinow René (R, BL): Ich möchte der Versuchung widerstehen, meine Ausführungen mit einem Blick auf meinen militärischen Steckbrief einzuleiten, denn dessen allfällige Makellosigkeit müssten wohl andere beurteilen. Ich berufe mich auch nicht auf die Schweizerische Offiziersgesellschaft, obwohl ich meinem geschätzten Kollegen Plattner dafür danke, dass er sie als Autorität zitiert hat. Da kann ich nur sagen: Hoffentlich macht das Beispiel Schule.
Ich möchte Sie aber bitten, der Minderheit, dem Nationalrat und dem Bundesrat zuzustimmen. Viele Argumente sind im wesentlichen genannt worden. Für mich ist entscheidend, dass – wie das der Bundesrat in seiner Botschaft treffend darlegt – das Gewissen die innere ethische Instanz eines Menschen ist, die ihn sich selbst gegenüber ganz verpflichtet. Das Gewissen ist der Ort der subjektiven sittlichen Entscheidung. Insofern ist die Gewissensbildung immer ein ethischer Vorgang. Es gibt kein unethisches Gewissen. Deshalb kann man nicht zwischen ethischen und nichtethischen Motiven unterscheiden. Man kann auch nicht Religion und Ethik in dieser Weise einander gegenüberstellen, wie das die Kommissionsmehrheit tut. Fehlt die Ethik, so liegt kein Gewissensentscheid vor. Ethische Überlegungen können auch – nicht nur, aber auch – gesellschaftliche, politische Dimensionen aufweisen. Die versuchte Ausklammerung politischer Motive wäre sogar verheerend, denn sie würde Politik als solche von der Ethik abkoppeln, als unethisches Unterfangen disqualifizieren. Das kann und darf nicht sein!
Nun soll mit Recht eine freie Wahl zwischen Militärdienst und Zivildienst verhindert werden. Aber das Abstellen auf einen integralen Gewissensentscheid bedeutet keineswegs, dass damit eine faktische Wahlfreiheit eingeführt respektive zugelassen würde. Die tatsächliche Schwierigkeit – und da scheinen mir viele der Unklarheiten und Verwechslungen begründet zu sein – liegt nicht in einer angeblich zuwenig begrenzten Motivlage, nicht in einem zu offenen Gewissensbegriff. Eine nicht abzustreitende Schwierigkeit liegt in der Feststellung, ob bei einem anderen Menschen tatsächlich eine echte Unvereinbarkeit mit seinem Gewissen vorliegt.
Um diese Schwierigkeit kommen wir nicht herum. Die Schwierigkeit liegt also in den Anforderungen, die an das glaubhafte Darlegen, an das Glaubhaftmachen, gestellt werden. Sie liegt nicht in der Definition des Gewissens. Die praktische Schwierigkeit wird jedoch nicht abgebaut, indem man das Gewissen auf religiöse und ethische Aspekte zu reduzieren versucht.
Ich bitte Sie, der Kommissionsminderheit zuzustimmen.

Frick Bruno (C, SZ): Ich mache die folgenden Ausführungen als einer, der immer noch Aktivdienst leistet, und das aus

Überzeugung. Darum halte ich es für richtig, dass die Vorlage keine freie Wahlmöglichkeit zwischen Militärdienst und Ersatzdienst vorsieht, sondern dass der Tatbeweis erbracht und die Gewissensgründe glaubhaft dargelegt werden müssen.
Ich möchte drei Gründe erwähnen, die mich davon überzeugt haben, dass der Antrag der Minderheit und damit der Entwurf des Bundesrates der richtige ist.
1. Ich möchte auf das Argument der Gefahr für die Bestände eingehen, wie Herr Rüesch es dargelegt hat. Deutlich gesagt sei, dass die Gefahren für unsere Armeebestände nicht vom zivilen Ersatzdienst her kommen. Die Gefahr der Bestandesminderungen kommt daher, dass der blaue Weg so leicht ist. Heute ist es in der Tat so, Herr Rüesch, dass jährlich eine Division junger Bürger aus medizinischen Gründen vom Militärdienst befreit werden. Viele, das haben meine Gespräche mit Jugendlichen ergeben, wählen den blauen Weg darum, weil die Möglichkeit eines zivilen Ersatzdienstes bisher nicht bestand. Ich bin überzeugt, dass mit dem zivilen Ersatzdienst die Zahl der Ausmusterungen zurückgehen wird, weil verantwortungsbewusste junge Leute – viele sind bereit, einen Dienst für die Gemeinschaft zu leisten, anstatt sich ausmustern zu lassen – auf den zivilen Ersatzdienst übergehen. Durch diese Vorlage werden die personellen Bestände unserer Armee überhaupt nicht geschwächt, das behaupte ich entschieden.
2. Die Kommissionsmehrheit will das Gewissen aufteilen; es wurde bereits dargelegt. Ethische und religiöse Gründe sollen anerkannt werden. Aber was wird gestrichen? Gestrichen werden politische Gründe: Was man früher in Diskussionen als politischen Grund für den Ersatzdienst angeführt hat, soll jetzt wegfallen. Das heisst mit anderen Worten: Wer aus politischer Überzeugung den Militärdienst mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann und z. B. für die Armeeabschaffung eintritt, darf keinen Ersatzdienst leisten.
Ist es eines demokratischen Rechtsstaates würdig, wenn wir, um eine politische Gesinnung zu bestrafen, diese Leute in den Militärdienst zwingen, statt sie, wenn sie es mit dem Gewissen nicht vereinbaren können, den zivilen Ersatzdienst leisten zu lassen? Das darf in unserer Demokratie nicht sein. Aber genau das wäre die Konsequenz des Antrages der Mehrheit.
3. Aus meiner Erfahrung als Truppenkommandant, der ich immer noch bin, führe ich mein drittes Argument an: Wenn Sie junge Leute, die bereit sind, aus politischen Gewissensgründen Ersatzdienst zu leisten, in den Militärdienst zwingen, stellt sich die Frage, was dann ein Truppenkommandant davon hat.
Glauben Sie wirklich, man könne diese Leute im Truppendienst politisch umerziehen und ihr Gewissen ändern? Glauben Sie, dass diese Leute, wenn sie gezwungen werden, diesen Dienst zu leisten, obwohl sie ihn mit dem Gewissen nicht vereinbaren können, ihn nachher gerne leisten? Das kann doch nicht sein! Überlegen Sie sich diese Konsequenzen!
Als Truppenkommandant ist es mir lieber, ich habe zwei Mann weniger in meinem Bataillon oder in meiner Abteilung, die den Dienstbetrieb sonst nur träger machen, nur erschweren. Der Truppe und dem Staat ist mehr gedient, wenn diese Leute zivilen Ersatzdienst absolvieren.
Ich sehe wirklich keinen stichhaltigen Grund, den Antrag der Mehrheit als den richtigen zu bezeichnen. Ich bitte Sie, der Minderheit zuzustimmen.

Bieri Peter (C, ZG): Der Bundesrat legt in der Botschaft ausführlich dar, weshalb er den Zugang zum Zivildienst allein vom Gewissensentscheid des Betroffenen abhängig machen will und weshalb er die Berufung auf ethische oder religiöse Grundwerte ablehnt. Er begründet dies mit der Tatsache, dass jeder Gewissensentscheid letztlich ein ethisch begründeter Entscheid ist und jeder religiöse Grund auf einer Ethik beruht. Entscheidend für mich ist die Feststellung des Bundesrates auf Seite 30 der Botschaft im zweiten Abschnitt, wo festgehalten ist, dass nicht jeder Gewissensentscheid den Zugang zum Zivildienst ermöglichen soll. So schreibt er: «Der Zivildienst ist eine Lösung für Personen, die letztlich den Assistenz- und Aktivdienst verweigern, weil sie Gewalt gegen Menschen ablehnen.» Damit können nur Gewissensentscheide, die im Postulat der Gewaltlosigkeit gründen, die Zulassung zum Zivildienst rechtfertigen.
Eigentlich wäre ich versucht gewesen, diese Begründung der Gewaltlosigkeit im Gesetz in Artikel 1 explizit aufzunehmen, etwa in folgender Form: «Wer es aus Gründen der Ablehnung der Gewaltanwendung mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, Militärdienst zu leisten, leistet einen zivilen Ersatzdienst.» Wenn ich diesen Antrag nicht stelle, so deshalb, weil ich aufgrund der Botschaft des Bundesrates und von Gesprächen mit den Kommissionsmitgliedern davon ausgehen kann, dass dieses Prinzip der Gewaltlosigkeit bereits derart eindeutig ist und daher im Gesetz nicht mehr ausdrücklich erwähnt werden muss.
Ich gehe aber davon aus, dass die Richter in Anwendung von Artikel 1 gefordert sein werden, den Gewissensentscheid des Betroffenen und den Umstand zu prüfen, ob der Entscheid allein in der Ablehnung der Gewaltanwendung beruht, oder ob andere Motive vorhanden sind. So wie ich die Botschaft verstanden habe, darf allein die Ablehnung der Gewaltanwendung, die auf einem persönlichen Gewissensentscheid beruht, den Zugang zum Zivildienst ermöglichen. Es wird also die Aufgabe des Richters sein, festzustellen, ob die Anwendung militärischer Gewalt zur Sicherung unseres Staates und seiner Menschen nicht mit dem Gewissen des Betroffenen vereinbar ist. Dies ist mit Bestimmtheit keine leichte Aufgabe, muss sich doch der Richter in die Motive hineindenken, die zum Gewissensentscheid führten, und letzten Endes entscheiden, ob diese auf dem Prinzip der Gewaltlosigkeit beruhen.
Wenn ich dem Beschluss des Nationalrates und damit auch dem Entwurf des Bundesrates und dem Antrag der Kommissionsminderheit zustimmen kann, so gehe ich davon aus, dass dem Postulat der Gewaltlosigkeit genügend Rechnung getragen wird.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: J'ai, dans le débat d'entrée en matière, assez longuement combattu pour cet article 1er selon la version du Conseil national, et je ne veux pas tenir un long discours maintenant. J'aimerais quand même préciser quelques points supplémentaires après le débat sur l'article 1er.
S'il y a eu une votation populaire sur la loi Barras, une votation populaire qui, par référendum contre la loi, s'est tenue le 2 juin 1991, il y a eu depuis lors une nouvelle votation populaire, et celle-ci non plus au niveau de la loi seulement, mais au niveau de la constitution. C'est précisément la votation populaire du 17 mai 1992, qui a constitué la base de la loi que nous vous proposons d'accepter.
Monsieur Loretan, l'argumentation que vous avez développée doit être bien réordonnée dans le temps: vous avez cité la décision populaire de 1991, mais je cite aussi celle concernant l'article constitutionnel. La première décision a été au niveau de la loi, la deuxième au niveau de la constitution. J'aimerais insister sur le fait que nous avons dit, dans le débat accompagnant la décision populaire sur l'article constitutionnel, qu'il était nécessaire de tirer de premières expériences de la loi Barras et de les corriger là où c'était nécessaire. Vous avez raison de dire que le temps a été relativement court pour interpréter ces décisions. Il a été suffisamment long, cependant, pour que l'on observe que les arguments éthiques ou religieux, ou les arguments d'éthique en général, sont fondés les uns et les autres sur des références «extérieures» à la conscience de l'individu. C'est pour cela que nous voulons trouver réellement la solution dans la nouvelle loi, en faisant appel à l'expression des ressources profondes de la conscience de l'individu. C'est ça la grande différence entre:
1. ceux qui récitent un psaume ou qui débitent une idéologie parce qu'on la leur a apprise et qu'elle correspond à des critères éthiques ou religieux généraux, qui se présentent comme devant en quelque sorte faire la preuve par l'acte – ressort que nous demandions et que l'on avait installé à l'époque dans ce dispositif;

2. et ceux qui, réellement – dans l'intimité de leur conscience et avec des motifs qui ne se débitent pas – viennent exposer, d'une manière qui doit être ressentie comme crédible par la commission, les motifs profonds qui sont les leurs.
Il y a en quelque sorte une inversion de la démarche, et on prend en compte vraiment, d'une manière ample mais rigoureuse, avec le système tel qu'il est défini à l'article 1er, des motifs de conscience en général.
C'est cela qui fait la différence entre la bonne solution pour l'avenir et les solutions qui ont pu être convenables pendant cette période intermédiaire que nous avons connue, mais qui ne peuvent pas, manifestement, être appliquées à long terme. Il y a là un élément à comprendre pour animer cette nouvelle loi de l'esprit qui s'impose véritablement.
J'insiste encore une fois sur le fait que, même avec une définition qui vous paraît trop large des motifs de conscience, il n'y aura de service civil ni pour les opportunistes ni pour les terroristes. De ce côté-là, comme je le disais et comme le citait excellemment M. Huber, les pratiques qui seront les nôtres sous l'empire de cette nouvelle loi seront les mêmes: celles de la rigueur et de l'exigence. Il est exclu de parler ici d'un libre choix.

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Ich hatte mich vorher gemeldet und wollte aus der Sicht der Kommission zur Frage der Gewaltlosigkeit kurz Stellung nehmen.
Ich meine, dem Postulat der Gewaltlosigkeit, Bundesrat Delamuraz hat es beim Eintreten bereits erwähnt, wird zweifellos Genüge getan. Es muss berücksichtigt werden, wenn der Minderheit zugestimmt wird. Wohl ist diese Frage, ich muss das klar sagen, in der Kommission nicht oder nur ganz am Rande diskutiert worden. Sie schien aber – nach den Ausführungen in der Botschaft – offenbar allen selbstverständlich zu sein. Auf jeden Fall darf aus den Voten, soweit sie überhaupt auf diese Frage eingegangen sind, geschlossen werden, dass man der Meinung ist, der Zivildienst solle nur für diejenigen Menschen eine Lösung sein, die den Militärdienst verweigern, weil sie Gewalt gegen Menschen ablehnen.
Aber diese Gewaltlosigkeit darf nicht absolut sein, sondern sie hat gewisse Einschränkungen. Ich glaube nicht, dass aus einer Notwehr- und Notstandssituation heraus dann schliesslich gesagt werden darf, hier wäre er bereit, Gewalt anzuwenden, also kann er zum Zivildienst nicht zugelassen werden. Damit würde man dieses Prinzip der Gewaltlosigkeit verabsolutieren. Das will zweifellos niemand, weder der Bundesrat noch der Nationalrat, noch die Minderheit der Kommission oder die Kommission überhaupt.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit	31 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	5 Stimmen

Art. 2
Antrag der Kommission
Abs. 1
Der Zivildienst tritt für Personen nach Artikel 1 an die Stelle des Militärdienstes.
Abs. 2 (neu)
Er dient zivilen Zwecken und wird ausserhalb der Armee geleistet.
Abs. 3 (neu)
Wer Zivildienst leistet, erbringt eine Arbeitsleistung, die im öffentlichen Interesse liegt.

Art. 2
Proposition de la commission
Al. 1
Le service civil se substitue au service militaire pour les personnes mentionnées à l'article 1er.
Al. 2 (nouveau)
Il sert des fins civiles et se déroule hors du cadre institutionnel de l'armée.
Al. 3 (nouveau)
Quiconque accomplit un service civil fournit un travail d'intérêt public.

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Der Zivildienst ist eine Art der Erfüllung der allgemeinen Wehrpflicht. Dies ergibt sich aus Artikel 18 Absatz 1 der Bundesverfassung. Wie jede hoheitliche Tätigkeit muss auch der Zivildienst einen Sinn und einen Inhalt haben. Er muss bedarfsorientiert sein und zielgerichtet durchgeführt werden. Auch die zivildienstpflichtigen Personen müssen ein Ziel vor Augen haben, nach dem sie sich ausrichten können.
Die Kommission beantragt Ihnen erstens, die Ersatzfunktion des Zivildienstes gegenüber dem Militärdienst ausdrücklich festzuhalten, und zweitens, auf das Erfordernis, dass der Zivildienst zur Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt beizutragen hat, zu verzichten.
Zum ersten Punkt: Die ausführliche Erwähnung der Ersatzfunktion des Zivildienstes gegenüber dem Militärdienst dient der Klarheit und der Rechtssicherheit. Was in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe c des Militärgesetzes festgeschrieben ist, soll auch in diesem Gesetz ausdrücklich festgehalten werden.
Zum zweiten Punkt: Die Bezugnahme auf die Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt wiederholt nur, was bereits in Artikel 2 BV statuiert ist. Es kann nicht Aufgabe eines Gesetzes sein, den Verfassungstext, wo immer er dann positioniert sei, hier zu wiederholen. Die Bezugnahme auf die Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt geht zu weit. Es muss unbedingt verhindert werden, dass im Rahmen des Zivildienstes künstliche Beschäftigungen gefördert werden. Der eigentliche Zweck des Zivildienstes kann nicht die Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt sein. Primär wird der Zivildienst geschaffen, um Militärdienstverweigerern aus Gewissensgründen die Leistung eines Ersatzdienstes zugunsten der Allgemeinheit zu ermöglichen. Dies muss nach Meinung der Kommission in Artikel 2 des Zivildienstgesetzes festgeschrieben werden.
Im übrigen entspricht der von der Kommission beantragte Artikel 2 dem Artikel 2 und dem Artikel 3 Absatz 1 gemäss Beschluss des Nationalrates.
Ich beantrage Ihnen, nicht dem Nationalrat zu folgen, sondern der Kommission zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

Art. 3
Antrag der Kommission
Abs. 1
Streichen
Abs. 2
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 3
Proposition de la commission
Al. 1
Biffer
Al. 2
Adhérer à la décision du Conseil national

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Absatz 1 ist in den Artikel 2 übernommen worden, fällt also dahin. In Artikel 2 Absatz 3 wird eine Leistung im öffentlichen Interesse gefordert. Diese muss definiert werden, was in Absatz 2 dieses Artikels erfolgt. Absatz 2 von Artikel 3 muss deshalb aufrechterhalten bleiben, als einziger Absatz dieses Artikels.

Angenommen – Adopté

Art. 4
Antrag der Kommission
Abs. 1, 3, 4
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 2
.... sind, sofern sie in Landwirtschaftsbetrieben geleistet werden, welche Projekte zur Verbesserung der Produktions- oder Lebensbedingungen durchführen und deswegen auf kostengünstige Arbeitsleistungen Dritter angewiesen sind.

Art. 4
Proposition de la commission
Al. 1, 3, 4
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 2
.... des exploitations agricoles dont les projets visent à améliorer les conditions de vie ou de production et qui par là dépendent de prestations peu onéreuses fournies par des tiers.

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Artikel 4 trägt den Ergebnissen des Vernehmlassungsverfahrens Rechnung. Ein breiter Fächer von möglichen Tätigkeitsbereichen erlaubt es, jede zivildienstpflichtige Person entsprechend ihrem beruflichen Können und ihren Eignungen einzusetzen. Eine Einschränkung der Tätigkeitsbereiche würde dies unnötig erschweren. Ich habe bereits beim Eintreten auf die Tätigkeitsbereiche hingewiesen und muss deshalb nur noch das sagen, was ich dort nicht erwähnt habe.
1. Die Berücksichtigung der Kultur im umfassenden Sinn würde in der Öffentlichkeit nicht auf Verständnis stossen und zu mannigfaltigen Abgrenzungsschwierigkeiten führen. Was ist Kultur? Wo endet diesbezüglich das private und wo beginnt das öffentliche Interesse?
2. Die Friedensförderung ist eher ein politisches Schlagwort als ein eigenständiger Tätigkeitsbereich. Friedensförderung im Inland kann weitgehend als Teil des Sozialwesens verstanden werden.
3. Es muss klargestellt werden, dass nicht die Landwirtschaft an sich unterstützt werden soll, denn dies wäre weder mit dem Prinzip der Arbeitsmarktneutralität noch mit den Zielen des Zivildienstes vereinbar. Anderseits soll auf den Bereich der Landwirtschaft auch nicht verzichtet werden, denn er hat sich im Vollzug der Barras-Reform bewährt. Angst vor Konkurrenzierung und falscher Strukturpolitik ist nicht angebracht. Mit der von der Kommission vorgeschlagenen Formulierung glaubt man im übrigen eine Diskriminierung der Gesuchsteller in Landwirtschaftsbetrieben auszuschliessen. Der Begriff «unterstützungsbedürftig» muss ausgemerzt werden. Er weckt falsche Assoziationen in Richtung fürsorgerischer Unterstützungsbedürftigkeit. Der Begriff muss deshalb ersetzt werden. Unterstützt werden soll, wer auf kostengünstige Arbeitsleistungen angewiesen ist, damit er die Produktions- und Lebensbedingungen verbessern kann. Die Kommission ist der Meinung, dass die beantragte Änderung die Tragweite des Absatzes nicht ändert und insbesondere auch die Unterstützung von Landwirtschaftsbetrieben möglich sein soll, welche auf die integrierte oder biologische Produktion umstellen wollen.
Ich ersuche Sie, der von der Kommission beantragten Änderung zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

Art. 5
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 6
Antrag der Kommission
Abs. 1, 3
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 2
Die Anerkennung gibt Einsatzbetrieben keinen Anspruch auf Zuweisung zivildienstleistender Personen.

Art. 6
Proposition de la commission
Al. 1, 3
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 2
La reconnaissance ne donne aux établissements d'affectation aucun droit à l'attribution de personnes astreintes.

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: In der politischen Diskussion kommt dem Prinzip der Arbeitsmarktneutralität des Zivildienstes ein hoher Stellenwert zu. Es ist für alle Beteiligten sehr wichtig.
Die Arbeitsmarktneutralität wird nicht nur durch Artikel 6 des Zivildienstgesetzes, sondern auch durch einen ganzen Katalog weiterer Gesetzesbestimmungen gewährleistet. Ich verweise diesbezüglich auf Artikel 23, auf die Artikel 42–45 sowie die Artikel 47 und 65.
Aufgrund der Kommissionsberatungen bin ich verpflichtet, Ihnen folgendes klar und deutlich zu sagen: Was Artikel 6 Absatz 1 Litera c des Gesetzes betrifft, wird es nicht darum gehen, ihn möglichst umfassend in allen möglichen Zusammenhängen anzuwenden, denn jede Arbeitsleistung beeinflusst mehr oder weniger die Konkurrenz. Es sollen vielmehr nur grobe Verzerrungen und massive Beeinflussungen erfasst werden. Wenn es darum geht, bei einem Bergbauern die Infrastruktur zu verbessern, so soll nicht, gestützt auf die genannten Bestimmungen, ein Verbot ausgesprochen werden, weil dadurch möglicherweise das private Gewerbe konkurrenziert würde.
Im übrigen kann die Formulierung von Absatz 2 gemäss Beschluss des Nationalrates so verstanden werden, dass die anerkannten Einsatzbetriebe keinen Anspruch auf Zuweisung zivildienstpflichtiger Personen haben, nicht anerkannte Einsatzbetriebe jedoch einen solchen Anspruch geltend machen könnten. Richtig muss es heissen, auch die Anerkennung als Einsatzbetrieb gebe keinen Anspruch auf die Zuweisung zivildienstleistender Personen.
Die Kommission beantragt Ihnen eine Änderung dieses Absatzes, um Missverständnissen vorzubeugen. Das Gleiche wird klarer, präziser und verständlicher ausgedrückt. Am Inhalt des Absatzes 2 ändert sich aber nichts.

Angenommen – Adopté

Art. 7
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zivildienstpflichtige Personen, die infolge ihrer beruflichen Fähigkeiten oder einschlägiger Erfahrungen dazu geeignet sind, können mit ihrer Einwilligung ....
Abs. 1bis (neu)
Bei Einsätzen zwecks Katastrophenhilfe im grenznahen Raum kann von der Einwilligung abgesehen werden.
Abs. 2
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 7
Proposition de la commission
Al. 1
Pour autant qu'elles y consentent et que leurs compétences professionnelles ou leur expérience spécifique s'y prêtent, les personnes astreintes peuvent ....
Al. 1bis (nouveau)
Pour les affectations dans le cadre de l'aide en cas de catastrophes dans les régions frontalières, il peut être fait abstraction du consentement.
Al. 2
Adhérer à la décision du Conseil national

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Artikel 7 regelt die Auslandeinsätze von zivildienstpflichtigen Personen. Er stellt bereits in der Fassung des Bundesrates einen Kompromiss dar.
Die Vernehmlassung hat gezeigt, dass in dieser Frage sehr kontroverse Meinungen bestehen. Trotzdem, Auslandeinsätze werden in Ausnahmefällen schon heute bewilligt, und man hat somit bereits Erfahrung damit. Sie erfolgen heute gestützt auf die Barras-Reform. In der Praxis hatten sie auch

stets einen Bezug zur Berufsausbildung der eingesetzten Personen.
Gestützt auf die Ausführungen von Herrn Rüesch muss auch hier, aus der Sicht der Kommission, klar und deutlich gesagt werden: Ein Rechtsanspruch auf Einsatz im Ausland bestand nicht, besteht auch heute nicht und wird auch in Zukunft nicht bestehen. Der Auslandeinsatz ist ohnehin ganz bestimmten zusätzlichen Voraussetzungen unterworfen. Ich darf hier festhalten, dass er auch im öffentlichen Interesse der Schweiz liegen muss. Einsatzbetriebe, die im Ausland tätig sind, werden nur anerkannt, wenn sie ganz bestimmten Kriterien entsprechen. Es muss sich um Einrichtungen handeln, die einen anerkannten schweizerischen Einsatzbetrieb als Träger haben, und es muss die Bestätigung einer schweizerischen Amtsstelle vorliegen, die bescheinigt, dass ein seriöser Vollzug gewährleistet ist. Beide Voraussetzungen müssen zudem kumulativ gegeben sein.
Die Kosten spielen bei diesen Auslandeinsätzen auch eine wesentliche Rolle. Man darf zweifellos sagen, dass sie nicht genau gleich sein werden wie bei den Inlandeinsätzen, sondern etwas höher, weil grössere Aufwendungen notwendig sind. Aber diese zusätzlichen Leistungen fallen nicht ins Gewicht, und wenn diese zusätzlichen Aufwendungen finanzieller Natur ins Gewicht fielen, würde man diese Auslandeinsätze ohne weiteres einschränken können. Weder hat ein Betrieb einen Anspruch auf Zuweisung noch ein Dienstleistender Anspruch, dass er im Ausland Dienst leisten kann. Der Nationalrat hat im übrigen Auslandeinsätzen auch in diesem Gesetz Ausnahmecharakter verliehen. Wenn Sie dem Antrag der Kommission zustimmen, wird der Ausnahmecharakter der Auslandeinsätze noch deutlicher unterstrichen als durch den Beschluss des Nationalrates. Im übrigen ist es aber ein Gebot der Einfachheit, auf die Einwilligung der zivildienstleistenden Person in den Einsatz zwecks Katastrophenhilfe im grenznahen Raum zu verzichten. Es kann aber damit gerechnet werden, dass niemand aufgeboten wird, der sich weigert, im Ausland Dienst zu leisten.
Wohl wurde in der Kommission auch die Streichung des ganzen Artikels beantragt und diskutiert. Der Antrag wurde dann allerdings zurückgezogen, denn hinter die heutige Praxis wollte die Kommission nicht zurückgehen. Auf die Beschränkung der Auslandeinsätze auf die Katastrophenhilfe wurde ebenfalls verzichtet, denn man glaubte auch hier, dass das zu einschränkend wäre. Was im Rahmen der Armee möglich ist, soll auch im Rahmen des Zivildienstes erlaubt sein.
Schliesslich hat der Bundesrat, gestützt auf Artikel 7 Absatz 2, «Voraussetzungen und Durchführung von Auslandeinsätzen» in einer Verordnung zu regeln. Bezüglich Voraussetzungen ist die Freiheit des Bundesrates demzufolge etwas eingeschränkt. Eine Verordnung mit ausführlichen Erläuterungen besteht für die Arbeitsleistenden nach Barras-Reform bereits.
Noch ein Wort zu den Missständen. Was die Missstände anbelangt, werden in der Botschaft eine ganze Reihe von Massnahmen aufgezählt. Man hat uns zugesichert, dass diese Massnahmen in die Verordnung übernommen werden. Im Zusammenhang mit den Auslandeinsätzen werden nur schweizerische Einsatzbetriebe in Frage kommen, was die Seriosität der Einsätze auch fördert. Die schweizerischen Einsatzbetriebe werden durch die Verwaltung kontrolliert werden. Ob die Einsatzbetriebe und ihre Projekte seriös sind, wird durch Spezialstellen der Verwaltung begutachtet werden.
Vielleicht noch ein Wort zu Herrn Rüesch in Zusammenhang mit den Erfahrungen des Auslands. Es ist möglich, dass Deutschland und Österreich schlechte Erfahrungen gemacht haben. Aber man muss auch die Rechtsgrundlagen und die andere Situation in diesen Ländern sehen. Man kann die Schweiz nicht mit diesen beiden Staaten vergleichen. Im übrigen wären unsere Erfahrungen ganz anders, denn in der letzten Zeit ist die Zahl der Dienstverweigerer zurückgegangen. Das ist gar nicht analog zu den Erfahrungen, die man im Ausland, vor allem in Deutschland und Österreich, gemacht hat.

Angenommen – Adopté

Art. 8
Antrag der Kommission
Titel
Dauer der ordentlichen Zivildienstleistungen
Abs. 1
Ist die zivildienstpflichtige Person ausgehoben oder war sie Rekrut, Soldat oder Gefreiter, so dauert ....
Abs. 2
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 3
Streichen

Art. 8
Proposition de la commission
Titre
Durée du service civil ordinaire
Al. 1
Pour les personnes qui ont passé le recrutement ou qui étaient recrues, soldats ou appointés ....
Al. 2
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 3
Biffer

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Die Dauer des Zivildienstes gab in der Kommission zu keinen Diskussionen Anlass. Die Ergänzung in Absatz 1 ist lediglich eine Präzisierung. Sie stellt klar, dass der Faktor 1,5 auch für Personen gilt, die bereits ausgehoben sind, aber keinen Militärdienst geleistet haben, sowie für Rekruten, die noch nicht ausgebildete Soldaten sind. Beide Personenkreise fallen strikte gesehen nicht unter die Bezeichnung «Soldat» gemäss der Fassung des Nationalrates.

Angenommen – Adopté

Art. 9–13
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 14
Antrag der Kommission
Abs. 1
Sind Kantone infolge von ....
Abs. 2, 3
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 2bis (neu)
Zivildienstleistenden Personen werden ausserordentliche Einsätze gleich angerechnet wie den Militärdienstleistenden.

Art. 14
Proposition de la commission
Al. 1
Les cantons qui, par suite ....
Al. 2, 3
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 2bis (nouveau)
Les affectations extraordinaires des personnes astreintes au service civil seront prises en compte de la même manière que pour les personnes effectuant du service militaire.

Abs. 1–3 – Al. 1–3

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Vorerst muss festgehalten werden, dass dieser Artikel notwendig ist wegen des Grundsatzes der Gleichbehandlung im Rahmen der allgemeinen Wehrpflicht. Zudem muss klargestellt werden, dass Artikel 2 des Zivildienstgesetzes, Leisten des Zivildienstes ausserhalb der Armee und zu zivilen Zwecken, auch für die ausserordentlichen Dienstleistungen gilt. Auch Aufgebote in ausserordentlichen Lagen sind beschwerdefähig.

Die Kommission beantragt Ihnen, in Absatz 1 auf die Nennung der Gemeinden – das ist ein wichtiger Punkt – zu verzichten. Der Bund soll, wenn immer möglich, nicht auf der Ebene der Gemeinden legiferieren, denn das ist Sache der Kantone. Der Bund soll sich nur an die Kantone wenden. Sie sind seine Normadressaten. Im übrigen sind die Gemeinden auch in der Bundesverfassung nicht genannt.
Zudem sollten die Gemeinden in Notlagen nicht über den Kanton hinweg beim Bund dienstleistende Personen anfordern können. Wir müssen berücksichtigen, dass wir über 3000 Gemeinden haben. Was würde das bedeuten, wenn jede Gemeinde nun direkt einen Anspruch hätte, beim Bund vorstellig zu werden? Dieses Problem muss meines Erachtens anderweitig und grundsätzlich gelöst werden, nicht in diesem Spezialgesetz, wenn man tatsächlich so weit gehen will. Die Meisterung von Notlagen ist doch Sache der Kantone, welche hierfür die erforderlichen Mittel und Führungsstrukturen besitzen.
Der Bundesrat stimmt dieser von der Kommission einstimmig beantragten Änderung nicht zu. Er vertritt die Meinung, dass die Gemeinden in Notlagen, wenn sie nicht ausdrücklich erwähnt sind, nicht als Empfänger der zivildienstleistenden Personen in Betracht kommen können. Im Falle der Streichung der Gemeinden könne nur noch der Kanton «Einsatzbetrieb» sein, und dieser müsste gegebenenfalls seine Kompetenzen an die Gemeinden delegieren.
Wie das genau gehen muss, lasse ich offen. Aber ich glaube, der Kontakt des Bundes zu den Gemeinden erfolgte immer schon über die Kantone. So soll es bleiben. Lässt die Verfassung überhaupt eine andere Lösung zu?

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: C'est sans enthousiasme – vous ne pouvez pas exiger de l'enthousiasme du Conseil fédéral à tous les articles –, que je me rallie à la version de la commission, car j'aurais préféré celle du Conseil fédéral. Comme il n'y a pas de proposition de minorité, nous nous rallions à la proposition de la commission.

Angenommen – Adopté

Abs. 2bis – Al. 2bis

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: In Artikel 14 Absatz 2bis finden wir nun den in Artikel 8 gestrichenen Absatz 3. Herr Präsident, Sie haben mich bei Artikel 8 unterbrochen, so dass ich das nicht ausführen konnte. Dieser Absatz ist bei der Diskussion im Nationalrat dazugekommen, weil man feststellte, dass irgend etwas fehlt. Man war sich aber bewusst, und man hat das auch gesagt, dass im Ständerat noch einmal genau geklärt werden müsste, ob diese Bestimmung überhaupt nötig und ob sie am richtigen Ort positioniert sei. Das haben wir jetzt geregelt, indem wir diesen Absatz 2bis eingefügt haben.

Angenommen – Adopté

Art. 15–17
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 18
Antrag der Kommission
Abs. 1, 3, 4
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 2
Mehrheit
.... die Gesuchstellenden persönlich an. (Rest streichen)
Minderheit
(Schoch, Plattner)
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 18
Proposition de la commission
Al. 1, 3, 4
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 2
Majorité
.... entretien individuel. (Biffer le reste)
Minorité
(Schoch, Plattner)
Adhérer à la décision du Conseil national

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Eine zivile Zulassungskommission hat die Ernsthaftigkeit des geltend gemachten Gewissensentscheides zu beurteilen, d. h. zu entscheiden, ob die Unvereinbarkeit der Leistung des Militärdienstes mit dem Gewissen tatsächlich besteht. Weil es dabei um eine höchstpersönliche Angelegenheit geht, soll die Kommission jeden Gesuchsteller persönlich anhören. Für den Entscheid, den die Kommission treffen muss, ist die persönliche Anhörung so zentral und der persönliche Eindruck vom Gesuchsteller so entscheidend, dass darauf in keinem Fall verzichtet werden darf, auch nicht, wenn man gestützt auf das schriftliche Gesuch zum Schluss gelangen würde, der Gesuchsteller sei zum Zivildienst zuzulassen. Die Darlegungen im schriftlichen Gesuch müssen überprüft und hinterfragt werden.
Die Minderheit geht davon aus, dass es trotz allem Fälle geben kann, die keine Anhörung erfordern. Theoretisch mag dies bei einigen Gesuchstellern zutreffen, aber es dürfte keine grosse zusätzliche Belastung darstellen, wenn auch die wenigen, die tatsächlich ohne Anhörung beurteilt werden könnten, angehört werden. Die Kommission soll vom Entscheid, ob eine Anhörung zu erfolgen hat oder nicht, entbunden werden.
Mit Fug kann bezweifelt werden, ob es überhaupt von vornherein klare Fälle geben kann. Es besteht die Gefahr, dass dadurch das Prinzip des Vorranges der Militärdienstpflicht verletzt wird. Wem es gelingt, durch entsprechende «Fachleute», die es dann zweifellos geben wird, die Situation so darzulegen, wie die Kommission sie hören will – das wird ja auch bald bekannt sein –, hat selbstverständlich gewonnen. In Wirklichkeit bleibt aber wohl nur der Tatbeweis.

Schoch Otto (R, AR), Sprecher der Minderheit: Sie haben es vom Kommissionspräsidenten gehört, es geht um die Frage, ob Gesuchsteller in allen Fällen persönlich anzuhören sind oder ob ausnahmsweise auch ein schriftliches Verfahren genügen soll. Der Bundesrat beantragt Ihnen, in Ausnahmefällen das schriftliche Verfahren zuzulassen, der Nationalrat hat sich dieser Möglichkeit angeschlossen. Die Minderheit der Kommission ist der Auffassung, es wäre zweckmässig so vorzugehen, also für den Ausnahmefall ein schriftliches Verfahren zuzulassen, und das aus rein administrativen Gründen, nur und ausschliesslich, um den administrativen Aufwand so gering wie möglich zu halten, um Kosten zu sparen und nicht mehr Anhörungen durchzuführen, als notwendig sind.
Zu begründen ist das mit Hinweis auf statistische Angaben. Im Jahr 1994 haben unsere Militärgerichte insgesamt 239 Dienstverweigerer verurteilt, wovon 50 Zeugen Jehovas. Bei einem Zeugen Jehovas ist die Situation in tatbeständlicher wie auch rechtlicher Hinsicht von vornherein gänzlich klar. Voraussetzung ist, dass er bekennendes, aktives Mitglied der Zeugen Jehovas ist. Ist diese Voraussetzung aber gegeben, könnte im Prinzip bei diesen Gesuchstellern darauf verzichtet werden, ein umfangreiches, teures und aufwendiges Verfahren durchzuführen. Weil aber die Möglichkeit heute noch nicht besteht, schriftliche Verfahrensabwicklung zu beschliessen, mussten auch die 1994 durch Militärgerichte verurteilten Zeugen Jehovas das ganze Prozedere über sich ergehen lassen, womit Kosten verursacht wurden, die sich der Staat hätte sparen können.
In erster Linie mit Blick auf diesen Modellfall der Zeugen Jehovas beantragt Ihnen die Minderheit, bei klarer Ausgangslage in tatbeständlicher und rechtlicher Hinsicht ausnahmsweise auf Anhörungen zu verzichten. Es geht nach Auffas-

sung der Minderheit – da darf ich zweifellos auch für den anderen Vertreter der Minderheit sprechen – nicht um eine ideologische Frage, es geht also nicht darum, die Hürde möglichst niedrig anzusetzen. Deshalb meine ich auch, dass Artikel 18 nicht etwa zum Schicksalsartikel der Vorlage werden dürfte. Wenn die Mehrheit des Rates tatsächlich der Auffassung ist, es sei richtig, der Kommissionsmehrheit zu folgen, dann würde ich das locker und gelassen zur Kenntnis nehmen. Ich meine, dann würden wir es bei dem bewenden lassen, was die Kommissionsmehrheit beantragt.
In diesem Sinne hat der Artikel wirklich keine ideologische Grundlage. Es darf nicht passieren, dass das ganze Gesetz wegen dieses einen nebensächlichen Artikels möglicherweise noch Schiffbruch erleidet.

Huber Hans Jörg (C, AG): Es ist in der Tat so, dass eine Minderheit einer Mehrheit gegenübersteht und dass die Zahlenverhältnisse in der Kommission zugunsten dieser Mehrheit eindrücklich waren. Denn es wurde von allem Anfang an gesagt – das hat nichts mit Ideologie zu tun, aber mit inneren Zusammenhängen –, dass der Gewissenskonflikt vor der Prüfungs- und vor der Rekursinstanz von all jenen, die für sich den Status des Zivildienstleistenden in Anspruch nehmen, persönlich glaubhaft gemacht werden müsse.
Ich bin der Auffassung, dass derjenige, der in einem Gewissenskonflikt steht, das Recht haben muss, seine Argumente zuerst vor dieser Kommission, die entscheidet, klar darzulegen. Ich bin aber auch der Meinung, dass die Kommission, die prüft, sich vom Gesuchstellenden ein Bild machen muss, um zu ihrem Entscheid zu kommen. Da dieser, wie wir aus Erfahrung wissen, nicht leicht gefunden werden kann, gehört dazu der persönliche Eindruck. Wir haben immer damit argumentiert, dass der Gewissensentscheid ein ernsthafter Gewissensentscheid sein muss. Die Ernsthaftigkeit ist im persönlichen Dialog mit dem Gesuchsteller zu eruieren.
In der Botschaft wird ausgeführt, dass bei Artikel 18 ein reiner Aktenentscheid nicht in Frage kommt. Dann wird ausdrücklich wie folgt formuliert (Seite 62): «Eine persönliche Anhörung ist namentlich notwendig, weil nicht auszuschliessen ist, dass die schriftliche Begründung nicht von der gesuchstellenden Person stammt. Die persönliche Anhörung muss mit Einfühlungsvermögen durchgeführt werden und dem meist jugendlichen Alter der gesuchstellenden Personen Rechnung tragen. Sie soll nicht als Hindernis, sondern als Chance verstanden werden.»
Aus diesen Überlegungen habe ich im Eintretensvotum dargelegt, dass für mich das Kriterium des Gewissens und der Glaubhaftmachung des Gewissensentscheides mit dem obligatorischen Auftritt vor den Instanzen, die zu befinden haben, innerlich zusammenhängen.
Ich bitte Sie, der Mehrheit der Kommission, die dieser Überlegung gefolgt ist, zuzustimmen und den Antrag der Minderheit abzulehnen.
In dieser Diskussion ist schon gesagt worden, dass wir nicht nur auf den Moment zu achten haben, sondern dass wir auch Entwicklungen Rechnung zu tragen haben. Heute wird argumentiert, dass es sich um eine Eingrenzung auf die Zeugen Jehovas handelt. Ich möchte Sie bitten, sich durch dieses Argument nicht beeindrucken zu lassen, weil eine gewisse Ausweitung durchaus möglich ist und wir dann zu Formularprozessen kommen, die genau dem nicht entsprechen, was wir für eine Glaubhaftmachung des Gewissenentscheides als notwendig betrachten.
Ich bitte Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je l'ai dit dans le débat d'entrée en matière, ce n'est certainement pas une disposition capitale de la loi sur le service civil que nous mettons sous toit.
Dans son projet définitif, le Conseil fédéral a modifié son projet initial et a dit que la commission recevra, comme il est prévu, les candidats au service civil, mais devrait avoir la latitude, la petite marge de manoeuvre dans l'exécution, de faire des exceptions quant à la comparution du candidat; et ce, lorsque la consultation du dossier le fera ressortir de façon suffisamment claire et nette pour que cela renseigne d'une manière définitive la commission, de sorte que celle-ci puisse se prononcer en connaissance de cause dans un sens ou dans l'autre. Cela ne serait que très exceptionnellement le cas. L'usage qui serait fait de cette possibilité n'interviendrait qu'après quelques années de pratique, car il faudrait que les commissions, d'abord, appliquent systématiquement la règle de la comparution avant de voir, après une éventuelle expérience, qu'ici ou là tel ou tel candidat n'a pas à être reçu.
Je vous dis tout de suite que, dans l'état actuel des informations et des évaluations que nous faisons, si la décision du Conseil national, selon le projet du Conseil fédéral, était suivie par votre Conseil, et que ce soit la pratique, je ne vois pas quelles catégories de demandeurs pourraient être dispensées de comparution. On a dit, par exemple: pourquoi pas les mennonites ou les anabaptistes («die Mennoniten und die Wiedertäufer»)? Même là, je ne vois pas la possibilité de catégoriser les exceptions. En revanche, il peut y avoir des dossiers, concernant des membres de ces deux sectes, extrêmement clairs qui font dire à la commission: «Ce type de comportement nous est familier, il nous est véritablement connu et archiconnu, nous voyons bien quel est le dossier, nous appréhendons le candidat d'avance et à distance, dispensons-nous de perdre une demi-journée pour un examen.» C'est vraiment uniquement dans ce cas-là que, à la suite de la procédure de consultation, on a introduit cette souplesse dans la loi sur le service civil, et que le Conseil national en a décidé de même. Le Conseil national l'a fait par 83 voix contre 38. C'était donc une majorité assez nette.
C'est la raison pour laquelle, du moment qu'elle a été présentée, je soutiens plutôt la proposition de la minorité de se rallier à la décision du Conseil national et au projet du Conseil fédéral.

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Ich glaube, es muss doch noch klar festgehalten werden, dass wir bei den Zulassungsgründen in Artikel 1 eine offenere Lösung gewählt haben, als sie die Barras-Reform darstellt. Der von der Barras-Reform abweichende Wortlaut markiert meines Erachtens einen Neubeginn. Dieser Neubeginn bedeutet, dass die Probleme der Militärjustiz mit dem Wortlaut der Barras-Reform nicht fortgesetzt werden sollen. Ich glaube, dass gerade hier ein Zeichen gesetzt werden muss, indem bei der Zulassung strenger vorzugehen und jeder anzuhören ist. Wer diese Sonderbehandlung für sich in Anspruch nimmt, muss sich einer solchen Anhörung und einem solchen Gespräch mit der Kommission unterziehen. Ausnahmen dürfen dabei nicht gemacht werden.

Abs. 1, 3, 4
Angenommen – Adopté

Abs. 2 – Al. 2

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	18 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	9 Stimmen

Art. 19–23
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 24
Antrag der Kommission
Titel
Dienstverschiebung; Anrechnung von ....
Wortlaut
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 24
Proposition de la commission
Titre
Report de service; jours de ....
Texte
Adhérer à la décision du Conseil national

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Lediglich eine Bemerkung zu Artikel 24: Es geht darum, im Titel einen klaren Begriff zu verwenden, nämlich den Begriff «Dienstverschiebung». Es ist nicht nur eine Verschiebung, sondern es ist eine Dienstverschiebung.

Angenommen – Adopté

Art. 25
Antrag der Kommission
Der zivildienstleistenden Person stehen die verfassungsmässigen und gesetzlichen Rechte auch während ihres Einsatzes zu. Einschränkungen sind nur zulässig, soweit sie verhältnismässig und zur Leistung des Zivildienstes notwendig sind.

Art. 25
Proposition de la commission
En période de service civil, la personne astreinte jouit des mêmes droits constitutionnels et légaux que dans la vie civile. Les restrictions ne sont admissibles que dans la mesure où elles sont proportionnelles et nécessaires à l'accomplissement du service civil.

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Was den Titel von Artikel 25 betrifft, übernehmen wir die Formulierung des Nationalrates. Diese entspricht auch der Formulierung im Militärgesetz, also nicht «Grundrechte», sondern «Verfassungsmässige und gesetzliche Rechte».
Im übrigen geht es darum, bei diesem Artikel eine möglichst analoge Formulierung, wie wir sie im Artikel 28 des Militärgesetzes haben, zu finden. Dieser Anforderung entspricht der Antrag der Kommission. Wir ersuchen Sie, der beantragten Formulierung zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

Art. 26–29
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 30
Antrag der Kommission
.... und die Dauer fest und bestimmt die Fälle, in denen der Einsatzbetrieb mit der Vollzugsstelle Rücksprache nehmen muss.

Art. 30
Proposition de la commission
.... des congés et règle les cas dans lesquels l'établissement d'affectation demande le préavis de l'organe d'exécution.

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Artikel 30 gewährt der zivildienstleistenden Person keinen Rechtsanspruch auf Urlaub. Auf Verordnungsstufe wird die Gleichbehandlung mit den Militärdienstleistenden herzustellen sein.
Artikel 30 spricht sich nur zu Entscheidungskompetenzen aus. Diese sollen grundsätzlich beim Einsatzbetrieb liegen. Der Antrag der Kommission geht dahin, dass der Einsatzbetrieb in gewissen Fällen Urlaub nur nach Rücksprache mit der Vollzugsstelle gewähren darf. Die Lösung der Barass-Reform überzeugt, Urlaub soll durch die vollziehende Behörde gewährt werden. Wir glauben, dass wir in die richtige Richtung gehen und dass neben der redaktionellen Bereinigung dieses Absatzes auch die Änderung vorgenommen werden soll, wie wir sie beantragen.

Angenommen – Adopté

Art. 31–36
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 37
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 2
.... organisieren. Für Einsätze im Gesundheitswesen, die Pflegeaufgaben enthalten, ist der Besuch eines Einführungskurses obligatorisch.

Art. 37
Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 2
.... de la santé qui touchent aux soins, la participation à un cours d'introduction est obligatoire.

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Die Änderung in Artikel 37 liegt nur darin, dass für Einsätze im Gesundheitswesen, «die Pflegeaufgaben enthalten» – das ist die Änderung –, eine obligatorische Einführung notwendig ist und auch durchgeführt werden muss. Denn die Sorgfaltspflicht und alles, was mit den Pflegeaufgaben zusammenhängt, macht einen solchen Einführungskurs unbedingt erforderlich, wenn man bei diesen Aufgaben nicht nur Leute einsetzen will, die tatsächlich schon sonst mit Pflegeaufgaben betraut sind.
Wir beantragen Ihnen, dieser Änderung zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

Art. 38–43
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 44
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag Martin Jacques
Abs. 3
Streichen

Art. 44
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition Martin Jacques
Al. 3
Biffer

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Es geht hier tatsächlich um einen Grundsatzentscheid. Darf ich zu Beginn meiner Ausführungen bemerken, dass gerade im Zusammenhang mit diesem Punkt die zwei Anhörungen, die ich beim Eintreten erwähnt habe, durchgeführt worden sind.
Wir haben zwei Vertreter von kantonalen Arbeitsämtern zur Frage der Aufteilung der Kompetenzen zwischen Bund und

Kantonen angehört, den Vertreter des Kantons Waadt, der verständlicherweise die gleiche Meinung vertreten hat wie sie Herr Martin Jacques in seinen Anträgen vertritt, und den Vertreter des Kantons Zürich.
Wir haben bereits in der ersten Lesung diese Frage vorweggenommen und sie eigentlich im Sinne eines Grundsatzentscheides entschieden. Bereits in der ersten Lesung wurde der Antrag, die Kantone mit dem Vollzug zu beauftragen, mit 5 zu 3 Stimmen abgelehnt. In der zweiten Lesung hat dann im Grund – vorher bei Herrn Bühler Robert war es ein Antrag im Sinne einer allgemeinen Anregung; das Gesetz hätte dann angepasst werden müssen – Herr Martin die gleichen Anträge gestellt, die er heute wiederholt. Wir haben im Rahmen der zweiten Lesung noch einmal diese Fragen im voraus behandelt und sind erneut zum Schluss gekommen, dass man diese Lösung nicht wählen darf. Mit 6 zu 3 Stimmen ist sie in der zweiten Lesung abgelehnt worden.
Zum Materiellen: Die Anträge sind in der Kommission tatsächlich behandelt worden, so dass es meines Erachtens kein Problem ist, dass ich jetzt dazu aus der Sicht der Kommission Stellung nehme.
1. Die Bundesverfassung lässt die Frage offen, ob der Bund oder die Kantone den Zivildienst vollziehen sollen.
2. Im Vernehmlassungsentwurf schlug der Bund vor, den Zivildienst gemeinsam mit den Kantonen zu vollziehen. Aus finanziellen Gründen konnte er ihnen aber nicht zusichern, sämtliche dadurch verursachten kantonalen Vollzugskosten zu übernehmen. Das ist auch verständlich, wenn man eine Liste sieht, wonach für die genau gleiche Arbeit bei der einen Stelle im Vergleich zur anderen ein Mehrfaches an Kosten verursacht wird, also eine ganz unterschiedliche Ausführung erfolgt. Daher, weil der Bund nicht einfach solche Kosten übernehmen wollte, wurde dann die Lösung von der grossen Mehrheit der Kantone abgelehnt.
Gegen die Lösung, wie sie vom Bundesrat im Entwurf zum Zivildienstgesetz und in der Botschaft vorgeschlagen worden ist, wurde seitens der Kantone, auch seitens des Kantons Waadt, keine Opposition mehr gemacht. Diese kam erst in der ständerätlichen Kommission.
Die Lösung gemäss Zivildienstgesetz geht einen Mittelweg zwischen Dezentralisierung und Zentralisierung des Vollzuges. Der Bund vollzieht alleine. Er stellt Rechtsklarheit, klare, zielorientierte Führung, Effizienz und Ausrichtung an optimalen Grössen sicher. Die erforderliche Nähe zu den «Kunden» ist infolge Einrichtung dezentraler Regionalstellen des Bundes gewährleistet. Zulassungs- und Anerkennungsverfahren erfolgen zentral, nicht bei den Regionalstellen. Die Regionalstellen bauen die erforderlichen Kontakte mit den zuständigen kantonalen Behörden auf.
Wir machen auch geltend, dass die Wehrpflicht eine Sache des Bundes ist. Da der Zivildienst in der Wehrpflicht wurzelt, ist auch sein Vollzug unseres Erachtens hauptsächlich Bundessache. Ein rascher, einheitlicher Vollzug kann nur durch den Bund gewährleistet werden. Verpflichten wir die Kantone gegen ihren Willen zur Mitwirkung beim Vollzug, so ist dieser von vornherein zum Scheitern verurteilt. Wir würden die Mitwirkung der Kantone nicht gewinnen, auch wenn die Kosten voll vom Bund übernommen würden, denn der Bund müsste sparen und demzufolge Einschränkungen machen.
Zum Föderalismus: Ein Föderalismus, der nur noch funktioniert, wenn der Bund alle Kosten übernimmt, verdient – gerade in einer solch schwierigen Angelegenheit – mindestens in dieser Form keinen Schutz. Der Vollzug durch den Bund alleine wird kostengünstiger sein, weil der Bund sich optimal organisieren, Leistungsvorgaben machen und die Effizienz gesamtschweizerisch kontrollieren kann. Der Vollzug durch den Bund alleine erlaubt es, in einzelnen Tätigkeitsbereichen Schwerpunkte zu setzen usw. Wir müssen die Vorteile dieses Vollzugs durch den Bund sehen.
Im übrigen wissen wir eigentlich nicht, wie dann der Vollzug durch die Kantone zu erfolgen hätte. Ich muss auf jeden Fall auf folgendes hinweisen: Wenn Sie dem Vollzug durch die Kantone zustimmen, wenn Sie also bei Artikel 44 Absatz 3 gemäss Antrag Martin Jacques entscheiden, dann geht es nicht nur um die Artikel 44, 80 und 81, sondern es werden zwischen 15 und 20 Artikel angepasst werden müssen, das heisst, das Gesetz muss durch dieses kantonale Sieb gelassen werden, bevor es verabschiedet werden kann.
Ich beantrage Ihnen – das auch im Sinne der Kommission, die ja zweimal zu diesen Fragen Stellung genommen hat –, den Antrag bzw. die Anträge Martin Jacques abzulehnen. Wenn Sie im Sinne eines Grundsatzbeschlusses Artikel 44 Absatz 3 ablehnen, fallen die Anträge Martin Jacques zu den Artikeln 80 und 81 dahin. Mindestens hat Herr Martin damals bei der Beratung in der Kommission eine entsprechende Erklärung abgegeben, so dass nach der Fassung des Grundsatzbeschlusses die einzelnen Artikel nicht mehr behandelt wurden.

Martin Jacques (R, VD): Je suis bien sûr d'accord avec la procédure envisagée pour l'examen de ma proposition. Si, par hypothèse, le Conseil la rejette à l'article 44, je considérerai que celles concernant les articles 80 et 81 sont aussi rejetées, et je retirerai alors toutes mes propositions.
Les raisons qui me font reprendre la parole, je les ai évoquées rapidement dans le débat d'entrée en matière. Je n'étais pas présent lors du débat de fond lors de l'examen du projet en commission, je le regrette, c'est pourquoi je présente aujourd'hui cette proposition de délégation des tâches d'exécution du service civil aux cantons.
Le canton de Vaud, lors de la consultation, a estimé que l'expérience, conduite pendant deux ans, d'application de l'ordonnance sur l'astreinte au travail pour les objecteurs de conscience était positive. Dès lors, mon canton, avec seize autres, a estimé que les structures mises en place pendant ces deux ans pouvaient être maintenues et surtout rationnellement utilisées. Donc, ce n'est pas tout à fait ce que vous avez dit, Monsieur le Président de la commission, concernant le résultat de la consultation. Il y avait en effet des opinions extrêmement variées. Le résumé qui en a été fait n'était pas l'exact reflet de la réalité.
Ces structures doivent être maintenues, d'autant plus que nous venons d'adopter, il y a maintenant deux heures, une loi sur l'assurance-chômage qui introduit la contre-prestation active. Or, dans la quasi-totalité des cantons, l'organisation de base qui gère les dossiers «service civil» et «chômage» est la même. Je conçois parfaitement que le problème posé comporte quelques différences. Dans la liste des établissements d'affectation agréés que nous avons établie dans le canton de Vaud, nous retrouvons très souvent des programmes d'occupation «chômage». On voit qu'il n'y a pas de grandes différences, la démonstration concrète est faite.
Je suis conscient de la difficulté d'introduire une telle disposition dans l'examen du projet par le plénum. Au nom du fédéralisme et du bon sens, je tente tout de même l'expérience, en vous exposant les avantages de ce vieux serpent de mer, selon l'expression choisie, aux deux sens du terme, Monsieur le Conseiller fédéral.
1. L'expérience. Les cantons ont acquis de l'expérience en matière d'astreinte au travail et de placement des objecteurs de conscience. Ils ont signé de nombreux contrats-cadres avec des établissements d'affectation. Un climat de confiance a été créé, facilitant grandement le placement. Cette collaboration étroite permet un contrôle de l'efficacité, et il est performant.
2. La vision globale du marché de l'emploi. La connaissance du marché local du travail constitue un avantage très précieux. Les cantons connaissent bien le tissu économique local et les établissements d'affectation potentiels. Seul un office de l'emploi peut avoir une vision tout à fait précise et créer des synergies entre ces différentes tâches. De même, la proximité géographique joue un rôle.
3. L'unité de doctrine. Multiplier des instances et des acteurs agissant sur le marché de l'emploi provoque un éclatement des structures et risque de générer des divergences de vues, sans tenir compte, par exemple, des mesures préventives prises par les offices cantonaux de l'emploi dans le cadre d'activités analogues – je pense surtout au chômage.
4. Le coût de l'opération. Quel que soit celui qui paie, Monsieur le Conseiller fédéral, je sais que, dans la procédure de

consultation, les cantons ont tenu à ce que la Confédération paie. Mais on peut prévoir dans mon système un transfert des charges, et aussi un paiement de ce que coûterait un office fédéral. Parce que, finalement, c'est de cela qu'il s'agit: du coût général de l'opération. L'expérience acquise dans le canton de Vaud démontre qu'on peut faire d'une manière extrêmement modeste fonctionner ce système. Les collaborateurs pris dans le service de l'emploi créent automatiquement des synergies dans des structures déjà existantes. Donc, on voit effectivement que le coût serait moindre.
La démarche générale que je propose vous oblige en bonne logique à biffer l'article 44 alinéa 3, puisque les services de l'emploi deviennent dans ma proposition des organes d'exécution.
Les articles 80 et 81 donnent la systématique de mon idée dans l'application. Je la reprends brièvement. Avec cette proposition, les cantons gèrent effectivement l'application pratique des dispositions prévues par la loi. Votre argument développé dans le débat d'entrée en matière, Monsieur le Conseiller fédéral, comparant le service militaire et le service civil quant au nombre d'astreints, ne tient pas la route. En effet, l'article 80 alinéa 2 permet, d'une part, des regroupements de cantons afin d'atteindre une certaine masse critique; d'autre part, ces dossiers seraient gérés par les services ou offices de l'emploi qui s'occupent de chômage. Je puis vous assurer qu'il ne s'agit en aucun cas de «dose homéopathique», selon l'expression qui vous est propre.
Dès lors, nous avons là une bonne occasion de faire des économies en évitant de mettre sur pied une organisation fédérale et centralisatrice imposante qui coûtera nettement plus cher que ce que nous pourrions faire au niveau des cantons, et de déléguer cette tâche pour laquelle une majorité de cantons est prête à intervenir – je répète qu'ils l'ont dit dans la procédure de consultation –, à entreprendre ce travail et, j'en suis sûr, à l'assumer d'une manière tout à fait correcte.
Je vous demande donc d'accepter ma proposition qui touche trois articles de cette loi.

Huber Hans Jörg (C, AG): Vielleicht ist es Ihnen so ergangen wie mir. Sie erinnern sich, was sich im Zusammenhang mit der Revision des Krankenversicherungsgesetzes abgespielt hat. Da ist es darum gegangen, wer den entscheidenden und geldverteilenden kantonalen Behörden Auskünfte zu liefern habe. Wir haben uns in diesem Saal intensiv darüber unterhalten, wie weit die Krankenkassen dazu gebracht werden können, die entsprechenden Daten, die entsprechenden Hinweise, die entsprechenden Grundlagen für eine angemessene Verteilung der Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir haben schliesslich beschlossen, dass die Krankenkassen gegenüber den Kantonen Hilfe leisten müssen. Das war unsere Philosophie, weil wir gesagt haben: Wer den Vollzug durchführen muss und an einem andern Ort eine Sammlung von Daten findet, der soll die Möglichkeit zur Vereinfachung haben, damit bei der Erhebung dieser Daten keine Doppelspurigkeiten entstehen.
Nun sind wir hier nicht auf der Ebene Krankenkassen/Kantone, sondern wir sind auf der Ebene Kantone/Bund. Wir haben uns in der Kommission schliesslich dazu durchgerungen, dass der Vollzug Sache des Bundes sei, wobei in einzelnen Hinterköpfen – auch in meinem, Herr Kollege Martin Jacques – die hochgehaltene, teilweise kantonale Militärhoheit doch noch irgendwie eine leichte Gegenbewegung hervorgerufen hat. In diesem Fall sind die Kantone jeweils gerne bereit, ihrerseits mitzuwirken.
Ich muss sagen: Wenn ich den Katalog auf Seite 84 der Botschaft ansehe, dann stelle ich fest, dass im Prinzip niemand über die genaue Kenntnis dieser Daten verfügt ausser die Kantone und ihre Institutionen. Ich halte es in dieser Situation bis zu einem gewissen Grad für eine kleinere Unfreundlichkeit im sonst guten Verhältnis zwischen Bund und Kantonen, wenn nun die Kantone erklären, dass sie diese Daten nicht liefern wollen.
Sind die kantonalen Arbeitsmarktbehörden bereit, den Vollzugsstellen mitzuteilen, ob der Einsatzbetrieb seinen orts- und berufsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen und seinen gesamtarbeitsvertraglichen Verpflichtungen nachkommt; ob die Massnahmen zum Schutz von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz im Einsatzbetrieb durchgesetzt werden; ob Kurzarbeit angeordnet wurde oder geplant ist; ob Fälle von Schwarzarbeit vorkamen; ob der Arbeitsfriede gewahrt ist; ob die Präventivmassnahmen der Arbeitslosenversicherung ebenfalls eingehalten werden?
Soll nun wirklich der schon grosse Apparat, der notwendig ist, um den Zivildienst in diesem Lande einzuführen, zusätzlich belastet werden, wenn die Kantone über die entsprechenden Daten verfügen und sie durchaus in der Lage sind, diese Daten dem Bund zu liefern? Ich bitte Sie also, hier der Kommission, dem Nationalrat und den Wünschen des Bundesrates zuzustimmen.
Der Bundesrat hatte ja ursprünglich eine andere Auffassung über den Vollzug, Herr Bundesrat Delamuraz. Aber nach dem verheerenden Ergebnis der Konsultation bei den Kantonen kam der Bundesrat gegenüber den Kantonen zum Schluss: Wenn ihr es nicht macht – es muss ja gemacht werden –, so macht es der Bund; aber man muss ihn dabei unterstützen. Und diese Hilfe dürfen wir dem Bund nun nicht entziehen, sondern müssen in freundeidgenössischer Einstellung mit ihm zusammenarbeiten und die erforderlichen arbeitsmarktrelevanten Informationen, die die Kantone haben und sehr genau kennen – das wissen wir aus der Diskussion über die Arbeitslosenversicherung –, dem Bund zur Verfügung stellen. Alles andere wäre im Zeitalter einer angestrebten schlanken Verwaltung und einer Deregulierung meines Erachtens ein Fehler.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Les Vaudois ont la réputation d'être fédéralistes, réputation méritée, je crois, et les Martin et les Delamuraz sont vaudois depuis le XIV^{e} siècle. C'est dire qu'on a une belle tradition de fédéralisme, lui et moi, derrière nous.
C'était bien cette inspiration-là qui me poussait à vouloir, dans l'avant-projet, une participation des cantons à l'exécution de cette nouvelle loi sur le service civil que nous étions en train de préparer. Nous voyions, dans cette démarche, en effet, un esprit fédéraliste bien compris. Nous ne nous dissimulions pas que la loi fédérale sur l'armée et l'administration militaire étant exclusivement du niveau de la Confédération, mais, de nombreuses tâches d'administration de l'armée étant dévolues aux cantons et à leurs frais, parallèlement, le service de substitution qu'est le service civil devait être en main de la Confédération. Mais on pouvait imaginer une participation des cantons à son administration avec, bien entendu, je le répète, une prise en charge des frais par les cantons en ce qui concerne leurs compétences.
C'est dans ce sens que nous avons lancé la procédure de consultation. Les réponses à cette dernière, parvenues au Palais fédéral en octobre 1993, nous ont révélé qu'un certain nombre de cantons, pratiquement une dizaine, voulaient une solution uniquement fédérale, à la charge de la Confédération, financièrement et administrativement aussi. Certains cantons souhaitaient au contraire participer à la tâche d'application de la loi, mais cela exclusivement aux frais de la Confédération. Enfin, un petit nombre de cantons étaient favorables à l'idée que nous avions proposée de répartition des compétences et des charges, mais disaient malgré tout que s'il n'y avait pas d'opposition de principe de leur part, ils soulignaient que la Confédération devait assumer les frais d'exécution. C'est dire que c'est d'abord, et massivement, sur l'argument de la participation financière que les cantons ont refusé.
Nous avons dès lors examiné la situation, et nous nous sommes rendu compte que la foi ardente des fédéralistes s'était quand même singulièrement émoussée dans un certain nombre de cantons, ou que si le fédéralisme devait être transformé en un ordre mendiant – à savoir: on veut bien faire quelque chose, mais c'est Berne qui paie –, et que les cantons se limitaient à aller tirer les sonnettes, c'était décidément un peu court. D'où la retransformation du projet et le résultat, que vous avez sous les yeux.

La coopération avec les cantons est néanmoins indispensable. Sur ce point, M. Martin Jacques a parfaitement raison. C'est d'ailleurs bien pourquoi on a introduit, à l'article 44, cet alinéa 3 qui prévoit la coopération avec les offices cantonaux du travail, car nous parlons, en matière de chômage, de replacement et de travail, ou de service civil, de mêmes catégories, de mêmes types d'emplois, et, à certains égards, de mêmes demandeurs d'emplois. Il est en tout cas indispensable que la coordination soit établie avec les offices cantonaux du travail. C'est le sens de cet alinéa 3.
Aller plus loin, imaginer que les cantons aient la compétence de jouer, mais exclusivement aux frais de la Confédération, ne me paraît pas sage, parce que le fédéralisme, je le comprends, encore une fois, non pas comme un ordre mendiant, mais comme un principe politique qui lie la responsabilité et l'exercice de certaines responsabilités au financement des activités liées à ces responsabilités. Or, nous devons bien constater que si, dans certains cantons, la taille critique est atteinte, dans d'autres elle ne l'est pas. Il y a actuellement, dans l'application de la loi Barras, une diversité qui confine à l'anarchie. Nous devons absolument, dès lors que nous mettons sous toit un système plus définitif, avoir quelque chose de cohérent et de mieux organisé.
Sans doute, M. Martin a raison de parler de groupement de cantons, dans certaines régions où la taille critique ne serait pas suffisante. Je crois néanmoins que ça ne suffirait en soi pas complètement, et que l'organisation d'une centralisation est opportune en l'occurrence, d'autant plus que le nombre des clients de ce service civil sera certainement largement inférieur à ce que l'on escomptait dans le message. M. Martin sait que l'on parlait de 2500 demandes annuelles dans le message. L'expérience de ces deux dernières années, depuis le moment où on avait fait les évaluations pour le message, montre une très nette tendance à la baisse. C'est moins de la moitié de ce nombre dont il serait question. Réparti sur l'ensemble du territoire, il est dispendieux de se payer une administration cantonale, ou même, dans certains cas, intercantonale, pour traiter ces problèmes. Et c'est plus dispendieux, puisqu'on voudrait les mettre à la charge de la Confédération, dans le système prévu par M. Martin, que dans un système fédéraliste équitablement compris.
C'est la raison pour laquelle, tout bien considéré, ayant abandonné quant au principe, vu les résultats de la procédure de consultation, la solution que nous avions proposée, je vous demande de ne pas la reprendre ici sous la forme des propositions Martin Jacques aux articles 44, 80 et 81.
D'autant moins que je suis obligé, sans être perfectionniste, d'attirer l'attention de votre Conseil sur un dernier aspect qui n'a pas été évoqué. Si on suit la proposition Martin Jacques, on fait sans doute l'essentiel en corrigeant les articles 44, 80 et 81, mais on ne fait pas suffisamment, car si on veut introduire ce système qui renverse le cours des responsabilités, c'est encore d'autres articles de la loi qui devraient être repris, pour que la cohérence législative, au moins dans le projet initial, soit pleinement établie. Je ne pousse pas le perfectionnisme, comme d'aucuns savent le pousser, pour rendre à tout prix ce projet peu désirable. Ce n'est pas mon argument, vous savez que je suis suffisamment honnête pour ne pas recourir à ces expédients. Je dis que tout un esprit de la loi a été conçu en fonction de notre système. Le changer sur un point très important selon la proposition Martin Jacques, implique plus qu'un toilettage ponctuel de trois articles, si l'on veut faire un bon travail législatif et si l'on veut avoir de la cohérence.
C'est la raison pour laquelle, tout bien pesé, je vous invite à vous en tenir au projet du Conseil fédéral, comme la commission vous le propose, c'est-à-dire à confirmer le rejet, non seulement après la consultation, mais dans la procédure parlementaire que nous avons eue à ce sujet, notamment en commission où elles n'avaient déjà pas trouvé grâce, des propositions Martin Jacques.

Abs. 1, 2, 4, 5 – Al. 1, 2, 4, 5
Angenommen – Adopté

Abs. 3 – Al. 3

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Kommission 19 Stimmen
Für den Antrag Martin Jacques 9 Stimmen

Art. 45–79
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 80
Antrag der Kommission
Abs. 1–4
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 1bis
Streichen

Antrag Martin Jacques
Abs. 1
Die für den Vollzug des Zivildienstes verantwortlichen Behörden sind:
a. das Bundesamt;
b. die zuständigen kantonalen Behörden, in der Regel die kantonalen Arbeitsmarktbehörden;
c. die AHV-Ausgleichskassen und die Zentrale Ausgleichsstelle.
Abs. 2
Die Kantone können sich im Einvernehmen mit dem Bundesrat zusammenschliessen und interkantonale Stellen bilden.
Abs. 3
Das Bundesamt handelt gegebenenfalls anstelle eines säumigen Kantons.

Art. 80
Proposition de la commission
Al. 1–4
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 1bis
Biffer

Proposition Martin Jacques
Al. 1
Les autorités chargées de l'exécution du service civil sont:
a. l'office fédéral;
b. les autorités cantonales compétentes, en principe les offices cantonaux de l'emploi;
c. les caisses de compensation de l'AVS et la Centrale de compensation.
Al. 2
Avec l'accord du Conseil fédéral, les cantons peuvent se regrouper et créer des offices intercantonaux.
Al. 3
L'office fédéral agit, le cas échéant, à la place d'un canton défaillant.

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Ich verweise zuerst auf die Zusatzfahne. Diese gibt Artikel 80 gemäss den Beschlüssen bzw. den Anträgen der Kommission wieder. Das bedeutet: Absatz 1 von Artikel 80 ist unbestritten. Absatz 1bis ist zu streichen, weil er unnötig ist; ich werde das nachher kurz begründen. Bei Absatz 2 schliesst sich die Kommission dem Streichungsbeschluss des Nationalrates an. Man will – wie der Nationalrat – auf die Erteilung der Kompetenz zur Schaffung eines Bundesamtes für Zivildienst verzichten. Die Absätze 3 und 4 sind unbestritten.
Ich komme zur Begründung der Streichung von Absatz 1bis: Es geht darum, dass hier ausdrücklich festgehalten werden soll, wie das der Nationalrat beschlossen hat, dass die Vollzugsstelle beim Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement anzusiedeln ist. Die Zuweisung von Aufgaben an Departemente und Ämter wird gemäss neuem Regierungs- und

Verwaltungsorganisationsgesetz Sache des Bundesrates und nicht mehr des Parlamentes sein.
Nachdem dieser Grundsatz im Rahmen der Gesetzgebung des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes eigentlich «beschlossen» oder mindestens unbestritten ist, wäre es inkonsequent, nun bereits wieder gegen den Grundsatz zu verstossen und in einem Bundesgesetz eine Aufgabenzuweisung vorzunehmen. Wenn wir diese Aufgabenzuweisung nicht vornehmen, wie sie auch der Bundesrat nicht vorgenommen hat, müsste die Vorlage für den Fall, dass das Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz zu gegebener Zeit nicht zur Verfügung stünde, noch einmal dem Parlament vorgelegt werden.
Es geht aber – das muss ausdrücklich festgehalten werden – auf keinen Fall darum, mit der Streichung des Absatzes die Zuweisung der Vollzugsaufgabe an das EVD in Frage zu stellen. Das EVD soll den Zivildienst vollziehen. Die Streichung des Absatzes erfolgte nur infolge des Hinweises auf die entsprechenden Prinzipien gemäss neuem Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz.
Schliesslich zu den Anträgen Martin Jacques betreffend die Artikel 80 und 81: Ich meine, dass diese Anträge gestützt auf den Beschluss, den wir bei Artikel 44 gefällt haben, hinfällig werden. Auf jeden Fall könnte man hier die Grundsatzdiskussion nicht noch einmal führen, da meiner Ansicht nach bei Artikel 44 ein Grundsatzentscheid getroffen wurde.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: A cet article, la proposition Martin Jacques tombe, ipso facto, du moment que sa proposition à l'article 44 a été rejetée.
Il reste une proposition, introduite presque par surprise à la fin du débat au Conseil national, qui consisterait à attribuer pour l'éternité la conduite de ce service civil et de l'administration compétente au Département fédéral de l'économie publique. Je pense qu'on avait choisi ce département parce que c'est le plus léger de tous, celui dont le chef a le moins à faire actuellement, et parce qu'il fallait remplir les loisirs trop nombreux que s'offre le chef de l'économie publique par rapport aux six autres chefs de département! *(Hilarité)*
En réalité, on craignait par-dessus tout que le service civil fût attribué au Département militaire fédéral. Or, je peux vous donner la garantie, au nom du Conseil fédéral, que ce ne sera pas le cas. Psychologiquement, il serait maladroit, en effet, de confier l'administration du service civil au Département militaire fédéral. Le Conseil fédéral en a été convaincu dès le début, puisque c'est dans un autre département – en l'occurrence le mien – que tous les travaux de préparation et de conduite de l'application de la loi Barras ont été effectués. Il y a en effet, dans le Département fédéral de l'économie publique, un Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail, le Biga en allemand, qui a pour tâche de s'occuper de ces problèmes en général, et qui pourrait s'occuper du service civil.
Après avoir entendu l'engagement du Conseil fédéral que, de toute façon, les organes d'application du service civil ne seront pas au Département militaire fédéral, je vous demande de vous contenter de cela et de suivre ainsi votre commission, et pas le Conseil national. D'abord, c'est de la compétence du Conseil fédéral que de procéder à l'attribution des offices selon les départements, et de procéder en général à l'organisation des départements; nous ne voudrions pas que, par a priori, le Département fédéral de l'économie publique fût désigné dans la loi comme celui qui recevra l'administration de la future activité du service civil.
C'est donc en m'adaptant avec reconnaissance à la formule de la commission, et en souhaitant créer ainsi une divergence avec le Conseil national que je vous prie de suivre la proposition de la commission.

Präsident: Der Antrag Martin Jacques ist durch die Abstimmung bei Artikel 44 erledigt.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission

Art. 81
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Antrag Martin Jacques
Abs. 1
Das Bundesamt kann für die Erfüllung der Aufgaben nach diesem Gesetz ein automatisiertes Informationssystem entwickeln und betreiben.
Abs. 2
....
f. die kantonalen Vollzugsbehörden.

Proposition Martin Jacques
Al. 1
L'office fédéral peut développer et exploiter un système d'information automatisé ....
Al. 2
....
f. les autorités cantonales d'exécution.

Präsident: Der Antrag Martin Jacques entfällt auch hier.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission

Art. 82–85
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Anhang Ziff. 1–4
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Annexe ch. 1–4
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Ziff. 5 Art. 81
Antrag der Kommission
Abs. 1–3, 5, 6
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Abs. 4
Mehrheit
Wer glaubhaft darlegt, dass er aus religiösen oder ethischen Gründen den Ausbildungsdienst für einen höheren ....
Minderheit
(Huber, Plattner, Schallberger, Ziegler Oswald)
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 5 art. 81
Proposition de la commission
Al. 1–3, 5, 6
Adhérer à la décision du Conseil national
Al. 4
Majorité
Celui qui peut démontrer de manière crédible qu'il ne peut concilier, pour des motifs religieux ou éthiques, un service d'instruction ....
Minorité
(Huber, Plattner, Schallberger, Ziegler Oswald)
Adhérer à la décision du Conseil national

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Bei Ziffer 5 geht es um das Militärstrafgesetz. Nachdem Sie bei Artikel 1 des Zivildienstgesetzes (ZDG) der Minderheit zugestimmt haben,

muss logischerweise auch bei Artikel 81 MStG der Minderheit zugestimmt werden. Hier würde ja das gleiche gelten, wie es in Artikel 1 ZDG gegolten hat.
Ich meine aber – da muss ich einen Vorbehalt machen –, dass sich auf der Fahne ein Fehler eingeschlichen hat. Auf der Fahne heisst es «gemäss Bundesrat», aber nach dem Protokoll stimmt die Kommission in Absatz 3 ganz eindeutig dem Nationalrat zu, denn der Satz «Der Richter kann den Täter aus der Armee ausschliessen» muss hier eingefügt werden.
Bei Absatz 4 hat der Rat mit der Abstimmung bei Artikel 1 dem Antrag der Minderheit zugestimmt.

Abs. 1–3, 5, 6 – Al. 1–3, 5, 6
Angenommen – Adopté

Abs. 4 – Al. 4
Angenommen gemäss Antrag der Minderheit
Adopté selon la proposition de la minorité

Ziff. 5 Art. 82–84, 226
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 5 art. 82–84, 226
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Ziff. 6 Art. 16 Abs. 1
Antrag der Kommission
Mehrheit
Militärdienstpflichtige, die aus religiösen oder ethischen Gründen den bewaffneten Militärdienst ....
Minderheit
(Plattner, Huber, Schallberger, Ziegler Oswald)
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 6 art. 16 al. 1
Proposition de la commission
Majorité
Les hommes astreints au service militaire qui ne peuvent pour des motifs religieux ou éthiques concilier le service militaire armé ....
Minorité
(Plattner, Huber, Schallberger, Ziegler Oswald)
Adhérer à la décision du Conseil national

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Es gilt das gleiche wie bei Ziffer 5. Es muss der Minderheit zugestimmt werden. Hier stimmt die Fahne ebenfalls nicht («gemäss Bundesrat»), aber selbstverständlich bedeutet es auch hier «gemäss Nationalrat», weil sich der Nationalrat dem Bundesrat angeschlossen hat.

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit
Adopté selon la proposition de la minorité

Ziff. 7–10
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 7–10
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Ziff. 11 Art. 1 Abs. 1
Antrag der Kommission
....
o. wer zufolge eines Aufgebots an einer Informationsveranstaltung des ....
....

Ch. 11 art. 1 al. 1
Proposition de la commission
....
o. quiconque prend part, sur convocation, à une séance d'information ....
....

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: In Ziffer 11 muss unter Buchstabe o beigefügt werden: «wer zufolge eines Aufgebots eine Informationsveranstaltung des ....» Es geht darum, klar festzulegen, dass nicht jeder machen kann, was er will, um bei einem Unfall zu sagen, er sei im Dienst gewesen. Nur wer ein Angebot vorweisen kann, hat Anspruch auf Versicherungsschutz.

Angenommen – Adopté

Ziff. 11 Art. 4 Abs. 2; 8 Bst. v; 9 Abs. 3; 63; 67 Abs. 2; Ziff. 12–14
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 11 art. 4 al. 2; 8 let. v; 9 al. 3; 63; 67 al. 2; ch. 12–14
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes 22 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

Petitionen
Pétitions

94.2001

Petition Balastèr Anna-Maria
Eidgenössische Abstimmungen.
Rechte und Pflichten des Bundesrates

Pétition Balastèr Anna-Maria
Votations populaires.
Droits et devoirs du Conseil fédéral

Schmid Carlo (C, AI) unterbreitet im Namen der Staatspolitischen Kommission (SPK) den folgenden schriftlichen Bericht:

Mit Eingabe vom 23. April 1993 verlangen die Petentinnen und Petenten eine gesetzliche Regelung über die Darstellung von Vor- und Nachteilen jeder eidgenössischen Vorlage durch den Bundesrat. Gemäss dieser Regelung soll der Bundesrat erstens die Vor- und Nachteile einer Vorlage sachgemäss und vollständig offenlegen, zweitens darf er als Gesamtbehörde nicht mit öffentlichen Geldern Propaganda machen. Beschwerden über die Nichteinhaltung dieser Bestimmungen wären an das Bundesgericht zu richten.

Erwägungen der Kommission
Der Nationalrat hat am 8. März 1995 von der Petition Kenntnis genommen und beschlossen, ihr keine Folge zu geben. Die Staatspolitische Kommission des Ständerates befasste

94.063

Ziviler Ersatzdienst. Bundesgesetz
Service civil. Loi fédérale

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 721 hiervor – Voir page 721 ci-devant

Art. 29 (Fortsetzung) – Art. 29 (suite)

Abs. 2 – Al. 2

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Kommission 85 Stimmen
Für den Antrag der FP-Fraktion 11 Stimmen

Abs. 3 – Al. 3
Angenommen – Adopté

Art. 30
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 31
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2
Mehrheit
Streichen
Minderheit
(de Dardel, Carobbio, Dünki, Haering Binder, Hollenstein, Hubacher, Grossenbacher, Tschäppät Alexander)
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 31
Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2
Majorité
Biffer
Minorité
(de Dardel, Carobbio, Dünki, Haering Binder, Hollenstein, Hubacher, Grossenbacher, Tschäppät Alexander)
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Abs. 1 – Al. 1
Angenommen – Adopté

Abs. 2 – Al. 2

De Dardel Jean-Nils (S, GE), porte-parole de la minorité: La majorité de votre commission, à propos de cet article 31, a pris, dans une espèce d'accès de mauvaise humeur, une décision qui est un peu négative et même quelque peu punitive à l'égard des objecteurs de conscience. La majorité de la commission a admis que la personne en service reçoive un certificat de travail à la fin de l'affectation dans l'établissement, mais elle a refusé que cette personne puisse exiger que le certificat ne porte que sur la durée et sur la nature de l'affectation, à l'exclusion d'une appréciation sur les qualités et les défauts du travail effectué.

La solution de la majorité de la commission, de l'avis de la minorité, ne résiste pas à l'examen pour quatre raisons.
1. La solution de la majorité de la commission va en retrait de la solution de l'actuelle ordonnance d'application de la loi Barras. Cette ordonnance prévoit, précisément, la possibilité pour la personne astreinte au travail d'obtenir un certificat sans appréciation subjective sur la qualité du travail. De manière générale, si nous adoptons une loi, actuellement, c'est pour faire mieux que l'ordonnance d'application de la loi Barras ou alors pour faire en tout cas aussi bien. Donc, une solution en retrait, à notre avis, n'est pas admissible.
2. La solution de la majorité peut causer un important préjudice à l'objecteur de conscience. Celui-ci, lors d'une démarche ultérieure en vue de trouver un emploi, peut se trouver placé devant l'alternative de devoir présenter un certificat de travail défavorable ou alors de ne pas présenter de certificat du tout. Dans les deux hypothèses, la personne sera préjudiciée et risquera de ne pas obtenir un ou plusieurs emplois recherchés.
3. Le texte adopté par la majorité de la commission – c'est probablement de manière involontaire que cela c'est produit – conduit à une solution arbitraire. En effet, ce texte n'oblige pas l'établissement à délivrer un certificat appréciant les qualités de travail ou les qualités de la personne en cause. L'établissement peut donc, de manière tout à fait arbitraire, inscrire sur le certificat de travail une appréciation subjective sur le travail effectué ou ne pas l'inscrire. On est donc dans une situation discrétionnaire qui n'est pas admissible.
4. Dernier argument, qui me semble le plus important, il faut considérer les choses en rapport avec ce qui se passe pour la personne qui fait du service militaire. La personne qui fait du service militaire peut obtenir de l'administration militaire une attestation de la durée et de la nature du service qui a été accompli. Cette même personne peut demander à son supérieur hiérarchique une appréciation écrite sur les qualités du travail effectué au service militaire. En tout cas, il arrive couramment, dans des procédures judiciaires, que de telles attestations sur les qualités d'une personne qui a fait du service militaire soient délivrées et signées par le supérieur hiérarchique. Autrement dit, la personne qui accomplit du service militaire a le droit de choisir une attestation avec ou sans appréciation subjective et nous demandons simplement que le même droit soit accordé à la personne qui fait du service civil.
Pour toutes ces raisons, nous vous demandons de soutenir la proposition de la minorité de la commission, qui est également la position du Conseil fédéral.

Le président: Le groupe radical-démocratique communique qu'il soutiendra la proposition de la majorité de la commission.

Hari Fritz (V, BE): Gemäss dem Entwurf des Bundesrates könnte der Zivildienstleistende sein eigenes Zeugnis beeinflussen. Das geht doch nicht!
Die SVP-Fraktion ist einheitlich der Meinung, dass dieser Absatz gestrichen werden muss, genau gleich, wie es auch die Mehrheit der Kommission beantragt.

Sandoz Suzette (L, VD): Le groupe libéral soutiendra en principe la proposition de la majorité. Mais, je crois qu'il faut le dire, M. de Dardel a soulevé un ou deux points dont il n'a pas été du tout discuté en commission. Par conséquent, il paraît très raisonnable de soutenir la proposition de la majorité de biffer l'alinéa 2: cela va attirer l'attention du Conseil des Etats sur un problème qu'il devra reprendre. La formulation de l'article 31 telle qu'elle est proposée par le Conseil fédéral n'est pas satisfaisante parce qu'elle ne répond pas non plus à certains des points soulevés par M. de Dardel.
Par conséquent, je vous invite, au nom de la majorité du groupe libéral, à soutenir la majorité et à biffer l'alinéa 2.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Bei Artikel 31 hat die Kommission mit einer Mehrheit von 13 zu 9 Stimmen beschlossen, den Absatz 2 zu streichen, während die Minderheit, angeführt von Herrn de Dardel, der Meinung ist, man solle die Version des Bundesrates beibehalten.

Auch hier liess sich die Kommissionsmehrheit davon leiten, dass die Gleichbehandlung möglichst konsequent anzustreben ist. Im Militärdienst ist es so, dass man eine Qualifikation bekommt, ob man will oder nicht. Herr Hari hat zu Recht bemerkt, dass es nicht angehe, dass einer auf diese Qualifikation verzichten kann, wenn er die Leistungen, die er im Zivildienst zu erbringen hat, nicht so erfüllt, wie man das von ihm erwarten darf. Ich würde mit Frau Sandoz meinen, dass da tatsächlich gewisse Punkte noch vertieft zu betrachten sind, aber ich glaube, diese redaktionellen Fragen sollten wir nicht hier im Plenum behandeln. Das kann dann der Ständerat – aufgrund der Ausführungen von Herrn de Dardel – prüfen.
Es geht hier nicht um eine weltbewegende Frage: Es steht natürlich jedermann, der gefragt wird, ob er Zivildienst geleistet hat, frei, das aufgrund der Einträge im Dienstbüchlein nachzuweisen; das ist durchaus legitim.

Carobbio Werner (S, TI), rapporteur: Le Conseil fédéral, comme le dit le commentaire de l'article 31, avait recherché ici l'égalité avec les travailleurs libres de l'établissement d'affectation. Dans la vie professionnelle des certificats sont également établis pour de courtes périodes d'activité. C'est donc en application de l'article 330a du Code des obligations que le Conseil fédéral a proposé cette parité de traitement entre les travailleurs libres et ceux du service civil.
La commission, par 13 voix contre 9, a décidé de biffer cet alinéa 2, en disant notamment que, dans le cadre du service militaire, on ne donne pas un certificat de qualification, même quand elle est mauvaise. Vous avez entendu les arguments de M. de Dardel qui justifie la nécessité de maintenir cette disposition vu que, même au service militaire, on peut aussi obtenir dans certaines conditions un certificat.
Au nom de la majorité de la commission, je vous invite à suivre la proposition de biffer l'alinéa 2.
Personnellement, je suis d'accord avec la proposition de la minorité.
Je pense que l'argumentation donnée par M^me^ Sandoz, selon laquelle il faudrait suivre la proposition de la majorité pour permettre au Conseil des Etats de mieux examiner le problème soulevé, vaut aussi pour la proposition de la minorité. Comme le problème est posé, le Conseil des Etats aura les documents à disposition et pourra l'examiner sous ses divers aspects, même si la proposition de la minorité est acceptée.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Nous sommes ici en présence de deux courants concurrents, sinon contradictoires. Le premier courant consiste à comparer le statut de l'astreinte au service civil au statut du travail dans des entreprises qu'accomplissent normalement, vraiment dans le civil, un certain nombre de personnes. A cet égard, cela reviendrait à leur conférer la possibilité de recevoir un certificat attestant de leur prestation, de leurs aptitudes au travail et du résultat tangible de leur engagement, certificat qui ne se limite pas à la durée du service.
L'autre courant consiste à dire: «Mais c'est un service de substitution du service militaire. Au service militaire seul un certain nombre de militaires sont bénéficiaires d'un rapport de qualification à la fin du cours. Par conséquent, on ne voit pas pourquoi on aurait une distribution générale de qualifications pour les astreints au service civil.»
Je vous propose de trancher en faveur du projet du Conseil fédéral et de la proposition de la minorité, en souhaitant qu'il y ait encore un débat complémentaire au Conseil des Etats. Si je vous propose ceci, c'est parce que le service civil n'est de loin pas encore entré dans les moeurs. Le service militaire l'est depuis belle lurette. Le service civil a encore quelques actes à accomplir au moment où vous le créez pour se justifier. Par conséquent, le risque de discrimination morale à l'égard de celui qui est astreint au service civil est incontestablement compensé par cette possibilité pour lui d'obtenir un certificat de capacité, en quelque sorte, plus considérable que celui que reçoit le militaire.
C'est dans ce dessein, compte tenu de la nouveauté du service civil, que l'on peut trancher en faveur du projet du Conseil fédéral et de la proposition de la minorité de la commission.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 75 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 63 Stimmen

Art. 32–35
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 36
Antrag der Kommission
Streichen

Antrag der Fraktion der Freiheits-Partei
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 36
Proposition de la commission
Biffer

Proposition du groupe du Parti de la liberté
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Jenni Peter (A, BE): Auch in diesem Artikel geht es der Freiheits-Partei darum, eine Rechtsgleichheit zwischen Militär- und Zivildienstleistenden zu schaffen. Ich frage mich einfach, warum einmal mehr Bewährtes geändert werden soll. Herr Bonny als der Kommissionspräsident hat mir zugesichert, dass die Kommission eigentlich der gleichen Meinung sei, dass man das jedoch in der Verordnung regeln wolle. Die Freiheits-Partei ist jedoch der Meinung, das sei ein so wichtiger Punkt, dass wir dies im Gesetz so regeln wollen, wie das der Bundesrat vertritt.
Politische Werbung und religiöse Einflussnahme haben nach unserer Meinung – und anscheinend auch nach der Meinung des Bundesrates – im Zivildienst überhaupt nichts zu suchen. Es kann doch nicht im Interesse dieses Parlamentes sein, dass religiöse Gruppen, die den Militärdienst ablehnen, den Zivildienst jedoch akzeptieren, ihre neuen Jünger im Kreise der Zivildienstleistenden suchen. Im Interesse unserer Partei ist dies jedenfalls nicht.
Auch politische Werbung scheint uns bei Zivildienstleistenden sehr fragwürdig. Für die Fraktion der Freiheits-Partei ist es klar, dass sich Gruppierungen mit dieser Überlegung einige «Reststimmen» holen wollen. Auch im Militärdienst ist es nicht erlaubt, politische Werbung zu machen, was richtig ist. Stellen Sie sich einmal vor, welche Flut von Wahlprospekten sonst in den Truppenunterkünften herumliegen würden.
Es ist absolut unbegreiflich, warum diese Regelung jetzt beim Zivildienst nicht mehr angewendet werden soll. Diese Einflussnahme hat weder im Militär- noch im Zivildienst etwas zu suchen.
Wir bitten Sie deshalb, Artikel 36 gemäss Bundesrat im Gesetzentwurf beizubehalten.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Herr Jenni, gerade wegen dem Prinzip der Gleichbehandlung zwischen Militärdienst und Zivildienst haben wir von der Kommission aus beschlossen – es war ein einstimmiger Beschluss –, diesen Artikel zu streichen.
Wir sind selbstverständlich der Meinung, dass politische Werbung und religiöse Einflussnahme im Zivildienst nichts zu suchen haben. Aber gerade im Militärdienst ist es so, dass dieses Verbot nicht auf Gesetzesebene, sondern im Dienstreglement geregelt ist, und das Dienstreglement hat den Charakter einer Verordnung. Aus diesem Grund verlangen wir die Streichung dieses Artikels.
Wir möchten damit auch dem Einwand Rechnung tragen – er ist nicht ganz unberechtigt –, dass dieses Gesetz sehr breit angelegt ist. Wenn wir da noch etwas «abmagern» können, schadet das nicht.

Es ist so, wie Herr Jenni Peter es gesagt hat: Die Meinung der Kommission ist eindeutig die, dass diese Frage geregelt wird, aber eben, wie im Militärdienst, auf Verordnungsebene.
Deshalb beantrage ich Ihnen im Namen der Kommission die Streichung dieses Artikels.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je pense que nous sommes tous d'accord sur le fait que la personne en service civil doit s'abstenir de toute propagande politique et de tout prosélytisme religieux durant les heures de travail ainsi que dans les locaux, etc. C'est une règle que l'on trouve dans les lois militaires, plus exactement dans le règlement de service. Il faut les trouver par équivalence s'agissant des travailleurs du service civil.
Le Conseil fédéral avait proposé qu'on l'inscrive dans la loi. Vous avez entendu M. Bonny: au militaire, c'est traité dans le règlement de service, c'est-à-dire au niveau ordonnance. Le Conseil fédéral laisse au législateur que vous êtes la liberté du choix et du lieu. Si vous décidez de l'inscrire dans la loi, c'est bien ainsi; si vous décidez, au contraire, de ne pas l'inscrire dans la loi, de suivre la commission, je vous dis très clairement qu'au niveau de l'ordonnance d'application le Conseil fédéral reprendra intégralement ce principe.
C'est une question de technique législative, je vous laisse choisir.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Kommission 89 Stimmen
Für den Antrag der FP-Fraktion 25 Stimmen

Art. 37
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2 erster Satz
Mehrheit
.... zentrale Einführungskurse organisieren.
Minderheit
(Sandoz, Borer Roland, Fehr, Hari, Hess Otto)
Streichen

Antrag Heberlein
Abs. 2 zweiter Satz (neu)
Für den Einsatz im Gesundheitswesen ist der Besuch eines Einführungskurses obligatorisch.

Art. 37
Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2 première phrase
Majorité
.... centralisés.
Minorité
(Sandoz, Borer Roland, Fehr, Hari, Hess Otto)
Biffer

Proposition Heberlein
Al. 2 deuxième phrase (nouvelle)
Pour les affectations dans le domaine de la santé la participation à un cours d'introduction est obligatoire.

Abs. 1 – Al. 1
Angenommen – Adopté

Abs. 2 – Al. 2

Sandoz Suzette (L, VD), porte-parole de la minorité: Il convient de préciser que les articles 37 et 38 sont liés. Autrement dit, si la proposition de la minorité à l'article 37 passait, la proposition de la minorité à l'article 38 est – je dirais – de nature impérative, parce que c'est une adaptation à la formulation de la minorité à l'article 37, et je ne reviendrai pas pour défendre la proposition de la minorité à l'article 38.

En fait, quel est le problème de l'article 37? La minorité de la commission a voulu, de manière plus accentuée encore que la majorité, exclure la mise sur pied de services d'instruction centralisés à charge de la Confédération, de manière à ne pas créer une infrastructure administrative lourde pour le service civil. L'idée, en effet, c'est que le service civil exigera des activités de nature civile, comme son nom l'indique, activités qui sont énoncées à l'article 4, et ces activités civiles, si elles exigent des cours d'introduction, devront avoir des cours dépendants des organismes organisant ces activités, et non pas de la Confédération.
Toutefois, il faut reconnaître que la proposition Heberlein soulève un point qui n'a pas été abordé en commission. Il est vrai qu'en particulier lorsqu'il s'agit d'une activité dans le domaine de la santé, il serait indispensable qu'il y ait un cours d'introduction, mais il est tout à fait imaginable, voire souhaitable, que ces cours soient organisés non pas par la Confédération, mais par exemple par la Croix-Rouge ou par les milieux de la santé compétents. Si bien que la proposition Heberlein peut parfaitement être soutenue, même si l'on suit la proposition de la minorité. Ce qui est alors important, c'est de se rendre compte que pour une catégorie d'activité de service civil, il serait nécessaire d'avoir des cours d'introduction, ceux-ci n'ayant pas forcément à être organisés du tout par la Confédération.
Je vous propose donc de soutenir la minorité, qui cherche vraiment à éviter la mise sur pied d'une infrastructure fédérale lourde, puis de soutenir la proposition Heberlein, ce qui impliquerait alors pour l'article 38 d'en revenir probablement à la formulation de la majorité parce qu'il y aura de toute façon une question technique à régler dans la rédaction de l'article 38.
Le groupe libéral soutiendra la proposition de la minorité et, à titre personnel, je peux dire que je soutiendrai en tout cas la proposition Heberlein.

Heberlein Trix (R, ZH): Mein Antrag auf Ergänzung von Artikel 37 Absatz 2 beruht im wesentlichen auf zwei Komponenten:
Erstens: auf der Erfahrung mit dem Vollzug der Einsätze von Dienstverweigerern, die nach der Barras-Reform ihre Einsätze zu 80 Prozent im Gesundheitswesen leisten. Trotz gegenteiliger Absicht und Zusicherungen haben jedoch die wenigsten von ihnen eine Grundausbildung in Krankenpflege absolviert.
Zweitens: auf den Vernehmlassungen, welche von den Berufen des Gesundheitswesens, aber auch von der Vereinigung der Spitäler und Heime ganz klar abgegeben wurden. Darin wurde die Forderung aufgestellt, dass ein Einsatz der Zivildienstpflichtigen im Bereich Gesundheitswesen die Absolvierung einer Grundausbildung in Krankenpflege voraussetze.
In Spitälern, in Heimen, aber auch in den Spitex-Diensten haben wir es mit Kranken, mit Pflegebedürftigen zu tun, die von qualifiziert ausgebildeten Leuten betreut werden müssen. Stimmt das Verhältnis von qualifiziertem Personal zu unqualifiziertem nicht mehr, so geht dies unweigerlich zu Lasten der Qualität der Betreuung, zu Lasten auch der Sicherheit der Patienten. Das darf nicht geschehen. Heime und Spitäler, insbesondere kleinere, sind nicht in der Lage, laufend Leute auszubilden, einzuführen und zu betreuen. Sie alle haben bereits einen Ausbildungsauftrag, sie bilden Schülerinnen aus, sie bilden Ärzte aus, sie bilden neben ihrer täglichen Arbeit auch die verschiedensten weiteren Berufe aus. Finanzknappheit, enge Stellenpläne und Umstrukturierungen belasten sie zusätzlich. Müssten sie dazu noch im Rahmen des zivilen Ersatzdienstes Leute ohne jegliche Grundausbildung beschäftigen, so hätte dies wohl die Konsequenz, dass in den Betrieben des Gesundheitswesens keine Leute aufgenommen würden.
Eine obligatorische Grundausbildung kann meiner Meinung nach nur mit einem Gesetz, mit einer gesetzlichen Grundlage, erfolgen. In der Kommission ging man, wie sich aus den Protokollen und aus den Hearings ergibt, anscheinend stillschweigend davon aus, dass die Grundausbildung notwendig sei. Wenn aber die gesetzliche Grundlage fehlt, auch für die Finanzierung der Kurse, kann niemand dazu verpflichtet werden.
Heute existieren bereits die verschiedensten Kurse. Sie umfassen im Durchschnitt eine dreiwöchige Grundausbildung und

werden zum Beispiel vom Schweizerischen Roten Kreuz angeboten, auch dezentral. Wir brauchen keine neuen Strukturen und auch keine neuen Anforderungen; die Rahmenbedingungen sind gegeben. Das Biga muss also nicht selbständig tätig werden. In den Ausführungsbestimmungen müssten die Minimalanforderungen aufgestellt werden, und dazu gehörten für die Betriebe des Gesundheitswesens auch eine minimale Dauer und das Recht der Betriebe, die Leute entsprechend ihren Fähigkeiten, ihrer Gesundheit, ihrer charakterlichen Eignung auszulesen. Ich bin sehr froh, dass mir vom Biga und von Bundesrat Delamuraz Zustimmung zu meinem Antrag signalisiert wurde.
In formeller Hinsicht möchte ich noch sagen, wie das Frau Sandoz auch gesagt hat, dass der Antrag, so, wie er jetzt schriftlich vorliegt, aussieht, als ob er eine Zustimmung zur Minderheit Sandoz ausschliessen würde. Dies ist aber nicht der Fall. Ich bitte den Präsidenten, falls nötig, die Abstimmung so vorzunehmen, dass mein Satz so oder so beigefügt wird.
Ich bitte Sie im Interesse der Patienten in Heimen und Spitälern und im Interesse der Pflegebedürftigen in der Spitex-Betreuung um Zustimmung zu meinem Antrag.

Harl Fritz (V, BE): In Absatz 1 ist festgehalten, dass der Einsatzbetrieb für die erforderliche Einführung der zivildienstleistenden Person zu sorgen hat.
Wir von der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei glauben, dass dies genügt, und unterstützen die Minderheit Sandoz, das heisst, dass Absatz 2 zu streichen ist.
Zum Antrag von Frau Heberlein möchte ich mich nicht äussern. Dies wird der Präsident unserer Kommission gebührend tun.

Le président: Le groupe démocrate-chrétien communique qu'il soutient la proposition Heberlein.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Bei Artikel 37 haben wir vier Varianten.
Die erste Variante ist jene des Bundesrates, der in Absatz 2 vorsieht, dass neben zentralen Einführungskursen auch zivildienstspezifische Lehrgänge organisiert werden können.
Die Kommission hat mit 12 zu 6 Stimmen der Fassung den Vorzug gegeben, welche sich auf zentrale Einführungskurse beschränkt. Dies aus folgenden Gründen: Wir sind der Meinung, dass es keine zivildienstspezifischen Kurse braucht. Wenn man den breiten Aufgabenbereich betrachtet, muss man sich fragen, was alle diese Leute in diesen Kursen machen. Wir wollen sie ja nicht gleichsam für all diese Bereiche initiieren; dann wird es einfach zu «l'art pour l'art». Ich glaube, hier kann man wirklich ohne weiteres auf diese zivildienstspezifischen Lehrgänge verzichten. Der Bundesrat hat auch kundgetan, dass er letztere nur im Sinne eines vorbehaltenen Entschlusses erwähnt hat und dass er nie eigene Schulen geplant hat.
Der zweite Punkt betrifft die Gegenüberstellung zwischen der Mehrheit und der Minderheit Sandoz, die Absatz 2 streichen will, d. h. nicht nur die zivildienstspezifischen Lehrgänge, sondern auch die zentralen Einführungskurse.
Hier ist die Kommission mit einem deutlichen Stimmenverhältnis von 15 zu 5 Stimmen der Meinung, dass diese zentralen Einführungskurse – das sind praktische Kurse – nötig sind. Wir haben den Eindruck, dass vielleicht gerade kleine Einsatzbetriebe überfordert sein könnten und mit diesen Kursen eine gewisse Entlastung erfolgt. Das ist für mich der entscheidende Punkt, weshalb wir die zentralen Einführungskurse beibehalten wollen. Hier verhält es sich ähnlich wie bei der Berufslehre, wo wir am Anfang zum Teil auch Einführungskurse haben.
Dass wir mit dieser Auffassung richtig liegen, beweist auch der Antrag Heberlein. Frau Heberlein will ja, dass diese Einführungskurse im Bereich des Gesundheitswesens obligatorisch werden. Für Juristen steht ausser Diskussion, dass wir hierfür eine gesetzliche Grundlage benötigen.
Bei der Beurteilung des Antrages Heberlein müssen wir uns bewusst sein, dass es hier nicht nur um die Interessen der Zivildienstleistenden geht, sondern auch um die Interessen der Patienten. Es ist wichtig, dass die Leute, die in diesen Bereich gehen – und es werden sehr wahrscheinlich recht viele sein –, auch über die nötigen Voraussetzungen verfügen, um die Verantwortung gegenüber den Patienten wahrnehmen zu können.
Deshalb – ich kann nicht im Namen der Kommission sprechen, weil dieser Antrag in der Kommission nicht gestellt wurde, aber im persönlichen Namen – bin ich eindeutig der Auffassung, dass wir dem Antrag Heberlein zustimmen sollten, der sich harmonisch in den Antrag der Mehrheit einfügt, der auf den zentralen Einführungskursen basiert.

Carobbio Werner (S, TI), rapporteur: Le principe de la mise au courant de la personne astreinte n'est pas contesté. Il est nécessaire pour répondre aux besoins de l'établissement d'affectation parce qu'il permet de faire acquérir les connaissances de base pour une exécution judicieuse du travail. C'est la manière qui est en discussion. Le Conseil fédéral, à l'article 37 alinéa 2, prévoit qu'on «peut organiser des cours d'introduction centralisés ou des cours spécialement conçus pour les besoins du service civil».
La majorité de la commission est d'avis qu'il suffit de prévoir l'organisation de cours d'introduction centralisés. Il n'est pas nécessaire de faire des cours spéciaux pour le service civil.
La minorité de la commission, emmenée par M^me^ Sandoz, va plus loin. Elle est d'avis que la Confédération ne doit pas se charger de cette tâche qui incombe aux établissements d'affectation. C'est une proposition qui cherche à limiter le rôle de la Confédération dans ce domaine particulier. Dans ce sens, cet argument plaide en faveur de la proposition de la minorité.
Par contre, la majorité de la commission est d'avis que, surtout pour les petites entreprises ou celles qui ont pratiquement un seul titulaire, il faut que quelqu'un puisse répondre à cette nécessité de mise au courant de la personne accomplissant son service civil. Dans ce sens, il est donc juste de prévoir que la Confédération puisse organiser, pour ces cas-là, des cours de mise au courant.
Je vous invite, au nom de la majorité de la commission, à repousser la proposition de la minorité de la commission.
En ce qui concerne la proposition Heberlein, elle n'a pas été discutée en commission. Vous avez entendu les arguments de M^me^ Heberlein et ceux du rapporteur de langue allemande. Je pense effectivement que dans le domaine de la santé une formation est très importante vis-à-vis des patients. Donc, je trouve que la proposition Heberlein mérite d'être soutenue, dans le sens qu'il faut, pour ce domaine particulier, rendre obligatoire la nécessité de suivre des cours de mise au courant.
Je vous invite donc, à titre personnel, en accord avec le rapporteur de langue allemande, à appuyer la proposition Heberlein à l'alinéa 2.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: La majorité de la commission propose d'aller un peu moins loin que le Conseil fédéral dans son projet. Le Conseil fédéral se rallie à la proposition de la majorité.
M^me^ Sandoz, porte-parole d'une minorité active, voudrait, dans l'élan, aller encore plus loin. Je crois que vous allez un peu trop loin, Madame et Messieurs de la minorité. En effet, je constate, comme vient de le dire le rapporteur de langue française, qu'il y a un certain nombre de petits établissements dans lesquels on fera ce service civil. Il est bon que la Confédération puisse essayer, dans certaines limites, de maintenir une unité de doctrine et d'engagement, qu'elle ait donc, pour ces entreprises, le moyen de donner une certaine coordination à l'engagement des futurs servants du service civil. Cette unité de doctrine est un premier argument.
Le deuxième argument, c'est que l'établissement, même si ce n'est pas un tout petit établissement, peut se révéler peu enclin à dispenser une formation de base et rendre nécessaire, à ce moment-là, le relais de cours organisés par la Confédération. Je souhaite que ce ne soit jamais le cas, mais je ne peux pas exclure que cela n'advienne une fois ou l'autre. Il faut, pour le sérieux et le respect du service civil, que l'on ait cette possibilité en main de la Confédération.

Voilà la raison pour laquelle je vous invite à voter la proposition de la majorité de la commission plutôt que celle de la minorité. Cela étant, le Conseil fédéral se rallie pleinement à la proposition Heberlein. Il est évident que la santé publique et son service ne sont pas mince affaire, et qu'une préparation minutieuse de ceux qui se consacreront au service civil est nécessaire. Je ne verrais pas que l'on confiât des vies humaines à des mains par trop inexpertes et à des esprits par trop mal préparés.
C'est la raison pour laquelle, avec quelques imparfaits du subjonctif à la clef, le Conseil fédéral se rallie à la proposition Heberlein.

Abs. 2 erster Satz – Al. 2 première phrase

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 76 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 53 Stimmen

Abs. 2 zweiter Satz – Al. 2 deuxième phrase
Angenommen gemäss Antrag Heberlein
Adopté selon la proposition Heberlein

Art. 38
Antrag der Kommission
Mehrheit
Abs. 1
.... die Kosten der Kurse nach Artikel 37 Absatz 2.
Abs. 2
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit
(Sandoz)
Abs. 1
Streichen
Abs. 2
a. Streichen
b. Der Bund kann sich an den Einführungskosten der Einsatzbetriebe beteiligen, wenn die Einführung ....

Art. 38
Proposition de la commission
Majorité
Al. 1
.... d'introduction au sens de l'article 37 alinéa 2.
Al. 2
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité
(Sandoz)
Al. 1
Biffer
Al. 2
a. Biffer
b. La Confédération peut participer aux frais de mise au courant ....

Le président: La proposition de minorité tombe, comme résultat du vote intervenu à l'article 37 alinéa 2 première phrase.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 39–46
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 47
Antrag der Kommission
Abs. 1–3
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 4 (neu)
Artikel 6 dieses Gesetzes bleibt vorbehalten.

Art. 47
Proposition de la commission
Al. 1–3
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 4 (nouveau)
L'article 6 de la présente loi est réservé.

Angenommen – Adopté

Art. 48
Antrag der Kommission
Mehrheit
Abs. 1
.... Kredite ausnahmsweise Projekte finanziell unterstützen, welche dem Umwelt- und Naturschutz oder der Landschaftspflege dienen.
Abs. 2
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit
(Borer Roland, Bonny, Bürgi, Fehr, Fischer-Seengen, Hari, Hess Otto, Sandoz, Savary, Schnider, Tschuppert Karl)
Streichen

Art. 48
Proposition de la commission
Majorité
Al. 1
Dans la mesure des crédits autorisés, la Confédération peut exceptionnellement soutenir financièrement des projets qui servent la protection .... paysage.
Al. 2
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité
(Borer Roland, Bonny, Bürgi, Fehr, Fischer-Seengen, Hari, Hess Otto, Sandoz, Savary, Schnider, Tschuppert Karl)
Biffer

Borer Roland (A, SO), Sprecher der Minderheit: Die Minderheit, die bei genauer Auszählung in der Kommission vielleicht gar keine Minderheit gewesen wäre, beantragt Ihnen, Artikel 48 zu streichen. Warum? Es gibt zwei Hauptgründe, weshalb dieser Artikel 48 nicht in dieses Gesetz gehört.
1. Es handelt sich, wenn wir den Artikel 48 so belassen, wie er hier steht, um eine indirekte Subventionierung. Wir schaffen mit einem Gesetz, das eigentlich dem Zivildienst dienen sollte, die Grundlage, finanzielle Mittel zu sprechen, um Projekte zu finanzieren. Unserer Meinung nach gehört dies einfach nicht in dieses Gesetz.
2. Bei genauem Durchlesen können Sie feststellen, dass in Absatz 1 über Projekte im Bereich des Umweltschutzes und des Naturschutzes gesprochen wird. Ich frage Sie, warum man – wenn man schon gezielt Projekte unterstützen will – nur von Umwelt- und Naturschutz spricht. Mit welchem Recht bevorzugen wir hier ganz speziell den Umweltschutz? Warum sprechen wir nur hier von Projekten, die unterstützungswürdig sind? Es ist falsch, die Einsatzgebiete für den Zivildienst derartig zu differenzieren. Indirekt nehmen wir da eine Wertung vor, die unseres Erachtens falsch ist.
Ein weiterer Grund, der nicht unwesentlich ist, betrifft die Tatsache, dass man mit diesem Artikel 48 unter Umständen Bedürfnisse schafft oder fördert, die eigentlich gar nicht vorhanden wären.
Ich kann mir vorstellen, dass sich im einen Jahr relativ viele Personen für einen Zivildiensteinsatz im Bereich des Umwelt- oder des Naturschutzes melden, obwohl – objektiv betrachtet – gar kein Grund für solche Einsätze vorhanden ist, obwohl gar

keine Notwendigkeit besteht, in jenem Jahr für diesen Bereich Dienste zu leisten. Und nun schafft man neue Möglichkeiten, indem man die finanziellen Rahmenbedingungen dahin gehend ändert, dass man Projekte unterstützen kann. Die Formulierung ist diesbezüglich ganz klar. Und plötzlich, wenn das nötige Kleingeld vorhanden ist, bestehen dann eben «Notwendigkeiten», so dass Zivildienstleistende eingesetzt werden.
Mit diesem Artikel 48 schaffen wir Präjudizien für eine Bevorzugung eines ganz bestimmten Einsatzbereiches, und wir schaffen Möglichkeiten, wir schaffen finanzielle Anreize, die, wenn man es objektiv betrachtet, schlecht und der Sache nicht dienlich sind.
Die Minderheit, die, wie gesagt, bei genauer Auszählung keine Minderheit gewesen wäre, beantragt Ihnen demzufolge, diesen Artikel 48 zu streichen. Wenn man schon Umweltschutzprojekte, Naturschutzprojekte mit dem Einsatz von Zivildienstpflichtigen fördern will, soll man das dort verankern, wo es auch richtig ist, nämlich im Bereich der Umweltschutz- und Naturschutzgesetzgebung, aber nicht hier im Zivildienstgesetz.
Wir beantragen Ihnen, den Artikel 48 ersatzlos zu streichen.

Schnider Theodor (C, LU): Diese Bestimmung sollte offener formuliert oder eben, wie die Minderheit Borer Roland meint, gestrichen werden. Wieso ist nur der Bereich «Umwelt- und Naturschutz, Landschaftspflege» berücksichtigt? Wieso könnte nicht beispielsweise der Bereich «Forstwesen» speziell aufgeführt werden? Denken wir doch an die Naturkatastrophen der letzten Jahre, wo unsere Wälder wirklich stark gelitten haben. Nach Artikel 47 hat der Bundesrat ja die Möglichkeit, flexibel zu reagieren – je nach wirtschaftlicher Ertragskraft.
Ich persönlich bitte Sie, die Kommissionsminderheit Borer Roland zu unterstützen, obwohl unsere Fraktion der Mehrheit zustimmt.

Hari Fritz (V, BE): Im Namen der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei teile ich mit, dass wir mit der Minderheit Borer Roland stimmen werden, d. h., wir sind für Streichung von Artikel 48. Diese Fassung könnte zur Schaffung von Projekten führen, die richtig «an den Haaren herbeigezogen» werden müssten. Das wollen wir verhindern.

Sandoz Suzette (L, VD): Si vous lisez le message, vous verrez que l'article 48 est conçu dans l'idée que les activités de protection de l'environnement ne sont pas de nature commerciale, et que, par conséquent, c'est un domaine dans lequel on pourrait créer des activités pour le service civil sans tomber dans le risque de la concurrence que la commission s'est efforcée d'éviter.
Cette idée, que nous croyions d'ailleurs exacte dans la commission, s'est révélée depuis ce matin erronée. Parce que si vous avez lu comme moi la «Gazette de Lausanne» d'aujourd'hui, vous aurez constaté que l'on envisage de créer des activités commerciales en matière de protection de l'environnement de façon à réinsérer notamment des chômeurs, et peut-être des chômeurs qui étaient tels après avoir connu des difficultés sociales. Par conséquent, cet argument qui était à l'origine de l'article 48 n'est plus comme tel de grand poids.
Néanmoins, il y a une autre raison de soutenir la minorité, comme le fera d'ailleurs le groupe libéral. Cette raison est la suivante: si vous lisez l'article 48, vous verrez qu'il est dit que c'est «dans la mesure des crédits autorisés». Ce que l'on n'a pas réussi au fond à savoir ou à comprendre en commission, c'est s'il s'agissait d'utiliser une partie des crédits votés pour le service civil en faveur d'activités pour l'environnement, ce qui permettait indirectement de récupérer le service civil pour l'environnement, ou s'il s'agissait de récupérer pour le service civil les crédits votés pour l'environnement, ce qui permettait de récupérer l'environnement dans l'intérêt du service civil. Vous voyez qu'au fond, on ne sait pas très bien si l'article 48 sert au service civil ou s'il sert à la protection de l'environnement.
C'est afin d'éviter ce malentendu et cette augmentation anormale de poids de la protection de l'environnement par rapport au service civil que la minorité vous propose de biffer cet article 48.
Le groupe libéral soutiendra la minorité.

Meier Hans (G, ZH): Ich bitte Sie dringend, den Bundesrat und die Mehrheit der Kommission zu unterstützen.
Ich spreche hier als Grüner, als Anwalt der Natur und der Umwelt. Arbeit in Spitälern und all die Einsätze für Bergbauern bringen diesen Leuten etwas, und die Begünstigten können dafür auch etwas bezahlen. Aber für den Einsatz zugunsten der Natur, das ist ideelle Arbeit, muss der Bund Beiträge sprechen können.
Ich finde es nicht in Ordnung, dass gerade Herr Hari als Landwirt so vehement gegen Beiträge für die Umwelt spricht. Er weiss doch genau, dass wir alle bereit sind, Direktzahlungen für die Landwirte zu sprechen, wenn sie für unsere Umwelt einstehen.
Ich bitte Sie dringend: Stimmen Sie dem Antrag der Mehrheit und dem Entwurf des Bundesrates zu.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Hier hatten wir eine spannende Auseinandersetzung in der Kommission. In der Tat hat die Mehrheit mit 10 zu 9 Stimmen obsiegt; bei der Minderheit haben aber 11 Kommissionsmitglieder unterschrieben. Vielleicht kommt es ab und zu vor, Herr Borer, dass Leute wohl da sind, wenn es darum geht, den Minderheitsantrag zu unterschreiben, aber nicht, wenn abgestimmt wird.
Lassen wir das beiseite; Sie werden ja zwischen den beiden Varianten zu entscheiden haben.
Wenn man den Entwurf des Bundesrates mit dem Antrag der Mehrheit der Kommission vergleicht, stellt man zwei Änderungen fest:
1. Die Mehrheit hat den Text ergänzt durch das Wort «ausnahmsweise»; das bedeutet, dass man etwas weniger weit gehen will als der Bundesrat.
2. Die finanzielle Unterstützung geht nicht mehr an die Einsatzbetriebe, sondern an Projekte.
Die Kommissionsmehrheit und der Bundesrat haben unterstrichen, dass zum Teil gerade im Umweltbereich die Strukturen so schwach sind, dass es vielfach nicht möglich ist, ohne finanzielle Unterstützung durchzukommen, und dass es hier um sehr wichtige Aufgaben geht, die man im Rahmen des Zivildienstes abdecken möchte.
Bei der Minderheit wurde argumentiert, die Gefahr sei nicht auszuschliessen, dass eine verkappte Unterstützung von Projekten und damit indirekt von Einsatzbetrieben stattfinde. Es wurde bemängelt, dass eine gewisse Willkür in der Auswahl liegt (Umwelt-, Naturschutz und Landschaftspflege). Wir haben aus der Argumentation von Kollege Schnider gehört, dass man sich überlegt, ob man nicht auch die Forstwirtschaft mit einschliessen könnte. Hier muss man sich klar sein, dass mit der Fassung der Mehrheit möglicherweise die Gefahr einer gewissen Ausdehnung besteht.
Schliesslich weise ich darauf hin, dass bei Artikel 47 Absatz 3, den wir diskussionslos verabschiedet haben, die Möglichkeit der Vollzugsstelle besteht, dass sie von der Erhebung der Abgabe bei einzelnen Einsatzbetrieben absehen kann. Es ist zwar nicht der gleiche Weg, aber aufgrund dieses Absatzes kann dem Einzelbetrieb doch eine gewisse Unterstützung gewährt werden.
Ich persönlich werde mit der Minderheit stimmen.

Carobbio Werner (S, TI), rapporteur: «La protection de l'environnement constitue l'un des domaines les plus importants dans lequel les personnes astreintes au service civil devraient être affectées», dit clairement le message à la page 88 du texte français. Or, malgré l'exemple cité par M^me^ Sandoz, tiré de la «Gazette de Lausanne» d'aujourd'hui, je pense que, dans le domaine de la protection de l'environnement, c'est une constatation réelle que le bénévolat et le manque de moyens prédominent.
Si telle est la situation, il me semble que la disposition prévue à l'article 48 est justifiée, parce qu'elle permet d'apporter un soutien dans un domaine où l'on pourra employer des personnes astreintes au service civil. La disposition mérite d'autant plus d'être soutenue que la majorité a déjà fixé des limites très claires. Elle a précisé que «dans la mesure des crédits autorisés, la Confédération peut exceptionellement» financer. En

plus, il est souligné qu'il s'agit de financer non des établissements d'affectation, mais plutôt des projets. Les limites sont clairement établies.
Accepter la proposition de la minorité de biffer reviendrait, pour la majorité, à se priver dans cette loi de la possibilité d'aider des établissements d'affectation qui pourraient employer un bon nombre d'objecteurs de conscience. Les arguments de la minorité sont connus: si l'on accepte l'article 48, on crée des inégalités en n'accordant un soutien financier qu'à un certain type d'affectation. Il y a d'autre part les arguments selon lesquels la situation financière de la Confédération justifierait de ne pas aller dans la direction proposée par le Conseil fédéral et par la majorité.
Je répète: avec les limites introduites par la majorité de la commission, il vaut la peine de fixer dans la loi la possibilité, dans des cas exceptionnels, d'aider des projets ayant pour but la protection de l'environnement.
Je vous invite donc à suivre la majorité de la commission.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je vous propose de suivre la majorité de la commission. Bien sûr, Monsieur Borer Roland et, avec vous, les membres de la minorité, vous avez la bonne logique pour vous. Ce n'est pas tout à fait dans la normalité des choses d'introduire à l'article 48, sur les crédits – Madame Sandoz, j'y insiste – de la protection de l'environnement, encore un appoint pour tel ou tel projet en plus de ce que l'on paie, bien entendu, comme prestation à ceux qui sont astreints au service civil.
Les deux raisons cependant qui me font militer pour la cause de la majorité sont les suivantes:
1. En dehors de la protection de l'environnement et de la nature et de l'entretien du paysage, il s'agit de projets qui sont systématiquement et régulièrement soutenus, par ailleurs, par des crédits que je qualifierai de normaux. Il n'y a vraiment que dans ce domaine que l'on peut se trouver devant un projet intéressant, mais dont le financement n'est pas assuré par les procédures orthodoxes concernant l'attribution d'autres crédits. On estime qu'il serait fâcheux de rater l'occasion d'un tel projet, par conséquent, l'engagement d'un certain nombre de gens du service civil pour un tel projet, simplement parce que son financement ou un bout de son financement n'est pas assuré. Dans les autres domaines, je le répète, c'est en général fait, dans ces domaines spécifiques c'est moins le cas, d'où la justification d'une exception qualitative à ce principe.
2. La deuxième raison, Monsieur Borer, c'est une exception quantitative. Le Conseil fédéral se rallie à la formule hyperrestreinte de la majorité, qui utilise l'adverbe «exceptionnellement» en rapport avec un engagement qui n'est véritablement pas courant. Ce ne sera que l'ultima ratio, lorsque d'autres procédés de financement pour un projet particulièrement intéressant ne seront pas assurés qu'on pourra lâcher quelques francs des crédits de la protection de l'environnement pour accomplir l'exercice. Ce ne sera en aucun cas la règle; cela serait faux que cela fût la règle.
Dans cette perspective, avec ces justifications et surtout avec ces limites, je vous propose de vous engager, l'âme légère, pour la majorité.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 75 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 58 Stimmen

Art. 49–55
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 56
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Art. 56
Proposition de la commission
Al. 1, 2
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 3
.... elle peut demander des dommages-intérêts à la personne en service pour autant ....

Angenommen – Adopté

Art. 57–61
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 62
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 2
Als Klage gilt auch die schriftliche Geltendmachung des Schadenersatzanspruches bei den Generaldirektionen und den Kreisdirektionen der PTT-Betriebe und der Schweizerischen Bundesbahnen sowie beim ETH-Rat, soweit sie Einsatzbetriebe sind, und beim Eidgenössischen Finanzdepartement.

Art. 62
Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 2
Est assimilée à une action la demande écrite en réparation d'un dommage adressée aux directions générales et aux directions d'arrondissement de l'Entreprise des PTT et des CFF ainsi qu'au Conseil des EPF, lorsque ces instances ont qualité d'établissement d'affectation, et au Département fédéral des finances.

Angenommen – Adopté

Art. 63
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 64
Antrag der Kommission
Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit
(Hollenstein, Carobbio, de Dardel, Meier Hans, Tschäppät Alexander, Züger)
Titel
Beschwerdeinstanzen
Wortlaut
Beschwerdeinstanzen sind:
a. die Rekurskommission des Departementes (Rekurskommission) für Verfügungen der Vollzugsstelle;
b. das Bundesgericht für Beschwerdeentscheide der Rekurskommission betreffend die Nichtzulassung zum Zivildienst.

Art. 64
Proposition de la commission
Majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité
(Hollenstein, Carobbio, de Dardel, Meier Hans, Tschäppät Alexander, Züger)
Titre
Autorités de recours
Texte
Les autorités de recours sont:
a. la commission de recours du département (Commission de recours) pour les décisions de l'organe d'exécution;
b. le Tribunal fédéral pour les décisions de recours de la Commission de recours concernant le rejet de l'admission au service civil.

Hollenstein Pia (G, SG), Sprecherin der Minderheit: Bei Artikel 64 geht es einmal mehr nicht um Wehrgerechtigkeit oder um etwas Ähnliches, sondern hier stellt sich die Frage des Demokratieverständnisses. Die Kommissionsminderheit will bezüglich Artikel 1 betreffend der Zulassung respektive Nichtzulassung zum Zivildienst die Möglichkeit eines Weiterzugs an das Bundesgericht offenhalten. Für diesen Antrag sprechen verschiedene Gründe:
Einmal handelt es sich in Artikel 1 um die Prüfung des Gewissens, eines besonders schützenswerten Rechtsgutes. Wenn der Bundesrat in der Botschaft schreibt, dass das Militärgesetz keine Rekursmöglichkeit kenne, so ist dies für dieses Gesetz nicht stichhaltig.
Ein wichtiger Grund für eine zweite Rechtsinstanz ist die Empfehlung des Europarates, die er mit der Resolution Nr. 337 abgibt. Er empfiehlt zwei Beschwerdeinstanzen. Von Empfehlungen des Europarates sollte die Schweiz als Mitglied des Europarates nur in zwingenden Fällen abweichen, und um einen zwingenden Fall handelt es sich hier sicher nicht. Wieso sollten wir in diesem Fall die Menschenrechtsempfehlungen nicht höher gewichten als das Militärgesetz?
Es darf wohl auch davon ausgegangen werden, dass diese Möglichkeit nur in Ausnahmefällen in Anspruch genommen würde. Allein die bestehende Möglichkeit, eine Beschwerde ans Bundesgericht weiterzuziehen, könnte präventiven Charakter haben und ist schon deshalb sinnvoll.
Ich bitte Sie, dem Antrag der Kommissionsminderheit zuzustimmen.

Cincera Ernst (R, ZH): Bei der Beurteilung der Beschwerdeinstanzen stehen für die FDP-Fraktion zwei Punkte im Vordergrund: erstens der Instanzenweg und zweitens – trotzdem – der Vergleich zum Militär im Sinne der Wehrgerechtigkeit.
Zuerst zur Frage des Instanzenwegs: Die Minderheit Hollenstein ficht die vom Bundesrat vorgeschlagene Lösung an, weil ein einziges Gremium Schicksal spiele, ob ein Zivildienstwilliger seinen Wunsch erfüllt sehe oder nicht.
Tatsache ist, dass sich immerhin drei Instanzen mit einem Zulassungsentscheid befassen können: Zum ersten stellt eine Kommission den Antrag, zweitens entscheidet die Vollzugsstelle allenfalls auch gegen den Antrag der Kommission, und drittens kann die Rekurskommission den Entscheid revidieren. Dieses Verfahren ist differenziert genug, um die Rechtssicherheit zu gewährleisten, zumal die Rekurskommission ihrem Namen zum Trotz eine richterliche, von der Verwaltung unabhängige Behörde mit genügend Legitimationskraft darstellt. Auch über Asylentscheide befindet in letzter Instanz eine Rekurskommission.
Andererseits spricht für das vorgeschlagene Verfahren der Vorteil der Kürze. Dass die Beschwerdeverfahren schnell zu einem definitiven Entscheid führen, ist aber gerade in der Frage der Zulassung von ausnehmender Bedeutung. Ein Gesuch kann frühestens nach der Aushebung gestellt werden. Es muss sinnvollerweise endgültig entschieden sein, bevor der Termin zum Einrücken in die Rekrutenschule ansteht. Ein Entscheid des Bundesgerichtes, der nach einem oder zwei Jahren gefällt wird, ist nicht im Interesse des Gesuchstellers, der – je nachdem – dann mit zwei Jahren Verspätung doch in die Rekrutenschule einrücken muss.
Zum Vergleich mit dem Instanzenweg beim Militär: Abgesehen davon, dass man nicht gut gleichzeitig Sorge über die Überlastung des Bundesgerichtes bekunden und ihm dabei stets neue Aufgaben zuweisen darf, kennt das Militärgesetz den Weiterzug ans Bundesgericht auch nicht. Von den Vertretern des Minderheitsantrages wird nun allerdings die Vergleichbarkeit mit dem Instanzenweg beim Militär in Frage gestellt, weil ein Entscheid auf Nichtzulassung zum Zivildienst von grösserer Bedeutung sei als beim Militärdienst anfallende Entscheide. Dem ist zu widersprechen. Dabei ist nicht nur an die Beschwerden gegen die Nichtzulassung zum waffenlosen Militärdienst zu denken, die doch durchaus vergleichbar sind, vielmehr ist an die gegenteilige Möglichkeit zu erinnern, die offenbar den Befürwortern des Minderheitsantrages weniger präsent ist. Es gibt nach wie vor junge Leute, die den sanitarischen Entscheid, sie seien militärdienstuntauglich, mit allen Mitteln anfechten wollen und für die es dabei um sehr viel geht. Aber auch sie können nicht ans Bundesgericht gelangen.
Insgesamt haben wir mit dem Entwurf des Bundesrates eine Lösung vor uns, die gleicherweise auf Rechtssicherheit und auf Effizienz bedacht ist.
Wir bitten Sie, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen und den Minderheitsantrag Hollenstein abzulehnen.

Le président: Le groupe démocrate-chrétien communique qu'il soutiendra la proposition de la majorité de la commission.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Die Kommission hat mit 16 zu 6 Stimmen beschlossen, der Fassung des Bundesrates zuzustimmen. Die Gründe waren folgende: Es geht hier einmal darum, dass wir rasch zu Entscheiden kommen. Wenn man eine weitere Beschwerdeinstanz einbaut, in diesem Fall das Bundesgericht, dann ist es klar, dass der Instanzenweg länger wird.
Ein zweites Argument bezieht sich auf die Art und Weise, wie das Verfahren abläuft. Wir, die Mehrheit, haben folgende Bedenken: Wenn eine solche Beschwerde an das Bundesgericht gezogen würde, hätte das zur Folge, dass man dort kaum die Glaubhaftigkeit der angerufenen Gewissensgründe überprüfen würde. Vielfach würde sich das Bundesgericht dann auf eine Überprüfung der Willkür beschränken. Dies wäre auch für den Beschwerdeführer nicht befriedigend.
Das sind die Hauptgründe, die uns zum Antrag geführt haben, der Lösung des Bundesrates zuzustimmen.
Es kommt vielleicht noch ein dritter hinzu: Wir erwarten ja – diese Diskussion haben wir im Zusammenhang mit Artikel 18 gehabt –, dass der Bundesrat und die Vollzugsstelle bei der Zusammensetzung dieser Entscheidungsgremien, die klein sein sollen, wirklich sehr sorgfältig vorgehen und dort personelle Sicherheiten einbauen, damit es einen fairen Entscheid und ein faires Verfahren gibt und nicht irgendwie eine «Inquisition». Wir können uns, bei allem Respekt vor dem Bundesgericht, kaum vorstellen, dass es sich so rasch in diese sehr spezielle Materie «hineinleben» könnte. In diesem Fall haben wir mehr Vertrauen in einen Weg, der über zwei Instanzen führt, weil wir dann wissen, dass man sowohl beim Entscheidungsgremium als auch bei der Rekurskommission des Departementes wirklich mit den spezifischen Besonderheiten der Materie vertraut ist.
In diesem Sinne bitte ich Sie, der klaren Mehrheit der Kommission zuzustimmen.

Carobbio Werner (S, TI), rapporteur: La question en discussion ici, c'est celle de savoir si, selon la proposition de la minorité pour ce qui concerne le rejet de l'admission au service civil, il doit exister la possibilité de recours au Tribunal fédéral.
La majorité de la commission trouve que les dispositions prévues par l'article 64 du projet du Conseil fédéral, selon lequel le recours pour tous les cas concernant le service civil et les décisions de la commission sont réservés à un organe du département, sont suffisantes. Les arguments sont: la décision sur le rejet d'admission doit entrer en vigueur rapidement, ce qui ne serait pas le cas s'il existait encore une possibilité de recours au Tribunal fédéral; la décision est rendue par des spécialistes qui pourront le faire de façon claire et aussi valable que le Tribunal fédéral; en plus, cette commission restreinte pourrait établir une pratique qui sera aussi uniforme et bonne.

La minorité avance surtout deux arguments: d'un côté, l'article 1er qui concerne l'admission au service civil de quelqu'un qui a un intérêt digne de protection, donc le recours au Tribunal fédéral se justifie seulement pour ce cas-là. D'un autre côté, le candidat à l'admission au service civil se trouve dans une situation particulière. S'il n'est pas admis, il sera déféré devant un tribunal pénal. Il est donc juste, selon la proposition de la minorité, de lui donner encore la possibilité d'aller au Tribunal fédéral pour faire valoir ses raisons. En outre, la minorité rappelle la décision du Conseil de l'Europe qui, dans une résolution à ce sujet, préconise l'existence des deux instances.
Au nom de la majorité de la commission, et malgré ces arguments, je vous invite à repousser la proposition de la minorité d'introduire un droit de recours au Tribunal fédéral en cas de rejet de l'admission au service civil.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je vous invite à suivre la majorité de la commission.
La minorité aimerait introduire un troisième niveau à la procédure d'admission et, subsidiairement, de recours en matière de service civil. J'observe, par parallélisme, qu'au service militaire, il n'y a que deux niveaux; le troisième niveau, la cour de cassation, n'est accessible que dans des cas tout à fait exceptionnels et pratiquement jamais utilisé. Nous sommes donc dans une organisation de procédure semblable à celle qui vaut pour les militaires.
Mais à cette analogie ne s'arrête pas mon argumentation. Je vois que les garanties de droit et les garanties de fait sont données aux requérants du service civil par le système que vous proposent le Conseil fédéral et la majorité. Je ne vois véritablement pas ce que pourrait ajouter un troisième étage à la fusée. Ce recours au Tribunal fédéral, en effet, me paraît très lointain, très disproportionné – permettez-moi l'expression – par rapport au jugement et aux décisions que peuvent prendre en toute bonne foi et, surtout, en connaissance du requérant, en appréciation de la sincérité de ses motifs, l'autorité de décision et l'autorité de recours.
Ces deux raisons, l'une et l'autre perceptibles dans leur résonance humaine, me conduisent à dire que le système proposé par le Conseil fédéral et par la majorité de la commission est le meilleur et celui qui offre le plus de garantie aux requérants de service civil. Je vous invite à les suivre.

Le président: Je précise que le vote qui interviendra à l'article 64 déterminera la teneur de l'article 100 de la loi fédérale d'organisation judiciaire (annexe ch. 2) où il y a également une proposition de minorité Hollenstein.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 89 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 43 Stimmen

Art. 65–72
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 73
Antrag der Kommission
Abs. 1, 2, 4
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3
Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Minderheit
(Tschäppät Alexander, Carobbio, de Dardel, Haering Binder, Hollenstein, Hubacher, Meier Hans)
Die fehlbare Person wird aus dem Zivildienst ausgeschlossen.

Art. 73
Proposition de la commission
Al. 1, 2, 4
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3
Majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Minorité
(Tschäppät Alexander, Carobbio, de Dardel, Haering Binder, Hollenstein, Hubacher, Meier Hans)
La personne fautive est exclue du service civil.

Abs. 1, 2, 4 – Al. 1, 2, 4
Angenommen – Adopté

Abs. 3 – Al. 3

Hubacher Helmut (S, BS), Sprecher der Minderheit: Der Antragsteller, Kollege Tschäppät Alexander, der sich entschuldigen lassen muss, schlägt vor, Artikel 73 Absatz 3 gemäss Entwurf des Bundesrates («Der Richter kann die fehlbare Person aus dem Zivildienst ausschliessen.») zu konkretisieren: «Die fehlbare Person wird aus dem Zivildienst ausgeschlossen.»
Statt einer Kann-Formel will die Minderheit eine imperative Formel. Im Strafenkatalog, kommt Kollege Tschäppät zum Schluss, sollte dann konkretisiert sein, was er vorschlägt.

Le président: Le groupe radical-démocratique soutient la proposition de la majorité de la commission.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Die Kommission hat den Antrag, der in bezug auf den Ausschluss statt einer Kann-Bestimmung eine Muss-Bestimmung vorschlägt, mit 15 zu 7 Stimmen abgelehnt.
Die Mehrheit bevorzugt die Kann-Formulierung, weil es im Militärstrafgesetz punkto Ausschluss aus der Armee so geregelt ist. Wir möchten den Ermessensspielraum des Richters in seiner Beurteilung und seinem Entscheid nicht beschränken. Das sind die Hauptargumente, die für die Version des Bundesrates und der Kommissionsmehrheit sprechen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je crois que l'automatisme que souhaite la minorité a quelque chose d'excessif. Pourquoi? Parce que celui qui s'est révélé, dans l'exercice du service civil, inapte à l'accomplir, la formule que propose la minorité l'exclut, et, je dirais, l'exclut à tout jamais de ce service. Il se retrouvera quelque part entre le service militaire et le service civil, ni d'un côté ni de l'autre. Cela ne me paraît pas convenable, car en effet il faut que l'on ait le pouvoir d'appréciation de l'étendue de l'inadéquation du personnage au service civil et qu'on puisse se rendre compte qu'un premier service a peut-être très mal marché, mais qu'il y avait des circonstances momentanées, particulières, personnelles, qui ont expliqué cette malemparée; dans d'autres temps, on pourra imaginer que cette personne accomplisse correctement son service civil. Cette possibilité – permettez-moi le terme – de repêchage, il faut qu'on puisse l'offrir. C'est ce que permet, précisément, la disposition du Conseil fédéral et de la majorité de la commission à l'alinéa 3, ce que ne permet pas la proposition de la minorité qui entraîne la décision d'exclure la personne fautive une fois pour toutes sans espoir de rédemption.
Je crois qu'il faut choisir, dans un domaine où les sensibilités humaines peuvent être grandes, la formule la plus ouverte, qui ne permette pas des échappatoires trop faciles, il faut bien le dire également. Cela, c'est la formule de la majorité qui vous le propose. Je vous invite à la suivre.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 81 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 42 Stimmen

Art. 74–79
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 80
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 1bis (neu)
Mehrheit
Ablehnung des Antrages der Minderheit
Minderheit
(de Dardel, Carobbio, Hollenstein, Hubacher, Meier Hans, Tschäppät Alexander, Züger)
Die Vollzugsstelle darf in keinem Fall vom Eidgenössischen Militärdepartement abhängig sein.

Abs. 2
Mehrheit
Streichen
Minderheit
(de Dardel, Carobbio, Hollenstein, Hubacher, Meier Hans, Tschäppät Alexander, Züger)
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3, 4
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der liberalen Fraktion
Abs. 1bis (neu)
Die Vollzugsstelle untersteht dem EVD (Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement).

Art. 80
Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 1bis (nouveau)
Majorité
Rejeter la proposition de la minorité
Minorité
(de Dardel, Carobbio, Hollenstein, Hubacher, Meier Hans, Tschäppät Alexander, Züger)
L'organe d'exécution ne peut pas être organisé par le Département militaire fédéral.

Al. 2
Majorité
Biffer
Minorité
(de Dardel, Carobbio, Hollenstein, Hubacher, Meier Hans, Tschäppät Alexander, Züger)
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3, 4
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition du groupe libéral
Al. 1bis (nouveau)
L'organe d'exécution dépend du DFEP (Département fédéral de l'économie publique).

De Dardel Jean-Nils (S, GE), porte-parole de la minorité: Il s'agit du problème de l'autorité compétente pour organiser le service civil. Cette question fait l'unanimité entre toutes les forces politiques, de l'extrême gauche à l'extrême droite. En effet tout le monde est d'accord pour considérer que le Département militaire fédéral ne doit en aucun cas pouvoir organiser le service civil s'agissant d'une institution tout à fait civile. Curieusement, cette unanimité disparaît dès le moment où il faut l'inscrire dans la loi.
Monsieur le Conseiller fédéral, vous avez, lors du débat d'entrée en matière, dit que vous alliez faire des révélations sur cette question. Nous attendons ces révélations avec impatience. Entre temps, je vous prie quand même d'écouter quelques-uns de mes arguments.
Je pense, en ce qui me concerne, que nous avons des comptes à rendre aux citoyens et aux citoyennes de ce pays sur une question qui est importante et qui est ressentie comme importante politiquement. Nous ne pouvons pas éviter d'inscrire le principe de la non-compétence du Département militaire fédéral dans la loi.
Le Conseil fédéral et la majorité de la commission ont eu, selon mon souvenir, deux arguments dans les discussions de la commission.
1. Le premier argument consiste à dire que la loi donne au Conseil fédéral, de manière générale, la compétence d'organiser lui-même l'administration. C'est vrai, mais une autre loi peut déroger à ce principe, puisqu'on est au niveau législatif et non pas au niveau constitutionnel. De plus, la dérogation que la minorité sollicite est une dérogation mineure, puisque le Conseil fédéral reste libre de confier à l'un des six autres départements du gouvernement la mission d'organiser le service civil.
2. Deuxième argument que l'on nous a servi, si je puis dire, c'est le fait que le Conseil fédéral doit pouvoir, en tout temps, bouleverser complètement les structures des départements et on nous a cité l'exemple – qui, à mon avis, est un exemple de pure politique-fiction – de la création d'un grand département de la sécurité et de la paix qui pourrait, par exemple, un jour, être créé par le Conseil fédéral. Dans un tel cas de bouleversement politique, de nombreuses modifications légales seraient nécessaires et il suffirait d'y glisser la modeste modification de l'alinéa 1bis (nouveau) que la minorité de la commission suggère.
Il y a consensus politique à ne pas confier au Département militaire fédéral le service civil.
Ce principe doit être inscrit dans la loi pour une autre raison encore. En effet, si ce principe est uniquement prévu dans une ordonnance, on élude alors la démocratie directe. Si l'on s'avise, d'ici dix ou vingt ans, de confier le service civil à une administration militaire, il faut alors garantir que le référendum populaire pourra s'exercer. La proposition de la minorité garantit l'exercice du référendum, ce qui n'est pas le cas du projet du Conseil fédéral et de la proposition de la majorité de la commission.
Sauf erreur de ma part, il y a une proposition parallèle du groupe libéral qui, elle, attribue la compétence d'organiser le service civil au Département fédéral de l'économie publique. Cette proposition, j'attire votre attention, restreint bien davantage les prérogatives du Conseil fédéral que ne le fait notre proposition.
Dans ces conditions, je vous invite à choisir la proposition de la minorité, car elle combine un double avantage, celui de conserver l'essentiel de la liberté d'action du Conseil fédéral, d'une part, et, d'autre part, de garantir à l'avenir l'exercice des droits populaires.

Sandoz Suzette (L, VD): Il est un point sur lequel M. de Dardel a entièrement raison, c'est que la commission a été quasiment unanime à exclure la possibilité de rattacher l'exécution du service civil au Département militaire fédéral. Un tel rattachement serait certainement incompatible avec l'esprit dans lequel on a accepté de créer un service civil et avec l'esprit dans lequel ceux qui le pourront exécuteront ce service.
En revanche, si le groupe libéral vous a proposé d'inscrire dans la loi que l'exécution du service civil serait confiée au Département fédéral de l'économie publique, c'est pour plusieurs raisons, d'abord éminemment politiques.
1. Première raison politique: je ne sais pas si vous réalisez que vous avez, tout à l'heure, à l'article 64, voté le principe selon lequel les recours sont adressés à la commission du département et que si vous sortez, dans un instant, dans les couloirs, et que l'on vous dit – mais de quel département? – vous ne pourrez pas répondre. Vous conviendrez avec moi que c'est une chose un peu étonnante que de poser le principe d'une

commission de recours d'un département et de ne savoir pas du tout à quel département peut bien se rattacher cette commission.
2. Deuxième motif de nature politique – d'ailleurs M. de Dardel l'a aussi évoqué: il est incontestable que le rattachement du service civil à un département est une question profondément politique. Cette question doit donc être débattue par le Parlement, et il est exact que si, ultérieurement, par suite d'une modification de la loi fédérale sur l'organisation de l'administration et du gouvernement, il y avait peut-être une autre approche à faire pour rattacher le service civil à un autre département, il faudrait que nous en débattions dans ce plénum et que nous voyions les avantages et les inconvénients d'un changement de rattachement. Il est donc essentiel, si nous voulons garder la maîtrise de cette question politique, de dire maintenant dans la loi à quel département est rattachée l'exécution du service civil.
Si le groupe libéral propose un rattachement au Département fédéral de l'économie publique, c'est parce que toute la conception du service civil que vous venez de voter, article par article, est une conception liée aux problèmes économiques, aux problèmes de travail.
L'Ofiamt a joué dans l'élaboration de ce projet un rôle important. L'Ofiamt va jouer dans l'exécution de ce projet un rôle important. C'est l'Ofiamt qui, mieux que tout autre service, est à même de vérifier si l'on respecte certaines conditions de garantie de travail pour les personnes qui exercent le service civil. C'est l'Ofiamt qui a de bons contacts avec des services cantonaux, ce qui simplifiera et raccourcira les procédures de mise en place du service civil. Il est donc dans l'intérêt de tous ceux qui veulent accomplir un service civil que, maintenant, à tout le moins dans la loi, l'exécution de ce service soit rattachée au Département fédéral de l'économie publique.
Telle est la raison pour laquelle le groupe libéral vous a fait la proposition qu'il vous incite à soutenir.

Le président: Le groupe radical-démocratique soutient la proposition de la majorité de la commission.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Der Antrag der liberalen Fraktion lag in der Kommission nicht vor, ich werde daher im persönlichen Namen Stellung dazu nehmen.
Dagegen wurde der Antrag (hier: Antrag der Minderheit de Dardel), der besagt, dass die Vollzugsstelle in keinem Fall vom EMD abhängig sein dürfe, mit 14 zu 11 Stimmen abgelehnt.
In einem Punkt sind wir uns alle einig – wir haben beinahe einen Eid geschworen –: Es ist ganz klar, völlig ausser Diskussion, dass wir im Vollzug eine klare Trennung zwischen Zivildienst und EMD haben wollen. Das sage ich hier ausdrücklich: Im Namen der einstimmigen Kommission – wie Herr de Dardel so schön gesagt hat: de l'extrême droite à l'extrême gauche – gebe ich das feierlich zu Protokoll.
Warum hat die Mehrheit auf dieser Bestimmung, die sie Ihnen vorschlägt, beharrt? Dass der Bundesrat die Kompetenz hat, seine Verwaltung zu organisieren, ist ein Prinzip, das man ohne Not nicht verletzen sollte. Es ist nicht an uns, am Parlament, dem Bundesrat jetzt zu sagen, wir möchten dann dieses Departement nicht – wie das der Vorschlag der Minderheit macht oder wie das im «positiven Sinn» der Antrag der liberalen Fraktion bzw. Frau Sandoz macht, indem sie sagt: Du musst das EVD zu diesem Vollzug nehmen. Das ist ein klarer Eingriff in die Kompetenz des Bundesrates; es ist in gewissem Sinne auch gegen das Prinzip der Gewaltenteilung. Daher beantrage ich im Namen der Kommissionsmehrheit mit Bestimmtheit, diesen Antrag der liberalen Fraktion sowie den Minderheitsantrag abzulehnen.
Es gibt noch eine andere, pikante Überlegung: Der Antrag der liberalen Fraktion hat den Vorteil, dass er das EMD nicht diskriminiert, aber er geht natürlich doch viel weiter, greift in die Kompetenzen des Bundesrates ein, indem er dieses Departement, das EVD, zwingend vorschlägt, während der Antrag der Minderheit in diesem Punkt wenigstens noch einen gewissen Spielraum lässt.
Ich möchte betonen, dass der Antrag der Mehrheit der Kommission im Sinne des Bundesrates ist, dass er die gute Arbeit des Biga – die bereits jetzt, im Rahmen der Barras-Reform, geleistet wurde – in keiner Weise diskriminieren möchte. Wir haben nichts dagegen, dass der Vollzug schliesslich beim EVD landet, aber wir sollten das dem Bundesrat nicht vorschreiben, vor allem nicht im Vorfeld der Regierungs- und Verwaltungsreform.
In dem Sinne bitte ich Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Carobbio Werner (S, TI), rapporteur: Il y a unanimité, vous l'avez entendu, sur le fait que, pour le service civil, «l'organe d'exécution ne peut pas être organisé par le Département militaire fédéral». La divergence consiste à savoir si ce principe doit clairement être fixé dans la loi, ou si, en respectant les droits du Conseil fédéral de s'organiser selon ses vues, on ne doit pas aller dans cette direction.
La minorité vous propose – M. de Dardel vous a donné toute une série d'arguments – de fixer clairement que «l'organe d'exécution ne peut pas être organisé par le Département militaire fédéral». La majorité de la commission est contre cette proposition de minorité parce qu'elle est d'avis qu'une attribution négative de compétences ne correspond pas à la méthode législative et parce que – c'est l'argument de fond le plus important – une telle disposition est contraire à la liberté du gouvernement d'organiser son administration.
Pour ma part, tout en militant en faveur de la minorité, je vous invite, au nom de la majorité, à repousser la proposition de la minorité.
En ce qui concerne la proposition du groupe libéral, vous en avez entendu les arguments. C'est une proposition qui vise à résoudre un problème qui a été discuté en commission. Elle va dans le sens de dire clairement quel est le département responsable. Selon le rapporteur de langue allemande, et je partage son avis, on va encore plus loin que la minorité.
Personnellement, je vous invite aussi à repousser la proposition du groupe libéral et comme rapporteur, à suivre la majorité de la commission.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Permettez-moi, pour gagner du temps, de m'exprimer tout d'abord sur l'ensemble de l'article 80; je terminerai par l'alinéa 1er.
A l'alinéa 2, on a proposé de biffer la disposition du Conseil fédéral. Le Conseil fédéral se rallie à cette proposition de la majorité de la commission de biffer l'alinéa 2.
Les alinéas 3 et 4 ne sont pas contestés.
A l'alinéa 1er, nous avons donc une proposition de la majorité de la commission, qui propose de suivre la version anonyme du Conseil fédéral, et puis deux propositions, l'une de la minorité emmenée par M. de Dardel, l'autre du groupe libéral, emmenée par M^me^ Sandoz.
Pour des raisons d'appréciation de la situation que le Conseil fédéral n'a pas encore totalement terminée, je souhaiterais vivement en son nom pouvoir disposer d'une latitude de manoeuvre et d'appréciation, notamment au lendemain de la délibération du deuxième Conseil, lorsque l'on verra d'une manière définitive se camper la loi sur le service civil. C'est la raison pour laquelle je souhaiterais que vous puissiez suivre en principe la majorité de la commission, qui sauvegarde ce pouvoir d'appréciation du gouvernement s'agissant somme toute de sa propre organisation et de sa propre autonomie de décision.
Mais je comprends parfaitement que, tant du côté de la minorité que du côté du groupe libéral, on veuille mettre dans la loi des premiers accents. La minorité voudrait inscrire dans la loi que ça peut être n'importe quel département, mais en tout cas pas le Département militaire fédéral. On en arrive alors à cette formule négative de l'alinéa 1bis (nouveau): «L'organe d'exécution ne peut pas être organisé par le Département militaire fédéral.» Libre à vous de choisir cette méthode. Vous avouerez qu'elle ne correspond pas aux pratiques législatives, et, de ce point de vue, nous ne la saluons pas avec empressement du côté du Conseil fédéral.
En revanche, j'aimerais, si vous voulez bien entendre mon propos, dire ici en toute clarté que l'unanimité d'opinion dont se prévalait M. de Dardel, selon laquelle ce ne serait ni psychologiquement ni politiquement habile de confier ce service civil au

Département militaire fédéral, est entièrement partagée par le Conseil fédéral. Sur ce point, comme je l'ai dit en commission, comme je vous le répète ce soir, vous pouvez avoir toutes les garanties que le Conseil fédéral évitera soigneusement de confier au Département militaire fédéral l'accomplissement, la direction et la conduite du service civil. Que cela soit dit en toute clarté.
Ce n'est pas une foucade du moment, c'est un engagement à long terme, qui a pour lui toutes les justifications possibles et imaginables. Cet engagement devrait, à mon avis, suffire pour éviter de se lancer dans l'alinéa 1bis (nouveau) proposé par la minorité, encore une fois peu élégant et surtout peu compatible avec les traditions et les règles de la législation. Si ce propos pouvait vous suffire et apaiser vos tourments, j'en serais satisfait.
Vient maintenant la proposition du groupe libéral, qui flatte mon entreprise, puisqu'on voudrait attribuer à mon département, non seulement excellemment dirigé, mais aussi très apte à s'occuper de cette question, d'une manière définitive dans la loi, la compétence de conduire le service civil. Je vous en dis ma très vive gratitude, mon émotion, et vraiment ma profonde reconnaissance. Mais je crois, pour les raisons de principe que j'ai dites tout à l'heure, que ça ne serait pas une bonne chose que de figer maintenant, dans la loi, et sans l'avis du Conseil fédéral – il n'a pas encore pu l'exprimer, car il a besoin d'un examen complémentaire – la règle que le groupe libéral a énoncée dans sa proposition d'un alinéa 1bis (nouveau). C'est la raison pour laquelle je vous propose d'y renoncer également.
Permettez-moi de vous dire que, dans l'appréciation de la situation, sans doute le Conseil fédéral ne sera pas sourd à la considération que Mme Sandoz a exprimée tout à l'heure, à savoir qu'il y a une connexion logique entre le service civil et les modalités de son application, d'une part, et le monde du travail dont s'occupe mon département, d'autre part. C'est d'ailleurs bien pour cela, Madame, Messieurs les membres de la minorité, que l'on a confié au Conseil fédéral et à mon département la préparation de la loi. Je ne sais pas si cet argument sera retenu définitivement au moment de l'attribution de la compétence. Je vous demanderai d'en laisser la liberté de jugement au Conseil fédéral, en vous disant qu'il y a quelques bonnes indications qui vont dans cette direction, mais sans vous en donner l'assurance.
Je serais heureux aussi que l'on puisse renoncer à cet alinéa 1bis (nouveau) selon la proposition du groupe libéral, et à l'alinéa 1bis (nouveau) selon la proposition de la minorité.
Au total, je vous invite à adopter la proposition de la majorité à l'alinéa 1er et aussi aux autres alinéas.

Abs. 1 – Al. 1
Angenommen – Adopté

Abs. 1bis – Al. 1bis

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire
Für den Antrag der liberalen Fraktion 90 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 53 Stimmen

Definitiv – Définitivement
Für den Antrag der liberalen Fraktion 87 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit 61 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2
Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Abs. 3, 4 – Al. 3, 4
Angenommen – Adopté

Art. 81
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 82
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 2
.... vollzogen und der wegen Militärdienstverweigerung erfolgte Strafregistereintrag gelöscht. Der Bundesrat ....
Abs. 3
War die zugelassene Person in demselben Urteil neben der Dienstverweigerung ....

Antrag Pini
Abs. 1
.... worden ist, kann innert sechs Monaten ab dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ein Gesuch um Zulassung zum Zivildienst stellen. (Rest des Absatzes streichen)
Abs. 2
.... und der Strafregistereintrag gelöscht sowie die Ersatzpflicht aufgehoben.
Abs. 3
.... für schuldig befunden worden, so verlässt sich das Divisionsgericht auf das Urteil der zivilen Strafrechtsbehörde, sofern diese gemäss Schweizerischem Strafgesetzbuch zuständig ist.

Art. 82
Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 2
.... judiciaire de la condamnation pour refus de servir est radiée. Le Conseil fédéral ....
Al. 3
.... reconnue dans le même jugement coupable ....

Proposition Pini
Al. 1
.... l'entrée en vigueur de la présente loi. (Biffer le reste de l'alinéa)
Al. 2
.... est radiée, et l'assujettissement à la taxe militaire tombe.
Al. 3
.... le tribunal de division s'en remet aux décisions des autorités pénales civiles pour autant qu'elles soient compétentes conformément au Code pénal suisse.

Pini Massimo (R, TI): Mme le professeur Sandoz viendra très probablement me reprendre en disant justement que la rétroactivité n'existe pas en droit. Moi, j'ai vraiment besoin d'éclaircissements – j'en avais déjà demandé en commission – pour cet article des dispositions transitoires.
Il s'agit de l'admission au service civil a posteriori. On dit qu'on ne condamne plus celui qui n'a pas encore purgé sa peine. Quelqu'un qui est condamné à une peine, pour autant qu'il ne l'ait pas encore ou pas entièrement purgée, ça va. Par contre, si la personne a purgé la totalité de sa peine, à ce moment-là elle ne peut plus demander son admission dans le service civil. C'est pour ça que j'ai fait la proposition d'arrêter l'alinéa 1er à «.... l'entrée en vigueur de la présente loi» et de biffer le reste.
A l'alinéa 2, il faut écrire: «Si la demande est acceptée, la peine est remise et l'inscription au casier judiciaire est radiée.» Je vous demande également de faire tomber la taxe d'exemption du service militaire, parce qu'autrement, on continue à pénaliser les personnes.
Donc, la mise en oeuvre de toute cette loi qui est compréhensible pour Mme le professeur, pour nous-mêmes, éventuellement pour M. le conseiller fédéral, ne l'est pas tellement pour le public et pour l'objecteur. Nous devons dépénaliser cette objection de conscience dans l'esprit des dispositions européennes, en particulier du Conseil de l'Europe. C'est pour ça que je

vous demande de ne pas permettre, dans le cadre des dispositions transitoires, que quelqu'un qui a purgé sa peine, qui veut faire du service civil, se voie interdire la possibilité de poser la question: «Est-ce que je peux être admis dans le service civil ou non?» Mme le professeur Sandoz m'a dit en commission – et elle a tout à fait raison du point de vue du droit que je connais aussi: «Nous ne pouvons pas introduire la rétroactivité.» Du point de vue moral, ce n'est pas juste; humainement, ce n'est pas juste. D'ailleurs, je ne comprends pas non plus qu'à l'alinéa 2, si la demande d'admission est acceptée, tout tombe, mais pas la taxe d'exemption du service militaire. Alors, j'aimerais au moins que celle-ci soit supprimée, dès l'instant où le Conseil fédéral accepte la demande.
A l'alinéa 3, pour autant que quelqu'un me dise que c'est couvert, ce que je veux bien admettre, on ne peut pas donner la possibilité aux chefs militaires des divisions de juger «d'autres délits». On lit: «Si, en plus du refus de servir, la personne admise avait été reconnue coupable d'autres délits ....» Lesquels? Militaires ou civils? S'ils sont civils, le tribunal de division n'a rien à dire. Si les délits ne sont pas militaires mais civils, il faut le dire. Ce n'est pas le tribunal militaire, ce n'est pas le tribunal de division qui est compétent, mais un tribunal civil. Voilà, j'attends des éclaircissements.
Autrement, je m'en tiens à ma proposition et on passe au vote pour clarifier un peu l'article 82 qui devrait finalement dépénaliser toute cette opération qui, à mon avis, n'est pas du tout claire parce qu'il y a une grande difficulté à lire et interpréter la disposition transitoire concernant l'admission au service civil a posteriori. Je comprends qu'on ne peut pas faire de la rétroactivité, mais il faut au moins faire quelque chose de moral. Cela, au moins nous ne pouvons pas le piétiner parce qu'autrement, on continue à pénaliser quelque chose qu'il faut dépénaliser.

Bonny *Jean-Pierre* (R, BE), *Berichterstatter: Ich glaube, der* Antrag Pini – und der damit verbundene Effort – ist im Sinne einer Klarstellung sicher lobenswert.
Wenn man etwas nachträglich noch zulässt, führt das immer zu gewissen Abgrenzungsproblemen. Ich bin mit Herrn Pini nicht ganz einverstanden, dass er jetzt sagt, es gehe um die Moral und nicht um das Recht. So kann man diese beiden Gesichtspunkte nicht gegeneinander stellen. Es bleibt dabei, Herr Pini, dass das Prinzip der Rückwirkung im Recht verpönt ist. Deshalb müssen wir konsequent bleiben und ablehnen.
Was die Ersatzpflicht betrifft, haben wir letzte Woche einen Artikel 15 beschlossen, der eben klar sagt, dass Männer, die ihre Zivildienstpflicht nicht oder nur teilweise durch persönliche Dienstleistung erfüllen, einen Ersatz in Geld leisten müssen. Auch hier haben wir meines Erachtens keinen Spielraum und sollten daher nicht Ausnahmen zulassen.
Ich bitte Sie, den Antrag Pini, der in der Kommission diskutiert, der dann aber abgelehnt wurde, abzulehnen.

Carobbio Werner (S, TI), rapporteur: La proposition Pini a déjà été étudiée en commission, et elle y avait été repoussée.
Quelle est la teneur de l'article 82 tel qu'issu du projet du Conseil fédéral et fait sien par la commission? Pour ceux qui ont été condamnés à une peine privative de liberté et ont été exclus de l'armée, s'ils n'ont pas encore purgé entièrement leur peine, ils peuvent demander à être admis au service civil. Si leur demande est acceptée, ils n'ont évidemment plus à payer de taxe militaire.
M. Pini propose autre chose, à l'alinéa 1er, c'est-à-dire que ceux qui ont déjà purgé leur peine puissent encore demander leur admission au service civil.
En ce qui concerne l'alinéa 2, il demande que l'assujetissement à la taxe militaire tombe en tout cas pour tous ceux qui ont été condamnés.
Quant à l'alinéa 3, M. Pini propose, pour les décisions, que seules soient compétentes les autorités pénales civiles, et non le tribunal militaire.
La commission a repoussé la proposition Pini, qui va trop loin à son goût. Elle tend à donner des droits à des personnes ayant été condamnées, qui ont purgé leur peine et qui sont donc en dehors de toute la logique de la loi mise au point par le Conseil fédéral et adoptée lors de nos délibérations.
Personnellement, j'avais soutenu la proposition Pini en commission pour ce qui concerne la taxe militaire. Je vais encore le faire aujourd'hui.
Pour le reste, je dois vous inviter, au nom de la commission, à repousser la proposition Pini.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je vous invite à suivre la commission.
Je réponds à M. Pini, sur le premier point de sa proposition, qu'il est tout à fait logique qu'à l'égard d'un objecteur de conscience qui a été condamné sous l'empire d'une décision du tribunal militaire, mais qui n'a pas encore purgé entièrement sa peine, l'aiguillage lui permettant d'entrer au service civil, s'il en est reconnu apte, puisse intervenir tant qu'il y a un reliquat de peine à accomplir de sa part. En revanche, vous voyez bien le caractère absolument anormal, et même un peu kafkaïen qu'il y aurait, lorsque toute la peine a été accomplie, à vouloir rétroactivement le mettre au bénéfice de cette condition. Cela n'a pas grand sens et cela entraînerait des charges tout à fait inutiles.
S'agissant du deuxième point, la taxe d'exemption du service militaire tombe, bien sûr, avec l'admission au service civil, mais simultanément prend naissance l'assujetissement à la taxe d'exemption du service civil pour le cas où la personne concernée n'effectuerait pas son service civil à temps. Nous nous trouvons donc, avec le deuxième point, en présence d'une solution qui déséquilibrerait l'assujetissement à la taxe, qu'elle soit civile ou militaire. Lui trouver également ce caractère rétroactif n'est pas de bon ordre.
Enfin, troisième point: je peux dire à M. Pini que la formule que la commission a ciselée et mise au point par rapport à la version du Conseil fédéral à cet alinéa 3 permet d'atteindre rigoureusement et totalement le but qu'il cherche à atteindre par sa proposition, but louable en soi.
C'est la raison pour laquelle nous pouvons, je crois, nous dire que nous sommes, Monsieur Pini, à l'unisson avec la proposition faite par la commission de votre Conseil.
Je vous propose donc de suivre, à l'article 82 et aux trois alinéas, la proposition de la commission.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	87 Stimmen
Für den Antrag Pini	45 Stimmen

Art. 83–85
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Anhang Ziff. 1
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Annexe ch. 1
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 2 Art. 100 Bst. d Ziff. 4
Antrag der Kommission
Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Minderheit
(Hollenstein, Carobbio, de Dardel, Meier Hans, Tschäppät Alexander, Züger)
4. .... des Zivildienstes, mit Ausnahme des Entscheides betreffend die Nichtzulassung zum Zivildienst;

Ch. 2 art. 100 let. d ch. 4
Proposition de la commission
Majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Minorité
(Hollenstein, Carobbio, de Dardel, Meier Hans, Tschäppät Alexander, Züger)
4. les décisions concernant le service civil, à l'exception des décisions concernant le rejet de l'admission au service civil;

Le président: La proposition de la minorité tombe à la suite du vote intervenu à l'article 64 de la loi.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. 3, 4
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 3, 4
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 5 Art. 81
Antrag der Kommission
Randtitel
Militärdienstverweigerung und Desertion
Abs. 1, 2, 4–6
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 3
.... vollzogen. Der Richter kann den Täter aus der Armee ausschliessen.

Antrag Schmid Peter
Abs. 4
.... Sie dauert in der Regel gleich lange wie ....

Ch. 5 art. 81
Proposition de la commission
Titre marginal
Refus de servir et désertion
Al. 1, 2, 4–6
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 3
.... selon les prescriptions afférentes. Le juge pourra prononcer l'exclusion de l'armée.

Proposition Schmid Peter
Al. 4
.... La durée de cette astreinte équivaut à la durée ....

Le président: La proposition Schmid Peter a été liquidée lors du vote sur l'article 8 de la loi.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission

Ziff. 5 Art. 82
Antrag der Kommission
Randtitel
Militärdienstversäumnis und unerlaubte Entfernung
Abs. 1–5
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 5 art. 82
Proposition de la commission
Titre marginal
Insoumission et absence injustifiée
Al. 1–5
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 5 Art. 83, 84, 226; Ziff. 6–8
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 5 art. 83, 84, 226; ch. 6–8
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 9 Titel; Art. 1; 2 Abs. 1 Bst. a, c; 4 Abs. 1 Bst. b, c, 2bis; 4a Abs. 1 Bst. b, c, 3; 7 Sachüberschrift, Abs. 1bis, 2, 3
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 9 titre; art. 1; 2 al. 1 let. a, c; 4 al. 1 let. b, c, 2bis; 4a al. 1 let. b, c, 3; 7 titre médian, al. 1bis, 2, 3
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 9 Art. 8 Sachüberschrift, Abs. 1bis, 2bis (neu)
Antrag der Kommission
Sachüberschrift, Abs. 1bis
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2bis (neu)
Mehrheit
Als nicht geleisteter Zivildienst gilt auch derjenige, der vom Dienstpflichtigen mangels Einsatzbetrieb nicht geleistet werden konnte.
Minderheit
(Tschäppät Alexander, de Dardel, Haering Binder, Hollenstein, Hubacher, Meier Hans)
Ablehnung des Antrages der Mehrheit

Ch. 9 art. 8 titre médian, al. 1bis, 2bis (nouveau)
Proposition de la commission
Titre médian, al. 1bis
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2bis (nouveau)
Majorité
Est toutefois considéré comme service civil non effectué celui que l'homme n'a pas pu effectuer ensuite de manque d'établissement d'affectation.
Minorité
(Tschäppät Alexander, de Dardel, Haering Binder, Hollenstein, Hubacher, Meier Hans)
Rejeter la proposition de la majorité

Sachüberschrift, Abs. 1bis – Titre médian, al. 1bis
Angenommen – Adopté

Abs. 2bis – Al. 2bis

Hubacher Helmut (S, BS), Sprecher der Minderheit: Der Minderheitsantrag Tschäppät Alexander möchte den Absatz 2bis (neu) nicht aufnehmen. Warum? Mit Absatz 2bis wird ein nicht geleisteter Zivildienst, der mangels Einsatzbetrieb, also mangels Aufgebot, nicht geleistet werden konnte, nicht angerechnet. Die Minderheit Tschäppät Alexander schlägt vor, die Fassung des Bundesrates ohne Absatz 2bis zu wählen.
Ich nehme ein Beispiel. Zur Zeit meines Auszug-WK war ein Grippejahr, und ein WK fiel aus. Dieser WK musste nicht nachgeholt werden, weil generell der Einsatz gar nicht gefordert worden ist. Herr Tschäppät meint – zu Recht, glauben wir –, dass, wenn kein Bedarf bestehe und kein Aufgebot erfolge, dieser Ersatzdienst dann nicht später nachgeholt oder finanziell beglichen werden müsse.
Der Bundesrat lässt diesen Absatz 2bis weg, und wir beantragen Ihnen, dem Antrag der Minderheit zuzustimmen.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Bei dieser Frage kann man wirklich in guten Treuen zweierlei Meinung sein. Der Entscheid in der Kommission fiel mit 11 zu 10 Stimmen sehr knapp.
Der Zivildienst hat in gewissen Situationen etwas Partikuläres, und hier muss man sich fragen, ob die Parallelität bis zur letzten Konsequenz gezogen werden kann. Ich sage Ihnen offen: Man kann da in guten Treuen verschiedene Auffassungen haben.
Ich empfehle Ihnen, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je vous invite à voter ici la proposition de la minorité, c'est-à-dire la version du Conseil fédéral.
Ce n'est quand même pas la faute du requérant au service civil, qui a été déclaré apte au service civil de faire les frais de l'affaire, si la Confédération a été incapable de lui permettre d'accomplir son service civil. C'est comme si, convoquant par ordre de marche le canonnier Aviolat à l'école de recrues de Bière en juillet prochain, on venait lui dire, peu avant l'ouverture de son service: «Aviolat, on n'a pas assez de lits dans les casernes de Bière, on ne peut pas te prendre à l'école de recrues, alors tu es exempté du service militaire où tu avais été reconnu apte et tu vas payer la taxe.»
Cela ne va pas. Il y a une question de siège de la responsabilité. Il y a une question de savoir si nous, Confédération, voulons introduire un service civil. Et puis, si nous le voulons, alors on en tire les conséquences que cela implique et on est capable de fournir les places qui permettent l'accomplissement normal de ce service civil.
C'est dans ce sens que je vous supplie de rester avec le siège de la responsabilité au bon endroit, avec la formule du Conseil fédéral et de la minorité.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Minderheit 73 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit 63 Stimmen

Ziff. 9 Art. 15
Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 2
.... mindestens aber fünf anrechenbare ....

Ch. 9 art. 15
Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 2
.... mais au moins cinq jours ....

Angenommen – Adopté

Ziff 9 Art. 19 Abs. 2
Antrag der Kommission
Die Ermässigung beträgt einen Zehntel für 50 bis 99 Militärdiensttage (75 bis 149 Zivildiensttage) und einen weiteren Zehntel für je 50 Militärdiensttage (75 Zivildiensttage) ....

Ch. 9 art. 19 al. 2
Proposition de la commission
La réduction est d'un dixième pour 50 à 99 jours de service militaire (75 à 149 jours de service civil) et d'un dixième par tranche de 50 jours de service militaire (75 jours de service civil) en plus ....

Angenommen – Adopté

Ziff. 9 Art. 21 Abs. 2; 22 Abs. 2; 23 Abs. 1; 24 Abs. 2; 25 Abs. 1 Bst. b; 35 Abs. 1; 36 Abs. 1 Bst. b; 38 Abs. 3 Bst. a; 39 Abs. 1; 44 Abs. 2; 45 Abs. 1; 47 Abs. 2
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 9 art. 21 al. 2; 22 al. 2; 23 al. 1; 24 al. 2; 25 al. 1 let. b; 35 al. 1; 36 al. 1 let. b; 38 al. 3 let. a; 39 al. 1; 44 al. 2; 45 al. 1; 47 al. 2
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 10–13
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 10–13
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. 14 Art. 20 Titel, Abs. 2
Antrag der Kommission
Titel
Kontrollführung
Abs. 2
.... die zur Kontrollführung erforderlichen Auskünfte über Militär-, Zivil- oder Schutzdienstpflichtige.

Ch. 14 art. 20 titre, al. 2
Proposition de la commission
Titre
Tenue des contrôles
Al. 2
.... qui concernent les personnes astreintes au service militaire, au service civil ou au service de protection civile ....

Angenommen – Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung
Vote sur l'ensemble, par appel nominal
(Ref.: 1330)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:
Aguet, Allenspach, Bäumlin, Béguelin, Bezzola, Bircher Peter, Bonny, Borel François, Brunner Christiane, Bugnon, Bührer Gerold, Bundi, Bürgi, Camponovo, Carobbio, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Chevallaz, Cincera, Columberg, Comby, Cornaz, Danuser, Darbellay, de Dardel, David, Deiss, Dettling, Dormann, Ducret, Dünki, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Engler, Fankhauser, Fasel, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Friderici Charles, Gadient, Giger, Gobet, Graber, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Grossenbacher, Gysin, Haering Binder, Hafner Ursula, Hari, Heberlein, Hegetschweiler, Herczog, Hess Peter, Hubacher, Iten Joseph, Jaeger, Keller Anton, Leemann, Leu Josef, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maeder, Maitre, Marti Werner, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Miesch, Nabholz, Nebiker, Ostermann, Perey, Philipona, Pini, Raggenbass, Rechsteiner, Ruckstuhl, Ruf, Ruffy, Rutishauser, Rychen, Sandoz, Savary, Schenk, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmid Samuel, Schmidhalter, Schmied Walter, Schweingruber, Segmüller, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Spielmann, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steffen, Steiger Hans, Strahm Rudolf, Stucky, Suter, Theubet, Tschopp, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Weyeneth, Wick, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss William, Zbinden, Züger, Zwahlen (118)

Dagegen stimmen – Rejettent le projet:
Binder, Blocher, Borer Roland, Dreher, Fehr, Fischer-Hägglingen, Frey Walter, Hess Otto, Jenni Peter, Kern, Moser, Müller, Neuenschwander, Reimann Maximilian, Scherrer Jürg, Steinemann, Vetterli (17)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:
Bär, Baumann Ruedi, von Felten, Goll, Hollenstein, Misteli, Robert, Singeisen (8)

Stimmen nicht – Ne votent pas:
Aregger, Aubry, Baumann Stephanie, Baumberger, Berger, Bischof, Blatter, Bodenmann, Borradori, Bortoluzzi, Brügger Cyrill, Bühlmann, Caccia, Couchepin, Diener, Epiney, Eymann Christoph, Fritschi Oscar, Früh, Giezendanner, Gonseth, Hämmerle, Hildbrand, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jöri, Keller Rudolf, Kühne, Ledergerber, Lepori Bonetti, Leuba, Mamie, Maspoli, Matthey, Mauch Rolf, Mauch Ursula, Maurer, Mühlemann, Narbel, Oehler, Pidoux, Poncet, Rohrbasser, Scherrer Werner, Schnider, Sieber, Spoerry, Stalder, Steinegger, Steiner Rudolf, Thür, Tschäppät Alexander, Tschuppert Karl, Ziegler Jean, Zisyadis, Zwygart (56)

Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:
Frey Claude (1)

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Brief an die eidgenössischen Räte
Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

95.3081

Postulat SiK-NR (94.063) Stellenbedarf für den Vollzug des Zivildienstgesetzes

Postulat CPS-CN (94.063) Besoin en personnel pour l'exécution de la loi sur le service civil

---

Wortlaut des Postulates vom 14. Februar 1995
Der Bundesrat ist bei der Festsetzung des Stellenplafonds der allgemeinen Bundesverwaltung gebeten, die für den Vollzug des Zivildienstgesetzes nötigen maximalen 29 Stellen mitzuberücksichtigen.

Texte du postulat du 14 février 1995
Lors de la détermination du plafond des postes pour l'administration, le Conseil fédéral est prié de prendre en compte au plus 29 postes nécessaires à l'exécution du service civil.

Schriftliche Begründung
Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

Développement par écrit
Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 13. März 1995
Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Er wird den eidgenössischen Räten mit dem Budget 1996 beantragen, die für den Vollzug des Zivildienstgesetzes benötigten 29 Stellen aus dem geplanten Stellenabbau des EMD (Reserve Bundesrat) zu alimentieren.

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 13 mars 1995
Le Conseil fédéral est disposé à accepter le postulat. En relation avec le budget 1996, il proposera aux Chambres fédérales de lui permettre de conserver les 29 postes nécessaires à l'exécution du service civil en les prélevant sur le contingent des suppressions d'emploi planifiées du DMF (réserve du Conseil fédéral).

Sandoz Suzette (L, VD): Je ne sais pas si la traduction a un petit problème en français, mais dans la discussion en commission, nous avons dit que nous acceptions le postulat dans ce sens qu'on prenait en compte les postes nécessaires à l'exécution du service civil, soit au maximum 29 postes. Je ne suis pas sûre que ce sens-là soit celui du postulat dont nous avons reçu le texte, car il dit «au plus 29 postes nécessaires». Or, nous avions voulu réserver en commission l'idée que peut-être moins de 29 postes étaient nécessaires, et que c'était au maximum 29.
Je suis un tout petit peu gênée par la formulation française, mais je ne sais pas si la formulation allemande prête aussi à cette confusion.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Ich bin natürlich froh, dass der Bundesrat bereit ist, das Postulat der Sicherheitspolitischen Kommission entgegenzunehmen; das ist ja in seinem ureigensten Interesse.
Es ist klar, dass der Vollzug des Zivildienstgesetzes ziemlich grosse Anforderungen an die Verwaltung stellen wird. Ich gebe Frau Sandoz recht: Die Meinung war eindeutig die, dass es um höchstens 29 Stellen geht. Der deutsche Wortlaut «die für den Vollzug .... nötigen maximalen 29 Stellen» ist diesbezüglich nicht ganz klar.
Der Bundesrat sagt in seiner Antwort, in welcher er sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen, er werde die für den Vollzug des Zivildienstgesetzes benötigten 29 Stellen aus dem geplanten Stellenabbau des EMD (Reserve Bundesrat) alimentieren. Man könnte sich vorstellen – so war in der Kommission auch zu hören –, dass er mit der Stellenzahl hinuntergeht, ohne die Stellenreduktionen im EMD zu beanspruchen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je crois, pour être tout à fait clair, que je dois vous dire deux choses.
1. Le postulat est accepté par le Conseil fédéral et le Conseil fédéral considère, premier point, que ce nombre de 29 emplois nouveaux est un maximum. Il est vraisemblable qu'il ira au maximum lorsqu'il voit l'ampleur de la tâche et la nécessité d'organiser ce service convenablement. N'oubliez pas que si nous partions mal avec l'organisation de ce service, qu'il y ait du cafouillage, il perdrait tout son crédit dès les premières semaines de son accomplissement. Or, pour la cause, nous devons au contraire mettre toutes les chances de notre côté pour que ça fonctionne convenablement et que ce service ne suscite ni l'hilarité ni le mépris chez les jeunes Suisses qui y seront astreints et chez les autres. Donc, avec 29 emplois nouveaux comme maximum, nous devrions pouvoir faire l'affaire, mais je considère que ce maximum sera très vraisemblablement atteint tout de suite.
2. Il est clair que si la loi suit un parcours semblable, au Conseil des Etats, à celui qu'elle a suivi ici, dans votre Chambre – et je vous remercie ce soir de la célérité et de la rigueur avec lesquelles vous avez traité cette loi –, nous devrions être prêts à l'appliquer vers la fin de l'année prochaine. Sans ces emplois complémentaires, nous ne pourrions pas le faire. C'est dire que votre postulat intervient à point nommé et je vous remercie de l'avoir présenté.

Überwiesen – Transmis

Ziff. III
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. III
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes 24 Stimmen
Dagegen 2 Stimmen

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Brief an die eidgenössischen Räte
Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté

An den Nationalrat – Au Conseil national

94.063

Ziviler Ersatzdienst. Bundesgesetz
Service civil. Loi fédérale

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 711 hiervor – Voir page 711 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 27. September 1995
Décision du Conseil national du 27 septembre 1995

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Wir haben als Zweitrat das Zivildienstgesetz am 21. Juni 1995 behandelt. Aus dieser Behandlung resultieren 16 Differenzen zum Nationalrat. Der Nationalrat hat nun gestern, das heisst am 27. September 1995, bei 14 Differenzen dem Ständerat zugestimmt. Es verbleiben somit zwei Differenzen. Sie betreffen die Artikel 18 und Artikel 80. Zudem ist im Nationalrat festgestellt worden, dass unter dem Titel «Änderung anderer Erlasse», Ziffer 5, Artikel 81a des Militärstrafgesetzes aufgehoben werden muss. Ich werde Sie über die Einzelheiten bei der Behandlung dieses Artikels orientieren.

Art. 18 Abs. 2
Antrag der Kommission
Mehrheit
Festhalten
Minderheit
(Plattner, Schoch)
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 18 al. 2
Proposition de la commission
Majorité
Maintenir
Minorité
(Plattner, Schoch)
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Hier beantragt eine Minderheit Plattner, die ursprüngliche Fassung des Bundesrates zu übernehmen, während eine Mehrheit von 8 Kommissionsmitgliedern Festhalten beantragt. Die Fassung des Nationalrates wird sowohl von der Mehrheit als auch von der Minderheit abgelehnt. Diese Fassung geht wesentlich weiter als der ursprüngliche Entwurf des Bundesrates, den nun die Minderheit wieder aufnimmt.
Wenn gemäss Antrag der Minderheit Plattner die Gesuchstellenden in der Regel angehört werden müssen und nur ausnahmsweise auf die Anhörung verzichtet werden kann, wird das vom Nationalrat gerade umgekehrt. Die Regel wird zur Ausnahme gemacht. Die Anhörung erfolgt lediglich noch ausnahmsweise. Der Verzicht auf die Anhörung ist zur Regel geworden.
Für die Mehrheit der Kommission ist Artikel 18 Absatz 2 zusammen mit Artikel 1, dem Grundsatzartikel, zu sehen.
In der Kommission wie im Plenum ist um diesen Artikel sehr gerungen worden. Mit 31 zu 5 Stimmen hat der Ständerat seinerzeit Bundesrat und Nationalrat zugestimmt. Damit haben wir eine offenere Regelung gewählt, als sie die Barras-Reform darstellt. Dafür wurde ebenfalls, nach eingehenden Diskussionen, Artikel 18 Absatz 2 verschärft. Der Gewissensentscheid ist ein gewichtiger, ein ernstzunehmender Entscheid. Nur in einem persönlichen Dialog mit der gesuchstellenden Person kann geklärt werden, ob diese die Leistung des Militärdienstes mit dem Gewissen wirklich nicht vereinbaren kann.
Ein Aktenentscheid kann in dieser heiklen Frage nicht akzeptiert werden. Beim Aktenentscheid hängt zu viel von der Formulierung des Gesuches ab. Professionelle Gesuchschreiber werden bezahlt, um die beste und für die Befreiung vom Militärdienst genügende Formulierung – verbunden mit den notwendigen Behauptungen – auszuarbeiten. Befreiung vom Militärdienst stellt eine Sonderbehandlung bezüglich Wehrpflicht dar. Demjenigen, der diese Sonderbehandlung in Anspruch nimmt, darf zugemutet werden, dass er sich einer solchen Anhörung, einem solchen Gespräch, einer eingehenden Überprüfung unterzieht. Die «Postkartenlösung» muss ausgeschlossen werden.
Man wirft uns natürlich vor, man produziere hier einen riesigen administrativen Aufwand. Das muss erstens bestritten werden, und zweitens muss bei einem solch wichtigen Entscheid ein gewisser administrativer Aufwand hingenommen werden, denn nur so werden Sie das Gesetz bezüglich Zulassung zum Zivildienst rechtsgleich und gerecht anwenden können. Schliesslich dürfen wir nicht mit Nachdruck verlangen, dass die unhaltbare Situation bezüglich des «blauen Weges» endlich beseitigt wird, um dann diesem Vorgehen im neuen Gesetz wieder Tür und Tor zu öffnen.
Beim nationalrätlichen Beschluss handelt es sich um einen reinen Zufallsentscheid. Er ist auch aus der Sicht seines Zustandekommens nicht akzeptierbar. Der Entscheid entspricht nicht dem Verlauf der Diskussion, auch nicht dem Verlauf der Diskussion während der Differenzbereinigung; er ist mit 49 zu 45, zusammen gibt das 94 Stimmen, zustande gekommen.
Wenn Sie heute von Nationalrat Wick ein Blatt ausgeteilt erhalten haben, muss man dazu einmal sagen, dass das nicht den Gepflogenheiten entspricht. Die in diesem Papier schriftlich aufgestellten Behauptungen können nicht überprüft werden. Es fehlt die erforderliche Zeit, um diese Behauptungen zu überprüfen. Ich meine, es sei auch nicht ganz seriös, in diesem Stadium der Behandlung der Vorlage noch einen solchen Antrag zu stellen.
Es ist nicht massgebend, wie das bei der Diskussion gestern im Nationalrat behauptet worden ist, ob das Gesuch den verlangten Kriterien entspricht, sondern massgebend ist nur, ob das Gewissen der gesuchstellenden Person die Leistung von Militärdienst zulässt oder nicht. Schliesslich darf auch festgehalten werden, dass der Bundesrat der Formulierung, wie sie das letzte Mal vom Ständerat beschlossen worden ist, ausdrücklich zugestimmt hat.
Mit 8 zu 2 Stimmen beantragt Ihnen die Kommission Festhalten und Ablehnung des Minderheitsantrages Plattner.

Plattner Gian-Reto (S, BS), Sprecher der Minderheit: Die Differenzbereinigungsberatung fand heute morgen statt, um 07.00 Uhr. Es ging alles so rasch, dass ich nur noch einen Minderheitsantrag anmelden konnte, nämlich diesen. Den zweiten, den ich auch noch gerne angemeldet hätte, brachte ich gar nicht mehr bis zum Sekretär, weil sich die Sitzung viel zu rasch auflöste, da um 07.30 Uhr alle an die nächste Sitzung mussten. Ich halte bei dieser Gelegenheit also fest, dass ich zur Differenz in Artikel 80 Absatz 1bis noch einen zweiten Antrag stellen möchte.
Die ewige Minderheit der Sicherheitspolitischen Kommission – Plattner/Schoch – schlägt Ihnen nicht etwa vor, hier dem Nationalrat zu folgen, denn das ist in der Tat etwas, das wir weder in der ersten Lesung unterstützt haben noch jetzt unterstützen wollen. Aber sie schlägt Ihnen doch vor, ein bisschen nachzugeben und wieder auf den Entwurf des Bundesrates zurückzukommen. Es geht hier nur darum, die Bürokratie, dort, wo sie nicht im Widerspruch mit dem Sinn des Gesetzes steht, kleinzuhalten.
Wir beantragen Ihnen also, dass es zwar in der Regel und in den allermeisten Fällen einer Anhörung der Gesuchstellenden vor der Kommission bedarf, dass aber in offensichtlichen Fällen – wie der Bundesrat es formuliert hat – darauf verzichtet werden kann. Das ist ganz im Sinne einer Deregulierung, eines Verzichts auf eine unnötige Regelung, wie Sie es gerade bei der vorhergehenden Vorlage beschlossen haben. Es hat keinen Sinn, in offensichtlichen Fällen aus reiner Prinzipienreiterei ein Erscheinen vor der Kommission zu verlangen.
Aber noch einmal: Weder Kollege Schoch noch ich möchten, dass es die Postkartenlösung gibt. Wir möchten, dass die Leute angehört werden. Wir möchten den Aufwand nur dort begrenzen, wo er sinnlos ist.
Ich beantrage Ihnen deshalb, auf den Entwurf des Bundesrates zurückzukommen und damit dem Nationalrat einen kleinen Schritt entgegenzukommen.

Loretan Willy (R, AG): Ich erlaube mir vorab, replicando etwas zu dem zu sagen, was Herr Plattner jetzt gerade geäussert hat.
Ich unterstütze den Antrag der Kommissionsmehrheit, wie er soeben vom Kommissionspräsidenten begründet worden ist. Ich bin gegen eine Postkartenlösung à la Dänemark, wie sie der Nationalrat beschlossen hat. Wir haben seinerzeit, am 21. Juni 1995, entgegen dem Antrag der Kommissionsmehrheit, bei Artikel 1 die Schleusen geöffnet, indem wir bei der Gewissensprüfung die Voraussetzung der «Berufung auf ethisch-religiöse Gründe» aus dem Gesetzestext entfernt haben. Die Mehrheit ging damals, als wir das Gesetz zum erstenmal berieten, ziemlich sang- und klanglos unter. Darauf will ich nicht zurückkommen.
Nachdem Artikel 1 derart geöffnet worden ist, bin ich der Meinung, dass wir die Schleusen hier nicht auch noch öffnen dürfen. Artikel 18 Absatz 2 ist in der Fassung des Ständerates vom 21. Juni 1995 eine tragende Säule bei der Regelung des zivilen Ersatzdienstes für diejenigen, die mit diesem Gesetzentwurf ohnehin ihre liebe Mühe haben. Wenn hier auch noch geöffnet wird, werden wir Zustände haben wie in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich, wo man wegen allzu larger Handhabung der gesetzlichen Regelung – einer Regelung, die schon large genug ist! – mit dem Halten der Armeebestände Mühe bekommt oder schon hat. Ich will nicht den Teufel an die Wand malen, es ist bei uns noch nicht so weit, aber ich möchte im Hinblick auf jene Situation, wie man sie in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich kennt, rechtzeitig Gegensteuer geben. Deshalb ist die Anhörung in jedem Falle richtig und wichtig.
Auch mit der Variante Bundesrat werden Schleusen geöffnet, denn der Begriff «offensichtlich» bedarf der Interpretation, hier ist Spielraum. Die Praxis wird sich vermutlich in die Richtung einer weiteren Liberalisierung entwickeln, wenn wir in Artikel 18 Absatz 2, gemäss Bundesrat, sagen: «Entspricht ein Gesuch offensichtlich den Voraussetzungen nach Artikel 1, verzichtet sie (d. h. die Kommission) auf eine Anhörung.» Ich möchte die klare, saubere Formulierung des Ständerates beibehalten, wonach die Gesuchsteller in jedem Falle anzuhören sind.
Ich bitte Sie, der Mehrheit zuzustimmen und an unserer im Juni 1995 beschlossenen Fassung festzuhalten.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: La solution qui a été finalement retenue par le Conseil national hier est la pire des solutions. Elle inverse en effet totalement le cours des choses que nous avions prévu et que vous avez confirmé par vos votes. Le Conseil national, lui même, avait, lors de sa première délibération, également retenu cette solution, à savoir qu'on reçoit le demandeur, on analyse son cas dans une discussion de vive voix qui a lieu entre lui et la commission, et puis ensuite, sur cette base, on statue; on ne peut renoncer à cette audition préalable que dans un nombre limité de cas. Cette dernière est la bonne formule tandis que la proposition qui a été finalement retenue hier est une solution qui consiste à faire de l'exception la règle et à ne vouloir recevoir vraiment que dans quelques cas extrêmes ceux des recourants qui ne présentent pas une demande écrite suffisamment explicite ou suffisamment claire.
Si nous voulons faire capoter la philosophie du service civil de remplacement, il n'y a qu'à accepter la solution du Conseil national. Elle est, qu'on le veuille ou non, une traduction du libre choix dont on a dit, dans tous les débats parlementaires, que nous ne voulions pas. Mais reprenez les chiffres: il s'est trouvé 49 voix contre 45 et avec 2 abstentions pour choisir in extremis cette solution. Le quorum, manifestement, n'était pas réalisé; ça se situe hier aux environs de midi et quart, dans l'atmosphère postélectorale qui embrasait le Palais fédéral, et, ma foi, il y a des formules un peu «surprise» qui peuvent passer sous l'empire de telles conditions.
Je vous propose donc, dans la sérénité bien connue du sénat, de rétablir le bon fil et d'aller ainsi pour la troisième délibération au Conseil national avec un projet qui se tienne. Est-ce qu'il faut reprendre à ce moment-là, comme le suggère la majorité de votre commission, la solution que, finalement, le Conseil national avait retenue lors de sa première délibération? Est-ce qu'il faut, comme le propose la minorité, reprendre le projet du Conseil fédéral? A mon avis, votre majorité a plus de chance de faire passer devant le Conseil national sa solution. Au reste, j'avais combattu cette solution lors de la première délibération du Conseil national, car je trouvais que celle du Conseil fédéral et de votre Conseil était plus claire. Mais le nombre des exceptions qui nous feraient renoncer aux auditions est décidément si faible, de l'aveu de tous ceux qui connaissent le sujet, que nous aurions décidément une divergence d'avec le Conseil national, Monsieur Plattner, pour pas grand-chose, pour un nombre très petit de cas.
C'est la raison pour laquelle, tant pis, je vous propose de faire le sacrifice de cette beauté parfaite en introduisant une légère «Schönheitsfehler» qui est de suivre ce que propose la majorité de votre commission. Au moins, on éliminera, je l'espère, la solution catastrophique qui a été retenue par le Conseil national hier dans la surprise et l'abstention.
Merci de suivre la proposition de la majorité de la commission.

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Ich habe ein gewisses Durcheinander gemacht, und ich möchte noch einmal klar festhalten, wie es sich jetzt verhält. Der Ständerat hat beschlossen, alle gesuchstellenden Personen anzuhören. Der Gewissensentscheid kann nur überprüft werden, wenn man ein Gespräch führen kann.
Die Minderheit Plattner will, dass man in der Regel anhört, aber ausnahmsweise auf die Anhörung verzichten kann.
Der Nationalrat will, dass in der Regel nicht angehört wird, ausnahmsweise aber, im Zweifelsfall, eine Anhörung erfolgen soll.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	23 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	5 Stimmen

Art. 80 Abs. 1bis
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 80 al. 1bis
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Bei Artikel 80 Absatz 1bis hat der Nationalrat gestern mit 44 zu 41 Stimmen beschlossen, daran festzuhalten, dass im Gesetz festgeschrieben werde, die Vollzugsstelle des Zivildienstes sei dem Volkswirtschaftsdepartement zu unterstellen. Es geht also um eine Zuweisung der Vollzugsstelle an ein ganz bestimmtes Departement.
Die Zustimmung zum Nationalrat war, weil man hier nichts Weltbewegendes sah, in der Kommission eigentlich von der Überlegung geleitet, dass man mindestens eine Differenz beseitigen sollte. Man hat aber in der Kommission erkannt, dass mit diesem Beschluss ein Widerspruch zum Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz geschaffen wird, das noch in dieser Session verabschiedet werden soll. Nach Artikel 8 Absatz 1 dieses neuen Gesetzes, und diesbezüglich besteht keine Differenz mehr, bestimmt der Bundesrat die Organisation der Verwaltung.
Weil man der Meinung ist, dass diese Stelle ohnehin beim Volkswirtschaftsdepartement liegen könne, beantragt Ihnen die Mehrheit, dem Nationalrat zuzustimmen.

Plattner Gian-Reto (S, BS): Die mit 44 zu 41 Stimmen beschlossene Lösung des Nationalrates hat in der Zeit bis zu unser jetzigen Beratung im Rahmen der Differenzbereinigung neun Anhänger verloren. Wir sind heute nicht viel besser dran: Die Gefahr, dass auch wir so ein bisschen zufällig beschliessen, ist nicht von der Hand zu weisen. Es gibt nicht sehr viel zu sagen.
Sie wissen, dass meine Gesinnungsgenossinnen und -genossen gerne das EVD hier festschreiben möchten, um nämlich zu vermeiden, dass der Zivildienst ins Militärdepartement kommt. Das habe ich immer gut verstanden. Aber nun scheint mir doch die akademische Strenge wichtiger zu sein. Wir können nicht in ein und derselben Session ein Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz beschliessen, in dem wir dem Bundesrat die Kompetenz geben, die Unterstellung der Ämter unter die Departemente selber zu beschliessen, und gleichzeitig an einem ziemlich unwichtigen Ort eine Vorschrift machen, dass ausgerechnet diese eine Aufgabe nun in einem bestimmten Departement festgenagelt werden müsse. Ich bin der Meinung, das sei ein Widerspruch, das sei schlechte Gesetzgebung.
Deshalb bin ich dafür, dass man hier nicht dem Nationalrat folgt, die Differenz nicht bereinigt, sondern dabei bleibt, dass Absatz 1bis gestrichen wird.

Schoch Otto (R, AR): Ich möchte dazu nur zwei Sätze sagen. Herr Plattner hat von der Sache her mehr als recht, und die Hardliner in diesem Rat müssen jetzt mit Herrn Plattner stimmen, obschon der Antrag eigentlich von der falschen Seite kommt.

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Ich gehöre offenbar zu den Hardlinern, denn ich unterstütze die Minderheit Plattner, die jetzt nicht als Minderheit aufgetreten ist.
Persönlich stimme ich dem Antrag Plattner mit absoluter Überzeugung zu. Wenn wir dem Nationalrat zustimmen, müssen wir diesen Artikel richtigerweise nächste Woche unter dem Titel «Änderung anderer Erlasse» des Verwaltungsorganisationsgesetzes wieder aufheben. So können wir doch nicht legiferieren.
Die Angst, der Zivildienst könnte dem EMD unterstellt werden, ist doch absolut unbegründet. Der Vollzug des jetzt gültigen Arbeitsdienstes gemäss Militärstrafgesetzbuch ist ja im EVD angesiedelt, und darüber hinaus hat der Bundesrat sowohl im Ständerat als auch im Nationalrat klar und deutlich zugesichert, dass der Zivildienst sicher nicht im EMD angesiedelt werde.
Ich meine deshalb, wir sollten hier diese Differenz beibehalten und Festhalten beschliessen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Nous avons toujours dit qu'il était de la compétence du Conseil fédéral de procéder non seulement à l'attribution des départements – ce qui est d'actualité! –, mais aussi à l'attribution des offices fédéraux selon les différents départements, qu'une mesure dictée par une loi quant au rattachement de tel ou tel office à tel ou tel département était une hérésie et, du point de vue de la construction législative, qu'elle constituait véritablement un corps étranger dans la philosophie d'une loi, quelle qu'elle soit.
Cela étant, il y avait une crainte panique, dans certains milieux, au Parlement et hors du Parlement, que l'exécution de cette nouvelle loi fût confiée au Département militaire fédéral. Le Conseil fédéral a bien compris la dimension psychologique et politique de cette crainte et, par ma voix, il a, devant vous et devant le Conseil national, répété à l'envi qu'il ne serait jamais question de confier au Département militaire fédéral l'exécution de la nouvelle loi que nous sommes en train de terminer.
Cela n'a pas suffi à apaiser les inquiétudes du Conseil national, qui a répété, à une très courte majorité il est vrai, son vote consistant à donner au Département fédéral de l'économie publique la responsabilité de cet office. J'en suis très flatté pour la bonne réputation de ma maison – trois étoiles, vaut le voyage! –, et il serait excessivement modeste de ma part de ne pas vous exprimer ma joie profonde, mais je crois que ce n'est pas juste comme méthode.
A cet égard, si se rallier à la décision du Conseil national, c'est éliminer une divergence, se rallier, comme le propose la minorité, à la décision antérieure de votre Conseil, c'est tout de même mettre de la clarté dans les idées et dans les textes. C'est par conséquent, je l'espère, pour autant que je répète pour la nième fois au Conseil national que le Conseil fédéral ne confiera pas cette tâche au Département militaire fédéral, une garantie de bon fonctionnement des pouvoirs législatif et exécutif.
C'est la raison pour laquelle, en mon âme et conscience, je serai le premier à me rallier à la proposition Plattner.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Plattner	22 Stimmen
Für den Antrag der Kommission	6 Stimmen

Art. 81a
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Ziegler Oswald (C, UR), Berichterstatter: Unter Ziffer 5, «Änderung anderer Erlasse», haben wir die Artikel 81 bis 84 des Militärstrafgesetzes geändert. Neue Artikel treten an die Stelle der heute geltenden. Artikel 81a regelt die Dienstversäumnisse, diese sind nun im neuen Artikel 82 geregelt. Rein aus Versehen ist Artikel 81a, der nicht mehr gebraucht wird, nicht gestrichen worden. Man hat dies im Rahmen der Arbeiten der Redaktionskommission festgestellt.
Der Artikel darf nicht nur, sondern muss gestrichen werden, denn wenn wir diesen Artikel belassen würden, hätten wir die gleiche Sache sowohl in Artikel 82 dieser Vorlage wie dann auch im Artikel 81a des geltendes Rechtes geregelt.
Die Kommission beantragt Ihnen deshalb, diesen Artikel aufzuheben, das heisst, dem Nationalrat zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

An den Nationalrat – Au Conseil national

Leuenberger Ernst (S, SO) présente au nom de la Commission des finances (CdF) le rapport écrit suivant:

Le 9 mars 1995, le Conseil des Etats a approuvé cette motion à l'unanimité. Le Conseil fédéral partage les préoccupations fondamentales manifestées dans la motion et considère que l'assainissement des finances est forcément une des tâches prioritaires du gouvernement et du Parlement. Le Conseil fédéral se montre cependant sceptique sur les exigences posées dans le quatrième programme d'assainissement qu'il devrait soumettre au Parlement d'ici fin juin 1996!
Le 14 mars 1995, le Conseil national a approuvé par 98 voix contre 51 la motion de la Commission des finances concernant un programme complémentaire d'assainissement destiné à éliminer le déficit structurel (95.3002). Le 15 mars 1995, le Conseil des Etats a également transmis cette intervention au Conseil fédéral.

Considérations de la commission
Contrairement au Conseil des Etats, la CdF-CN, dans sa majorité, estime qu'il ne convient pas de requérir pour le moment des mesures d'assainissement ponctuelles, mais qu'il faut faire porter l'accent de l'assainissement des finances sur les réformes structurelles.

Antrag der Kommission
Die Kommission beantragt mit 11 zu 6 Stimmen, die Motion als Postulat zu überweisen.

Proposition de la commission
Par 11 voix contre 6, la commission propose de transmettre la motion sous forme de postulat.

Überwiesen als Postulat – Transmis comme postulat

94.063

Ziviler Ersatzdienst. Bundesgesetz
Service civil. Loi fédérale

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 745 hiervor – Voir page 745 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 21. Juni 1995
Décision du Conseil des Etats du 21 juin 1995

Carobbio Werner (S, TI), rapporteur: En attendant que le rapporteur de langue allemande nous rejoigne, je vais vous exposer rapidement la situation, afin de faciliter la discussion sur les points concernés.
Lors du débat au Conseil des Etats, la question centrale qui concernait l'article 1er, à propos des valeurs éthiques ou des valeurs plus larges pour être admis au service civil, a été résolue dans le sens de la décision du Conseil national. Cela a donc éliminé ce qui aurait pu être un point fondamental soulevant encore des discussions.
Après l'examen par le Conseil des Etats, il y a 17 divergences. Des divergences importantes concernent l'article 7, la question des affectations à l'étranger, et l'article 18, relatif à l'examen des motifs qui poussent un objecteur à demander à être admis au service civil. Les autres divergences sont plutôt rédactionnelles. C'est pourquoi, dans la discussion, il faudra nous en tenir aux questions principales et liquider les autres rapidement, en indiquant quelles sont les propositions de la commission.
Pour les modifications d'ordre rédactionnel, après discussion, la commission du Conseil national a donné son adhésion aux décisions du Conseil des Etats. Quatre divergences subsistent cependant: à l'article 14 concernant l'attribution, à titre extraordinaire, de personnes astreintes au service civil aux cantons ainsi qu'aux communes; à l'article 18 concernant l'obligation ou la non-obligation d'un entretien dans les cas où les motifs de la demande d'admission au service civil sont clairs; à l'article 30 qui concerne la procédure des congés dans le cadre du service civil; enfin, à l'article 80 concernant le département compétent.
Aux les articles 14 et 18, la majorité de la commission s'est ralliée aux décisions du Conseil des Etats. Il y a une minorité qui propose, pour les deux articles, d'en rester à la version de notre Conseil.
En revanche, aux les articles 30 et 80, la commission vous propose de maintenir les décisions de notre Conseil.
Vous avez reçu des propositions individuelles de la part de M. Wick à l'article 18, qu'il développera ici, et, ce matin, de la part de M[me] Segmüller qui demande de se rallier au Conseil des Etats pour ce qui concerne les articles 30 et 80. Nous expliquerons dans le détail les questions qui sont encore en discussion.
Voilà ce que je devais vous communiquer brièvement au nom de la commission.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Der Sprecher welscher Zunge hat das Geschäft sehr gut resümiert. Wir kommen langsam ans Ende des langen Weges zum zivilen Ersatzdienst. Es verdient festgehalten zu werden, dass der Ständerat sehr gute Arbeit geleistet hat. Das ermöglicht uns, in den meisten Fällen den redaktionellen Verbesserungen und Präzisierungen zuzustimmen.
Es gibt aber doch gewisse materielle Unterschiede. Der wichtigste dieser Unterschiede mit politischer Relevanz betrifft Artikel 18, die Frage der Anhörung. Der Ständerat verlangt, dass der Gesuchsteller persönlich antreten muss. Es gibt keine Ausnahme im Sinne unseres Beschlusses für Fälle, die an sich klar sind. Hierzu gibt es einen Antrag der Minderheit Hollenstein.
Dann liegt ein Minderheitsantrag Züger bei Artikel 14 vor, bei den ausserordentlichen Zivildienstleistungen. Dort haben wir entsprechend dem Entwurf des Bundesrates beschlossen, dass die Kantone oder Gemeinden, welche infolge einer Notlage ausserstande sind, die Aufgabe zu erfüllen, diese Dienste beanspruchen können. Der Ständerat hat dies folgerichtig auf die Kantone reduziert.
Dann wurden heute von Frau Segmüller noch zwei Anträge eingereicht. Sie will bei Artikel 30 und Artikel 80 dem Ständerat folgen.

Art. 2; 3 Abs. 1; 4 Abs. 2; 6 Abs. 2; 7 Abs. 1, 1bis; 8 Abs. 1, 3
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 2; 3 al. 1; 4 al. 2; 6 al. 2; 7 al. 1, 1bis; 8 al. 1, 3
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 14 Abs. 1, 2bis
Antrag der Kommission
Abs. 1
Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Minderheit
(Züger, Carobbio, de Dardel, Dünki, Hubacher, Meier Hans, Hollenstein, Tschäppät Alexander)
Festhalten

Abs. 2bis
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 14 al. 1, 2bis
Proposition de la commission
Al. 1
Majorité
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Minorité
(Züger, Carobbio, de Dardel, Dünki, Hubacher, Meier Hans, Hollenstein, Tschäppät Alexander)
Maintenir

Al. 2bis
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Abs. 1 – Al. 1

Züger Arthur (S, SZ), Sprecher der Minderheit: Darf eine Gemeinde in einer aktuellen Notlage zivildienstpflichtige Personen anfordern oder nicht? Oder soll sie, trotz Zeitnot, den Ochsentramp via kantonale Stellen benützen müssen? Wir alle – das glaube ich wenigstens – sind uns in der Theorie immer einig, dass es am effizientesten ist, wenn diejenige Stelle einen Auftrag erledigt, die diesem Auftrag am nächsten steht. In der Praxis sieht es dann leider anders aus.
Wenn die Gemeinden hier nicht explizit erwähnt werden, kommen sie als Empfänger von Hilfe durch zivildienstleistende Personen nicht unmittelbar in Betracht. Nur noch der Kanton könnte Einsatzbetrieb sein und müsste seine Kompetenzen dann sozusagen superbürokratisch an die betreffenden Gemeinden weiterdelegieren – und das in einer Notlage, wenn es also pressiert. Das wäre dasselbe, wie wenn bei einem Brandfall nur noch der Pfarrer die Feuerwehr aufbieten könnte.
Ich bitte Sie, diesem Unsinn nicht stattzugeben und der Minderheit und dem Bundesrat zuzustimmen. Unsere Gemeinden, das können Sie mir glauben, verdienen unser Vertrauen.

Hari Fritz (V, BE): Ich spreche hier im Namen der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei. Im Interesse eines rassigen Ablaufes der Ratsverhandlungen gebe ich die Stellungnahme unserer Fraktion zu den vorliegenden Differenzen in Artikel 14, 18, 30 und 80 in einem Votum bekannt.
Zu Artikel 14: Unsere Fraktion schliesst sich hier der Kommission und damit dem Ständerat an.
Artikel 18: Auch hier schliessen wir uns dem Antrag der Kommission und dem Beschluss des Ständerates an. Damit wird das Zulassungsverfahren klar geregelt.
Artikel 30: Wir wollen an der Fassung des Bundesrates festhalten, wie dies auch die Kommission beantragt, und unterstützen damit eine einfache, klare Regelung im Urlaubswesen.
Artikel 80: Die Fraktion der Schweizerischen Volkspartei unterstützt den Antrag der Kommission und damit die von unserem Rat bereits beschlossene Fassung betreffend Unterstellung der Vollzugsstelle unter das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement.

Le président: Le groupe démocrate-chrétien communique qu'il soutiendra la majorité. Le groupe écologiste soutiendra la minorité.

Dünki Max (U, ZH): Die LdU/EVP-Fraktion, für deren Stellungnahme ich hier referiere, teilt mit, dass sie bei Artikel 14 die Minderheit Züger unterstützt. Die Gemeinden sind bei der Erfüllung dieses Gesetzes ein wichtiger Faktor. In Notlagen sollen die Gemeinden direkt an den Bund gelangen können. Das vereinfacht und strafft das administrative Verfahren. Der direkte Weg ist nicht nur der kürzeste Weg, sondern auch der zweckmässigste. Bedenken Sie doch, dass z. B. nicht nur «Hinterbünzlikon» eine Gemeinde ist, sondern als Gemeinden zählen auch die grossen Städte wie Zürich, Bern, Genf usw. Sie erfüllen in diesem Bereich die Hauptaufgabe; denken Sie nur an das Gesundheitswesen und das Sozialwesen. Sie sind die Träger dieser Aufgaben. Die Gemeinden müssen die Einsatzbetriebe führen, nicht die Kantone.
Ich begreife den Bundesrat, wenn er sich gegen die Streichung der Gemeinden ausspricht. Das Ganze muss doch einen Sinn haben. Föderalismus heisst doch auch, dass man die Gemeinden ernst nimmt und dass man sie dort direkt von seiten des Bundes unterstützt, wo sie eine Bundesaufgabe zu erfüllen haben.
Ich frage mich: Warum etwas kompliziert gestalten, wenn es auch einfacher geht? In diesem Saal höre ich immer wieder, dass man die Gesetze so einfach wie möglich gestalten sollte. Heute haben Sie den Tatbeweis zu liefern, dass es Ihnen mit dieser Forderung Ernst ist. Die Kantone werden auch mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen Lösung nicht übergangen. Sie werden in jedem Fall orientiert. Ihre Unterstützung wird auch bei der Koordination nötig sein. Was auf unterer Stufe gut erledigt wird, soll nicht auf die nächsthöhere delegiert werden. Das ist ein guter Grundsatz, und wir bitten Sie deshalb, ihn zu beachten und die Minderheit zu unterstützen.
Gleichzeitig nehme ich auch zu Artikel 18 Stellung, damit ich nicht noch einmal nach vorne ans Rednerpult kommen muss. Auch hier sind wir für Festhalten am ursprünglichen Beschluss unseres Rates. Er entspricht der Vorlage des Bundesrates. Immer müssen die Nichtbundesratsparteien den Bundesrat stützen!
Im Sinne einer Vereinfachung soll auf die Anhörung verzichtet werden, wenn die Voraussetzungen der Zuteilung zum Zivildienst offensichtlich gegeben sind. Es gibt von vornherein klare Fälle; nur all jene, die nicht klar genug sind, sollen von der Kommission angehört werden. Auf diese Weise lässt sich das Administrativverfahren gewaltig vereinfachen. Ich habe gemeint, dass wir auf der ganzen Linie sparen sollten. Sobald ein brauchbarer Vorschlag auf dem Tisch liegt, der auch etwas bringt, werden wieder Bedenken angemeldet. Hier können wir beweisen, dass es uns mit dem Sparen Ernst ist, indem wir einen gewaltigen Leerlauf vermeiden. Lippenbekenntnisse sind wenig wert, Taten sind gefragt, besonders dort, wo kein Schaden entsteht.
Die LdU/EVP-Fraktion stimmt derjenigen Lösung zu, die billiger, zweckmässiger und trotzdem wirksam ist. Es geht tatsächlich nicht um eine ideologische Frage, sondern nur um eine Vereinfachung der Administration.

Sandoz Suzette (L, VD): Le groupe libéral soutiendra la majorité de la commission. Mais il attire l'attention sur le fait que la question à débattre ici n'est pas du tout une question propre au service civil.
En réalité, le Conseil des Etats, à la décision duquel la majorité de notre commission se rallie, a voulu mettre en évidence un problème de politique générale auquel nous devons être attentifs. Dans ce pays, l'interlocuteur de la Confédération, pour une tâche fédérale en l'occurrence, c'est le canton. Le canton reçoit les demandes des communes et les transmet à la Confédération.
Ça n'a donc absolument rien à voir avec l'accomplissement, parfaite ou non, d'une tâche administrative par les communes. Il s'agit, en biffant le terme de «communes», de bien montrer l'organisation de notre pays, à savoir que l'interlocuteur de la Confédération, c'est le canton, et non pas directement la commune. Vous savez qu'il y a une tendance actuelle d'un certain nombre de communes de s'adresser directement à la Confédération, par-dessus la tête des cantons. Il y a là une décision de nature politique importante sur laquelle le Conseil des Etats a attiré l'attention.
Telle est la raison pour laquelle le groupe libéral soutiendra la majorité de la commission.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Bei Artikel 14 Absatz 1 haben wir es mit einer Frage zu tun, die in der Kommission sehr umstritten war – 8 zu 8 Stimmen, worauf unser Kommissionspräsident den Entscheid zugunsten der Fassung des Ständerates fällte.
Herr Züger hat gute Gründe angeführt. Unsinn ist das, was der Ständerat gemacht hat, aber nicht. Dieser Lösung ist sogar eine gewisse Konsequenz nicht abzusprechen. Ich glaube auch nicht, Herr Dünki, dass es im wesentlichen um

eine finanzielle Frage geht. Wir haben in der Schweiz etwa 3000 Gemeinden. Es ist an sich logisch und systemgerecht, wenn wir in einem Bundesgesetz die Kantone und nicht auch noch die Gemeinden als Ansprechpartner des Bundes bezeichnen. Zudem habe ich mir sagen lassen, dass der Bundesrat bereit ist, in der Verordnung vorzusehen, dass der Bund den Gemeinden direkt zivildienstpflichtige Personen für die Erfüllung dieser Aufgaben zuweisen kann. Dort könnte anderenfalls effektiv eine Friktion entstehen.
Ich bitte Sie also, der Kommissionsmehrheit, d. h. dem Beschluss des Ständerates, zuzustimmen. Das deckt sich mit meiner persönlichen Auffassung.

Carobbio Werner (S, TI), rapporteur: Après les explications de M. Bonny, les choses me semblent assez claires. Le Conseil des Etats a décidé de supprimer la mention des communes. La majorité de la commission a adhéré à cette décision.
Je rappelle brièvement les arguments. La Confédération ne doit pas légiférer au niveau des communes. Dans les situations d'exception, les communes doivent s'adresser avant tout aux cantons, et ce sont les cantons qui s'adressent à la Confédération. Il faut rappeler qu'il y a en Suisse – c'est un autre argument qui a été évoqué – 3000 communes. Si toutes avaient le droit de s'adresser directement à la Confédération, la chose pourrait évidemment devenir compliquée. Il est donc logique que les cantons examinent les demandes des communes et fassent un tri avant de s'adresser directement à la Confédération pour solliciter les aides nécessaires.
La minorité de la commission, dont je fais partie, dit qu'il faut quand même réserver la possibilité – vous avez entendu les arguments de M. Züger et des autres –, dans les cas où les cantons ne consultent pas les communes, de permettre à ces dernières de s'adresser directement à la Confédération.
Au nom de la majorité de la commission, je vous invite à adhérer à la décision du Conseil des Etats et à éliminer ainsi une divergence.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral avait envisagé, dans son projet, une autre formulation pour cet article 14. Je crois que le problème n'est pas essentiel et que nous avons l'occasion, ici, de supprimer une divergence entre les deux Conseils.
Par conséquent, au nom du Conseil fédéral, je vous invite à vous rallier à la proposition de la majorité de la commission.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit 59 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 38 Stimmen

Abs. 2bis – Al. 2bis
Angenommen – Adopté

Art. 18 Abs. 2
Antrag der Kommission
Mehrheit
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
Minderheit
(Hollenstein, Carobbio, de Dardel, Dünki, Hubacher, Meier Hans, Tschäppät Alexander, Züger)
Festhalten

Antrag Wick
.... Zulassungsvoraussetzungen. Sie beurteilt die Gesuche. In Zweifelsfällen hört sie den Gesuchsteller persönlich an.

Art. 18 al. 2
Proposition de la commission
Majorité
Adhérer à la décision du Conseil des Etats
Minorité
(Hollenstein, Carobbio, de Dardel, Dünki, Hubacher, Meier Hans, Tschäppät Alexander, Züger)
Maintenir

Proposition Wick
.... sont remplies. Elle se prononce sur les demandes. En cas de doute, elle entend l'auteur de la demande lors d'un entretien individuel.

Hollenstein Pia (G, SG), Sprecherin der Minderheit: In Artikel 18 geht es um das Verfahren der Zulassung zum Zivildienst. Der Bundesrat hat ursprünglich vorgeschlagen, dass eine Kommission die Zulassungsvoraussetzungen prüft und die Gesuchstellenden persönlich anhört. Wenn ein Gesuch aber offensichtlich den Voraussetzungen entspricht, kann die Kommission auf die Anhörung verzichten. Diese Möglichkeit des Anhörungsverzichts hat der Ständerat herausgekippt, und eine Mehrheit unserer SiK ist ihm gefolgt.
Im Namen der Kommissionsminderheit bitte ich Sie, am ursprünglichen Entwurf des Bundesrates, der auch bei der ersten Verhandlung im Nationalrat nicht bestritten war, festzuhalten.
Es geht hier nicht um eine Lockerung der Zulassung zum Zivildienst, sondern um die Handhabung des Zulassungsverfahrens für jene Gesuchsteller, deren Gesuch ganz offensichtlich den verlangten Kriterien entspricht. Bei der kleinsten Unsicherheit in der betreffenden Zulassungskommission wird der Gesuchsteller persönlich angehört werden müssen.
Zu Beginn des neuen Verfahrens werden bestimmt über eine längere Zeit alle Gesuchsteller angehört werden müssen. Möglicherweise aber liegen ausnahmsweise Gesuche vor, die die Kriterien der Zulassung unbestritten und eindeutig erfüllen. Da macht es doch keinen Sinn, eine persönliche Befragung durchzuführen! Für die Verwaltung wäre in diesen Fällen eine Anhörung eine Alibiübung, ebenfalls für den Betroffenen. Wohlverstanden, es geht nicht um jene, die die Zulassungskriterien nicht erfüllen, sondern nur um jene, die die Zulassungskriterien eindeutig erfüllen.
Mit der Zustimmung zur Fassung von Bundesrat und Minderheit gibt es keinen einzigen Zivildienstleistenden mehr oder weniger, es wird bloss die Möglichkeit geschaffen, in eindeutigen Fällen auf die Anhörung zu verzichten.
Ich bitte Sie, diese sinnvolle Handhabung nicht zu verunmöglichen und der Kommissionsminderheit und dem Bundesrat zuzustimmen.

Wick Hugo (C, BS): Ich habe den Vorschlag gemacht, dass man den Gesuchsteller nur in Zweifelsfällen persönlich anhören soll. Ich will Ihnen sagen warum: Ich kenne dieses Business. Betreiben Sie doch bitte keinen bürokratischen Overkill. Der Faktor 1,5 ist ein so massiver Tatbeweis, dass nur ganz ehrliche, von ihrem Gewissen her wirklich motivierte Stellungspflichtige diesen mühsamen Weg nehmen werden. Die anderen werden es genauso machen wie bisher.
Und wie machen sie es heute? Ich sage Ihnen, warum ich das so genau weiss: Ich war 14 Jahre lang Vorsitzender einer UCR, also dieser Kommission, welche bei der Rekrutierung über «tauglich» oder «untauglich» – aus medizinischen Gründen selbstverständlich – entscheidet.
In dieser Funktion sieht man die jungen Stellungspflichtigen, kann aber selbstverständlich in der Kürze der Zeit nicht eine fundierte medizinische, chirurgische oder gar psychiatrische Abklärung vornehmen; ganz abgesehen davon, dass auch die nötigen Spezialisten fehlen. Folglich ist man eben auf Zeugnisse angewiesen.
Jeder Stellungspflichtige in jedem Kanton – so behaupte ich – weiss genau, wo er ein ärztliches Zeugnis bekommt, das auf beliebig vielen Seiten ganz genau festhält, warum der Betreffende dienstuntauglich sei, auch wenn er es gar nicht ist. Die militärische UC muss sich an diese Zeugnisse halten, dabei wissen wir UCR-Vorsitzenden ganz genau, welche Kollegen für teures Geld beliebige Untauglichkeitsbescheinigungen ausstellen.
Über 10 000 Stellungspflichtige melden sich mehr oder weniger auf diese Art und Weise ab. Darunter sind auch echte Dienstverweigerer, sogar solche mit ernsthaften Gewissensgründen. Wollen Sie es diesen verdenken, dass sie lieber gar keinen Dienst als einen anspruchsvollen, anderthalbmal so lange dauernden zivilen Ersatzdienst leisten wollen und dass

sie für diese nicht zu erbringende Dienstleistung, für diese Untauglichkeitsbescheinigung, 300 Franken – oder wieviel es immer kostet – hinblättern?
Die übrigen vielleicht 100 bis 200 Dienstverweigerer, welche bereit sind, tatsächlich einen Dienst an der Gemeinschaft zu leisten, noch einer Gewissensprüfung zu unterziehen, ist eine unnötige Arbeitsbeschaffung für die Kommission, damit teuer für den Bund und vollständig unnötig. Es ist bürokratischer Leerlauf, und es ist erst noch absolut unfair dieser kleinen Kategorie von ernsthaften Militärdienstverweigerern gegenüber, die den mühsameren Weg und nicht den «blauen Weg» gewählt haben.
Wir haben heute schon in den Agglomerationen – ich will die ländlichen Gebiete ausnehmen – mehr oder weniger eine Freiwilligenarmee. Wenn man das nicht will, gibt es nur ein Heilmittel: Die Armee muss durch eigene Ärzte die fragwürdigen ärztlichen Zeugnisse überprüfen. Falls es wirklich um den Bestand der Armee ginge – aber darum geht es bei der heutigen Reduktion der Armeebestände gar nicht –, gäbe es auch hier ein probates Heilmittel: Wir müssen nur die erleichterte Einbürgerung der Jugendlichen wieder aufs Tapet bringen. Ein junger Ausländer, der bei uns aufgewachsen ist, die Schulen besucht hat, faktisch voll integriert ist, wird sein Einbürgerungsgesuch heute so «timen», dass er weder in seinem Heimatland noch bei uns Militärdienst leisten muss. Mit der erleichterten Einbürgerung hätten wir locker 5000 Rekruten mehr pro Jahr, wie meine Nachforschungen ergeben haben.
Ich weiss nicht, ob mein Antrag mehrheitsfähig ist. Richtig jedoch ist er auf jeden Fall. Er verschont uns vor den Kosten eines bürokratischen Leerlaufs, würde zu keinem einzigen Militärdienstverweigerer mehr führen, und er wäre erst noch fair jenen gegenüber, die für die Gemeinschaft aus Überzeugung etwas Zusätzliches leisten wollen und den bequemen «blauen Weg», also den Weg über die ärztliche Dispensation, ausschlagen.
Falls mein Antrag, der etwas weiter geht als jener von Frau Hollenstein, keine Gnade findet, werde ich mich selbstverständlich dem Antrag der Minderheit Hollenstein anschliessen.

Keller Anton (C, AG): Für den ursprünglichen Entwurf des Bundesrates, dem wir uns in der ersten Beratung ja auch angeschlossen haben, spricht zweifellos eine gewisse Logik. Wenn jemand diesen Dienst offensichtlich nicht leisten will und sich auf Gewissensgründe berufen kann, dann kann man auf die Anhörung verzichten. Dennoch ist meine Fraktion für die Lösung des Ständerates, und zwar nicht einfach nur, weil dadurch eine Differenz bereinigt werden kann.
Im Hinblick auf das gewissermassen strategische Dreieck dieses Gesetzes, nämlich die Artikel 1, 8 und 18, ist es wichtig, dass eine gewisse Ausgewogenheit bleibt, und die Lösung des Ständerates ist geeignet, dieses innere Gleichgewicht der drei entscheidenden Punkte zu verbessern und sicherzustellen. Ich meine auch, dass diese Anhörung für den einzelnen Gesuchsteller ohne weiteres zumutbar ist. Warum? Wir haben, gemessen am Ist-Zustand, mit diesem Gesetz ganz gewichtige Verschiebungen zugunsten des Zivildienstleistenden vorgenommen.
Wir setzen in Artikel 1 den Akzent auf den Gewissensentscheid, und zwar in seinem vollen Umfang und nicht mit der Eingrenzung «ethische Grundwerte». Und statt dass ein Militärgericht darüber entscheidet und «das Gewissen prüft», ist jetzt eine zivile Kommission eingesetzt, die die Glaubwürdigkeit des Gewissensentscheids zu würdigen hat.
Was ist das also schon, wenn jeder, auch derjenige, von dem man annehmen kann, dass er offensichtlich vom Militärdienst befreit wird, vor dieser zivilen Kommission erscheint? Denn es sind nicht viele, die offensichtlich den Voraussetzungen entsprechen werden. Dass man hier von einem administrativen «Overkill» sprechen kann – wie mein lieber Kollege Wick es getan hat –, scheint mir eine enorme Übertreibung zu sein. Es werden wenige sein, und diese Fälle werden die Kommission auch nicht lange beschäftigen.
Für mich und meine Fraktion besteht der entscheidende Vorteil darin, dass jeder vor dieser Kommission erscheinen soll, dass das Verfahren und damit auch das Gesetz nicht in den Verdacht kommen, hier würden gewissermassen, wie man das so populär sagt, «Postkartenentscheide» vorgenommen. Uns scheint, dass es sehr wichtig ist, dass die nach diesem Gesetz vom Militärdienst Befreiten nicht unter den Verdacht fallen, sie hätten auf billige Weise den Entscheid zugunsten des Zivildienstes erreicht. Es scheint mir sehr wichtig, dass wir diesen Verdacht vermeiden und damit von einigen verlangen, sich kurz der Kommission zu stellen.
Ich bitte Sie, sich zugunsten des Zivildienstgesetzes und der Zivildienstleistenden dem Beschluss des Ständerates anzuschliessen.

Tschuppert Karl (R, LU): Auch die FDP-Fraktion lehnt den Antrag Wick entschieden ab. Er zielt in die Richtung, die wir wirklich nicht wollen, und ich kann das Votum unseres Präsidenten voll und ganz unterstützen.
Lehnen Sie den Antrag Wick bitte ab!

Sandoz Suzette (L, VD): Le groupe libéral soutiendra la proposition de la majorité de la commission, c'est-à-dire, comme l'a d'ailleurs déclaré M. Keller Anton, la décision du Conseil des Etats.
En fait, dans la procédure d'admission au service civil, nous nous trouvons devant trois possibilités, compte tenu des propositions qui nous sont faites:
1. la proposition Wick, soit le principe d'une étude de dossier avec une audition exceptionnelle; c'est le premier pas, naturellement, vers le libre choix, c'est donc une raison d'exclure cette proposition;
2. la proposition de la minorité de la commission, c'est-à-dire: en principe on entend les impétrants et, exceptionnellement, si le cas est clair, on ne les entend pas;
3. la proposition de la majorité de la commission rejoignant le Conseil des Etats, à savoir qu'on entend toujours les impétrants.
C'est pour des raisons tenant au respect du droit de la personnalité, et pour des raisons techniques, que le groupe libéral se rallie à la proposition de la majorité. Tout d'abord, le droit de la personnalité – qui d'ailleurs rejoint les remarques faites il y a un instant par M. Keller – parce que, si l'on suit la proposition de la minorité, cela veut dire qu'il suffit de se faire ficher membre de telle ou telle secte, ou groupement, pour qu'on n'ait plus besoin d'être entendu. L'exemple nous a toujours été donné en commission, en faveur de la proposition de la minorité, en fonction de certaine secte dont nous savons que les membres refusent en principe le service militaire. Cela voudrait dire que, si vous vous faites ficher dans cette secte, vous avez une fois pour toutes perdu votre libre arbitre, vous n'avez plus besoin d'être entendu. C'est une atteinte au droit de la personnalité qu'en tant que libéraux, nous ne pouvons pas admettre. Rendez-vous compte que cet entretien personnel est peut-être la seule chance donnée une fois à quelqu'un d'échapper à une secte. C'est aussi un aspect de protection de la personnalité extrêmement important.
Nous nous rallions de surcroît à la majorité pour des raisons techniques. On nous dit que l'on gagne du temps si, dans les cas évidents, on n'a pas besoin d'entendre les impétrants. Oui, dans l'hypothèse où l'on ne s'occupe pas des droits de la personnalité, où l'on étudie un dossier, où l'on dit «c'est évident!» et on n'en parle plus. Mais, si on respecte les droits de la personnalité, chaque fois qu'il s'agira de décider si on entend ou non l'impétrant, il faudra une réunion de la commission, ou une consultation des membres, plus une réflexion, et ça prendra autant de temps et ça coûtera aussi cher que si on entendait directement les personnes.
Alors, encore une fois, par respect des droits de la personnalité, mais aussi pour des questions techniques, le groupe libéral soutient la proposition de la majorité et vous invite à en faire de même.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Hier geht es um eine sehr wichtige Frage. Der Entscheid in der Kommission fiel mit 12 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung doch recht deutlich für die Lösung des Ständerates aus.

Frau Sandoz hat gute Argumente angeführt. Allerdings würde ich jetzt nicht so weit gehen, auch noch die Frage der Sekten ins Spiel zu bringen.
Wir müssen die Sache im Gesamtzusammenhang sehen: Ich erinnere Sie daran, dass wir hier nach einer epischen Auseinandersetzung bei Artikel 1 die «Gewissensgründe» gewählt haben, also die offenere Lösung, und nicht «die ethischen Grundwerte», für die sich ja auch eine respektable Minderheit eingesetzt hat. Wir, diejenigen, die die Gewissensprüfung vertreten haben, haben aber gesagt, dass dann die Überprüfung sehr genau zu sein hat, weil wir ja dem Prinzip der Wehrgerechtigkeit, also der Respektierung der allgemeinen Wehrpflicht, Rechnung tragen müssen.
Hier hat nun der Ständerat in konsequenter Weise vorgesehen, dass in jedem Fall eine solche persönliche Anhörung stattfinden wird. Wir wollen keine Formularprozesse – Herr Keller Anton hat von «Postkartenentscheiden gesprochen –, denn diese können manipuliert werden, und es kann zu Missbräuchen kommen. Ich habe schon gesagt, dass es eine Frage der Wehrgerechtigkeit ist. Hier wollen wir konsequent sein. Ich finde es eigentlich merkwürdig, dass die die Möglichkeit der persönlichen Befragung – die Gelegenheit, sich selber zu äussern – zurückgestuft werden soll. Ich glaube, das ist im Sinne der Menschenrechte, die ja immer wieder angerufen werden.
Ich empfehle Ihnen im Namen der Kommissionsmehrheit, der Fassung des Ständerates zuzustimmen, die konsequenter ist als unsere erste Fassung.
Was den Antrag Wick betrifft, kann ich mich nicht im Namen der Kommission dazu äussern. Der Antrag lag ja nicht vor. Er ist neu. Ich muss aber sagen, dass ich persönlich diesen Antrag ablehne. Wenn ich wählen müsste, dann wäre mir der Antrag der Kommissionsminderheit noch lieber. Das Prinzip der persönlichen Befragung mit Ausnahmen, das dem Minderheitsantrag zugrunde liegt, wird gerade umgekehrt, indem nur in Zweifelsfällen eine persönliche Befragung stattfinden soll. Das finde ich nicht in Ordnung.
Herr Wick, ich habe zufälligerweise gerade auf diese Session hin mit einer Interpellation vom Bundesrat Auskunft über die Missbräuche bei der «blauen Ausmusterung» verlangt. Sie wollen ja hier auch keine Missbräuche. Das beurteilen wir gleich. Der Bundesrat hat mir eine an sich befriedigende Antwort gegeben, nämlich: dass man diese Missbräuche noch energischer bekämpfen will. Ich glaube aber nicht, dass wir das machen können, indem wir auch beim Zivildienst einen Weg einschlagen, der zu Missbräuchen Anlass gibt.
Ich bitte Sie also in meinem persönlichen Namen nachdrücklich, den Antrag Wick abzulehnen.

Carobbio Werner (S, TI), rapporteur: Les questions en discussion à l'article 18 «Procédure d'admission» constituent très clairement un élément central de cette loi. Du reste, déjà lors de la première délibération de notre Conseil, on avait lié les articles 1er et 18. La solution qui avait alors été adoptée par notre Conseil était un compromis dans le sens qu'en principe, un entretien individuel avait lieu pour examiner les motifs de la demande d'admission au service civil. On admettait la possibilité de renoncer à cet entretien seulement quand les conditions de l'article 1er étaient manifestement remplies.
Le Conseil des Etats veut rendre l'audition de la personne concernée obligatoire. Dans la discussion qui s'est développée dans ce Conseil, un lien strict a été établi entre l'ouverture qui a été admise – et que nous avons du reste acceptée – à l'article 1er, qui permet de donner non seulement des motifs éthiques pour être admis au service civil, mais aussi d'autres, et l'article 18, pour lequel le Conseil des Etats a décidé une version plus restrictive. On a cité l'exemple des témoins de Jéhovah: selon le Conseil des Etats, ce n'est pas un bon exemple, et cela ne justifie pas la renonciation à l'audition, puisque les témoins de Jéhovah ne déposent généralement pas de demande d'admission.
Voilà les principales raisons qui ont poussé la majorité de la commission à se rallier à la décision du Conseil des Etats.
La minorité de la commission, dont je fais partie, par contre, soutient que le compromis contenu dans le projet du Conseil fédéral – soutenu lors de la première délibération par notre commission et par notre Conseil – est un compromis minimal permettant de rendre cette loi, déjà très limitée selon les milieux des objecteurs, plus acceptable.
Personnellement, je reste de cette opinion, c'est pour ça que je voterai la proposition de la minorité, tout en vous invitant à suivre la proposition de la majorité, qui se rallie à la décision du Conseil des Etats.
Comme l'a dit le rapporteur de langue allemande, la proposition Wick va encore plus loin. Elle remet en question le compromis. En effet, il veut faire de la renonciation à l'audition la règle, et de l'entretien individuel l'exception. Puisqu'on en est à la deuxième délibération, présenter une telle proposition est très discutable à ce stade de la procédure.
C'est pourquoi, même si nous n'avons pas discuté cette proposition en commission, je me rallie à la demande de la rejeter.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Vu l'heure tardive à laquelle se tient ce débat, je serai extrêmement bref et je vous recommanderai très vivement de voter la proposition de la majorité de la commission. Ce n'est pas seulement parce que, du coup, on éliminerait une divergence d'avec le Conseil des Etats, mais aussi parce que je vous assure que, selon la version figurant initialement dans le projet du Conseil fédéral, les exceptions auraient constitué et constitueraient à l'avenir un nombre véritablement quasi infinitésimal de cas. Nous avons parlé des témoins de Jéhovah et on a pu citer quelques autres exemples, mais je veux dire que le nombre de ceux qui, véritablement, auraient échappé, auraient pu par exception ne pas se présenter, aurait été extraordinairement faible. C'est la raison pour laquelle autant supprimer cette possibilité dans la loi.
La minorité de la commission tient ferme. Elle voudrait que cette exception continue de figurer dans la loi parce que l'exception quantitative, pour une fois, pourrait jouer. Je vous demande de ne pas suivre la proposition de la minorité de la commission.
Bien sûr, je vous demande encore moins de suivre la proposition Wick, car elle envisage l'inversion de la procédure. C'est l'audition qui devient en quelque sorte l'exception. Cela est extrêmement fâcheux, car je crois qu'un certain nombre de cas subtils parce que limites, ne peuvent pas se régler d'une manière humaine et profonde par ordonnance, par téléphone ou par échange de correspondance. Ils peuvent mieux se traiter de manière directe par un dialogue qui ne sera pas un jugement de tribunal. Ce sera véritablement un dialogue. Alors ne confondons pas les choses les unes avec les autres.
Je vous propose donc de rejeter aussi bien la proposition Wick que la proposition de la minorité de la commission et de suivre la proposition de la majorité de la commission.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire
Für den Antrag Wick 46 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 41 Stimmen

Definitiv – Définitivement
Für den Antrag Wick 49 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit 45 Stimmen

Art. 24 Titel; 25
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 24 titre; 25
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 30
Antrag der Kommission
Festhalten

Antrag Segmüller
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 30
Proposition de la commission
Maintenir

Proposition Segmüller
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Segmüller Eva (C, SG): Eigentlich sind wir auf der Zielgeraden für die Realisierung eines echten Zivildienstes. Es verbleiben – abgesehen von der Differenz bei Artikel 18 – bei den Artikeln 30 und 80 zwei kleine Differenzen. Diese Differenzen gilt es auszuräumen. Sie betreffen Detailbestimmungen, die nicht gewichtig genug sind, um die Aufrechterhaltung einer Differenz zu rechtfertigen.
Bei Artikel 30 geht es um die Zuständigkeit für die Urlaubsregelung. Die ständerätliche Fassung entspricht der heutigen Lösung im Vollzug des Arbeitsdienstes gemäss Militärstrafgesetz. Auch die Wehrgerechtigkeit ist bei dieser Lösung besser gewährleistet, unterliegt doch der Urlaub nicht nur dem Belieben der Einsatzbetriebe. Darüber hinaus war die ständerätliche Lösung im Ständerat völlig unbestritten, während in unserer Kommission nur knapp, mit 10 zu 8 Stimmen, an der ursprünglichen Lösung festgehalten wurde. Ich bitte Sie also, im Sinne der Differenzbereinigung, um Zustimmung zum Ständerat.
Bei Artikel 80 Absatz 1bis geht es um die Zuweisung an ein Departement. Das neue Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz gibt dem Bundesrat die Kompetenz, Aufgaben an Ämter oder Departemente zuzuweisen. Es wäre also inkonsequent, dem Bundesrat diese Kompetenz beim Zivildienst gleich wieder streitig zu machen. Die Angst, der Zivildienst könnte dem EMD unterstellt werden, ist unbegründet. Der Vollzug des jetzt gültigen Arbeitsdienstes gemäss Militärstrafgesetz ist ja bereits im EVD angesiedelt. Darüber hinaus hat Bundesrat Delamuraz in beiden Räten zugesichert, dass der Zivildienst sicher nicht dem EMD zugeordnet würde. Ich beantrage Ihnen daher, im Sinne der Differenzbereinigung, dem Ständerat zuzustimmen.

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Was ich jetzt sage, richtet sich an die falsche Adresse, aber ich finde es nicht mehr ganz seriös, wenn wir um 13.15 Uhr noch eine Sache beschliessen, die eine Systemänderung bedingt und womit wir jetzt genau das Gegenteil von dem erreichen, was wir wollten, nämlich: den Abschluss der Differenzbereinigung. Ich finde das schade.
Zu Artikel 30: Hier hat die Kommission mit 10 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen, an ihrem Entscheid festzuhalten. Es geht hier um eine Bagatelle beim Gewähren des Urlaubs. Wie der Bundesrat wollten wir dem Einsatzbetrieb mit Bezug auf die Urlaubsgewährung eine gewisse Freiheit lassen, ihm ein gewisses Vertrauen gewähren. Der Ständerat hat nun eine Sicherung eingebaut. Sie können entscheiden, wie Sie wollen. Die Kommission hat, wie gesagt, mit 10 zu 8 Stimmen Festhalten beschlossen.

Le président: Je rappelle, Monsieur Bonny, que nous avons supprimé toutes les séances de relevée et que nous avons d'emblée précisé que cela pouvait amener à un dépassement de quelques minutes après 13 heures. Si on supprime toutes les séances de relevée, on peut quand même demander de siéger 20 minutes après 13 heures!

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Oui, Monsieur le président, la nature a horreur du vide, moi aussi! Nous sommes en train de saborder la fin du traitement d'une loi qui a été saluée, par le Parlement en général, par l'opinion publique encore plus généralement, comme une loi salvatrice, une loi nouvelle, une loi qui témoignait vraiment d'une intention complètement différente de celle que nous avions pu observer pendant des siècles dans ce pays. On est en train de la saborder maintenant selon la volonté d'un parlementaire, alors que le quorum, j'en suis convaincu, n'est même pas atteint.
Le résultat des courses demeure illusoire, car ce que nous ne réglons pas ici favorablement ne pourra qu'entraîner une navette supplémentaire et le retour au Conseil des Etats, lequel ne sera peut-être pas disponible dans les mêmes états d'âme dans cette présente session. Nous risquons par conséquent, parce que les horaires sont ainsi agencés, de devoir terminer l'examen de cette loi sous l'empire du nouveau Parlement. Cela me paraît quelque peu aléatoire. Mais je n'ai rien à dire, je suis le représentant d'un autre pouvoir.
Le moins que je puisse vous signaler c'est qu'à l'article 30, il serait bon de suivre M[me] Segmüller et d'éviter une divergence d'avec le Conseil des Etats.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag Segmüller 44 Stimmen
Für den Antrag der Kommission 36 Stimmen

Art. 37 Abs. 2
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 37 al. 2
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 80 Abs. 1bis
Antrag der Kommission
Festhalten

Antrag Segmüller
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 80 al. 1bis
Proposition de la commission
Maintenir

Proposition Segmüller
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Kommission 44 Stimmen
Für den Antrag Segmüller 41 Stimmen

Ziff. 5 Art. 81a
Antrag der Kommission
Aufgehoben

Ch. 5 art. 81a
Proposition de la commission
Abrogé

Angenommen – Adopté

Ziff. 11 Art. 1 Abs. 1 Bst. o
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 11 art. 1 al. 1 let. o
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Schluss der Sitzung um 13.20 Uhr
La séance est levée à 13 h 20

C'est dans cet esprit que je me permets de vous recommander de travailler.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire
Für den Antrag der Kommission 100 Stimmen
Für den Antrag des Bundesrates 11 Stimmen

Definitiv – Définitivement
Für den Antrag der Kommission 68 Stimmen
Für den Eventualantrag Tschopp 43 Stimmen

Art. 6 Abs. 1 Bst. b
Antrag der Kommission
b. .... Rationalisierung, einschliesslich diesbezügliche Abreden über ....

Antrag Tschopp
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 6 al. 1 let. b
Proposition de la commission
b. .... les accords y relatifs concernant ....

Proposition Tschopp
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Développement par écrit
Les ententes cartellaires s'articulent depuis des années, depuis que les avis de la Commission des cartels sont plus tranchés, souvent autour de conventions tarifaires. Ces dernières prennent l'allure «d'aides à la tarification». De telles aides sont légitimes, il s'agit de suggestions concernant le mode de calcul de coûts. Dans la pratique cependant, ces aides tendent à se généraliser et à devenir des tarifs obligatoires uniques. L'adjonction décidée par le Conseil des Etats risque donc de vider la révision d'un de ses points essentiels: l'interdiction de conventions tarifaires inhibant le libre jeu de la concurrence.

Ledergerber Elmar (S, ZH), Berichterstatter: In Absatz 1 Buchstabe b hat der Ständerat eine Formulierung eingefügt, wonach Abreden gerechtfertigt sind, wenn es um die Verbesserung der Spezialisierungen oder der Rationalisierung geht. Das hat der Bundesrat schon vorgesehen, und dann hat der Ständerat noch einen Nebensatz eingefügt. Er heisst «.... einschliesslich Abreden über den Gebrauch von Kalkulationshilfen».
Die WAK des Nationalrates hat hier eine gewisse Befürchtung gehegt, dass damit die Kalkulationshilfen generell wieder zugelassen würden, und dies sei nicht der Wille des Gesetzgebers – auch nicht jener der WAK. Sie hat deshalb das Wort «diesbezüglich» eingefügt. Die WAK will damit zum Ausdruck bringen, dass solche Abreden über Kalkulationshilfen nur zulässig sind, wenn es dabei eben auch um Rationalisierungen geht, aber nicht um Abreden, mit denen der Wettbewerb eingeschränkt würde. Es ist keine materielle Änderung gegenüber dem Ständerat, aber es ist eine gewisse Klarstellung.
Ich bitte Sie, hier der Kommission zuzustimmen.

Couchepin Pascal (R, VS), rapporteur: Le Conseil des Etats a ajouté un complément à l'article 6 alinéa 1er lettre b prévoyant la possibilité d'utiliser des schémas de calcul. Toute la discussion est de savoir quelle peut être l'étendue de cette autorisation et jusqu'où l'on admet que l'utilisation de schémas de calcul n'est pas contraire à la loi sur les cartels.
Votre commission a cherché une solution en précisant bien que les schémas de calcul doivent avoir un certain caractère de rationalisation, sinon ils deviennent dangereux pour la concurrence et ne seraient pas des accords réputés justifiés. Il n'y a pas de différence de fond entre la décision du Conseil des Etats et la proposition de votre commission.
Nous vous invitons à suivre la proposition de la commission, et il est probable que le Conseil des Etats pourra s'y rallier.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je vous propose de suivre la proposition de votre commission, car nous avons pris toutes les précautions pour bien signaler que les accords pertinents concernant l'utilisation de schémas de calcul étaient clairement définis, et que, par conséquent, la décision du Conseil des Etats est une précision supplémentaire qui rendra la loi plus transparente. Je crois que c'est une amélioration.
De surcroît, en suivant votre commission, vous éliminez une divergence avec le Conseil des Etats. C'est vraiment ce qu'il faut faire dans cette phase ultime.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Kommission 105 Stimmen
Für den Antrag Tschopp 5 Stimmen

Art. 10 Abs. 3; 14 Abs. 2; 15 Abs. 1, 2; 25 Abs. 3; 27 Abs. 1; 44; 45 Abs. 2; 47 Abs. 1; 62 Abs. 1, 1bis
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 10 al. 3; 14 al. 2; 15 al. 1, 2; 25 al. 3; 27 al. 1; 44; 45 al. 2; 47 al. 1; 62 al. 1, 1bis
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

94.063

Ziviler Ersatzdienst. Bundesgesetz
Service civil. Loi fédérale

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 1947 hiervor – Voir page 1947 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 28. September 1995
Décision du Conseil des Etats du 28 septembre 1995

Art. 18 Abs. 2
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 18 al. 2
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Wir haben eine klare Situation. Ihre Kommission hat gestern bei beiden Differenzen mit deutlichen Mehrheiten – bei Artikel 18 mit 13 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen und bei Artikel 80 mit 17 zu 0 Stimmen ohne Enthaltungen – beschlossen, Ihnen Zustimmung zum Beschluss des Ständerates zu empfehlen.
Die wesentliche Differenz besteht bei Artikel 18. Wir haben dort, etwas im Gefolge der Aufregung im Zusammenhang mit der Bundesratswahl am letzten Mittwoch, einem Antrag Wick zugestimmt, der eine völlig neue Situation geschaffen hat. Dieser Antrag ist im Zusammenhang mit den Anhörungen systemfremd, indem er vorsieht, dass eine persönliche Anhörung nur in Zweifelsfällen stattfinden soll. Er hat also die Regel zur Ausnahme und die Ausnahme zur Regel gemacht. Der Ständerat ist richtigerweise auf diesen Antrag nicht eingetreten.

Wir empfehlen Ihnen ebenfalls, auf den Antrag Wick, dem wir bei der ersten Differenzbereinigung mit knapper Mehrheit zugestimmt haben, zu verzichten.
Es verbleibt die frühere Differenz zwischen der Mehrheit und der Minderheit der Kommission. Dort sind wir der Meinung, dass der Beschluss des Ständerates Vorteile bietet. Man muss immerhin sagen, dass die Minderheit einen Antrag gestellt hat, der nicht systemfremd ist, aber der Beschluss des Ständerates ist wesentlich klarer, indem er keine Ausnahmen vorsieht. Wenn einer im Rahmen des Zivildienstes eine Dienstbefreiung will, dann hat er vor der Kommission anzutreten. Das hat den grossen Vorteil, dass man nicht interpretieren muss, ob ein Gesuch «offensichtlich den Voraussetzungen nach Artikel 1 entspricht». Ich erinnere auch daran, dass wir in Artikel 1 eine Ausweitung auf die Gewissensgründe vorgenommen haben und dass deshalb hier die Verantwortung der Kommission zugenommen hat. In diesem Sinne ist es durchaus logisch, dass konsequenterweise alle vor dieser Kommission anzutreten haben.
Im Namen der Kommission empfehle ich Ihnen bei Artikel 18 Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

Carobbio Werner (S, TI), rapporteur: Comme vient de l'expliquer le rapporteur de langue allemande, la situation est claire. Après le vote de dernière minute de la semaine passée, dans une salle presque vide, qui avait approuvé la proposition Wick, le Conseil des Etats a maintenu sa décision de biffer la possibilité, quand les motivations de l'objecteur sont claires, de renoncer à l'audition. La décision prise par le Conseil des Etats fait que la commission, dans sa séance d'hier, a jugé prioritaire la nécessité de mettre cette loi sous toit, de façon à lui permettre d'entrer en vigueur le plus rapidement possible.
C'est la raison pour laquelle elle s'est prononcée à une très nette majorité – il n'y a eu que 4 abstentions – en faveur de l'adhésion à la décision du Conseil des Etats.
Personnellement j'aurais préféré la solution de compromis du Conseil fédéral, mais je pense que le moment est venu d'accepter la décision du Conseil des Etats, d'autant plus que les exceptions qui étaient prévues par le Conseil fédéral étaient très limitées.
Je vous invite donc, au nom de la commission, à approuver la décision du Conseil des Etats et à liquider ici la divergence la plus importante.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Sur cet article 18 alinéa 2, je vous invite à suivre la proposition de la commission qui, à juste titre, en revient à la solution du Conseil des Etats, ce qui nous permet d'éviter l'une des deux dernières divergences qui subsistent.
J'aimerais surtout vous dire que, si l'audition devient la règle, l'exception que vous aviez prévue dans la première lecture, que le Conseil fédéral avait lui-même prévue, ne touchera qu'un très petit nombre de cas.
C'est pourquoi nous vous proposons de renoncer à ce membre de phrase et de suivre la proposition de la commission.

Angenommen – Adopté

Art. 80 Abs. 1bis
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 80 al. 1bis
Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Bonny Jean-Pierre (R, BE), Berichterstatter: Hier geht es um eine einfache Angelegenheit. Wir hatten beschlossen, das EVD hier zu erwähnen, damit verhindert wird, dass diese Verfahren durch Militärinstanzen entschieden werden. Ich gebe noch einmal zu Protokoll: Es ist ganz klar die Meinung, dass diese Entscheide von zivilen Stellen entschieden werden sollen.
Nun ist im Ständerat richtigerweise gesagt worden, dass wir einen Widerspruch zum neuen Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz kreieren, das vorsieht, dass die Organisation der Verwaltung Sache des Bundesrates ist. In dem Sinne ist diese Erwähnung des EVD, so gut sie gemeint sein mag, überflüssig.
Daher hat die Kommission einstimmig und ohne Enthaltungen beschlossen, Ihnen Zustimmung zum Ständerat zu beantragen.

Angenommen – Adopté